

# Protokoll

**18. Parteitag der CDU Deutschlands  
6.–7. Dezember 2004, Düsseldorf**

Besser für die Menschen.



**CDU**

# Protokoll

**18. Parteitag der CDU Deutschlands  
6.–7. Dezember 2004, Düsseldorf**



<b>INHALT</b>	<b>Seite</b>
Eröffnung: Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	8
Beschlussfassung über die Tagesordnung	9
Bestätigung der Antragskommission	10
Wahl der Mandatsprüfungskommission	10
Wahl der Stimmzählkommission	10
Grußworte	11
■ Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf	11
■ Dr. Jürgen Rüttgers, Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen	16
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Angela Merkel MdB	24
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	55
Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Vorlage des Rechenschaftsberichts 2002 gem. § 23 Abs. 2 Parteigesetz, Dr. Wolfgang Peiner	94
Bericht der Rechnungsprüfer	99
Bericht der Mandatsprüfungskommission	101
Entlastung des Bundesvorstandes	102
Wahl des Bundesvorstandes	103
Wahl des Vorsitzenden	103
Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden	105
Wahl des Bundesschatzmeisters	106
Wahl der 7 weiteren Mitglieder des Präsidiums	107
■ Wilfried Martens, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei	114
Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes	134
Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge	135

Wahl des Bundesparteigerichts	138
Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)	139
Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XVII. EVP-Kongress	139
Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge	144
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament	149
Beratung und Beschlussfassung über Anträge auf Änderung des Satzungsrechts der CDU	149
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer MdB – zugleich Einführung des Leitantrag des Bundesvorstandes	150
Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber MdL	181
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag des Bundesvorstandes	197
Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge	228
Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel	232
ANHANG	
Beschlussprotokoll	235
Namensverzeichnis	287

**Montag, 6. Dezember 2004**

**Erste Plenarsitzung**

Beginn: 10.41 Uhr

**Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 18. Parteitag der CDU Deutschlands. Ich darf Sie alle ganz herzlich in Düsseldorf willkommen heißen.

(Beifall)

Mein erster Gruß gilt selbstverständlich Ihnen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden. Herzlich willkommen hier in Düsseldorf! Ganz besonders möchte ich eine Delegierte begrüßen, Frau Maria Michalk, Delegierte aus Sachsen; denn sie hat heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute und einen schönen Geburtstag auf dem Parteitag!

(Beifall)

Natürlich begrüße ich in ganz besonderer Weise den in Düsseldorf zum zweiten Mal zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt gewählten Joachim Erwin. Herzlichen Gruß, Herr Oberbürgermeister! Sie werden gleich ein Grußwort zu uns sprechen.

(Beifall)

Ich weiß nicht, wer von Ihnen sich noch daran erinnert: Wir sind diesmal zum fünften Mal nach 1965, nach 1971, nach 1977 und nach 1992 in dieser großen und lebendigen Stadt. Ich möchte mit dem Gruß an den Oberbürgermeister einen Gruß an die Stadt verbinden und einen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger für die freundliche Aufnahme, die wir alle in Düsseldorf bisher erfahren haben.

(Beifall)

Ich begrüße natürlich in ganz besonderer Weise den Vorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen, den Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen im nächsten Jahr, unseren Freund Jürgen Rüttgers.

(Beifall)

Für unsere bayerische Schwesterpartei begrüße ich an diesem Morgen den Generalsekretär Markus Söder. Ich weiß nicht, ob er schon da ist, aber: Herzlich willkommen!

(Beifall)

Im Verlaufe des Tages wird auch Michael Glos, mein erster Stellvertreter in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zu uns kommen. Auch ihn möchte ich sozusagen vorausschauend begrüßen.

Mit besonderer Freude begrüße ich Wilfried Martens, den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei. Lieber Wilfried, in alter Tradition: Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

Aus unserem Nachbarland Österreich ist der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Wilhelm Molterer, zu uns gekommen, außerdem der Generalsekretär Reinhold Lopatka sowie der Generalsekretär der tschechischen Christdemokraten, der KDU, Petr Rybar. Herzlich willkommen zu diesem Parteitag!

(Beifall)

Besonders begrüße ich, auch im Rückblick auf den Gottesdienst, die Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Die Repräsentanten der beiden großen Kirchen sind heute hier, Prälat Dr. Karl Jüsten und Prälat Dr. Stephan Reimers. Herzlich willkommen und ein herzlicher Dank für den wunderschönen ökumenischen Gottesdienst, den uns die evangelische und die katholische Kirche ausgerichtet haben.

(Beifall)

Ich begrüße ebenso herzlich den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel. Ein herzliches Willkommen Ihnen in Ihrer Stadt Düsseldorf.

(Beifall)

Ich begrüße die zahlreichen Vertreter von Gewerkschaften, Wirtschaftsorganisationen und Verbänden. Stellvertretend möchte ich ganz herzlich den Präsidenten des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Dieter Philipp, und den Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner, begrüßen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

Unter den vielen Gästen, die ich nicht alle einzeln begrüßen kann, möchte ich in ganz besonderer Weise einen Gruß an die Tochter von Konrad Adenauer senden, Frau Libeth Werhahn-Adenauer. Schön, dass Sie wieder bei uns sind! Danke, dass Sie hier sind!

(Beifall)

Natürlich begrüße ich mit besonderer Freude die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die von unserem Parteitag sicherlich viel Interessantes und hoffentlich auch sehr viel Gutes berichten können. Wir sind aufeinander angewiesen. Herzlich willkommen! Ich hoffe, Sie haben gute Arbeitsbedingungen!

(Beifall)

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unseres Parteitages jener gedenken, die seit dem letzten Parteitag von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Von den vielen, die uns verlassen haben, möchte ich Otto Bardong nennen, geboren am 2. Oktober 1935, gestorben am 10. Dezember 2003. Seit 1963 war er Mitglied der CDU. Von 1971 bis 1999 hatte er den Vorsitz des Kreisverbandes Worms-Stadt inne. Seit 1973 gehörte er dem Bezirksvorstand Rheinhessen-Pfalz an. Von 1974 bis 1994 war er Mitglied des Stadtrates Worms, von 1980 bis 1989 Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz und von 1989 bis 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Ich denke an Max Adenauer, geboren am 21. September 1910, gestorben am 6. Januar 2004. Er war seit Januar 1946 Mitglied unserer Partei und von 1953 bis 1965 Oberstadtdirektor von Köln. Von 1969 bis 1975 gehörte er dem Stadtrat Köln an. Er war von 1979 bis 2001 Mitglied des Beirats der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus.

Ich erinnere an Georg Badeck, geboren am 28. Oktober 1938, gestorben am 14. Februar 2004. Er war seit 1960 Mitglied der CDU, von 1975 bis 1977 Mitglied des Bundesvorstandes, von 1984 bis 1997 Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Hessen und von 1990 bis 1998 Mitglied des Präsidiums der Hessischen CDU. Von 1964 bis 1999 gehörte er der Stadtverordnetenversammlung Flörsheim an und von 1970 bis 1999 dem Hessischen Landtag. Zugleich war er von 1978 bis 1995 Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Ich nenne Margarete Kuppe, geboren am 17. Oktober 1917, gestorben am 14. März 2004. Sie war seit 1948 Mitglied unserer Partei. Von 1950 bis 1971 gehörte sie dem Landesvorstand der CDU Württemberg-Hohenzollern an. 1950 war sie Gründungsmitglied der Frauen Union Württemberg und von 1950 bis 1970 Erste Vorsitzende, zuletzt Ehrenvorsitzende.

Ich erinnere an Josef Stingl, geboren am 19. März 1919, gestorben am 19. März 2004. Er war seit 1947 Mitglied unserer Partei. Von 1952 bis 1969 war er Mitglied des Landesvorstandes Berlin, von 1964 bis 1970 Bundesvorsitzender der heutigen Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU sowie von 1964 bis 1973 Mitglied des Bundesvorstandes. Von 1953 bis 1968 gehörte er dem Deutschen Bundestag für Berlin an. Von 1968 bis 1984 war er Präsident der Bundesanstalt für Arbeit. Von 1997 bis 2003 hatte er den Vorsitz des Ältestenrates unserer Partei inne.

Ich denke an Ilse Becker-Döring, geboren am 15. September 1912, gestorben am 5. April 2004. Sie war seit 1952 Mitglied der CDU. Sie war von 1961 bis 1972 Mitglied des Rates der Stadt Braunschweig. Von 1966 bis 1972 war sie Erste Bürgermeisterin von Braunschweig. Von 1970 bis 1978 gehörte sie dem Niedersächsischen Landtag an.

Ich nenne Herrmann Stell, geboren am 31. Dezember 1944, gestorben am 4. Mai 2004. Er war seit 1987 Mitglied der CDU. Er war von 1993 bis 1999 Bürgermeister und Stadtkämmerer in Flensburg und seit 1999 der erste direkt gewählte Oberbürgermeister dieser Stadt.

Ich erinnere an Rolf Hinz, geboren am 15. August 1934, gestorben am 20. Mai 2004. Er war seit 1993 Mitglied unserer Partei. Von 1998 bis 2002 gehörte er dem Kreisvorstand Güstrow an. 1995 war er Mitbegründer der Senioren Union Güstrow und von 2001 bis 2002 ihr Kreisvorsitzender. Von 1998 bis 2003 war er Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Senioren Union und seit 2002 Mitglied im Bundesvorstand dieser Vereinigung.

Ich denke an Sigrid Kratz, geboren am 5. August 1926, gestorben am 28. Juli 2004. Sie war seit 1970 Mitglied der CDU, von 1978 bis 1991 Mitglied des Kreisvorstandes Düren und von 1977 bis 1991 Kreisvorsitzende der Frauen Union. Von 1979 bis 1994 gehörte sie dem Kreistag Düren an.

Ich nenne abschließend Franz-Josef Pangels, geboren am 28. Juli 1935, gestorben am 23. November 2004. Er war seit 1958 Mitglied der CDU, von 1979 bis 2003 Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Erkelenz, von 1985 bis 2001 Vorsitzender des Kreisverbandes Heinsberg sowie von 1986 bis 2001 Stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Aachen. Von 1980 bis 1985 gehörte er dem Kreistag Heinsberg an und seit 1990 dem Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Toten erhoben. Ich bitte Sie um eine Schweigeminute. – Ich danke Ihnen.

(Die Delegierten nehmen wieder Platz)

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

#### WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Der Vorschlag für das Tagungspräsidium liegt in den Tagungsunterlagen. Wer mit dem Vorschlag für das Tagungspräsidium einverstanden ist, den bitte ich um ein Hand- oder Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich sehe niemanden. Dann ist das so beschlossen. Zur Fortführung der Tagungsgeschäfte übergebe ich die Leitung nun an unseren Tagungspräsidenten Jürgen Rüttgers.

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte! Liebe Freunde! Das Tagungspräsidium bedankt sich herzlich für das große Vertrauen. Wir werden uns bemühen, dem gerecht zu werden. Wenn Sie uns dabei helfen, tun Sie nicht nur uns, sondern auch sich selber einen großen Gefallen.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

#### BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Sie haben alle die vorläufige Tagesordnung fristgerecht zugesandt bekommen. Die aktualisierte Fassung liegt Ihnen in den Tagungsunterlagen vor. In dieser aktualisierten Fassung wurden die Tagesordnungspunkte 19 und 20 vertauscht. Weil die Mitglieder des neu gewählten EVP-Vorstandes in ihrer Funktion auch Delegierte für den EVP-Kongress sind, sollte der Vorstand vor den Delegierten gewählt werden. Ich finde, das überzeugt. – Wenn Sie mit dieser dann geänderten Tagesordnung einverstanden sind, darf ich Sie um das Kartenzeichen bitten. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann einstimmig so beschlossen.

Als Nächstes habe ich jetzt die wichtige Aufgabe, Ihnen einige zeitliche und organisatorische Hinweise für den Parteitag zu geben, die uns die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Adenauer-Hauses aufgeschrieben haben. Ich tue das gerne.

Nach unserer Geschäftsordnung kann der Parteitag eine Meldefrist für Kandidaturen bestimmen. Wir schlagen Ihnen vor, die Frist auf 11.30 Uhr festzulegen. Die Vorschläge müssen schriftlich im Tagungsbüro im Foyerbereich eingereicht werden. Eine Liste mit den bisher vorliegenden Kandidatenvorschlägen haben Sie in Ihren Unterlagen. Für diese Kandidaten erübrigt sich selbstverständlich eine weitere Nominierung. Wenn Sie mit der vorgeschlagenen Frist von 11.30 Uhr einverstanden sind, so bitte ich Sie um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann so beschlossen.

Gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Initiativanträge von 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen wollen, dann bitten wir Sie, den Text im Büro der Antragskommission in das Computersystem einzugeben bzw. eingeben zu lassen. Das Büro befindet sich in dem ausgeschilderten Sitzungsraum der Antragskommission im Foyer, Eingang Nord, 1. Obergeschoss, Büro 201 – 207. Damit diese Anträge ordnungsgemäß von der Antragskommission beraten werden können, brauchen wir auch hier eine Frist. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, den Antragsabschluss auf 13 Uhr festzusetzen. Wenn Sie damit einverstanden sind, darf ich Sie wieder um das Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann so beschlossen.

Falls Initiativanträge vorliegen, wird sich die Antragskommission um 14.30 Uhr zu einer Sitzung in dem ausgeschilderten Sitzungsraum der Antragskommission im Foyer, Eingang Nord, 1. Obergeschoss, Büro 201 treffen. Dazu gibt es dann noch eine Mitteilung des Tagungspräsidiums.

Für die allgemeine Aussprache und die Aussprache zu den Anträgen bitte ich Sie, die Wortmeldezettel aus Ihren Tagungsunterlagen zu benutzen. Auf der von uns aus gesehen linken Seite der Bühne befindet sich eine Mitarbeiterin, die diese Wortmeldezettel entgegennimmt. Seien

Sie so lieb und füllen den Wortmeldezettel mit Name und Thema vollständig aus und geben Sie bitte an, welches der im Saal aufgestellten Mikrophone Sie benutzen wollen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

#### BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. Eine Namensliste haben Sie in den Unterlagen. Falls Sie diesem Vorschlag zustimmen, darf ich Sie um das Kartenzeichen bitten. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann so beschlossen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

#### WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat ebenfalls einen Vorschlag für die Mandatsprüfungskommission bestätigt. Auch hier haben Sie die Namenliste in Ihren Unterlagen. Wenn Sie dem Vorschlag zustimmen wollen, darf ich Sie um das Kartenzeichen bitten. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann so beschlossen.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden nun, nachdem sie gerade bestätigt worden sind, gebeten, sich nach dem Bericht der Vorsitzenden im Büro des Organisationsleiters, Halle 9, 1. Obergeschoss, einzufinden. Das Büro ist ausgeschildert.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

#### WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Wir bedanken uns sehr herzlich bei den vielen Damen und Herren, die sich bereit erklärt haben, in der Stimmzählkommission für diesen Parteitag mitzuarbeiten. Das ist, wie jeder weiß, ein harter Job. Die Namen der vorgeschlagenen Personen haben Sie wieder in den Unterlagen. Wenn Sie diejenigen, die auf der Liste stehen, bestätigen wollen, dann bitte ich Sie um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann so beschlossen.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission sind herzlich gebeten, nach dem Bericht der Vorsitzenden zu einer Vorbesprechung in den Raum der Stimmzählkommission, Halle 10, 1. Obergeschoss, neben dem Plenum, zu kommen.

Frau Kollegin, bitte schön.

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich rufe jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

## GRUSSWORTE

Ich habe die große Freude, das Wort jetzt an den Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Düsseldorf, Herrn Joachim Erwin, zu übergeben.

(Beifall)

**Joachim Erwin:** Frau Präsidentin! Liebe Angela Merkel! Verehrte Delegierte! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage natürlich herzlich willkommen hier in Düsseldorf, herzlich willkommen zum diesjährigen Bundesparteitag der CDU Deutschlands! Düsseldorf und CDU, das passt einfach zusammen. Düsseldorf ist deshalb auch heute zum fünften Male Schauplatz eines CDU-Bundesparteitages. Die Union hat sich immer wieder hier in Düsseldorf auf Bundesparteitagen richtungweisend aufgestellt, zuletzt 1992. Unter dem Motto: „Wir gewinnen mit Europa“ berieten wir über die Entwicklung Europas auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages. Der Grundsatz der Subsidiarität bleibt auch nach Oktober 1992 christdemokratische Politik.

Mit meiner Heimatstadt ebenfalls verbunden sind natürlich die „Düsseldorfer Leitsätze“ der CDU aus dem Jahr 1949. Vor den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag kam die innerparteiliche Diskussion über die Wirtschafts- und Sozialpolitik hier zum Abschluss. Mit der Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft, die in den „Düsseldorfer Leitsätzen“ fixiert ist, schuf die Union die Grundlage für persönliche Freiheit, wirtschaftlichen Aufschwung, materiellen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit. Sie sind damit die Grundlage der CDU für ihre Politik der Sozialen Marktwirtschaft und uns als Düsseldorfer erfüllt das ein bisschen mit Stolz.

Auch der diesjährige Bundesparteitag steht ja unter einem ganz besonderen Stern, nämlich unter dem Vierklang Europawahlen, Kommunalwahlen Nordrhein-Westfalen, Landtagswahlen Nordrhein-Westfalen und Bundestagswahl. Hierbei haben wir stark und erfolgreich begonnen: Wir haben mit einem exzellenten Ergebnis bei den Europawahlen und, wie ich meine, mit einem guten Ergebnis bei den Kommunalwahlen die Hälfte des Weges geschafft. Vor uns liegt jetzt nur noch der Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen, um endlich nach 38 Jahren SPD-Herrschaft dem Land eine neue Führung zu geben.

(Beifall)

Vor uns liegt natürlich als krönender Abschluss auch die Wahl von Angela Merkel im Jahre 2006 zur ersten Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Bei Parteitagseröffnungsreden preist üblicherweise der gastgebende Oberbürgermeister die Stadt und ihre Freizeitmöglichkeiten. Ich glaube, verehrte Delegierte, beides haben Sie entwe-

der gestern Abend schon selbst erkundet oder es ist Ihnen bekannt oder Sie werden es in den nächsten beiden Tagen noch erkunden können. Lassen Sie mich Ihnen stattdessen etwas über Düsseldorf und seinen langen Weg bzw. unseren Weg des Erfolges von einer sozialdemokratischen Stadt hin zu einer christdemokratischen Stadt.

In den überregionalen Medien – ob wir ihnen nun glauben oder nicht – wird Düsseldorf immer wieder bescheinigt, strukturell sozialdemokratisch zu sein. Nach den Europawahlen vom Juni ist Düsseldorf mit einem Ergebnis von 41,2 Prozent die erfolgreichste größere Großstadt für die CDU. Bei den Kommunalwahlen im September haben wir dieses Ergebnis mit 44,5 Prozent noch übertreffen können. Ich freue mich auch ein bisschen, einer der wenigen Oberbürgermeister in den großen Städten zu sein, der bereits im ersten Wahlgang mit über 50 Prozent der Stimmen gewählt worden ist.

(Beifall)

Gewiss, meine Damen und Herren, der Weg des Erfolges war kein einfacher Weg. Wir sind 1994 nach zehn Jahren rot-grünem Chaos und einer wieder verlorenen Wahl angetreten, um 1999 ein anderes Ergebnis zu erzielen. Natürlich gab es Strömungen innerhalb der CDU Düsseldorf. In welcher Partei gibt es sie nicht? Einige spekulierten darauf, dass sie, wenn der Erwin im Jahre 1999 verliert, im Jahre 2004 oder 2009 ihre Chance erhalten und selber antreten können. Wir kennen solche Spekulationen. Was haben wir getan? Wir haben die CDU Düsseldorf schnell geeint, denn wir alle wussten eines: Streit wird nicht gewählt.

(Beifall)

Wer heute meint, sich über Streit in der eigenen Partei profilieren zu können, der irrt völlig. Im Gegenteil: Man profiliert sich durch gezielte Sacharbeit und nicht durch Interviewkriege in irgendwelchen Medien.

(Beifall)

Wir hatten noch ein weiteres Erfolgsrezept. Wir in Düsseldorf haben uns 1994 entschieden, eine konsequente und klare CDU-Oppositionspolitik zu machen, dies auch unter Berücksichtigung der Parteitagsbeschlüsse von Bund und Land, denn wir halten diese Beschlüsse nicht für Makulatur, sondern meinen schon, dass sie sinnvollerweise umgesetzt und nicht bis zur Unkenntlichkeit verwässert werden sollten. So sind wir mit einem klaren Programm und einem klaren Profil in die Kommunalwahlen 1999 gestartet. Die Menschen haben dies gewürdigt und uns einen deutlichen Auftrag gegeben. Ab dem 1. Oktober 1999 haben wir dann unser Programm konsequent umgesetzt. Wir haben Düsseldorf als Erstes von dem Joch des unsäglichen Haushaltssicherungskonzeptes befreit.

(Vereinzelt Beifall)

– Wenn alle klatschen, ist es gut, sonst ist es Mitleid. – Heute kann ich mit Genugtuung feststellen, dass wir es durch christdemokratisch-bürgerliches Handeln geschafft haben, die Haushalte von 2000 bis 2004 zumindest ausgeglichen, zwei davon sogar mit Haushaltsüberschüssen, zu gestalten. Nach den Prognosen wird der Haushalt 2004 der dritte Haushalt sein, den wir mit einem Haushaltsüberschuss abschließen.

(Beifall)

Dies haben wir auch dank vier Grundsteuersenkungen und einer Gewerbesteuersenkung geschafft. In zehn Tagen wird die bürgerliche Mehrheit in Düsseldorf den von mir vorgelegten, ausgeglichenen Etat für das Jahr 2005 mit einer weiteren Grundsteuer- und Gewerbesteuersenkung verabschieden.

(Beifall)

Wir haben Düsseldorf seit 1999 konsequent entschuldet. Wir haben privatisiert, wo es richtig war, und die Privatisierungserlöse, statt zu konsumieren, dafür genutzt, um Schulden abzubauen. So sind wir mit einem Schuldenberg von 1,6 Milliarden Euro gestartet. Mittlerweile liegt die Verschuldung unter 1 Milliarde. Der Kapitaldienst ist halbiert. Damit haben wir freie Masse für Investitionen.

Unser Schulmasterplan wird jährlich mit mindestens 35, dieses Jahr – es ist ja Bundesparteitag – sogar mit 40 Millionen Euro dotiert. Wir schließen keine Schulen, wir bauen neue, und zwar dort, wo es richtig und notwendig ist. Wir haben mittlerweile im Rahmen der Initiative E-School alle Schulen internetfähig gemacht und alle Klassenräume ans Netz angeschlossen. Der Masterplan Kinderspielplätze sieht eine Überarbeitung aller Kinderspielplätze und die Schaffung neuer Spielplätze vor, der Masterplan Kinder- und Jugendeinrichtungen die Überarbeitung aller unser Kindergärten und Freizeitstätten. Mit dem Masterplan Sport haben wir uns bis zum Jahre 2010 ein 120-Millionen-Investitionsprogramm vorgenommen. Dazu gehört eine neue Halle für Basketball und Handball, die 3 500 Zuschauer fasst, und eine neue Eisarena für unsere Metrostars, die 12 500 Zuschauer fasst.

Die LTU-Arena direkt neben dem Messegelände ist praktisch fertig. Allein in und um die Messe herum sind für Infrastrukturmaßnahmen, den Bau neuer Messehallen und die LTU-Arena von privater Seite und öffentlicher Hand in den letzten zweieinhalb Jahren 450 Millionen Euro investiert worden. Dies führt dazu, dass in den Statistiken der Bauindustrie Düsseldorf von Januar bis August dieses Jahres nach einer Steigerung, die wir bereits von 2003 auf 2004 verzeichnen konnten, nochmals eine Steigerung der Bauleistungen um 16,8 Prozent verzeichnen kann. Zum Vergleich: In dieser wichtigen großen Schlüsselindustrie sank die Bauleistung im Bund um fast 6 Prozent, in Nordrhein-Westfalen ging sie sogar um 7 Prozent zurück.

Wir sind – das ist Überzeugung der Union Düsseldorf – der Auffassung, dass wir durch intensives Investieren Arbeitsplätze schaffen und erhalten. So bescheinigt uns mittlerweile auch die

Regionalagentur für Arbeit, dass wir uns vom negativen Trend des Arbeitsmarktes in Nordrhein-Westfalen gelöst haben. Mit gewisser Genugtuung konnten wir vorletzte Woche durch die „Financial Times“ einen Preis entgegennehmen, in dem der Stadtregion Düsseldorf bescheinigt wird, die europäische Stadtregion mit dem höchsten Wachstumspotenzial bis zum Ende dieses Jahrzehnts zu sein.

(Beifall)

Dies, meine Damen und Herren, kommt nicht von ungefähr. Wir haben entbürokratisiert, wir haben Entscheidungswege gestrafft, Investoren werden bei uns nicht verteufelt, sondern sind gerne gesehen. Großprojekte werden direkt aus meinem Stab heraus von der ersten Idee bis zur Realisierung betreut. Insoweit, meine Damen und Herren, ist Düsseldorf der schwarze Stachel im rot-grünen Fleisch Nordrhein-Westfalens.

(Beifall)

Es freut uns schon ein bisschen, dass Herr Steinbrück, der aktuelle Master of Disaster als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, täglich vor seiner Haustür daran erinnert wird, dass es ein christdemokratisches Gegenmodell des Erfolges zum Versagen seiner Landesregierung gibt.

(Beifall)

Wenn der grüne Bauminister Vesper letzte Woche mit großem Tamtam verkündet, das Land werde nunmehr für das ganze Land im Rahmen des Programms „Stadtumbau West“ 34 Millionen Euro ausgeben, können wir dem nur entgegenhalten, dass das weniger ist, als wir jedes Jahr allein für die Schulsanierung in die Hand nehmen. Düsseldorf wird ohne gesetzlichen Zwang aus Berlin beim Thema Betreuung von Kindern unter drei Jahren im Jahre 2008 für jeden, der es wünscht, einen Kinderbetreuungsplatz zur Verfügung stellen. Den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben wir eingelöst und erfüllen die Quote sogar über.

Grundsätzlich steht die Familienpolitik als wichtiger Punkt auf unserer Agenda. Ich empfehle Ihnen, einmal bei uns am Düsseldorf-Stand vorbeizukommen. Der „große Renner“ ist unsere Familienkarte. Über 30 000 Düsseldorfer Familien nehmen mit der Familienkarte Vergünstigungen der öffentlichen Einrichtungen, aber insbesondere auch der vielen hundert Anbieter aus der Wirtschaft in Anspruch. Dadurch haben sie finanzielle Vorteile. Wir dokumentieren damit, dass wir den Familien helfen wollen, dass sie uns etwas wert sind und dass wir über Familienpolitik nicht nur aus Lehrbüchern reden.

(Beifall)

Unser Ziel für das Jahr 2009 ist sehr einfach beschrieben: Wir werden uns bis dahin von allen unrentierlichen Schulden getrennt haben und beweisen, dass eine Großstadt bis auf die

Gebührenhaushalte keinen Cent und keinen Euro mehr Schulden hat und auch keinen Cent und keinen Euro mehr Schulden braucht. Wir werden in den nächsten Jahren die Steuern weiter senken; denn wir sind der Überzeugung, dass das Geld in den Kassen der Unternehmen und in den Portemonnaies der Bürger besser aufgehoben ist, als wenn es erst in der Stadtkasse landet, dort „zerwaltet“ und wieder ausgegeben wird. Danach werden wir in der Zukunft handeln.

Wir wissen eines: Die Arbeit vor Ort ist wichtig. Es gibt eine Trabantenstadt in Düsseldorf, in der die Sozialdemokratie früher mehr als 60 Prozent der Stimmen bekam. Wir haben nach 1994 mit zwei jungen Kandidaten konsequent begonnen, diesen Trabantenstadtteil zu bearbeiten. Ich kann heute mit Stolz vermelden, dass beide Ratskandidaten mit 49,7 und 45,4 Prozent mit den höchsten Zuwächsen die Wahlkreise gewonnen haben. Ich habe dort als Oberbürgermeister mehr Stimmen bekommen als im gesamten Stadtdurchschnitt. Das heißt: Nicht auf Liste achten, sondern arbeiten bringt etwas.

(Beifall)

Verehrte Damen und Herren, wir wollen mit unserer Politik auch eines tun: Wir wollen die Menschen dieser Stadt davon überzeugen, dass es gut ist, bei den Landtagswahlen im Mai nächsten Jahres Jürgen Rüttgers zum Ministerpräsidenten zu wählen und die Weichen dafür zu stellen, dass im Jahre 2006 Angela Merkel Bundeskanzlerin wird.

(Beifall)

Dafür haben wir in dieser Stadt die Rahmenbedingungen geschaffen. Lieber Jürgen, wir haben dir quasi den Ball auf den Elfmeterpunkt gelegt. Die Sozialdemokratie hat mit Herrn Steinbrück ohnehin nur einen Ersatztorhüter auftreiben können. Nun muss man diesen Elfmeter beherzt und ohne Zögern „versenken“. Wie das geschieht, wird Jürgen Rüttgers uns gleich sagen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie nochmals herzlich in Düsseldorf begrüßen. Ich wünsche Ihnen angenehme Tage hier in Düsseldorf und richtungweisende Beratungen. Ich wünsche mir auch, dass die Medien über diesen Bundesparteitag nicht im Sinne von Streit, sondern von Geschlossenheit und zielgerichtetem Siegeswillen der Union berichten. Herzlichen Dank. –

(Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister Erwin! Der Erfolgsweg von Düsseldorf spricht für sich. Sie haben zu Recht das nächste Ziel – den Wahlsieg der CDU in Nordrhein-Westfalen – hervorgehoben.

Ich habe jetzt die besondere Freude, den Vorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen, Herrn Dr. Jürgen Rüttgers, anzukündigen. Sie haben das Wort.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen: Liebe Angela Merkel, im Namen der CDU Nordrhein-Westfalen begrüße ich dich herzlich hier im wunderschönen Nordrhein-Westfalen. Du bist häufig hier. Das ist gut so. Du weißt, dass du auf unsere Unterstützung vertrauen kannst. Wir freuen uns, dass dieser Bundesparteitag hier stattfindet.

Liebe Delegierte, ich begrüße auch Sie herzlich hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. Ich tue das mit dem Stolz, Vorsitzender einer CDU zu sein, die inzwischen die größte Partei in Nordrhein-Westfalen geworden ist. Wir haben 18 000 Mitglieder mehr als die SPD. Wer hätte das noch vor drei Jahren erwartet, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich begrüße Sie als Vorsitzender einer Landespartei, die stolz darauf ist, die Kommunalwahlen gewonnen zu haben. Jochen Erwin hat gezeigt, wie christdemokratische Kommunalpolitik hier in der Landeshauptstadt aussieht. Alle anderen – 29 von 32 Landräten und die übrigen acht Oberbürgermeister – tun das mit der gleichen Begeisterung und mit dem gleichen Engagement. Wir haben die Kommunalwahl gewonnen, und wir sind entschlossen, liebe Freunde, die Landtagswahl im Mai zu gewinnen. Wir wollen Rot-Grün ablösen, wie Roland Koch in Hessen, Ole von Beust in Hamburg und Christian Wulff in Niedersachsen es vorgemacht haben, liebe Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Glauben Sie mir, wir sind gut aufgestellt. Nach den neuesten Umfragen vom Freitag letzter Woche liegen wir sieben Prozentpunkte vor der SPD. Bei denen tut sich gar nichts. Unser Ziel ist – deshalb gehen wir in den nächsten fünf Monaten mit Begeisterung und mit Engagement in den Kampf –: Nordrhein-Westfalen kommt wieder! Deshalb kämpfen wir für einen Neuanfang in diesem wunderschönen Land.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich würde in diesen zwei Tagen eigentlich gerne mit Ihnen durch unser wunderschönes Nordrhein-Westfalen fahren. Ich würde Ihnen gerne die keltischen Externsteine im Teutoburger Wald zeigen, ich würde gerne mit Ihnen durch das Sauerland und das Siegerland wandern. Ich würde Ihnen gerne die Seen im Bergischen Land und den neuen Nationalpark in der Eifel zeigen. Ich würde mit Ihnen gerne auf dem Fahrrad durchs Münsterland fahren, wie ich es im Sommer mit Angela Merkel gemacht habe. Ich würde Ihnen gerne die Vogelschutzgebiete am Niederrhein, die alte Kaiserstadt Aachen, das Rathaus zu Münster, den Kölner Dom oder die Zeche Zollverein, unser neues Weltkulturerbe, zeigen.

Liebe Freunde, wir haben hier in Nordrhein-Westfalen nicht nur Kohle und Stahl, sondern wir haben auch die dichteste Hochschullandschaft in Europa. Es gibt viele mittelständische Firmen,

die auf den Weltmärkten Spitze sind. Wir haben – auch darauf sind wir stolz – eine reiche Kulturlandschaft. Das ist eine wahre Schatzkammer des alten Europa. Ich sage Ihnen: Unsere Kunst- und Kulturschätze, unsere Theater und unsere Museen scheuen nicht den Vergleich mit den Angeboten in Los Angeles, in Mailand, in London oder Paris und auch nicht in Berlin.

Liebe Freunde, wir sind stolz auf das, was die Menschen an Rhein und Ruhr leisten und geleistet haben. Bei uns wurden 1947 das Ahlener Programm und 1949 die Düsseldorfer Leitsätze beschlossen. Damit wurden die programmatischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft formuliert. Hier nahm das Wirtschaftswunder seinen Anfang. Wir haben uns vorgenommen, dass wir auch in Zukunft das industrielle Zentrum Deutschlands sein wollen, und zwar nicht nur bei Kohle und Stahl, sondern auch in der Medienwirtschaft, in der Nachrichtentechnik, in der Biotechnologie, in der Nanotechnologie und in anderen Zukunftstechnologien.

Liebe Freunde, ich sage Ihnen sehr offen: Wir sind es leid, dass Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün beim Wirtschaftswachstum seit Jahren dem Bundesdurchschnitt hinterherläuft und nur bei der Arbeitslosigkeit und der Schuldenaufnahme Spitze ist. Wir sind es leid – das ärgert uns besonders; der Generalsekretär der CSU mag das verzeihen –, immer mit Bayern verglichen zu werden. Wir sind entschlossen, den Wettbewerb aufzunehmen. Wir wollen Bayern nach der Regierungsübernahme in spätestens zehn Jahren erreichen und sogar überholen – beim Wirtschaftswachstum, bei den Arbeitsplätzen, bei den Schulen und bei den Universitäten.

(Beifall)

Ich sage nicht, dass die rot-grüne Landesregierung von morgens bis abends alles falsch macht; das macht ja niemand. Aber was uns in Nordrhein-Westfalen bedrückt und zornig macht, liebe Freunde, ist, dass unsere Landesregierung nichts anderes ist als Mittelmaß. Der Ministerpräsident ist mittelmäßig, kühl und kalt. Das ganze Kabinett ist mittelmäßig. Machen Sie einmal das Spiel und versuchen Sie, sich irgendeinen Minister im Kopf vor Augen zu führen. Fangen Sie erst gar nicht damit an. Das klappt nicht.

Hier in diesem Land wird leider in die Vergangenheit investiert. Das werden wir ändern. Wir werden in die Zukunft investieren.

(Vereinzelt Beifall)

Für die Landtagswahl, liebe Freunde, haben wir uns eine Strategie vorgenommen, eine Strategie der Ehrlichkeit. Wir alle im Saal sind Profis und wissen, dass diese Debatten vor Wahlen immer geführt werden: Wie soll man es sagen? Soll man es klar sagen oder soll man es ein bisschen vorsichtiger sagen? Wir glauben, dass das wichtig ist. Wir wollen den Menschen vor der Wahl sagen, was wir nach der Wahl tun. Denn eines ist klar: Die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen wollen Rot-Grün nicht mehr. Wahr ist aber auch: Nach den Streitigkeiten der letzten Wochen und Monate in der Union sind die Menschen nicht mehr ganz so sicher wie noch vor den

Sommerferien, ob wir das eigentlich besser können. Das, liebe Freunde, müssen wir in den nächsten Wochen ändern.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb wollen wir klar sagen, wie wir das Vertrauen gewinnen wollen. Wir haben drei Ziele festgelegt. Diese drei Ziele definieren auch die Alternative zu Rot-Grün. Das erste Ziel heißt: mehr Arbeit. Das meint konkret: Wir treten für die flexible 40-Stunden-Woche ein; die SPD ist dagegen. Liebe Freunde, die 35-Stunden-Woche war ein Irrweg. Noch nie hat ein Volk seine Probleme dadurch gelöst, dass es weniger arbeitet. Wir müssen mehr arbeiten, und zwar für dasselbe Geld. Dann kommen wir auch wieder aus der Situation heraus.

(Beifall)

Wir wollen ein einfaches und gerechtes Steuersystem und wir wollen, dass das Konzept von Friedrich Merz so schnell wie möglich umgesetzt wird, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir brauchen hier in diesem Land niedrigere Energiekosten. Es muss Schluss mit der ideologischen Energiepolitik von Rot-Grün sein, liebe Freunde. Deshalb wollen wir die Steinkohle-subsventionen bis zum Jahre 2010 halbieren. Wir können uns das nicht mehr leisten, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen auch die viel zu hohe Windenergieförderung zurückfahren.

(Beifall)

Liebe Freunde, was da passiert, ist ökonomischer Unsinn und zerstört unsere Landschaft in einer Art und Weise, wie es die gesamte industrielle Revolution nicht geschafft hat.

Wir brauchen mehr Investitionen und mehr Innovation. Dafür müssen die öffentlichen Haushalte, speziell der Landeshaushalt, konsolidiert werden. Liebe Freunde, das Land Nordrhein-Westfalen hat zurzeit 104 Milliarden Euro Schulden, bei einem Haushalt von 48 Milliarden Euro. Wäre es ein Privatunternehmen, wäre der Weg vorgezeichnet: Es ginge sofort zum Konkursrichter. Jetzt sollte man normalerweise meinen, dass eine Landesregierung, die einen Amtseid geschworen hat, versucht, mit dieser Situation irgendwie fertig zu werden. Aber diese Landesregierung ist so schwach und kraftlos, dass sie beim Nachtragshaushalt die gesamte Summe, die fehlt – über 800 Millionen Euro und im nächsten Jahr noch einmal 1,4 Milliarden Euro –, auf die Verschuldung draufgeknallt hat. Das entspricht allein in diesem Jahr 6,3 Milliarden Euro neuen Schulden.

Das tut sie, weil sie nicht mehr die Kraft hat zu sparen. Aber natürlich kann gespart werden. Solange eine Landesregierung noch für 300 000 Euro ein Gutachten über Gender Foresting erarbeiten lässt, liebe Freunde, solange gibt es noch Geld. – Ich habe das Gefühl, die meisten wissen nicht, was Gender Foresting ist. Dann will ich das einmal sagen: Foresting ist die Lehre vom Wald und Gender ist die Lehre vom Frausein. Da hat jetzt einer gesagt, dass Männer und Frauen, wenn sie in den Wald gehen, etwas Unterschiedliches empfinden. Das müsste jetzt einmal wissenschaftlich untersucht werden – für 300 000 Euro.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Liebe Freunde, ich bin kein Fachmann, aber ich erinnere mich: Wenn ich früher mit meiner Frau in den Wald gegangen bin, dann hatten wir in der Regel gleiche Gefühle.

(Heiterkeit und Beifall)

Da meine Frau da ist, habe ich genau hingeguckt: Sie hat genickt.

(Vereinzelt Beifall)

Das zweite Ziel, das wir uns vorgenommen haben, heißt: mehr Bildung. Liebe Freunde, überall gibt es Diskussionen darüber, wie sich unser Bildungssystem weiterentwickeln soll. Heute werden die neuen PISA-Zahlen offiziell vorgelegt. Diese rot-grüne Landesregierung hat übrigens genauso wie die in Schleswig-Holstein darauf eine Antwort. Sie lautet: Wir schaffen die Gymnasien ab. Wir schaffen die Realschulen ab. Wir schaffen die Hauptschulen ab und machen bis zur zehnten Klasse eine Einheitsschule.

Liebe Freunde, ich habe immer gesagt: Wir müssen uns darum kümmern, wie Schule in diesem Land besser wird. Was wir wirklich nicht brauchen, ist ein Schulkampf. Aber ich sage auch: Wir werden das System des gegliederten Schulwesens verteidigen. Wenn Rot-Grün einen Schulkampf will, dann können sie ihn bekommen. Wir wollen keine Einheitsschule für alle Kinder, sondern wir wollen eine individuelle Förderung; denn alle Kinder haben vom Herrgott unterschiedliche Begabungen mitbekommen.

(Beifall)

Wenn ich Sozialdemokrat wäre, dann würde ich mich dafür schämen, dass das Schulsystem hier in Nordrhein-Westfalen das ungerechteste ist, das es in Deutschland überhaupt gibt. Nirgendwo sonst hängt es so sehr vom Einkommen und von der Bildungsnähe der Eltern ab, ob man eine schulische Ausbildung gut oder nicht so gut absolviert. Genau das ist das Problem. Wenn Sie mich fragen, was unser Ziel ist – ich habe in der Bildungspolitik ein relativ einfaches Ziel –, sage ich Ihnen: Ich will, dass alle Absolventen nordrhein-westfälischer Schulen wieder rechnen, schreiben und lesen können. Aber ich will keinen Schulkampf, liebe Freunde.

(Beifall)

Deshalb wollen wir den massenhaften Unterrichtsausfall bekämpfen. Wir wollen kleinere Klassen, damit wieder individuelle Förderung möglich ist. Und wir wollen ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Ganztagschulsystem in diesem Land einführen, weil wir nicht mehr hinnehmen wollen, dass junge Frauen ein schlechtes Gewissen haben, wenn sie versuchen, Kindererziehung und Berufstätigkeit miteinander zu verbinden. Liebe Freunde, ebenso wollen wir eine Rückkehr der Erziehung aus dem privaten Bereich in die öffentlichen Schulen. Es gilt der alte Satz – wie oft haben wir ihn gesagt –: Pünktlichkeit, Anstand und Fleiß sind keine Sekundärtugenden, sondern notwendige Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben. Auch unsere Kinder haben einen Anspruch darauf, das zu lernen.

(Beifall)

Unser drittes Ziel heißt: weniger Staat. Wir wollen die Regierungspräsidien und andere Behörden abschaffen. Wir werden viele Vorschriften aufheben. Liebe Freunde, nicht nur der „Weltjugendtag“, zu dem wir den Heiligen Vater und eine Million junge Menschen aus aller Welt im kommenden Jahr hier begrüßen wollen, musste verlegt werden, weil es ein paar Einsprüche gegeben hat. Wenige Kilometer von hier entfernt, in Neurath, soll ein Braunkohlekraftwerk mit optimierter Technik gebaut werden. Das ist eine Milliardeninvestition. Sie ist gut für die Wirtschaft. Sie ist aber auch gut für die Umwelt, weil der CO<sub>2</sub>-Ausstoß drastisch reduziert wird. Diese Investition, diese Milliardeninvestition wird zurzeit behindert: von drei leeren Feldhamsterbauten. Es gibt ja manche, die sagen: Nordrhein-Westfalen ist unter der rot-grünen Regierung auf den Hund gekommen. Eines ist jedenfalls klar: Auf den Hamster sind wir schon gekommen.

Das ist auch nicht das erste Mal. Vor einigen Monaten haben wir denselben Fall im Aachener Raum. Da ging es um ein Gewerbegebiet, bei dem 2 000 neue Arbeitsplätze entstehen konnten.

Wenn Sie sehen, wie Rot-Grün, speziell Frau Höhn, sich da verhalten hat, da packt man sich an den Kopf. Da ist einer herumgegangen, der ein Gutachten machen sollte, und er hat gesagt: Ich habe hier drei leere Eingänge von Feldhamsterbauten gesehen. – Dann hat das einer bezweifelt. Da kam der nächste Gutachter und hat festgestellt, nein, das seien keine Feldhamsterbauten, sondern die Löcher von den Stangen der Vermesser.

(Heiterkeit)

Daraufhin hat man das dritte Gutachten in Auftrag gegeben und hat festgestellt, man könne nicht genau sagen, ob es das sei oder das sei, aber dass die Bagger laufen, das sei viel zu gefährlich. Ganz am Schluss ist herausgekommen, dass man für 1,3 Millionen ein Ersatzgebiet für Feldhamster eingerichtet hat.

Liebe Freunde, solange Behörden einen solchen Unsinn produzieren, gibt es nicht nur viel zu sparen, sondern diese Leute müssen auch ganz schnell irgendwohin versetzt werden, damit sie wieder das wahre Leben kennen lernen und für dieses Land und seine Menschen arbeiten, nicht gegen dieses Land und seine Menschen.

(Beifall)

Wenn so etwas möglich ist, müssen wir uns bei unseren wirtschaftspolitischen Debatten auch nicht darüber wundern, dass Investitionen ins Ausland gehen. Jeder weiß inzwischen, wir haben hier ein Geflecht, einen Behördenschwungel und ein RegelungsDickicht, das unsere Wirtschaft nicht mehr verkraften kann. Wir haben inzwischen in ganz Deutschland zu viele Systeme organisierter Unverantwortlichkeit: Jeder quatscht bei allem mit, aber suchen Sie mal irgendeinen, der für ein Ergebnis verantwortlich ist! Liebe Freunde, das müssen wir wieder ändern!

(Beifall)

Bei diesem Thema geht es nicht nur um Genehmigungen. Ich meine, es geht dabei auch um unser Staatsverständnis. Diese ganze Regelungsbesessenheit – man muss ehrlicherweise zugeben, dass wir daran teilweise auch beteiligt waren – ist aus Misstrauen gegenüber den Menschen entstanden. Die Politik hat zu oft geglaubt, dass die Menschen nicht mit ihrer Freiheit umgehen können. Das ist der Grund, weshalb man dauernd Vorschriften erlassen hat. Das ist der Grund, weshalb immer mehr Aufgaben auf den Staat übertragen worden sind.

Liebe Freunde, das Ergebnis ist, dass unsere Gesellschaft unsolidarischer geworden ist. Die Politik hat den Menschen nicht mehr vertraut, und ich glaube, deshalb vertrauen viele Menschen heute der Politik nicht mehr. Wir als Politiker müssen den Menschen wieder mehr vertrauen. Wir müssen den Lehrerinnen und Lehrern vertrauen, dass sie guten Unterricht machen wollen. Wir müssen den Professoren vertrauen, dass sie Forschung und Lehre gut machen wollen. Wir müssen den Unternehmern vertrauen, dass sie – wenn denn die Rahmenbedingungen stimmen – Arbeitsplätze auch wieder hier bei uns in Deutschland entstehen lassen. Wir müssen sogar den Gewerkschaften vertrauen, dass sie wissen, dass man sich als Gewerkschaftler nicht nur für diejenigen einsetzen darf, die Arbeit haben, sondern auch eine Verantwortung für die trägt, die keine Arbeit haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir brauchen sie alle! Alleine können wir es gar nicht schaffen.

Vertrauen heißt nicht, dass jeder machen kann, was er will. Die Politik muss sich wieder darauf beschränken, einen Ordnungsrahmen zu schaffen. Sie kann nicht nur Detailregelungen erlassen. Rot-grüne Politik ist Regelungspolitik, ist nicht Ordnungspolitik, nicht Ordnungspolitik, wie die Väter der Sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack und Rüstow,

sie gedacht und vertreten haben. Ordnen heißt nicht regeln oder reglementieren. Liebe Freunde, Ordnungspolitik ist das Gegenteil! Ordnungspolitik setzt auf Freiheit, Regelungspolitik setzt auf Unfreiheit.

Wir müssen die Menschen ermuntern, mehr Freiheit zu wagen. Der Staat muss ihnen dann aber auch mehr Freiheit lassen und muss ihnen, wo nötig, auch mehr Freiheit zumuten. Wir müssen aufhören, Lehrern jeden zweiten Tag durch Verordnungen und Erlasse ins Handwerk zu pfuschen. Die wissen besser, wie man Schule macht, als diejenigen, die in der Ministerialbürokratie sitzen. Wir müssen aufhören, Hochschulprofessoren seitenlange Anträge ausfüllen zu lassen, damit sie einen gebrauchten Computer bekommen. Wir müssen aufhören, Handwerkern vorzuschreiben, ob in ihren Räumen, in ihrer Werkstatt, die Fliesen geriffelt oder glatt liegen. Wir müssen aufhören, für jede Lebensregung Normen und Vorschriften zu erlassen.

Liebe Freunde, ohne Vertrauen kann Ordnungspolitik nicht gelingen. Vertrauen setzt Werte und Ziele voraus, und das ist der tiefere Sinn der Debatten, die wir hier auf diesem Parteitag führen. Das ist der tiefere Sinn der Integrationsdebatte, der Wertedebatte und der Patriotismusdebatte; sie gehören zusammen.

Liebe Freunde, es geht nicht um Tagesaktualitäten. Wir rennen auch nicht dem Zeitgeist hinterher. Es geht nicht darum, von den notwendigen Reformen abzulenken, sondern darum, sie möglich zu machen. Es geht um Fragen, die über die Zukunft unseres Landes entscheiden.

Eine der großen Herausforderungen, die wir endlich bewältigen müssen, ist die Integration. Ich frage mich, wie wir die Integrationsaufgabe eigentlich bewältigen wollen, wenn wir selbst einer emotionalen Bindung an unser Land mit Skepsis gegenüberstehen. Ist denn Liebe zu Deutschland eine Untugend, die man besser verborgen hält? Wie wollen wir Migranten helfen, dass sie sich hier heimisch fühlen, wenn wir uns selbst so benehmen, als wäre Lieblosigkeit das Gefühl, das Deutschland verdient? Hier liegt der tiefere Grund dafür, dass viele sich mit den konkreten Fragen der Integration so schwer tun, mit dem Deutschlernen oder dem Tragen von Kopftüchern im Unterricht. Es gibt zu viele, die so viel Distanz zur eigenen Nation und ihren Werten haben, dass sie es für eine Zumutung halten, von anderen zu verlangen, unsere Sprache zu sprechen oder als Lehrerinnen die weltanschauliche Neutralität unseres Staates zu achten. Und dann wundern wir uns, wenn die Integration schlechte Fortschritte macht und die Migranten bei uns nicht die Chancen haben, die sie haben könnten.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, wir müssen Schluss machen mit dem Wegsehen. Wir müssen endlich mit einer konkreten Integrationspolitik anfangen. Wir müssen verlässliche Angebote machen, müssen aber auch klar sagen, an welche Spielregeln sich hier jeder halten muss. Das heißt zum

Beispiel – und wir wissen hier im Ruhrgebiet in einigen Städten, wovon wir reden –, wir wollen keine Parallelgesellschaften in unserem Land.

(Beifall)

Wir dulden keine islamischen Hassprediger in unserem Land.

(Beifall)

Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in unserem Land groß werden, ohne Deutsch zu sprechen. Wir tolerieren nicht, dass die Gleichheit von Mann und Frau geleugnet wird. Liebe Freunde, das muss wieder einmal klar gesagt werden!

(Beifall)

Jahrzehntelang hat die Linke in diesem Land patriotische Gefühle von Deutschen für Deutschland wie eine Krankheit gefürchtet. Die Linken wollten den Menschen in Deutschland eine Gefühllosigkeit gegenüber dem eigenen Land verordnen. Liebe Freunde, Patriotismus ist Vaterlandsliebe, und was man mit Liebe tut, tut man besser als das, was man gleichgültig tut.

(Beifall)

Deutschlands Zukunft wird besser, wenn sie mit Liebe gestaltet wird. Gleichgültig ist das nicht zu schaffen. Deshalb brauchen wir einen zukunftsgerichteten Patriotismus. Liebe Freunde, Patriotismus ist ein Zukunftsprojekt, keine Vergangenheitsbewältigung.

(Beifall)

Es geht darum, dass wir in Deutschland gemeinsame Ziele haben und sie auf der Grundlage gemeinsamer Werte auch erreichen. Wenn die Ziele die richtigen sind, wenn die gemeinsamen Werte anerkannt sind und wenn gemeinsam gearbeitet wird, dann ist auch der zukunftsgerichtete Patriotismus da, den wir brauchen.

Liebe Freunde, Patriotismus lässt sich nicht verordnen, aber er zeigt sich ganz konkret zum Beispiel daran, dass wir gemeinsam Deutschland wieder zum wirtschaftlichen Motor Europas machen wollen und nicht irgendwo mit der Laterne herumlaufen wollen.

(Beifall)

Er zeigt sich daran, dass wir in unseren Schulen wieder über Goethe und Schiller reden wollen statt über belanglose Werbetexte, und er zeigt sich daran, dass wir die Welt für unsere Kinder und Enkel besser machen wollen, statt mit dem Mittelmaß zufrieden zu sein, das zurzeit herrscht.

Die CDU ist die einzige Partei – davon bin ich überzeugt –, die in diesem Land die Ordnungspolitik neu begründen kann. Deshalb müssen wir die Wertedebatte führen, deshalb müssen wir

die Patriotismus- und Integrationsdebatte führen. Dabei voranzugehen, schulden wir unserer Geschichte und unserem Welt- und Menschenbild. Liebe Freunde, das kann bedeuten, dass wir uns ein neues ordnungspolitisches Grundsatzprogramm vornehmen müssen. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Man kann sie nicht trennen, wenn wir eine bessere Zukunft möglich machen wollen. Das erfordert Mut und Entschlossenheit. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten. Wir, die CDU Nordrhein-Westfalen und ich, bitten Sie in den kommenden fünf Monaten um Ihre Hilfe und Unterstützung.

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat auch immer eine bundespolitische Bedeutung. Sie ist so etwas wie eine Vorentscheidung für die Bundestagswahl. Ich persönlich bin mir aus tiefem Bauch heraus sicher: Wir schaffen das. Ich kann für meine Freunde hier in der CDU Nordrhein-Westfalen sagen: Wir wollen das schaffen und wir werden es schaffen, aus Liebe zu Nordrhein-Westfalen und aus Liebe zu Deutschland. Glück auf!

(Anhaltender Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank für dieses Grußwort des Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten der CDU Nordrhein-Westfalen. Lieber Jürgen Rüttgers, Ihr Angebot einer Zweitagestour durch Nordrhein-Westfalen nehmen wir alle gern an.

Ich darf Ihnen das Wort für den weiteren Vorsitz im Tagungspräsidium übergeben.

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank. – Liebe Freunde, ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 8 a auf:

BERICHT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS UND DER VORSITZENDEN DER  
CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG, DR. ANGELA MERKEL MDB

Angela Merkel, du hast das Wort.

(Beifall)

**Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Dieser Parteitag findet nicht zufällig in Düsseldorf statt und es ist großartig, lieber Jochen Erwin, was Sie in dieser Stadt geleistet haben und wie Sie wieder gewählt wurden. Deshalb möchte ich Ihnen auch von dieser Stelle aus einen ganz herzlichen Glückwunsch sagen und Ihnen alles Gute für Ihre Stadt wünschen. Weiter so, Jochen Erwin!

(Beifall)

Dieser Sieg in Düsseldorf ist aber nur einer von vielen in diesem Jahr. Wir haben 2004 mit unserer Mehrheit in der Bundesversammlung den Bundespräsidenten Horst Köhler gewählt. Von 14 Wahlen hat Rot-Grün eine halb und 13 ganz verloren. Wir dagegen haben eine halb und 13 ganz gewonnen. Ich finde, diese Bilanz kann sich sehen lassen.

(Beifall)

Ich danke allen, die dabei mitgeholfen haben, vor allen Dingen Laurenz Meyer und der Bundesgeschäftsstelle, ganz herzlich. Weiter so heißt die Devise.

(Beifall)

Nach diesem Jahr sagen wir: Das kann nur der Anfang sein; wir wollen mehr. Wir wollen, dass nach fast vier Jahrzehnten roter Regierung endlich der Wechsel im stolzen Bundesland Nordrhein-Westfalen eintritt.

(Beifall)

Am 22. Mai des nächsten Jahres geht es um nicht mehr und nicht weniger als um eine bessere und erfolgreichere Politik für dieses Land. Lieber Jürgen Rüttgers, liebe Freunde aus Nordrhein-Westfalen, machen wir uns nichts vor: Unsere Gegner werden mit allen Mitteln, mit fairen und mit unfairen, gegen uns kämpfen. Sie werden ihr angebliches Stammland mit Zähnen und Klauen verteidigen. Geld haben sie im Überfluss, jedenfalls mehr als wir. Wir müssen ihnen aber sagen: Dieses Land gehört nicht den Sozialdemokraten, dieses Land gehört keiner Partei, es gehört nur den Menschen in diesem Land und wir wollen es den Menschen dieses Landes zurückgeben. Wir machen Schluss mit Filz und Arroganz der Macht. Deshalb muss ein Wechsel in Nordrhein-Westfalen kommen.

(Lebhafter Beifall)

Wir, die CDU in den anderen Bundesländern und im Bund, versprechen euch, wir werden euch auf dem Weg zu diesem Ziel mit allen Kräften unterstützen. Von heute an heißt es: Attacke auf die anderen, Feuer eingestellt auf uns selbst. Das muss die Devise der nächsten Monate sein. Attacke auf die anderen, kein Feuer auf uns selbst!

(Beifall)

Denn wir wollen, dass die Delegierten aus Nordrhein-Westfalen auf dem nächsten Bundesparteitag nicht mehr nur von ihrem Landesvorsitzenden angeführt werden, wir wollen, lieber Jürgen Rüttgers, dass die Delegierten dieses Landes dann von einem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers angeführt werden und die stolzeste Truppe auf dem ganzen Parteitag sein können. Das ist unser gemeinsames Ziel von Schleswig-Holstein bis nach Baden-Württemberg.

(Beifall)

Aber wenn wir uns heute hier in Düsseldorf treffen, dann erinnern wir uns auch daran, wofür Düsseldorf noch steht. Diese Stadt weist auf die Wurzeln unserer Christlich Demokratischen Union hin. Vor 55 Jahren, am 15. Juli 1949, verabschiedete der Wirtschaftsausschuss der CDU in

der britischen Besatzungszone die Düsseldorfer Leitsätze. Sie waren auf die Soziale Marktwirtschaft gerichtet. Darin heißt es, ich zitiere:

„Die Soziale Marktwirtschaft ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt.“

Liebe Freunde, wir christlichen Demokraten haben diese Soziale Marktwirtschaft politisch entwickelt. Wir haben sie gegen heftige Widerstände durchgesetzt. Wir haben sie in der Regierungsverantwortung immer wieder ausgestaltet. Wir haben sie weltweit zu einem Vorbild als Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell gemacht. Sie war Fundament unserer Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik im letzten halben Jahrhundert. Deshalb ist es auch jetzt, im 21. Jahrhundert, wieder unsere Aufgabe, die Soziale Marktwirtschaft neu wirksam werden zu lassen. Wir spüren, dass wir dann, wenn wir sie wirksam werden lassen wollen, das Vertrauen der Menschen dafür neu gewinnen müssen.

Genau deshalb haben wir vor einem Jahr wichtige Entscheidungen in Leipzig getroffen. Leipzig war wegweisend für ein grundlegend neues Einkommensteuerrecht und für die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Ich sage – ich hoffe, in Ihrer aller Namen –: Darauf sind wir stolz und wir sind zu Recht darauf stolz, dass wir uns dieser Arbeit unterzogen haben.

(Beifall)

Ich sage aber genauso: Wir dürfen bei Leipzig nicht stehen bleiben. Wir dürfen uns nicht zufriedengeben. Viele haben hinterher gesagt, Leipzig sei zu hart, zu kalt und zu konsequent. Ich bin überzeugt, die Lage unseres Landes ist so, dass wir gar nicht konsequent genug sein können. Inkonsequente Politik hat dieses Land lange genug gehabt. Deshalb haben wir ja die Probleme und deshalb belasten wir die Schwachen.

(Beifall)

Ich sage: Nichtstun und inkonsequentes Handeln ist das Herzloseste, was wir in diesem Land machen können, deshalb müssen wir es anders machen.

(Beifall)

Deshalb gilt: Wir dürfen bei Leipzig nicht stehen bleiben. Leipzig war eine wichtige Etappe, aber eben nur eine Etappe. Die Schritte, die dort getan wurden, waren allesamt unverzichtbare und notwendige Einzelschritte – bei Steuern, Gesundheit, Rente und Pflege. Es waren Einzelschritte, die uns zum Teil in völlig unbekanntes Gelände geführt haben. Deshalb waren und sind sie mutig. Aber reicht das in unserer heutigen Zeit für unser Land, für unsere Partei aus? Ich sage dazu ein ganz klares Nein.

Wir haben einen anderen Anspruch als Schröder und die Seinen. Er konnte sich 1998 damit zufrieden geben, zu sagen, er mache nicht alles anders, aber vieles besser. Wir können das angesichts der Lage in unserem Land mit Sicherheit nicht. Nein, wir sagen den Menschen: Wir machen es grundlegend anders, damit es in diesem Land wieder grundlegend besser wird. Das ist unsere Botschaft.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn ich über diesen unseren Anspruch spreche, heißt es ja oft – Sie kennen das sicherlich auch alle –: Dieser generelle Anspruch ist schön und gut, aber bei der Lage, in der sich das Land befindet, angesichts der bestehenden Probleme könnt ihr doch eigentlich froh sein, dass ihr nicht regieren müsst. Man kann sich eigentlich doch nur wegducken. Wie könnt ihr da von Chancen sprechen? Lasst doch die anderen die Kohlen aus dem Feuer holen. – Da wird dann gargewöhnt: Euch geht es doch eigentlich auch nur um Posten und Ämter. – Man will wissen, was uns bei dieser Lage des Landes und in dieser Zeit antreibt, dieses Land regieren zu wollen. Wisst ihr, so werden wir gefragt, wohin ihr dieses Land führen wollt? Genau auf diese Frage wollen die Menschen eine Antwort, und zwar nicht irgendwann, sondern hier und heute auf diesem Parteitag in Düsseldorf, und zwar auch im Blick auf morgen. Warum wollen wir dieses Land regieren und wohin wollen wir es führen? Diese Frage haben wir gegenüber den Menschen zu beantworten.

(Beifall)

Wie ist die Lage? Wie ist die Bilanz nach sechs Jahren Rot-Grün? Ganz nüchtern: Wir haben weniger Wachstum als alle anderen Länder. Wenn ich „alle anderen Länder“ sage, meine ich alle anderen 24 Länder der Europäischen Union. Aus dem ohnehin nur bescheidenen Wachstum machen wir zu wenig. Wir haben nicht eine stagnierende Arbeitslosigkeit; wir haben eine immer noch steigende Arbeitslosigkeit. Sie ist die größte Geißel für die Menschen in unserem Lande. Das Deprimierendste aber ist dies: Schulden über Schulden. Die Bundesregierung verbrennt das Holz, mit dem sich unsere Kinder und Enkel ihre Häuser bauen wollen. Das heißt nichts anderes, als dass sie die Zukunft der heranwachsenden Generationen zerstört.

(Beifall)

Wenn wir das – kein Wachstum oder zu wenig Wachstum, steigende Arbeitslosigkeit und Schulden – zusammen nehmen, ergibt sich als bittere Wahrheit nach sechs Jahren Rot-Grün nichts anderes, als dass wir von der Substanz leben. Deutschland lebt im Augenblick von der Substanz. Die SPD hat Sicherheit im Wandel versprochen. Was aber erleben die Menschen? Sie erleben den Wandel von Sicherheit zu Unsicherheit, den Verlust von vertrauten Strukturen und Verzagtheit. Wir wissen doch: Die Menschen wollen auf ihre Leistungen und auf ihr Land stolz sein können. Was aber erfahren sie? Sie erfahren, dass man sie beleidigt und ihnen vorwirft, sie redeten unser Land schlecht.

Nein, liebe Freunde, niemand, der berechtigte Kritik an dieser Bundesregierung übt, redet unser Land schlecht. Unserem Land geht es schlecht, weil unser Land unter Wert regiert wird. Das muss man aussprechen. Das ist die Wahrheit. Das muss die Bundesregierung aushalten, liebe Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Weil dieses Land unter Wert regiert wird, muss mit dieser Bundesregierung Schluss sein, und zwar spätestens im September 2006. Das ist unser Auftrag.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Die Aufgabe, die vor uns steht, ist gewaltig. Acht Jahre wird sich diese Regierung dann mit Versprechungen und Prophezeiungen, die nicht Wirklichkeit wurden, durchlaviert haben. Acht Jahre wird sich diese Bundesregierung mit einem Bundeskanzler durchlaviert haben, der glaubt, sich permanent neu erfinden zu müssen. Waren es vor ein paar Jahren die Cousinen im Osten, so ist er jetzt auf den Hund mit der Zipfelmütze gekommen. Das alles geschieht immer auf der Suche nach neuen Schlagzeilen. Das zerstört die Sehnsucht der Menschen nach Orientierung. Der Vertrauensverlust ist so gravierend, dass er kaum noch ausgeglichen werden kann. Das ist ein wirkliches Problem. Dieser Vertrauensverlust hat dazu geführt, dass das Wort Reform völlig diskreditiert ist. Deshalb ist es unsere Aufgabe, dass wir das Wort Reform erst einmal wieder ehrlich machen müssen, damit die Menschen wieder das verstehen, was darin steckt. Die spannende Frage an uns alle ist: Haben wir den Mut dazu, das Wort Reform ehrlich zu machen? Liebe Freunde, die Versuchung für uns war und bleibt groß. Angesichts der gegenwärtigen Probleme und der jetzigen Bundesregierung wäre es für uns ein Leichtes gewesen, einfach auf Blockade zu machen, eine Blockadepolitik im Sinne Lafontaines – wir haben das ja schon erlebt – zu betreiben.

Ich sage aber klipp und klar: Das war und das ist mit uns nicht zu machen. Warum ist es mit uns nicht zu machen? Es ist deshalb mit uns nicht zu machen, weil uns an unserem Land etwas liegt. Wir wollen etwas für Deutschland tun. Das ist das, was uns antreibt. Deshalb darf Taktik nicht die Oberhand gewinnen. Wir tun bloß das, was Deutschland gut tut, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Überzeugung, dass wir so handeln müssen, entsteht aus einer grundlegenden Erfahrung. Wir wissen: Es lohnt sich, etwas zu tun, denn dort, wo wir regieren, sind die Länder erfolgreicher. Unsere Länder sind im wirtschaftlichen Wachstum vorne. Ich nenne hier Baden-Württemberg und Bayern und unter den neuen Bundesländern Sachsen und Thüringen. Wenn wir uns angucken, wo die Schlusslichter sind, ist festzustellen, dass Schleswig-Holstein leider noch dazugehört. Deshalb, lieber Peter Harry Carstensen, sage ich an dieser Stelle: Nur wenige Bundesländer warten länger auf einen Schub als Schleswig-Holstein. 17 Jahre SPD-Herrschaft sind genug. Lieber Peter Harry Carstensen, du verkörperst die Zuversicht und die Tatkraft, die das Land Schleswig-Holstein jetzt braucht. Du strahlst die Fröhlichkeit und die

Verbindlichkeit aus, mit der wir die Menschen für unsere gemeinsame Sache gewinnen können. Liebe Freunde aus Schleswig-Holstein, ich bin mir deshalb ganz sicher: Im nächsten Jahr haben wir die Chance, es zu packen, haben wir die Chance, die jetzige Ministerpräsidentin durch einen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen abzulösen. Deshalb heißt es am 20. Februar 2005: frischer Wind, klar zur Wende, Schluss mit Rot-Grün in dem Land zwischen den Meeren, volle Kraft voraus, Schleswig-Holstein! Das ist das, was wir als gemeinsames Signal brauchen und was wir wollen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Zu wissen, dass dort, wo wir regieren, die Dinge besser sind, gibt uns auch genau die Kraft, im Bund mit einer klaren Alternative anzutreten. Rot-Grün dreht sich wie ein Hamster im Laufrad. Das Ergebnis ist so eindeutig wie ernüchternd. Dieses Land kommt nicht von der Stelle: Stillstand statt Fortschritt, Mittelmaß statt Spitzenplatz.

Deutschland aber, liebe Freunde, hat es nicht verdient, Mittelmaß zu sein. Deutschland darf sich niemals mit dem Mittelmaß abfinden. Wir sind doch nicht dazu verdammt, im unteren Bereich der Mittelklasse zu spielen. Deutschland muss wieder nach oben wollen. Das muss es aber auch können. Man darf ihm nicht Knüppel zwischen die Beine werfen. Deutschland muss den Willen haben, aus dem unteren Mittelfeld herauszukommen. Das ist das Allerwichtigste und dafür werden wir uns einsetzen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir müssen sehr aufpassen, dass es nicht in Ablenkungsmanöver getrieben wird.

Wir alle wollen natürlich – wer wollte das nicht? – im Jahr 2006 Fußballweltmeister werden. Aber darin allein kann sich unser Ehrgeiz nicht erschöpfen. Damit kein Missverständnis entsteht: Es ist genau die Einstellung von Jürgen Klinsmann und Oliver Bierhoff, die dieses Land braucht. Optimismus, Tatkraft, Zuversicht und neue Ideen, darum geht es. Es geht nicht um Resignation, Grieskrämerei, nicht darum, sich zufrieden zu geben mit dem Mittelmaß, sondern um Optimismus, Zuversicht, Streben nach einem Spitzenplatz, danach, sich hohe Ziele zu stecken und diese unbeirrt und konsequent zu verfolgen. So können wir im Jahr 2006 tatsächlich Fußballweltmeister werden. So liebe Freunde, können wir aber auch noch mehr erreichen. Ich will, dass sich die Menschen über den Sieg der Fußballweltmeisterschaft freuen. Ich will aber genauso, dass sie sich darüber freuen, wieder Arbeit zu haben. Ich will, dass sie sich über den Sieg der Fußballweltmeisterschaft freuen, aber ich will auch, dass sie wieder mehr Geld in der Tasche haben. Das bedeutet: Deutschlands Weg darf sich nicht in einem Feld bewegen. Es muss ein umfassender Weg nach oben sein, damit alle Menschen etwas davon haben: Freude, mehr Wohlstand, Glück in diesem Land. Das ist die Aufgabe, der wir uns verpflichtet fühlen.

(Beifall)

Immer einmal mehr Aufstehen als Hinfallen – das muss unser Motto sein auf dem Weg nach oben. Dann können wir den Wiederaufstieg unseres Landes beginnen. Dann kann Deutschland wieder nach vorne gehen. Vor allen Dingen bleibt es dann nicht stehen. Dafür brauchen wir ein klares Ziel. Ich bin überzeugt: Deutschland soll, nein, Deutschland kann in zehn Jahren wieder unter einem der ersten drei Plätze in Europa sein, bei Wachstum, bei Investitionen, bei Bildung und Ausbildung, aber vor allem bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das ist der Schlüssel für unser Land, um in zehn Jahren wieder unter einem der ersten drei Plätze in Europa zu sein in der Frage, wie viele Menschen Arbeit haben, wie gering die Arbeitslosigkeit ist. Dieses Ziel sollten wir uns setzen.

(Beifall)

Natürlich müssen alle Kräfte auf dieses Ziel gerichtet sein, die Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Rot-Grün fehlt dazu die Kraft. Wir müssen daher den Menschen zeigen, dass wir diese Kraft haben, dass wir die Chancen unseres Landes erkennen und – denn das reicht nicht – dass wir zeigen, dass wir die Chancen dieses Landes nutzen, wie es auch das Motto unseres Parteitag ist. Dabei haben wir keine Zeit zu verlieren.

Ich komme auf meine Ausgangsfrage zurück: Wohin wollen wir dieses Land führen? Können wir die Menschen mit unserer Antwort schon restlos überzeugen? Nimmt man uns ab, dass wir nicht auch in Wolkenkuckucksheime und auf Nebenkriegsschauplätze flüchten, weil wir Angst haben, dass die Menschen von Reformen die Nase voll haben? Ich bin fest davon überzeugt: Wenn auch nur der leiseste Eindruck entsteht, dass dies richtig sein könnte, wenn es scheint, dass wir eigentlich alle – ob Rot-Grün oder wir – in einen Topf geworfen werden können, dann werden sich die Leute von uns abwenden. Dann hätten wir schon verloren. Deswegen sage ich: Ich will keine Ausflüchte und kein Ausweichen auf Nebenkriegsschauplätze. Ich will, dass wir zum Kern dessen vordringen, was unser Land braucht. Das, was unser Land braucht, ist, was im Interesse unseres Landes ist.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir erleben dieser Tage hochinteressante Wortbeiträge. So hat uns der Bundeskanzler am Samstag erklärt: „Patriotismus ist das, was ich jeden Tag tue“. Ich frage den Bundeskanzler: Ist es patriotisch, dass in Deutschland jeden Tag 1.000 Arbeitsplätze verloren gehen? Ist es patriotisch, dass in unserem Lande 5 bis 6 Millionen Menschen ohne Arbeit sind? Ist es patriotisch, dass die Zahl der Insolvenzen mittelständischer Betriebe noch nie so hoch war wie heute? Ist es patriotisch, dass wir wegen eines winzigen einmaligen Effekts überlegen, den 3. Oktober als Feiertag abzuschaffen? Ist es patriotisch, dass wir in Europa nun schon zum vierten Mal den EU-Stabilitätspakt gefährden, dass wir auf Kosten unserer Kinder leben? Nein, liebe Freunde, das kann nur sozialdemokratischer Patriotismus sein. Mit einer solchen Vorstellung von Patriotismus haben wir nichts zu tun.

(Anhaltender Beifall)

Mit einer solchen Vorstellung von Patriotismus haben wir deshalb nichts zu tun, weil es eine Politik ist, die deutsche Interessen kaputt macht und den Patriotismus ad absurdum führt.

Ich will etwas anderes. Ich will, dass deutsche Interessen wieder beachtet und geachtet werden. Ich bin es satt, überall zu lesen, dass wir der kranke Mann in Europa sind. Ich kann den Begriff „Schlusslicht in Europa“ nicht mehr hören. Ich sage Ihnen ganz persönlich: Ich gebe mich nicht mit „Mittelmaß statt Spitzenplatz“ zufrieden. Ich bin 35 Jahre lang nach Budapest, Prag und Warschau gereist – weiter sind wir nicht gekommen –, ich habe nette Westdeutsche getroffen und nette Ausländer aus dem westlichen Ausland. Ich bin immer wieder auf eine Tasse Kaffee eingeladen worden, wurde zum Schluss aber immer etwas mitleidig verabschiedet. Liebe Freunde, ich möchte nie wieder ins Ausland fahren und gefragt werden: Was ist bloß los mit euch Deutschen? Was ist mit euch passiert? Ich möchte, dass Deutschland wieder zum bzw. zu einem Motor in Europa wird, damit es uns gut geht und damit es Europa gut geht. Wir haben es nicht verdient, mitleidig angeguckt zu werden. Davor müssen wir uns verwahren, liebe Freunde.

(Beifall)

Meine persönliche Erfahrung ist: Früher, in der ehemaligen DDR, durfte ich nicht von Deutschland reden; das gilt auch für viele andere. Wir sollten DDR-Bürger sein und nicht etwa Deutsche. Durch die Wiedervereinigung wurde es möglich, frei über Deutschland zu sprechen. Das ist einer unserer Gewinne; davon lassen wir uns durch nichts abbringen. Wir im Osten haben danach dramatische Veränderungen erlebt. Dies waren keine planlosen oder ziellosen Veränderungen; sie haben vielmehr auf dem aufgebaut, was vorher in der alten Bundesrepublik gewachsen war, und ebenso auf dem, was in den Menschen aus den neuen Bundesländern steckt. Es ist deshalb meine persönliche Erfahrung, sich zu Deutschland bekennen zu dürfen. Veränderungen zum Guten sind für mich zwei Seiten ein und derselben Medaille. Deshalb bin ich überzeugt, dass ein schlüssiger Reformweg Deutschland wieder nach oben führt. Es geht nicht um Großmannssucht, auch nicht um einen Selbstzweck. Es geht einzig und allein um das Wohl der Menschen in unserem Land.

(Beifall)

„Schöne Worte“, werden jetzt manche sagen. „Aber wie soll das gehen in einer Zeit, in der doch kein Stein auf dem anderen zu bleiben scheint?“ Der Einfluss der Weltwirtschaft, der globale Wettbewerb, die technologische Revolution hin zur Informations- und Wissensgesellschaft, die demographischen Vorgaben für die nächsten 40 Jahre, all das ist bekannt und geschieht, ob es uns passt oder nicht.

Kann Politik unter solchen Umständen überhaupt noch etwas gestalten?

Dazu sage ich wieder sehr deutlich: Ein Zurück zur so genannten guten alten Zeit ist unmöglich. Wir können und dürfen uns nicht verzweifelt an Gewohnheiten festhalten. Politik mit

Gestaltungsanspruch klammert nicht. Politik mit Gestaltungsanspruch stellt alles auf den Prüfstand und sie tut dies zukunftsgerichtet. Sie bewahrt und sie verändert.

Deshalb sollten wir uns – gleichsam als unsere Definition von Reform – etwas vornehmen: Lasst uns bewahren, was das Land voranbringt! Lasst uns verändern, was das Land belastet! Noch einmal: bewahren, was das Land voranbringt, verändern, was es belastet.

Wie stellen wir dann fest, dass wir dieser Maxime wirklich konsequent folgen? Was ist für uns der Maßstab? Ich glaube, indem wir uns in unserem Leben und Handeln an dem orientieren, was immer gilt; was ist das, was immer gilt?

Erstens die Freiheit: Denn der Mensch ist zur Freiheit geboren. Dazu müssen wir unseren Staat wieder erfolgreich machen. Er ist – das ist meine feste Überzeugung – überfordert worden. Ein überforderter Staat kann kein starker Staat sein. Deshalb können wir uns nicht vor wichtigen Richtungsentscheidungen drücken: Wollen wir die Regeln des Arbeitsmarktes so verändern, dass Deutschland den Weg in die Wissens- und Informationsgesellschaft schafft? Oder wollen wir alles so lassen, wie es war, und dann zuschauen, wie Menschen, die darauf vertrauen, dass sie bis ans Ende ihres Arbeitslebens einen Arbeitsplatz haben, plötzlich zu Tausenden auf der Straße stehen und mit 50 keine Chance mehr haben, aus ihrem Leben und der Arbeit noch etwas zu machen?

Nehmen wir drei Beispiele: erstens ein Unternehmen wie die Firma Dräger Medical in Schleswig-Holstein, ein klassisches Beispiel für den deutschen Mittelstand mit 5 000 Mitarbeitern, Wachstumsmarkt Medizintechnik, 17 Prozent niedrigere Lohnkosten in Tschechien. Deshalb die Frage: Müssen diese Arbeitsplätze nach Tschechien verlagert werden? Die Firmenleitung wollte die Arbeitsplätze in Deutschland halten. Es ging noch nicht einmal um Lohnverzicht, sondern um flexiblere Arbeitszeiten. Was macht die IG-Metall-Zentrale? Sie, die Zentrale der IG Metall, hat es zu verantworten, dass bis heute kein betriebliches Bündnis für Arbeit zustande kam. Die rot-grüne Landesregierung stellt sich daneben und beschimpft in dieser Frage die Firmenleitung statt die IG Metall. Ich sage: Das ist ein Grund mehr für den Wechsel in Schleswig-Holstein, damit solche Dinge wieder ins Klare kommen.

(Beifall)

Ich nenne ein gegenteiliges Beispiel: Es kann etwas anderes erreicht werden, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Christian Wulff macht das in Niedersachsen vor,

(Vereinzelt Beifall)

zum Beispiel bei dem Unternehmen Symrise. Symrise – die Niedersachsen wissen das – ist der weltweit viertgrößte Anbieter von Duft- und Geschmacksstoffen. Da konnte zusammen mit der Betriebsleitung, der Belegschaft und der IG BCE erreicht werden, dass Nullrunden eingerichtet

und längere Arbeitszeiten vereinbart wurden. Das alles war möglich, weil Christian Wulff als kluger Moderator genau diesen Prozess befördert hat. Hier wurden 2 000 Arbeitsplätze für Deutschland gerettet. Das zeigt, dass Politik gestalten kann. Das zeigt, was Politik erreichen kann. Das zeigt: Wo wir regieren, geht es besser.

(Beifall)

Liebe Freunde, Roland Koch hat doch völlig Recht, wenn er sagt, Sozialhilfe müsse „eine zweite Chance, kein Lebensstil“ sein. Viele haben ihn angefeindet, als er mit dem Wisconsin-Modell von Fordern und Fördern in Hessen dafür geworben hat, mit der Daueralimentierung Schluss zu machen und Menschen wieder eine Chance zu geben. Dieser Gedanke hat sich am Ende in mühseligen Verhandlungen teilweise durchgesetzt. Ich sage Ihnen: Er wird sich ganz durchsetzen. Denn es ist doch richtig, dass bei aller Unterstützung, die viele Menschen brauchen, jeder, der gesellschaftliche Unterstützung in Anspruch nimmt, erst einmal die Pflicht hat, seinen Beitrag zu leisten und seiner Gesellschaft zu helfen. Das muss sich durchsetzen, liebe Freunde. Das ist der Gedanke.

(Beifall)

Die Dinge sind trotz der Kompliziertheit der Globalisierung sehr überschaubar. Wir können uns vor bestimmten Fragen nicht drücken. Wenn wir uns drücken, profitieren andere außerhalb unseres Landes davon. Wir brauchen ein modernes System der Lohnfindung mit betrieblichen Bündnissen für Arbeit. Wir müssen einen gelockerten Kündigungsschutz für Neueinstellungen durchsetzen. Das Kündigungsschutzrecht darf sich in Deutschland nicht länger gegen die Arbeitslosen richten, liebe Freunde. Arbeitslose müssen eine Chance bekommen. Wir sind für alle Menschen verantwortlich und vor allen Dingen für die 5 bis 6 Millionen Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb folgen wir dem Prinzip: Sozial ist vor allem, was Arbeit schafft. Für uns gilt der Grundsatz: Arbeit für alle ist das Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Der Kapitalismus kennt das Ziel „Arbeit für alle“ nicht. Für die Soziale Marktwirtschaft aber gilt – das macht die Soziale Marktwirtschaft als Gesellschaftsmodell stark –: Jeder wird gebraucht; keiner darf ausgegrenzt werden. Alle leisten entsprechend ihren Möglichkeiten ihren Beitrag. Das müssen wir in das 21. Jahrhundert weiterentwickeln. Das muss uns treiben.

Liebe Freunde, eine Anmerkung am Rande: Der Bundeskanzler hat uns mitgeteilt, Deutschland habe den flexibelsten Arbeitsmarkt in Europa. Man müsse sich mit den Dingen nur ausreichend beschäftigen. Liebe Freunde, ich habe immer wieder daran gezweifelt, ob Erich Kästner Recht hat. Aber in diesem Fall scheint es doch richtig zu sein. Er hat gesagt: Wem Gott ein Amt gibt, dem raubt er den Verstand. Ich glaube, das ist in diesem Falle geschehen. Deutschland hat nicht

das flexibelste Arbeitsrecht. Wenn wir uns in die Tasche lügen, dann werden wir überhaupt nicht vorankommen und der Rest Europas wird von unseren Arbeiten profitieren.

(Beifall)

Manchmal kann man es doch selbst kaum glauben – ich glaube, wir sollten uns das nüchtern vor Augen führen –, welche Zukunftsblockaden sich zusammengeballt haben. Wir müssen im wahrsten Sinne des Wortes – ich sage das aus Überzeugung, weil wir es schon einmal geschafft haben – wieder Mauern durchbrechen, Mauern, die unüberwindbar erscheinen. Wenn wir das tun – das ist die Verheißung, die Möglichkeit, die sich eröffnet –, dann werden wir von den Chancen des Wandels profitieren. Aber wir müssen den Mut dazu aufbringen.

Liebe Freunde, es ist richtig, dass in der Bundesrepublik Deutschland die Finanzbeziehungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihrem Staat unattraktiv, unübersichtlich und für viele nicht mehr erkennbar sind. Genau deshalb müssen wir das, was eine Urbeziehung des Bürgers zu seinem Staat ist, wieder in ein faires Verhältnis bringen.

Deshalb haben wir gesagt: Wir brauchen eine transparente, gerechte und einfache Besteuerung. Wir brauchen eine große Steuerreform. Das Konzept von Friedrich Merz ist und bleibt bahnbrechend. Lieber Friedrich, dafür bist du zu Recht von der Initiative Soziale Marktwirtschaft als „Reformer des Jahres“ ausgezeichnet worden. Darauf kannst du stolz sein. Darauf sind wir alle stolz. Herzlichen Dank dafür!

(Anhaltender Beifall)

Die Weichenstellung dieses Steuerreformkonzepts ist unumkehrbar. Sie war Voraussetzung für den Merz/Faltlhauser-Beschluss, den CDU und CSU gemeinsam gefasst haben. Ich glaube, entscheidend ist, dass es uns gelungen ist – auch wenn manch einer vielleicht enttäuscht war, dass es nicht die hundertprozentige Lösung ist –, die Weichen richtig zu stellen. Genau das haben wir – davon bin ich überzeugt – geschafft.

Und was macht Rot-Grün? Man wird ja wohl mal fragen dürfen. Die Antwort ist komplettes Schweigen im Walde. Rot-Grün scheint offensichtlich der Meinung zu sein, das Getane sei im Großen und Ganzen ausreichend. Was zeigen sie damit? Sie zeigen damit, dass sie immer noch nicht verstanden haben, mit welchem Ausmaß an Misstrauen die Menschen unserem Staat begegnen, weil sie just dieses Steuerrecht nicht verstehen.

Deshalb geht es nicht nur um ein Gesetz, nicht nur um fiskalische Beziehungen. Es geht um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihren Staat. Deshalb werden wir 2006 mit einer klaren Alternative in die Wahl gehen und Herrn Eichel und Herrn Schröder fragen: Was wollt ihr am deutschen Steuersystem ändern? – Bisher Fehlzanzeige. Wir haben etwas auf dem Papier und das werden wir selbstbewusst vorzeigen, komplettiert um eine Unter-

nehmensteuerreform, die wir im nächsten Jahr noch erarbeiten. Das ist unser Auftrag für die Wahl 2006, liebe Freunde.

(Beifall)

Was für die Steuer gilt, das gilt auch für die sozialen Sicherungssysteme. Deshalb haben wir vor fast genau einem Jahr in Leipzig den Umstieg aus dem bisherigen Krankenversicherungssystem in ein Gesundheitsprämienmodell beschlossen. Dass uns dies gelungen ist, hat – das möchte ich ausdrücklich noch einmal hervorheben – mit vielen zu tun, ganz besonders mit unseren Freunden aus der CDA und aus der MIT, weil beide aus ganz unterschiedlichen Positionen heraus genau für dieses Konzept gekämpft haben. Deshalb, lieber Hermann-Josef Arentz, lieber Peter Rauen, ganz herzlichen Dank dafür, dass wir das gemeinsam mit allen Flügeln unserer Partei durchziehen konnten.

(Beifall)

Liebe Freunde, mit dem vor wenigen Tagen von CDU und CSU gefundenen Kompromiss ist es nun nicht mehr nur die CDU alleine, die die Weichen unumkehrbar in Richtung Prämie gestellt hat. Jetzt sind es CDU und CSU gemeinsam, die den Wandel im Gesundheitsbereich mit der Einführung einer solidarischen Gesundheitsprämie gestalten können. Wir haben uns immer gefragt: Was sind die Alternativen zu einem Systemwechsel im Gesundheitsbereich? Wir wissen doch: Entweder steigen die Lohnzusatzkosten oder der Abbau von Arbeitsplätzen oder die Kürzung von Leistungen. Jeder weiß aus seiner Familie, seinem Freundes- oder Bekanntenkreis, dass schon heute im Gesundheitssystem zum Teil massiv unterschiedliche Maßstäbe angewendet werden. Deshalb muss Spitzenmedizin für alle unser Credo sein. Daran führt kein Weg vorbei, wenn wir mit Recht das „C“ in unserem Namen weitertragen wollen.

(Beifall)

Was erleben wir in diesem Fall wieder bei Rot-Grün? Vorletzte Woche hatten wir Haushaltsdebatte. Meine Damen und Herren, ich und die gesamte CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben dem Bundeskanzler die ganze Zeit zugehört. Es wäre doch der Tag gewesen, an dem er die Auseinandersetzung zwischen uns und denen, die die Bürgerversicherung wollen, hätte führen können. Er hätte uns mit den schönsten Worten erklären können, was diese Bürgerversicherung bedeutet. Aber Schröder hat geschwiegen. Er hat geschwiegen, weil er im Herzen weiß, dass er sich für diese Bürgerzwangsversicherung schämen muss. Das ist die Wahrheit, liebe Freunde: Es ist vielleicht eine schöne Sprache, aber es ist ein untaugliches Modell, weil es Zwang, Kollektivierung und Einheitskasse bedeutet und nicht die Vielfalt, nicht die Spitzenmedizin, nicht die Entkopplung von den Lohnkosten, nicht mehr Arbeitsplätze. Weil er das weiß, kann er den Mund nicht aufmachen. Das ist ein schöner Bundeskanzler, der nicht einmal zu seinen eigenen Konzepten steht, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Natürlich ist auch hier wieder wahr: Sachverständige und viele, die das Modell der Gesundheitsprämie überzeugend finden, haben sich mehr erhofft als das, was wir als CDU/CSU-Kompromiss beschlossen haben. Das stelle ich gar nicht in Abrede. Aber eines steht für mich genauso außer Zweifel: Die gesamte Fachwelt ist der Überzeugung, dass zur Zukunft des deutschen Gesundheitswesens nur das Modell einer Prämie beitragen kann. Ebenfalls steht für mich außer Zweifel, dass wir mit unserem Kompromiss, für den wir jetzt gemeinsam eintreten können, eine unumkehrbare Weichenstellung geschafft haben; unumkehrbar heraus aus dem alten System hin zur Entkopplung von den Arbeitskosten – vielleicht nicht ausreichend für manch einen, aber unumkehrbar – und zu mehr Transparenz und Wettbewerb im Gesundheitssystem. Das werden wir der Bürgerzwangsversicherung, so schemenhaft sie auch auf den Plan kommt, ganz offensiv entgegenstellen und die Menschen fragen, was sie eher wollen: Sichere Spitzenleistungen, mehr Transparenz, mehr Wettbewerb, mehr in der Tasche für den Leistungsträger, soziale Unterstützung derer, deren Prämie höher wäre als 7 Prozent ihres Einkommens, oder einen Weg in die Kollektivierung und die Zweiklassenmedizin? Ich bin ganz gewiss: Diese Schlacht können wir sehr gut gewinnen. Wir haben eine Alternative im Steuer- und im Gesundheitsrecht; und die werden wir in die Waagschale werfen, wenn es um die Wahl 2006 geht, liebe Freunde.

(Beifall)

Soziale Sicherungssysteme und Steuerrecht sind wichtige Themen – und Reformen sind richtig. Aber wir brauchen in Deutschland vor allen Dingen – davon hängt unser Wohl und Weh ab – neue Stärken. Die Bundesregierung hat das Jahr 2004 zum Jahr der Innovationen gemacht. Das ist im Grundsatz richtig. Aber das Jahr der Innovationen ist das Jahr der Fehlanzeige geworden. Schauen Sie sich das Gentechnikgesetz an – eine einzige Verhinderungsstory. Schauen Sie sich das Chemikalienrecht in Europa an –: Verhandlungsführer ist ein Bundesumweltminister, der, wenn er sich gerade nicht mit dem Dosenpfand beschäftigt, alles daransetzt, die Chemieindustrie aus Deutschland zu vertreiben. Die forschende Arzneimittelbranche, die pharmazeutische Industrie, eine unserer Schlüsseltechnologien, ist mit den Preisregelungen absolut unzufrieden und wird aus Deutschland vertrieben.

Liebe Freunde, ich spreche schon gar nicht mehr darüber, dass wir den gesamten Kompetenzvorsprung in der Nukleartechnik bei den Kernkraftwerken abgeben. In den nächsten Jahren werden in China mindestens 17 neue Kernkraftwerke gebaut. Der Bundeskanzler hält sich dieser Tage gerade dort auf. Meine Damen und Herren, es ist schön, wenn wir einen Auftrag für Windmühlen bekommen; es ist gut, wenn wir U-Bahnen bauen. Aber wenn wir außerdem auch noch Kernkraftwerke bauen könnten, dann wären wir allemal besser dran und hätten mehr Arbeitsplätze in Deutschland. Das ist es, was wir einfordern müssen: neue Technologien in allen Bereichen, liebe Freunde!

(Beifall)

Die Frage – das müssen wir den Menschen immer wieder sagen, denn ich glaube, dass das noch nicht ausreichend verstanden ist –, welche Rolle Forschung, Technologie und Innovation spielen, ist nicht irgendeine Frage. Schauen wir in unsere Länder, zum Beispiel nach Bayern. Da muss man die bayerische Hartnäckigkeit von Edmund Stoiber bewundern. Ich sage ganz ehrlich, ich bewundere sie nicht immer, lieber Generalsekretär, aber in diesem Falle ausdrücklich. Durch diese Hartnäckigkeit ist der modernste Forschungsreaktor der Welt nach München gekommen. Ohne Edmund Stoiber wäre es vollkommen ausgeschlossen gewesen, in dieser Republik einen solchen Forschungsreaktor zu installieren. Ein klassisches Beispiel: Wo wir regieren, geht es besser, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich gehe vom Süden in den Norden. Ole von Beust hat dafür gesorgt, dass – ich habe den Eindruck, die Sache ist durch – der A 380 in Hamburg gebaut werden kann.

(Beifall)

Das ist eine klassische Situation. In Toulouse rührt natürlich keiner einen Finger, damit in Hamburg Arbeitsplätze entstehen. Das müssen wir selber machen; das müssen diejenigen machen, die Verantwortung tragen. Da, wo unsere Ministerpräsidenten Verantwortung tragen, geschieht das. Ole von Beust hat das gemacht.

Obwohl im Übrigen nicht alles populär ist, was in dem Zusammenhang gemacht werden musste, ist – ein ganz erstaunlicher Vorgang – Ole von Beust beliebt, liebe Freunde. Das heißt also, die Menschen wissen schon, wer sich für die wichtigen Sachen einsetzt. Dem trauen sie etwas zu, auch wenn sie manchmal Kritik üben. Das ist dein Verdienst, lieber Ole. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

So macht es auch Roland Koch seit Jahren mit der neuen Startbahn des Frankfurter Flughafens. 100 000 Arbeitsplätze können dort entstehen, direkt bzw. indirekt. Liebe Freunde, an dem Beispiel können Sie auch ersehen, wie lange Planungen in Deutschland dauern. Eine Generation ist fast gar nichts dagegen. Wir müssen da vielleicht einmal etwas schneller werden. Auch das wäre eine gute Sache.

Christian Wulff geht neue Wege bei den Planungsprozeduren für seine Küstenautobahn. Dieter Althaus und Georg Milbradt haben mit spektakulären Ansiedlungen im IT-Bereich gezeigt, es kommen Arbeitsplätze nach Deutschland. Wolfgang Böhmer hat sich um das Chemiedreieck in Sachsen-Anhalt verdient gemacht. Es handelt sich also um kein Ammenmärchen oder um einen Wunschtraum, sondern da, wo der Wille vorhanden ist, gelingt es, zum Nutzen der Menschen in

Deutschland Arbeitsplätze nach Deutschland zu holen. Das muss zum Credo der gesamten Politik, also auch der Bundespolitik werden. Deshalb müssen wir gewinnen, liebe Freunde. Dann können wir das auch auf Bundesebene genauso machen.

(Beifall)

Auch der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat sehr deutlich gemacht, dass trotz aller Globalisierung die Binnenmöglichkeiten, um Wachstum zu entwickeln, vorhanden sind. Er hat sogar Mut machend gesagt: Weil die Ursache für mangelndes Wachstum in Deutschland auf inländischen Gründen basiert, gibt es eben die Möglichkeit, durch eigenes Handeln die Dinge zum Besseren zu wenden. Genau darum geht es: Dinge aus eigener Kraft zum Besseren zu wenden.

Unser estnischer Freund Mart Laar, heute im Europaparlament, früher Ministerpräsident der Republik Estland, hat einmal etwas gesagt, was ich sehr nachdenkenswert finde. Er hat gesagt: Die Sozialisten sind, wenn man sich die Geschichte anschaut, immer sehr gut im Nachmachen. Nachmachen können sie perfekt. Aber neue Durchbrüche zu schaffen, dazu sind sie nicht in der Lage. Er hat in Estland gezeigt, wie das geht. Genau das müssen wir auch bei uns schaffen, bei Wissenschaft und Forschung. Schauen wir uns an, was in diesem Jahr in diesem Bereich passiert ist: keine Erhebung von Studiengebühren, keine bzw. nicht ausreichende Möglichkeiten des Wettbewerbs, absurde Diskussionen in der Föderalismuskommission, eine Juniorprofessur, die mit Pauken und Trompeten vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert ist, ein Wissenschaftsdienstrecht, das immer noch auf sich warten lässt. Diese Aneinanderreihung, liebe Freunde, entspricht genau dem, was in Zukunft notwendig ist. Dass das nicht angegangen wird, liegt an dem alten Trott von Technologieskepsis, Risikofetischismus und Wettbewerbsfeindlichkeit. Es ist immer die gleiche Leier, die uns Zeit kostet. Davon müssen wir abkommen; dann können wir die Chancen wieder nutzen, die in unserem Lande stecken.

(Beifall)

Liebe Freunde, was wir garantiert nicht brauchen können – heute kommt die neue PISA-Studie heraus –, das sind die alten Strukturdebatten. Man muss sich das doch einmal ganz ruhig anschauen: Brandenburg, das im Zuge der deutschen Einheit von Nordrhein-Westfalen beraten wurde, liegt auf Platz 15, Sachsen dagegen, das von Baden-Württemberg beraten wurde, liegt auf Platz 3 und Thüringen, das auch von süddeutschen Ratgebern beraten wurde, auf Platz 4. Meine Damen und Herren, es muss endlich Schluss sein mit den Debatten über Einheitsschule. Es muss endlich in die Köpfe hinein, dass die Kinder unterschiedlich sind, dass wir den Menschen etwas zutrauen und dass sie individuelle Förderung brauchen. Wir müssen Schluss machen mit den Experimenten auf dem Rücken unserer Kinder, damit wenigstens die nächste Generation in eine bessere Lage kommt als die heutige.

(Beifall)

Wenn wir das in allen Politikbereichen schaffen wollen – ich kann die Umweltpolitik, die Landwirtschaftspolitik, die Energiepolitik nennen –, dann müssen wir endlich wieder beginnen, über den Tag hinaus zu denken. Der Egoismus der Generation der Achtundsechziger hat ausgegient, liebe Freunde. Es geht um die Verantwortung für zukünftige Generationen, sonst verlassen uns nämlich die jungen Leute. Wenn die heute in die Jahre gekommenen Achtundsechziger weiter das Land bestimmen, hauen die jungen Leute ab. Das müssen wir mit aller Kraft verhindern, weil wir sonst auch den älteren keine Sicherheit mehr garantieren können. Vor dieser Aufgabe stehen wir; sie müssen wir schnell erledigen.

(Beifall)

Das geschieht durch eine Politik, bei der Wachstum – das ist ja das Motto unseres Leitantrages – das Ergebnis guten Regierens ist, also durch eine solide Politik. Ludwig Erhard hat nie gesagt: Wachstum für alle. Sein Credo war: Wohlstand für alle. Genau dann dient nämlich das Wachstum den Menschen, wenn es zugleich qualitatives wie quantitatives Wachstum ist. Wachstum des Bruttoinlandsproduktes muss einhergehen mit Wachstum an Wissen, Können und Vertrauen zu einzelnen Menschen. Solch ein Wachstum ist existenziell für uns. Solch ein Wachstum ist nachhaltig. Solch ein Wachstum – davon bin ich überzeugt – ist Voraussetzung, um Deutschlands Chancen nutzen zu können. Deshalb muss die Devise unseres Handelns gleichsam wie ein roter Faden immer wieder lauten: einfacher, schneller, flexibler, direkter, näher beim Menschen, kleine Einheiten fördernd. Dahinter steckt etwas von unserem Menschenbild: Wir können und wollen – das ist das Credo der Christlich Demokratischen Union – dem Menschen etwas zutrauen. Wir trauen ihm etwas zu, weil der Mensch zur Freiheit geboren ist. Man kann das Ganze auch Subsidiarität nennen. Ich sage aber: Weil der Mensch zur Freiheit geboren ist, müssen wir ihm etwas zutrauen, damit ein überforderter Staat wieder stark werden kann und damit Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit wieder in eine ausgeglichene Balance kommen.

(Beifall)

Wenn wir uns einmal – noch einmal – die Ausgangsfrage, wohin wir dieses Land führen wollen, vor Augen führen, dann müssen wir feststellen, dass wir die Frage noch nicht ganz beantwortet haben. Unsere Maxime lautet: Lasst uns verändern, was uns als Land belastet, und lasst uns bewahren, was uns als Land voranbringt. Orientieren wollen wir uns daran, was im Leben und beim Handeln immer gilt: Dass der Mensch erstens zur Freiheit und zweitens als soziales Wesen zur Gemeinschaft geboren ist. Ich glaube, viele Menschen spüren, dass wir nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich in eine Schiefelage geraten sind. Die Sehnsucht nach Orientierung – das weiß jeder, der mit anderen spricht – ist groß. Die Menschen fragen danach, was uns verbindet, was diese Gesellschaft zusammenhält und welche Ziele wir haben. Deshalb wollen wir eine Gesellschaft, die sich ihrer Wurzeln bewusst ist, eine Gesellschaft, die sich nicht nur an ih-

re Werte klammert, sondern diese Werte wirklich lebt. Vielleicht zeigt es sich ja nirgendwo deutlicher als in der Frage, wie ein Land mit Kindern umgeht, wie eine Gesellschaft wirklich beschaffen ist. Wenn man nach ernsthaften Erklärungen und Bekenntnissen der Bundesregierung zu Familien sucht, braucht man einen relativ langen Atem. Eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom April 2002 enthielt einen bemerkenswerten Satz, wie ich finde. Er sagte:

„Wir unterstützen durchaus das, was man die traditionelle Familie nennt, die Familie mit Mutter, Vater und Kindern.“

Liebe Freunde, wie viel Distanz spricht eigentlich daraus, wenn einer sagt: „Wir unterstützen durchaus das“. Damit kein Missverständnis entsteht: Wir als Union respektieren die Lebensentscheidung jedes Einzelnen. Wir anerkennen die verschiedenen Lebensformen und wir wissen auch um das Scheitern von Beziehungen. Aber das darf doch nicht zu der Schlussfolgerung verleiten, dass auch die Prioritäten völlig verschoben werden müssten. Ich finde, auch heute muss sich der Staat entscheiden, was er fördert und was nicht.

Deshalb sage ich ganz klar: Ich halte es für falsch, dass das Erbrecht bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften genauso ausgestaltet wird wie das Erbrecht bei Ehe und Familie. Ich glaube, dass wir dies an dieser Stelle bei aller Toleranz sehr klar und deutlich sagen sollten.

(Beifall)

Wir wissen, dass auch im 21. Jahrhundert die Gründung einer Familie in den Lebensentwürfen der meisten Menschen einen herausragenden Platz hat. Hier werden Treue, Verlässlichkeit, Bindung, Geborgenheit und Halt sowie soziale Verantwortung weitergegeben. Ich finde, das kann man doch nicht mit einem einfachen „durchaus“ abtun.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ohne mein Elternhaus in Templin in der Uckermark hätte ich den Sozialismus nicht so überleben können. Auf der einen Seite gab es das System der DDR, das unser Leben wie ein Krake vollständig erfassen wollte, auf der anderen Seite gab es das eigene Elternhaus. Jeden Tag nach der Schule habe ich bei meiner Mutter ein bis zwei Stunden alles „abgesprochen“, wie ich es immer genannt habe. Ich bin meinen Eltern heute noch dankbar, dass wir zu Hause die Möglichkeit dazu hatten.

Ich erzähle Ihnen das nicht – um jedem Irrtum vorzubeugen –, um die Frauen, die wie meine Mutter zu Hause gearbeitet haben, zum Lebensideal aller Frauen zu erheben. Dennoch sage ich: Etwas mehr Anerkennung unserer Gesellschaft für die Leistung von Hausfrauen und Müttern könnte wirklich nicht schaden.

(Beifall)

Wir wollen eine Politik, die junge Menschen heute nicht mehr vor die Alternative Beruf oder Familie stellt. Wir wollen eine Politik, die Beruf und Familie zusammen möglich macht. Dazu

brauchen wir mehr familiengerechte Jobs, nicht aber jobgerechte Familien; denn eines dürfen wir nie vergessen: Kinder brauchen Zeit. Daran wird kein Jahrhundert etwas ändern.

(Beifall)

Ich erzähle Ihnen das eigentlich aus einem anderen Grund. Für mich zeigt es einmal mehr: Es gibt – egal in welchem System und in welcher Zeit Sie leben, ob in der Globalisierung oder der Industriegesellschaft, in einer Demokratie oder sogar in einer Diktatur, wie die DDR es war – ein Leben aus dem, was immer gilt. Selbst ein Unrechtssystem wie das der DDR hat es nicht geschafft, all das zu zerstören, was das Leben der Menschen ausmacht: Treue, Verlässlichkeit, Bindung, Geborgenheit, Halt. Das hat uns, das hat Millionen von Menschen am Leben gehalten. Der Sozialismus hat unzählige Familien gequält, zerstört und unendliche Kämpfe vieler – auch meiner – Eltern gegen immerwährende Absurditäten des Systems notwendig gemacht. Dennoch hat der Sozialismus das, was Familie ausmacht, wonach der Mensch sich sehnt, nicht zerstören können. Und am Ende, liebe Freunde, hat genau das dazu beigetragen, dass wir ihn selbst, den Sozialismus, überwinden konnten. Das Überwinden des Sozialismus durch Dinge, die immer bleiben und aus denen wir leben, das zählt. Diese gesamtdeutsche Erfahrung sollten wir nie vergessen.

(Beifall)

Aus den Werten, die immer gelten, schöpfen wir Menschen unsere Kraft. Die Leistungen unserer Väter und Mütter, die Verantwortung von Eltern für Kinder und von Kindern für Eltern kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ob wir tatsächlich ermessen, was es heißt, aus dem zu leben, was immer gilt, zeigt sich daran, ob unsere Gesellschaft endlich kinderfreundlicher wird. Davon hängt unsere Zukunft ab. Meine Überzeugung ist: Eine menschliche Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die Familien stärkt durch materielle Unterstützung, aber eben auch durch Anerkennung und Wertschätzung.

(Beifall)

Wir Christdemokraten wollen eben nicht nur, dass wieder mehr Kinder in unserer Gesellschaft aufwachsen, sondern wir haben auch Vorstellungen davon, wie sie aufwachsen. Es führt kein Weg daran vorbei: Obwohl Erziehung zuallererst eine Aufgabe der Eltern ist und bleibt, ist es die Aufgabe der Gesellschaft, die Eltern bei ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen. Kinder und Jugendliche sollen und müssen das Gefühl bekommen, dass es dieser Gesellschaft etwas wert ist, wenn sie fleißig sind, wenn sie sich hilfsbereit verhalten oder respektvoll gegenüber anderen auftreten. Wenn aber schon in frühem Alter ein Klima der Beliebigkeit entsteht, sind die Folgen nie wieder gutzumachen.

Auch hier zeigt sich wieder: Es ist eben nicht egal, wer regiert. Lieber Jörg Schönbohm, Sie haben im Wahlkampf die Wiedereinführung von Kopfnoten gefordert, und Sie haben sie bei den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Genau das verstehen wir unter Gestaltung von Politik.

Das wird den Kindern in Brandenburg gut tun. Herzlichen Dank dafür, dass der CDU Brandenburg das gelungen ist!

(Beifall)

Eine Gesellschaft, die aus dem lebt, was immer gilt, fördert und fordert Verantwortung. Sie lebt von einem gerechten Ausgleich zwischen den Generationen. Sie übt Solidarität mit den Älteren, aber sie achtet gleichermaßen darauf, dass die Jüngeren eine gute Zukunft haben. Lieber Philipp Mißfelder, ich war vor wenigen Wochen auf dem Deutschlandtag der Jungen Union. Ich habe dort junge Menschen getroffen, die dieses Land nicht verlassen wollen, sondern darauf brennen, sich für unser Land einzusetzen. Sie wollen etwas bewegen – mit klaren Zielen. Sie sind sich ihrer Wurzeln bewusst; das hat der Auftritt von Helmut Kohl auf dem Deutschlandtag der Jungen Union gezeigt. Ich sage, lieber Philipp Mißfelder: Diese Junge Union tut der CDU gut – bei aller Kritik, die wir manchmal zu üben haben. Es ist gut, dass es diese Junge Union für unser Land gibt. Herzlichen Dank für eure Arbeit!

(Beifall)

Lieber Otto Wulff, viele in Ihrer Generation haben nach den Schrecken der NS-Zeit die Bundesrepublik aufgebaut; andere haben die DDR durchlebt und durchlitten und schließlich überwunden. Ihre Generation kämpft heute leidenschaftlich für die Achtung der Älteren und gegen jede Form von Altersdiskriminierung. Liebe Freunde, lassen Sie es mich sehr deutlich sagen: Bei allen berechtigten Ansprüchen der Jüngeren werden wir keine wirklich glaubwürdige Partei sein, wenn wir den Eindruck erwecken, wir trügen diese Kämpfe auf dem Rücken der Älteren aus. Jung und Alt gehören zusammen; sie müssen zeigen, dass wir die Partei der Generationengerechtigkeit sind. Deshalb unterstützen wir Ihre Arbeit und danken für die große Hilfe, die die Senioren Union für die Christlich Demokratische Union leistet. Ich weiß, dass auf sie Verlass ist. Aber Sie können sich auch auf Ihre Mutterpartei verlassen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Liebe Freunde, da die Generationenfrage angesichts des demografischen Wandels und der gesellschaftlichen Fragen eine Kernfrage für die Menschlichkeit unserer Gesellschaft ist, werden wir dieses Thema im nächsten Jahr in das Zentrum unserer Arbeit stellen. Liebe Maria Böhmer, ich bin dir und der Frauen Union sehr dankbar, dass ihr das Thema „Familie“, aber auch das Thema „Arbeits- und Rollenverteilung von Frauen und Männern in der Gesellschaft“ immer auf die Tagesordnung setzt.

Ich weiß – jetzt geht gleich das Gebrummel los –, dass es nicht immer nur geliebt wird, wenn die Frauen Union ihre Stimme erhebt. Aber so, wie Rot-Grün Druck braucht, brauchen auch wir manchmal ein bisschen Druck. Wir werden uns mit diesem Thema befassen. Ich verspreche es euch.

(Beifall)

Liebe Freunde, aus genau diesem Gedanken – dass unsere Gesellschaft eine Verantwortungsgemeinschaft ist, dass wir Geborgenheit, Halt, Treue und Verlässlichkeit brauchen und dass wir uns unserer Wurzeln bewusst sein müssen – entwickelt sich dann ein Gefühl für Heimat. Was Rot-Grün unter Heimat versteht, das hat uns gerade wieder einmal Frau Künast gesagt. Sie hat gesagt: Wenn wir Grüne uns um gesunde Ernährung kümmern und lokale Produkte verteidigen, besetzen wir auch das Thema Heimat. – Gesunde Ernährung und Lokalprodukte sind Teil unserer Heimat; niemand zweifelt daran. Aber ist das das Thema Heimat als Ganzes? Dazu kann ich nur sagen: Das hat Frau Künast nicht verstanden, wenn sie die Biogurke aus dem Spreewald schon als Heimat als Ganzes versteht.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Ich gebe zu: Die Biogurke aus dem Spreewald schmeckt gut. Heimat ist trotzdem mehr. Das verstehen die Grünen nicht. Deshalb müssen wir dieses Thema besetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Was aber ist von einer Regierung zu erwarten, die vor 15 Jahren die Hoffnung auf die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes mit dem bösen Wort der „Lebenslüge“ bezeichnet hat? Liebe Freunde, ich glaube, Sie erwarten jetzt ein Wort zu den Plänen des Bundeskanzlers, den 3. Oktober abzuschaffen. Eigentlich ist dazu alles gesagt. Ich will nur noch einmal den Kommentar wiederholen, dass es nun wirklich schon an Blindheit grenzt, den Ostdeutschen zuzumuten, dass der 3. Oktober, wenn er auf einen Sonntag gelegt worden wäre, jedes siebte Jahr auf den Tag der Republik, den 7. Oktober, der in der DDR gefeiert wurde, gelegt worden wäre. Ich kann nur sagen: Das zeugt von Rücksichtslosigkeit gegenüber denen, die unter dem Unrechtssystem der DDR gelitten haben, die in Bautzen oder Hohenschönhausen gesessen haben, die um ihre Karrieren betrogen wurden und die auch heute – ich sage das ganz im Ernst – noch nicht die Anerkennung bekommen, die sie eigentlich bekommen müssten.

(Beifall)

Ich habe deshalb in Vorbereitung auf den heutigen Tag in einigen älteren Schriften geblättert und bin dabei auf eine Rede von Johann Baptist Gradl gestoßen. Vielleicht kennen die Älteren von uns ihn noch persönlich. Er wurde vor genau 100 Jahren in Berlin geboren. Er war Bundesminister. Er gehörte 1945 zu den Mitbegründern der CDU in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone und 1974 zu den Gründern des Kuratoriums unteilbares Deutschland. Er war dann von 1970 bis 1987 Vorsitzender der Exil-CDU. Am 7. Oktober 1979, also am 30. Jahrestag der DDR und am 30. Jahrestag der Exil-CDU, hat Johann Baptist Gradl eine Rede gehalten, in der er unter anderem sagte – ich zitiere –:

„Jeder, der nach 1945 im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands als freiheitlich gesinnter Demokrat mitgewirkt hat, wird sich aus dem jetzigen Anlass wieder fragen, ob sein Einsatz einen Sinn hatte. Das Unheil der Auseinanderentwicklung der Teile Deutschlands, die sowjetisch-kommunistische Spaltungspolitik, hat ja nicht verhindert werden können. Aber manchmal zahlt eben die Geschichte ihren Lohn erst spät aus. Wir resignieren deshalb nicht. 30 Jahre sind im Leben des Einzelnen eine lange Zeit. Wir sollten uns immer wieder vor Augen halten, was es heißt, ein Jahrzehnt nach dem anderen in politischer Unfreiheit und ideologischem Zwang leben zu müssen. Uns im freien Teil Deutschlands ist die Freiheit nicht nur für uns gegeben, sondern dafür, dass wir sie auch für die Deutschen drüben nutzen.“ So weit Johann Baptist Gradl.

Ich sage Ihnen ganz offen: Mir war Johann Baptist Gradl damals nicht bekannt. Ich war 25 Jahre alt und habe nach meinem Physikstudium gerade ein Jahr an der Akademie der Wissenschaften gearbeitet. Aber uns war damals klar, auch wenn wir die einzelnen Personen nicht kannten: Es waren genau solche Menschen wie Johann Baptist Gradl und es waren Reden wie die seine, die bis zu uns in den Osten hinein wirkten, ausstrahlten und uns Vertrauen gaben. Es waren Menschen wie Johann Baptist Gradl, die eben nicht von irgendwelchen Lebenslügen sprachen, wenn der Weg hart und steinig wurde. Und es waren Menschen wie er, Mitbegründer unserer Christlich Demokratischen Union, die uns zu jeder Zeit die Hoffnung auf die Überwindung der Teilung, auf das Ende des Unrechtsstaats DDR, auf den Fall der Mauer und auf die Wiedervereinigung erhalten haben.

Es ist sehr traurig, dass Johann Baptist Gradl nicht mehr erleben konnte, wie sein Traum Wirklichkeit wurde. Er starb am 2. Juli 1988, genau ein Jahr, nachdem in Tschechien und in Ungarn, dann auf den Straßen von Leipzig, Dresden und Berlin und überall in der DDR der Anfang vom Ende des Sozialismus begann. Liebe Freunde, ich finde, dass die Sätze von Johann Baptist Gradl auch ein Kommentar zu der Debatte sind, die Bundeskanzler Schröder mit seinem unsäglichen Vorstoß zum 3. Oktober eingeleitet hat.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, war es ein Segen für unser Land, dass es die CDU-geführte Bundesregierung unter Helmut Kohl war, die in der entscheidenden geschichtlichen Stunde 1989/1990 die Geschicke lenkte. Darauf sind wir stolz. Sie hat die Geschicke richtig gelenkt. Sie hat die Gunst der Stunde richtig genutzt und sie hat dafür gesorgt, dass wir in Frieden und Freiheit wiedervereinigt sein können. Wenn Bundeskanzler Schröder heute, nach dem Scheitern seines Vorstoßes zur Abschaffung des 3. Oktober, immer noch sagt, er sei – ich zitiere – „an einem Opportunismus einer ganz großen Koalition“ gescheitert, dann antworte ich: Ich will nicht, dass die deutsche Einheit an der Geschichtsvergessenheit eines einzigen Mannes scheitert. Da gibt es glücklicherweise noch uns.

(Anhaltender Beifall)

Aber, liebe Freunde, wenn wir über unsere Nation nachdenken, dann geht es wahrlich nicht nur um Sonntagsreden oder Feiertagsrituale. Nein, dann wird es sehr konkret und sehr der Zukunft zugewandt. Warum sprechen wir vom Solidarpakt zwischen Ost und West? Warum ist die Generationengerechtigkeit zwischen Jung und Alt wichtig? Warum wollen wir den Föderalismus zwischen Bund, Ländern und Gemeinden? Warum ist uns eine Bundeswehr wichtig, die selbstbewusst im Ausland Einsätze wahrnimmt? Warum wollen wir ein guter Partner in Europa sein? Das machen wir doch nur deshalb, weil wir uns als etwas Gemeinsames, als so etwas wie eine Schicksalsgemeinschaft fühlen.

Die Werte, die unser Leben und Handeln in dieser Schicksalsgemeinschaft leiten, sind in unserem Grundgesetz festgeschrieben. In Art. 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Genau das findet seine Entsprechung auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention. Beides ist Gradmesser unseres Handelns. Das ist genau die Werteordnung, auf die wir uns in Deutschland und in Europa geeinigt haben. Beides ist Teil unserer Identität. Aber wir müssen uns doch ganz ehrlich fragen: Achten wir darauf, dass diese Werte für alle gelten? Schauen wir doch einmal: Gelten diese Werte für alle türkischen Frauen in Kreuzberg? Gelten diese Werte für alle türkischen Frauen in Neukölln, Köln, Düsseldorf oder anderswo? Meine Damen und Herren, ich sage: Nein, das tun sie nicht. Genau das ist die Debatte, die wir zu führen haben. Wenn die Würde des Menschen unantastbar ist, dann gelten diese Werte für alle Menschen, allemal für alle in Deutschland. Dafür müssen wir Sorge tragen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist nicht rechthaberisch, aber ich glaube, man kann wirklich sagen, wir haben es immer gewusst: Die Idee einer multikulturellen Gesellschaft kann nicht gelingen. Sie ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Multikulti ist eben nicht Integration. Das Ideal einer so genannten Multikultur vergisst, auf welcher Grundlage eine Gesellschaft funktioniert. Das Ideal einer Multikultur führt zum Nebeneinander, nicht zum Miteinander. Deshalb, genau deshalb muss endlich Schluss sein mit rot-grüner Beliebigkeit, Unschärfe und Träumereien – weil es nicht zum Miteinander führt und weil wir als eine Schicksalsgemeinschaft darauf angewiesen sind, dass wir – so unterschiedlich wir auch sind – miteinander in einem Lande leben wollen, und das heißt, liebe Freunde: gleiche Werte für alle.

(Beifall)

Denn wer in Deutschland lebt, lebt in einem historisch gewachsenen, vornehmlich durch das christlich-jüdische Erbe und die Aufklärung geprägten Land. Aus diesem geistigen Fundament speist sich ganz wesentlich unsere freiheitlich-demokratische Leitkultur. Das sage ich ganz bewusst im Gegensatz zur Multikultur. Diese Leitkultur ist nicht statisch, denn sie wird durch neue Einflüsse immer wieder bereichert. Diese Kultur ist auch nicht allein das Grundgesetz, aber sie ist eben eine Kultur, in der wir in Deutschland gesetzlich christliche Feiertage feiern, nicht mus-

limische Feiertage, genauso, wie man anderswo, zum Beispiel in Saudi-Arabien, nicht Pfingstmontag feiert, wie Frau Göring-Eckardt richtig gesagt hat; wo sie Recht hat, hat sie Recht. Wir feiern Pfingstmontag!

(Beifall)

Es gibt eben ein bestimmtes Maß an unverhandelbaren Standards. Dazu gehört die Haltung zum Erlernen der deutschen Sprache, zur Ausbildung der Kinder oder zum Umgang mit den Rechten der Frauen. Ich sage ausdrücklich: Wir sind gegen Ausländerfeindlichkeit und wir fördern Integration. Wir wollen, dass Menschen aus anderen Ländern unsere Staatsbürgerschaft annehmen, und wir halten es auch für richtig, dass sie sich ausdrücklich zu unserem Grundgesetz bekennen. Ich danke an dieser Stelle vor allem und ganz besonders Annette Schavan. Sie hat über Monate, ja fast über Jahre durch ihr unbeirrtes Verhalten im Kopftuchstreit deutlich gemacht, welche Werte, welche Haltung in unserem Land zielführend ist. Das war nicht einfach. Herzlichen Dank, liebe Annette!

(Beifall)

Liebe Freunde, Rot-Grün braucht an diesen Stellen immer wieder Druck. Nur dieser Druck war es auch, der dazu geführt hat, dass wir ein Zuwanderungsgesetz bekommen haben, das deutlich macht, dass wir das Notwendige und das Richtige tun, ein Zuwanderungsgesetz, das sich um die Integration derer kümmert, die schon länger in unserem Lande wohnen, ein Zuwanderungsgesetz, das auch deutlich macht: Wer Hass predigt, wer sich nicht an unsere Gesetze halten will, wer nicht bereit ist, sich auf unsere Grundwerte zu konzentrieren, wer dagegen angeht, der muss dieses Land auch wieder verlassen.

(Beifall)

Diese Grundhaltung hast du, lieber Peter Müller, zusammen mit anderen ganz wesentlich vorgebracht. Ich danke dir dafür, weil du in zweierlei Hinsicht etwas gezeigt hast: auf der einen Seite Schluss mit Toleranz an Stellen, wo es keine Toleranz gibt; auf der anderen Seite aber auch Zuwanderung dort, wo Zuwanderung in unserem, im deutschen Interesse ist. Das ist im Höchstleistungsbereich so, das ist in der Forschung und der Technologie so. Das heißt: Schluss mit der Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme, aber ein Ja zur Zuwanderung, wo sie uns nützt. Das ist die Devise des Zuwanderungsgesetzes; danke schön also dafür, dass wir ein solches Gesetz haben, das auch klar sagt: Wer hier nicht hergehört, wer hier nicht leben will, wer hier das Gesetz nicht akzeptieren will, der muss dieses Land auch wieder verlassen. Das sind die drei Grundpfeiler eines modernen Zuwanderungsgesetzes!

(Beifall)

Beliebigkeit darf niemals zum Maßstab unseres Handelns werden. Dabei geht es auch um die Frage, wie wir – Raymond Aron, der Goethe-Preisträger, hat es gesagt – mit den Opfern der Kriege und mit den Toten der Kriege umgehen. Raymond Aron hat gesagt, der Charakter und die Selbstachtung einer Nation zeigen sich eben auch darin, wie sie mit ihren Opfern der Kriege und mit ihren Toten umgeht. Die CDU ist sich dessen sehr bewusst. Deshalb vergessen wir auch nicht, dass Millionen Deutsche das Schicksal der Vertreibung aus ihrer Heimat erlitten haben.

Die Vertreibung war und ist eine gesamtdeutsche Tragödie. So sehr wir uns auf der einen Seite von Organisationen wie der Preußischen Treuhand distanzieren, so sträflich kurzsichtig ist es, wenn die Bundesregierung die Vertriebenen aus der Kulturförderung bewusst ausgrenzt. Deshalb sage ich: Wir werden uns immer dafür einsetzen, dass das kulturelle Erbe auch der Vertriebenen zu unserem gesamten kulturellen Erbe gehört. Liebe Erika Steinbach, lieber Helmut Sauer, genau deshalb treten wir dafür ein, dass es ein Zentrum gegen Vertreibungen gibt, und zwar nicht irgendwo, sondern in Deutschland, in Berlin. Wir werden das unterstützen, weil es wichtig für unsere Identität ist.

(Beifall)

Genauso unterstützen wir, dass der 5. August, an dem im Jahre 1950, also im nächsten Jahr vor 55 Jahren, die Charta der Vertriebenen in Stuttgart unterzeichnet wurde, nationaler Gedenktag wird. Diese Charta der deutschen Vertriebenen ist – man muss sich in die damalige Zeit hineinversetzen, um das wirklich verstehen zu können – ein Dokument der Versöhnung, ein Dokument mit dem Willen zum Frieden in einem gemeinsamen Europa.

Liebe Freunde, genau dieses gemeinsame Europa ist ja auch die Antwort auf die Schrecken der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Heute sind wir ein wiedervereinigtes Europa, ein Europa, das sich einen Verfassungsvertrag gegeben hat. Entscheidend und in ganz besonderer Weise daran mitgewirkt hat ein Mann; ich meine Erwin Teufel. Lieber Erwin Teufel, Sie haben als Mitglied des Verfassungskonvents für klare Zuständigkeiten in Europa gekämpft. Sie haben sich mit vielen anderen für den Gottesbezug in der Europäischen Verfassung eingesetzt. Sie stehen als Person in beeindruckender Weise dafür, dass wertegebundene Politik mit Zukunft ist. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Lieber Erwin Teufel, es sind Ihre politischen Erfolge, es ist aber auch Ihr Charakter, Ihre Bodenständigkeit, Ihr Optimismus und Ihre Grundsatztreue, die Sie seit 14 Jahren in Ihrer Arbeit als Ministerpräsident von Baden-Württemberg auszeichnen. Sie haben Baden-Württemberg zu einem der erfolgreichsten Länder in Deutschland gemacht. Sie haben sich um die Christlich Demokratische Union Deutschlands und die Christlich Demokratische Union Baden-Württembergs verdient gemacht, und ohne dass ich jetzt einen

Abschiedsgesang anstimmen möchte – das will ich wirklich nicht – möchte ich einfach noch einmal sagen: Wir sind Ihnen zu großem Dank verpflichtet. Herzlichen Dank für das, was Sie für dieses Land getan haben!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ihnen, lieber Günther Oettinger, wünschen wir von hier aus Glück und Gottes Segen, damit der erfolgreiche Weg von Baden-Württemberg fortgesetzt werden kann.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, auch nach dem Verfassungsvertrag steht Europa erneut vor wichtigen Weichenstellungen, mache sagen: vor schicksalhaften Weichenstellungen. Denn in wenigen Tagen wird darüber entschieden, ob und wie wir Verhandlungen mit der Türkei über eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union aufnehmen werden oder nicht. Die Europäische Kommission hat solche Verhandlungen empfohlen.

Ich sage vorweg: Ob es die Soziale Marktwirtschaft, die Westbindung, der NATO-Doppelbeschluss, die Wiedervereinigung oder sozialpolitische Fragen wie die der Einführung des demographischen Faktors in der Rente waren – hierzu hat sich der Bundeskanzler im Deutschen Bundestag für seine Fehlentscheidung entschuldigt, eigentlich hätte er sich statt für den demographischen Faktor lieber für den Wahlbetrug 1998 und 2002 entschuldigen sollen, als er die Menschen hinter die Fichte geführt hat, das aber nur nebenbei –

(Beifall)

oder ob es jetzt der Abschied von der multikulturellen Gesellschaft ist: Ich bin es langsam leid – Sie wahrscheinlich auch –, dass Rot-Grün eine Lebenslüge nach der anderen eingestehen muss. Ich bin es vor allen Dingen leid, dass Rot-Grün aus alten Lebenslügen nichts lernt und wieder neue Lebenslügen beginnt. Um nichts anderes – ich sage das so hart – als um eine neue Lebenslüge handelt es sich beim Vorgehen der Bundesregierung bei den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zur Europäischen Union.

(Beifall)

Lernen aus Lebenslügen heißt: keine neuen Lebenslügen begehen.

Worum geht es? Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union sollen Verhandlungen mit einem Land beginnen, dessen Grenzen über die Außengrenzen Europas hinausweisen, bis an die Grenzen der Türkei zum Iran, zum Irak und zu Syrien. Die geopolitische Bedeutung der Türkei steht für mich völlig außer Frage, aber entscheidend darf doch nicht allein die geopolitische Bedeutung sein. Zur Entscheidung muss doch mindestens so sehr die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union, einer Union von bald 27 Mitgliedstaaten, stehen.

Es wird immer wieder vergessen, dass genau diese Integrationsfähigkeit der Europäischen Union ein Teil der Kopenhagener Kriterien ist. Deshalb gilt für mich: Der innere Zusammenhalt der Europäischen Union und ihre Integrationskraft dürfen nicht überfordert werden. Wir dürfen den Menschen keinen Sand in die Augen streuen. Ein Europa mit der Türkei als Vollmitglied wird nicht das Europa einer vertieften Integration sein. Wer aber so tut – die Bundesregierung tut das –, als ob die Europäische Union nach einem Beitritt der Türkei noch immer dieselbe Europäische Union ist, begeht wieder eine Lebenslüge, absehbar und eines Tages auch eingestanden. Deshalb sagen wir: Wir wollen den Weg einer privilegierten Partnerschaft, wir wollen damit nicht der Türkei die Tür vor der Nase zuschlagen, sondern wir wollen eine ehrliche Variante. Die Bundestagsfraktion hat dazu immer und immer wieder Anträge eingebracht. Ich bedanke mich dafür bei Michael Glos in ganz besonderer Weise. Wir sind nicht bereit, eine neue Lebenslüge zu beginnen. Das müssen wir auf diesem Parteitag um Europas willen ganz klar aussprechen.

(Beifall)

Ich sage ganz selbstbewusst: Das hat wieder etwas mit dem Wahrnehmen deutscher Interessen zu tun. Ich glaube, dass wir das auch im Interesse Europas deutlich aussprechen müssen; denn viele sprechen nicht deutlich aus, was es ist. Das Integrationswerk von über 50 Jahren darf nicht mal einfach so geopfert werden, ohne dass die Dinge ausgesprochen werden. Deshalb ist meine feste Überzeugung: keine neuen Lebenslügen, statt dessen eine privilegierte Partnerschaft und eine klare Sprache zur Zukunft Europas, weil davon viel abhängt.

Deutsche Interessen wahrnehmen war immer auch Gegenstand der deutsch-französischen Freundschaft. Begonnen mit Konrad Adenauer und Robert Schuman hat die deutsch-französische Freundschaft für uns immer existenziellen Charakter gehabt. Alle Kanzler von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl haben es aber immer vermieden, dass der Eindruck entsteht, dass diese Freundschaft andere in Europa ausgrenzt oder gar gegen andere gerichtet ist. Wir als Deutsche haben in unserem ureigenen Interesse die Pflicht zu Maß, Mitte und Ausgleich, nicht zur Ausgrenzung. Deshalb darf die deutsch-französische Freundschaft diesen Eindruck niemals vermitteln. Das ist unser Credo.

(Beifall)

Notwendige strategische Partnerschaften wie die mit Russland dürfen niemals dazu führen, dass Kritik nicht geäußert werden kann. Ich füge hinzu: Auch ein gutes transatlantisches Verhältnis ist genauso existenziell wie ein vereintes Europa. Ich bin nicht bereit und die CDU wird nicht bereit sein, Mauern gegenüber unseren amerikanischen Freunden aufzubauen, nachdem sie uns ganz wesentlich geholfen haben, dass die Mauern in Deutschland fallen konnten. Mit uns wird es das nicht geben.

(Beifall)

Wir können und müssen an einigen Stellen kritisch zu unseren amerikanischen Partnern sein. Eines muss aber klar sein: Wenn wir das tun, tun wir das als Freunde, als Partner Amerikas, vor allen Dingen als Partner im Kampf gegen den Terror und für mehr Rechtssicherheit und Stabilität in der Welt. Richtig ist, dass der 11. September unser aller Leben dramatisch verändert hat. Dem kann sich keiner entziehen. Deshalb kommen auf jeden, auch auf Deutschland, neue Rechte und neue Pflichten zu. Das heißt, dass wir aus den neuen Bedrohungen umfassende Konsequenzen ziehen müssen, das heißt, dass wir uns über einen neuen Sicherheitsbegriff Gedanken machen müssen. Wir müssen uns über einen neuen Sicherheitsbegriff Gedanken machen – das ist die nächste Lebenslüge von Rot-Grün –, bei dem innere und äußere Sicherheit zusammenwachsen. Sie werden nicht mehr zu trennen sein.

Natürlich können aus den neuen Rechten und Pflichten auch neue Möglichkeiten für Deutschland erwachsen. Ich glaube, in diesem Geist und mit diesem Selbstverständnis sollten auch die Verhandlungen um einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat geführt werden. Es ist aber im deutschen Interesse, einen vollwertigen Sitz in der UN zu bekommen. Es ist nicht im deutschen Interesse, einen zweitklassigen Sitz im Sicherheitsrat zu haben. Deutschlands Chancen nutzen, heißt: Wenn wir einen erstklassigen Sitz im UN-Sicherheitsrat fordern, dann zieht das natürlich auch erstklassige Verantwortung nach sich; ein zweitklassiger Sitz würde eine zweitklassige Verantwortung bedeuten. Wir müssen uns entscheiden, was wir wollen, mit allen Folgen, die eine solche Entscheidung hat.

Wenn Sie mich persönlich fragen, sage ich Ihnen ganz klar: Ich will, dass unser Land seine Chancen nutzt. Das bedeutet eine erstklassige Verantwortung. Wenn wir dazu nicht in der Lage sind oder wenn wir dazu nicht bereit sind – darüber müssen wir Rechenschaft ablegen – oder wenn andere uns diese Möglichkeiten nicht einräumen, haben wir im UN-Sicherheitsrat nichts verloren, dann kämpfen wir lieber für einen weiteren Sitz der Europäischen Union im UN-Sicherheitsrat. Das ist redlicher. Zweitklassige Verantwortung für einen Showeffekt halte ich für falsch.

(Beifall)

Wir haben 1994 ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet. Die SPD hat das übrigens bis heute noch nicht geschafft. Inzwischen hat sich aber die internationale Lage dramatisch verändert, insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dafür steht kein Datum so wie der 11. September 2001. Deshalb müssen und werden wir uns im nächsten Jahr mit der Außen- und Sicherheitspolitik als einem Schwerpunkt beschäftigen. Wir werden zum nächsten Parteitag entscheiden, inwieweit wir unser Grundsatzprogramm von 1994 im Lichte dieser neuen Erkenntnisse überarbeiten müssen.

Liebe Freunde, wir wissen, trotz aller Anstrengungen – in welchen Bereichen auch immer – werden wir die vollkommene Welt nicht schaffen können. Wir werden – das ist die Wahrheit und

dieser muss sich Politik stellen – immer wieder auch Irrtum und Schuld ausgesetzt sein. Unsere politische Gestaltungskraft müssen wir nutzen, aber wir müssen wissen, dass ihr auch immer wieder Grenzen gesetzt sind. Diese Einsicht bewahrt uns im Übrigen vor ideologischen Heilslehren. Unser politisches Programm ist nicht die Hoffnung der Welt. Nur totalitäre Parteien unternehmen solche Versuche. Das gab es bei Sozialisten und Kommunisten. Diese sind heute die Ewiggestrigen. Die Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns nie zu vergessen, das ist auch ein Kern der wichtigen Arbeit unserer Wertekommission, für die ich Christoph Böhr ganz herzlich danken möchte.

(Beifall)

Wenn wir also die Ausgangsfrage beantworten wollen, wohin wir dieses Land führen, dann bedeutet Leben und Handeln aus dem, was immer gilt, nämlich dass der Mensch zur Freiheit geboren ist und dass er als soziales Wesen geboren ist, zugleich eben auch: Der Mensch ist nicht das letzte Maß aller Dinge.

Wir wissen, dass der freiheitliche Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. Die Freiheit des Menschen beruht auf einer Wirklichkeit, die unsere mit dem Verstand erkennbare Welt überschreitet. Dort und nur dort ist das zu finden, was immer gilt. Anders ausgedrückt, wir haben den Mut zu sagen: Politik ohne Gottvertrauen ist nicht möglich. Das ist es, was für mich aus dem christlichen Verständnis vom Menschen folgt. Eine solche Orientierung liefert kein fertiges Parteiprogramm – das ist wahr –, aber sie gibt unseren politischen Entscheidungen einen sicheren Kompass. Wenn wir diese Orientierung preisgäben, wären wir nicht mehr dieselbe Partei. Deshalb sage ich: Das C in unserem Parteinamen steht für mich weder heute noch morgen zur Disposition. Das C in unserem Namen ist unser Schatz. Diesen werden wir an niemanden weggeben.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, ich sage noch einmal, dass wir niemandem vorschreiben, wie er zu leben hat. Aber es wird doch noch erlaubt sein, dass ich und wahrscheinlich auch viele von Ihnen sich auf den Tag freuen, an dem wieder ein Kabinett vereidigt wird, das sich traut und dem es etwas wert ist, den Eid auf Gott und nicht nur auf ein Grundgesetz ohne Gott zu schwören.

(Anhaltender Beifall)

Deshalb, weil die Würde des Menschen gilt – unabhängig von Leistungskraft, Hautfarbe, Herkunft, Einkommen, geistigen Fähigkeiten und körperlicher Verfassung –, müssen wir Anwalt dessen sein, dass es keine Verfügbarkeit menschlichen Lebens gibt, weder am Anfang noch am Ende. Was die Bundesjustizministerin jetzt in der Frage der Patientenverfügungen und für den Umgang mit Todkranken erwägt, halte ich – ich sage es ganz deutlich – für falsch. Aktive Sterbehilfe darf es für uns nicht geben: keine Verfügbarkeit menschlichen Lebens, weder am Anfang noch am Ende.

(Beifall)

Wir verlangen auch mit Recht, dass sich die Bundesregierung endlich ohne Wenn und Aber für ein umfassendes und rechtlich verbindliches internationales Klonverbot einsetzt. Das Klonen muss verboten bleiben, und zwar Klonen zu Forschungszwecken genauso wie das reproduktive Klonen. Es war eine Schande, dass im vorigen Jahr ein solches Verbot in der UN ausgerechnet mit der deutschen Stimme gescheitert ist. Jetzt ist wieder nur eine unverbindliche, unklare Deklaration zustande gekommen. Ich muss Ihnen sagen, ich bin es leid, von den Grünen moralische Vorträge gehalten zu bekommen und zu erleben, dass sie sich dann, wenn sie in der UN etwas bewegen können, heraushalten und nicht Farbe bekennen. Hier geht es um internationale Standards. Die CDU wird der Sachwalter eines Klonverbots sein.

(Beifall)

Politik hat dem Menschen zu dienen und nicht umgekehrt. Das ist eine Politik, für die der Mensch nicht das letzte Maß aller Dinge ist. Das zu wissen ist Kapital, das keine Inflation kennt. Das ist das Kapital, das wir unseren Kindern vererben wollen. Das ist es, was ich meine, wenn ich sage: Lasst uns verändern, was uns belastet, aber lasst uns bewahren, was uns voranbringt, immer ausgerichtet an dem Maßstab: Leben aus dem, was immer gilt.

Unsere CDU wird im nächsten Jahr 60 Jahre alt. Andreas Hermes und Jakob Kaiser haben 1945 die CDU nicht gegründet, weil sie eine bessere Krankenversicherung oder ein neues Steuersystem entwickeln wollten, so wichtig dies selbstverständlich auch ist. Sie und ihre Mitstreiter haben die Christlich Demokratische Union gegründet, um für die Zukunft die unwiderrufliche Konsequenz aus den Verbrechen und Erniedrigungen der NS-Diktatur zu ziehen. Zu den wichtigsten geistigen und politischen Wurzeln der Christlich Demokratischen Union zählt gerade der christlich motivierte Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime. „Die Konstituierung der CDU hat in den Gefängnissen von Tegel begonnen“, so hat es Eugen Gerstenmaier, über viele Jahre Bundestagspräsident und Mitglied der Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis“, einmal auf den Punkt gebracht. Als Lehre aus den Schrecken wurden wir die Partei des Brückenschlags: Wie es schon damals den Brückenschlag zwischen Konfessionen, Schichten und politischen Orientierungen gab, so ist auch heute wieder der Brückenschlag zwischen Jung und Alt, zwischen Kinder Erziehenden und Kinderlosen, zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen, zwischen Verwurzelung und Globalisierung, zwischen Bewahrung und Veränderung, zwischen wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Ausgleich unsere Aufgabe. Die anderen spielen die Menschen und Gruppen immer wieder gegeneinander aus. Wir wollen gemeinsame Lösungen.

Wir waren und sind die Partei der mutigen Lösungen. Soziale Marktwirtschaft und Westbindung, Nachrüstung, deutsche Einheit – das alles waren zunächst hart umstrittene politische Konzepte. Sie wurden schnell der Teil der Staatsräson unseres Landes. Heute sind unsere

Reformen für Wachstum, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit weitreichend und zum Teil natürlich auch extrem umstritten. Aber bald werden sie das Gesicht einer neuen Synthese von Dynamik und Ausgleich haben, das Gesicht der neuen Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert.

Wir waren und sind die Partei der Verlässlichkeit. Zweimal, 1998 und 2002, hat die jetzige Bundesregierung vor der Wahl etwas anderes gesagt, als sie nach der Wahl getan hat. Diese Schaukelpolitik hat nicht nur viel Zeit gekostet. Sie hat auch die Parteien in Deutschland insgesamt viel Vertrauen gekostet und sie hat der Demokratie geschadet. Wir sagen deshalb vor der Wahl, was wir tun, und wir tun nach der Wahl das, was wir gesagt haben, und wir tun es ordentlich. Denn die Menschen haben einen Anspruch darauf, dass ordentlich regiert wird. Wie das geht, zeigt die Union in den Ländern. Dort, wo wir regieren, geht es den Menschen besser.

Liebe Freunde, damit komme ich auf unseren Ausgangspunkt zurück. Ich hatte gesagt, dieser Parteitag finde nicht zufällig in Düsseldorf statt. Der Kreis schließt sich. Vor 55 Jahren wurden hier die Düsseldorfer Leitsätze zur Sozialen Marktwirtschaft formuliert. Heute verabschieden wir ein Programm für Wachstum, Arbeit und Wohlstand. Dieses Programm reicht weit in das 21. Jahrhundert hinein.

Wir beantworten die Frage: Wohin wollt ihr, wohin wollen wir dieses Land führen? Wir wollen eine Gesellschaft, die die vorhandenen Energien der Menschen freisetzt und entwickelt, statt sie zu behindern und verkümmern zu lassen, in der Wandel nicht als Bedrohung, sondern als Chance empfunden wird, die Ungleichheiten zulässt und dabei auf Teilhabe statt auf Umverteilung setzt, in der die Selbsterneuerungskräfte geweckt werden, in der Ausgrenzung verhindert und Hilfe für Schwache sichergestellt wird, in der es jeder – ich sage: jeder – wieder schaffen kann. Wir wollen ein Land, das um Spitzenprodukte und Spitzenlöhne konkurriert und sich nicht an Niedriglohnländern messen muss, in dem jeder für sich und andere gibt, was er kann, und keiner fallen gelassen wird, weil er nicht mehr kann, in dem die Starken ihre Stärken ausspielen und das deshalb so stark ist für die Schwächeren, das jedem Chancen eröffnet und Aufstiegswillen fördert, in dem der Versuch mehr gilt als das Scheitern, in dem wir eben alle einmal mehr Aufstehen als Hinfallen und in dem niemandem das Wohl und Wehe seines Nachbarn und der nächsten Generation gleichgültig ist.

Liebe Freunde, die Wahrheit ist: Mit unserer Politik werden sich alle anstrengen müssen, aber wir lassen niemanden im Stich. Wohlstand und Sicherheit als Lohn für Leistung und Anstrengung, das ist moderne Gerechtigkeit, wie wir sie verstehen.

Keine andere politische Kraft in Deutschland hat in den vergangenen 60 Jahren unser Land so nachhaltig geprägt wie die CDU. Es war die CDU, die das Land an schwierigen Wendepunkten immer wieder nach vorne gebracht hat. Aus einer Trümmerlandschaft nach Weltkrieg und Diktatur entstand das Wirtschaftswunder. Aus „No Future“ Ende der 70er-Jahre wurde der Aufschwung

der 80er-Jahre. Aus dem Niedergang von 40 Jahren Sozialismus in der DDR entstanden die deutsche Einheit und der Sieg der Freiheit in ganz Europa – dank Helmut Kohl und der CDU.

(Beifall)

Jetzt stehen wir vor der Aufgabe, dass aus dem Leben von der Substanz wieder neue Stärke für Deutschland gewonnen werden muss. Ich bin überzeugt: Das geht nur mit uns.

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir einander. Ich brauche die Hilfe der ganzen Partei, die Anregungen, die Ideen und die Kritik jedes Einzelnen: all unserer fast 600 000 Mitglieder, der Vertreter unserer Orts-, Kreis- und Stadtverbände, der Bezirks- und Landesverbände, der Vereinigungen, unserer Abgeordneten in Kommunalparlamenten, den Landtagen und dem Deutschen Bundestag. Wir brauchen auch das Engagement kritischer Leute, die sehr aufmerksam zuhören, wie wir mit ihnen sprechen und was wir sagen. Wir müssen mit ihnen allen ein Bündnis für die Zukunft eingehen. Das Ziel ist zu groß, als dass wir auch nur auf einen Einzigen verzichten könnten.

Ich habe in meinem Leben erlebt, dass Träume Wirklichkeit wurden. Die Wiedervereinigung zu erleben war ein solcher Traum. Nie wieder Angst bei der Fahrt von West nach Ost! Nie wieder Trennung von Familien, ohne zu wissen, ob man sich wieder sieht! Nie wieder die Stille in den Zügen aus dem Westen, die in Magdeburg in die Kontrolle der DDR kamen! Nie wieder die Angst vor Spitzelei! Das alles zu überwinden war ein echter Traum und er ist wahr geworden. Deutschland nach vorne zu bringen ist kein Traum. Deutschland nach vorne zu bringen erfordert nur eines: entschlossenes Handeln mit klarem Kompass, nicht mehr und nicht weniger.

Ich bin fest davon überzeugt: Wir werden es schaffen, dieses Ziel zu erreichen. Wir werden es schaffen, Deutschlands Chancen zu nutzen. Wir werden es schaffen, weil wir es schaffen müssen. Deutschland hat überhaupt keine andere Wahl. Dafür bitte ich Sie heute um Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich – Rhythmisches Klatschen)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Liebe Angela Merkel, der Parteitag bedankt sich für eine sehr, sehr gute Rede. Vielen herzlichen Dank! Du hast an diesem lang anhaltenden, herzlichen Applaus gemerkt, dass dies nicht nur der Dank für eine große Rede war. Es war auch der Dank für die klare Führung in den vergangenen zwei Jahren und deinen Mut, richtig Erkanntes im Interesse unseres Landes auch durchzusetzen. Es ist der Dank für große Erfolge in diesem Jahr und in den vergangenen Jahren. Liebe Angela Merkel, es ist auch der Dank für kameradschaftliche Zusammenarbeit, menschliches Miteinander und, wie wir an dieser Rede wieder gemerkt haben, für ein Denken über den Tag hinaus. Vielen herzlichen Dank für diese Rede und deine Arbeit in den vergangenen zwei Jahren als unsere Vorsitzende, als Vorsitzende der CDU Deutschlands.

(Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Es folgt jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 8 b:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DER VORSITZENDEN

Ich möchte den Delegierten vorweg mitteilen, dass heute um 14.30 Uhr eine Sitzung der Antragskommission stattfindet. Der Sitzungsraum der Antragskommission wird erreicht, indem man der roten Linie auf dem Fußboden folgt.

Ich darf Sie bitten, für Ihre Wortmeldungen die Wortmeldezettel zu verwenden, von denen uns schon jetzt etliche vorliegen.

Ich rufe den Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten in Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen, auf.

(Beifall)

**Peter Harry Carstensen:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Christian Wulff hatte Recht, als er Angela Merkel als eine kluge Bundesvorsitzende und als Glücksfall für unsere CDU bezeichnet hat. Das haben wir heute wieder gemerkt. Wo Christian Wulff Recht hat, hat er Recht. Das müssen wir deutlich sagen.

(Beifall)

Liebe Angela Merkel, ich bedanke mich für eine beachtenswerte Rede und für viele nachdenkenswert Passagen. Ich bedanke mich ganz herzlich dafür, dass du auf die Bedeutung dieses Parteitages für unsere Landtagswahlen im nächsten Jahr und auf die Bedeutung der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr hingewiesen hast.

In elf Wochen wird in Schleswig-Holstein gewählt. Wir werden hart kämpfen. Wir wollen Rot-Grün in Kiel ablösen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir können gewinnen und wir werden gewinnen. Die Wahl in Schleswig-Holstein muss ein neuer Anfang für unser Land sein. Die Wahl in Schleswig-Holstein muss der Anfang vom Ende von Rot-Grün im Bund sein.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Simonis sagt immer: Kiel ist nicht Berlin. Sie will mit der Politik der Bundesregierung möglichst nicht in Verbindung gebracht werden. Wer wollte das schon!

Aber wahr ist: Die Politik von Rot-Grün in Kiel ist mindestens genauso schlecht wie die im Bund. Ganz besonders schlecht ist es, wenn beides zusammenkommt: Rot-Grün hoch zwei

wie bei uns in Schleswig-Holstein und wie hier in Nordrhein-Westfalen. Dann sind die roten Laternen vorprogrammiert.

Meine Heimat Schleswig-Holstein hat die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer. Jedes Kind, das in Schleswig-Holstein geboren wird, kommt automatisch mit rund 6 800 Euro Landesschulden zur Welt. Das darf nicht so weitergehen. Wir müssen die Schulden abbauen. Die rot-grüne Schuldenpolitik ist hemmungslos und unverantwortlich. Sie nimmt jeden Spielraum für Politikgestaltung.

(Beifall)

Sie ist eine Ausbeutung der kommenden Generationen. Wir haben gemeinsam die Pflicht, unsere Enkel und Kinder vor dieser unsozialen Politik der Herren Schröder, Eichel und Steinbrück sowie von Frau Simonis zu schützen. Sparen ist für Rot-Grün ein Fremdwort. Frau Simonis und Co wollen stattdessen die Einführung der verfassungswidrigen Vermögensteuer. Sie wollen die Erhöhung der Erbschaftsteuer und die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Meine Damen und Herren, wir wollen Steuervereinfachung und Steuersenkung.

(Beifall)

Deutschland kann keine weiteren Steuererhöhungen verkraften. Daher liegt es im Interesse von uns allen, dass Rot-Grün in Kiel beendet wird.

Lassen Sie mich, um diese Lage, mit der wir es zu tun haben, deutlich zu machen, einige wenige Zahlen nennen: Wir haben im nächsten Jahr eine Landesverschuldung von 21 Milliarden Euro bei originären Steuereinnahmen des Landes von rund 5 Milliarden Euro. Wir haben bei diesen Steuereinnahmen von 5 Milliarden Euro eine Nettoneuverschuldung von 1,4 Milliarden Euro. Wir zahlen Zinsen in Höhe von 950 Millionen Euro und Personalkosten in Höhe von 3 Milliarden Euro. Diese Situation bleibt so ausweglos, wenn Rot-Grün bleibt.

(Beifall)

Wir sind nicht mehr in der Lage, durch haushälterische Tugenden, durch Sparen, dafür zu sorgen, diesen Haushalt wieder in Ordnung zu bekommen.

So gut wie Dietrich Austermann als Finanzminister sein wird,

(Beifall)

auch das wird er nicht allein hinbekommen. Deswegen brauchen wir Wachstum. Wir brauchen mehr Steuereinnahmen – und dies nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch Wachstum.

Wir stellen unser Programm und unsere Arbeit unter vier ganz einfache Maximen: Wir überprüfen erstens all das, was wir ausgeben und was wir im gesetzgeberischen Verfahren unterneh-

men, darauf, ob es Arbeitsplätze schafft oder Wachstum generiert. Wir prüfen zweitens, ob es die Bildungschancen unserer Kinder verbessert. Wir prüfen drittens, ob die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird. Wir prüfen viertens, ob bei uns das ehrenamtliche Element von der Feuerwehr bis hin zu den sozialen Verbänden, von der Kirche bis hin zu den Umweltverbänden Unterstützung erfährt.

Meine Damen und Herren, wir haben kein Geld mehr für Spielwiesen. Experimente können wir uns nicht mehr erlauben. Wir wollen, dass in unserem Land zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen. Wir wollen, dass die Wirtschaft wieder stärker wächst und die Unternehmer etwas unternehmen können.

(Beifall)

Wir müssen entbürokratisieren. Die Unternehmer, die Mittelständler und die Handwerker müssen wieder Freude an der Arbeit bekommen, meine Damen und Herren. Wir brauchen schnelle, freundliche und unterstützende Entscheidungen in der Bürokratie und in der Verwaltung für Investitionen. Wir brauchen eine verbesserte Infrastruktur, damit wir von dem etwas mitbekommen, was um uns herum in Dänemark, in Schweden und in den neuen Ländern an der Ostsee, die Mitglieder der EU geworden sind, passiert. Wir wollen von dieser Entwicklung etwas abhaben –

(Beifall)

– und dazu brauchen wir Infrastruktur und nicht die Situation, wie wir sie im Moment kennen.

Zwei Stunden können Sie in Mecklenburg-Vorpommern auf der A 20 fahren, um anschließend anderthalb Stunden in Lübeck im Stau zu stehen. Das muss beendet werden, meine lieben Damen und Herren.

(Beifall)

Dietrich Austermann hat das einmal sehr schön gesagt: Lehrer gehören in den Unterricht, Polizisten gehören auf die Straße und Bedenkenträger und Bremser gehören entlassen. Das wollen wir ab dem 20. Februar tun.

(Beifall)

Unsere Kinder und Enkel müssen in den Schulen mehr gefördert und gefordert werden. Deswegen wollen wir keine Einheitsschule.

(Beifall)

Wir wollen keine Gleichmacherei in den Schulen. Wir brauchen keine Einheitsschule und können sie uns nicht erlauben, weil wir auch keine Einheitskinder haben, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Jedes Kind ist anders und verdient individuelle Förderung. Deshalb kämpfen wir für ein gegliedertes Schulwesen, für inhaltliche Verbesserung in diesem gegliederten Schulwesen, für ein besseres und stärkeres Schulwesen, damit unsere Kinder gut vorbereitet in die Zukunft gehen und nicht von den rot-grünen PISA-Politikern ihrer Chancen beraubt werden.

Die Menschen haben die Zuversicht verloren. Wir wollen sie ihnen wiedergeben. Wir wollen eine bessere Politik machen und den Menschen sagen: Man kann sie wählen, am 20. Februar bei uns und im Sommer bei euch, lieber Jürgen Rüttgers.

(Beifall)

Wir wollen darauf hinweisen, dass die Menschen, die unzufrieden waren, die die Schnauze voll hatten von Rot-Grün, das auch schon getan haben. Es hat sich für sie gelohnt. Das Saarland ist unter Peter Müller zum Aufsteigerland geworden und Hessen brummt unter Roland Koch.

(Beifall)

In Schleswig-Holstein sehen wir, was vor unserer Haustür noch möglich ist. Mit der Politik von Ole von Beust und Christian Wulff entsteht ein neues Hoch im Norden, neue Dynamik, neue Zuversicht. Das spüren die Menschen in Hamburg und in Niedersachsen und das können wir auch für Schleswig-Holstein schaffen. Wir wollen Teil des starken Nordens sein. Das haben die Menschen bei uns verdient.

(Beifall)

Schleswig-Holstein ist ein großartiges Land. Es ist ein schönes und auch ein starkes Land. Aber es wird miserabel regiert. Das werden wir ändern. Dafür werden wir kämpfen. Ich weiß, dass Sie, liebe Freunde, alle hinter uns stehen. Der Rückenwind von diesem Parteitag, der Rückenwind durch Ihre Unterstützung gibt uns zusätzliche Kraft. Wir werden die Wende schaffen – erst in Kiel, dann in Düsseldorf und schließlich in Berlin. Darauf freuen wir uns. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Harry Carstensen, für Ihren Beitrag. – Ich rufe Herrn Minister Jörg Schönbohm auf.

**Jörg Schönbohm**: Liebe Freunde! Die Union ist die Partei der Einheit. Als die Menschen in der ehemaligen DDR auf die Straße gingen und sagten „Wir sind ein Volk“, rieben sich viele verwundert die Augen und fragten: Stimmt das? – Wir haben die deutsche Einheit verwirklicht, als die SPD dagegen war. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hat die deutsche Einheit mit Zustimmung aller Nachbarn erreicht. Als wir in den Konferenzsälen um die Einheit rangen, war die SPD noch dagegen. Die SPD war erst für die deutsche Einheit, als diese unumkehrbar war und klar war,

dass sie kommt. Daran müssen wir erinnern, wenn wir uns mit dem Thema befassen, was unsere Nation ist.

In der Präambel unseres Grundgesetzes heißt es so schön: Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. – Wir haben den Weg begonnen, wir werden ihn vollenden. Das können wir nur tun, wenn wir weiterhin zusammenstehen.

Darum ist Politik dem Wohl des deutschen Volkes, so wie es im Grundgesetz steht, verpflichtet. Von daher gesehen müssen wir uns unserer Identität bewusst sein und uns dafür einsetzen. Wir können den Solidarpakt nur erklären, wenn wir deutlich machen, dass derjenige, der mehr leisten kann, demjenigen, der weniger leisten kann, hilft, damit er selber mehr erreichen kann. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, dass wir in Deutschland so solidarisch zusammenstehen. Das hätte mancher nicht gedacht. Wir sind solidarischer, als viele es annehmen, weil wir wissen, dass wir in diesem wiedervereinigten Deutschland eine gemeinsame Aufgabe haben. Ein Volk, ein Staat, eine Nation – das ist unsere Verpflichtung. Dem hat Angela Merkel in aller Ausführlichkeit Rechnung getragen.

Wenn die Mitglieder der Bundesregierung schwören, alle Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, dann zeigt das die Dimension, in der wir Politik machen. Wir machen Reformpolitik, um dies gemeinsam zu erreichen und dem Wohl aller zu dienen, damit es unserem Volk und unserer Nation besser geht. Wir machen das miteinander und nicht gegeneinander.

Worin besteht eigentlich der Unterschied zu Rot-Grün? Nehmen wir als Beispiel Minister Trittin als Mitglied des Kabinetts. Wenn Sie auf seine Internetseite schauen, werden Sie feststellen, dass das Wort „deutsch“ dort nicht vorkommt. In seinem Briefkopf steht „Trittin, Bundesminister, Mitglied des Bundestages“. Es ist der Deutsche Bundestag. Wenn ein Mitglied der deutschen Bundesregierung sich weigert, so wie vorgesehen „Mitglied des Deutschen Bundestages“ auf seinen Briefkopf zu schreiben, dann zeigt das, dass hier eine Phobie gegen Deutschland herrscht. Darum müssen wir uns damit auseinandersetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Die doppelte Staatsangehörigkeit war der erste Versuch, den Weg zu gehen, den Trittin vorlegt. Das ist gescheitert, weil Roland Koch so konsequent dagegen gehalten hat und wir das mit der Unterschriftenaktion gemeinsam verhindert haben. Damals war die Absicht, dass jeder den deutschen Pass bekommt, auch dann, wenn er nicht Deutscher werden will. Wir sagen: Wer den deutschen Pass bekommt, muss auch Deutscher sein. Anders geht es nicht. Dieses Bekenntnis ist etwas, was wir Gott sei Dank durchsetzen konnten.

(Vereinzelt Beifall)

Integration war bei dem ersten Zuwanderungsgesetz nachrangig. Die Schleusen sollten geöffnet werden. Glücklicherweise ist das an dem geschlossenen Widerstand der Union gescheitert. Das war nicht einfach; aber wir haben es geschafft und dann ein besseres Gesetz bekommen. Mit diesem Gesetz sollte das deutlich gemacht werden, was mit dem Begriff Multikulti verbunden wird. Die Multikultigesellschaft ist eine Einwanderungsgesellschaft. Wir wollen eine Gesellschaft, die diejenigen, die hinzukommen, in Deutschland integriert.

Integration war bei dem ersten Gesetz nachrangig. In dem neuen Gesetz, das wir mitgetragen und verabschiedet haben, wird sehr deutlich, was wir wollen: Wir wollen die Zuwanderung begrenzen und die Integration verstärken. Damit haben wir etwas erreicht, was lange Zeit umstritten war. Wir haben erreicht, dass klar und unmissverständlich herausgearbeitet wird: Wer auf Dauer hier leben will, muss Deutsch lernen und Deutsch können. Als ich das vor sechs Jahren gefordert habe, bin ich noch wegen Deutschtümelei angegriffen worden. Heute ist das Gott sei Dank gemeinsames Verständnis.

Wir sind für kulturelle Vielfalt, aber nicht für ideologische Einfalt. Durch Multikulti darf nicht die Wertbestimmtheit durch eine Wertebeliebigkeit abgelöst werden. Multikulti ist gescheitert, weil es kein Miteinander zulässt, sondern ein Gegeneinander bedeutet. Darum, denke ich, sind wir auf dem richtigen Weg. Wir wollen die Integration, aber die Integration in Deutschland.

Dazu, dass der alte Staatsmann a. D. Helmut Schmidt, als er sich dazu äußerte, von seiner eigenen Partei deswegen niedergemacht wird, weil er gegen den Mainstream der jetzt herrschenden Ideologie verstößt, kann ich nur sehr deutlich sagen: Da hatte Helmut Schmidt Recht.

(Vereinzelt Beifall)

Rot-Grün hat sich entschlossen, den Begriff „deutsches Volk“ durch den der „Bevölkerung“ zu ersetzen. Schauen Sie sich an, was im Bundestag passiert ist: Dort befindet sich ein großer Blumentrog mit Erde aus allen Teilen Deutschlands, der „Der Bevölkerung“ gewidmet ist. Das zeigt den Weg, den Rot-Grün gehen will. Darum ist es richtig, dass wir dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben. Darum ist es wichtig, dass unsere Parteivorsitzende dieses sehr klar herausgearbeitet hat. Ich denke, damit können wir etwas erreichen. Deshalb sollten wir uns zu Deutschland, zu unserer Kultur, zu unserer gesamten Geschichte und zum friedlichen Zusammenleben auf der Basis unseres Grundgesetzes bekennen. Wir wollen stolz auf Deutschland sein. Das können wir auch. Wir sind aber nicht stolz auf diese Regierung. Darum müssen wir den Weg, den wir beschritten haben, zu Ende gehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jörg Schönbohm, für Ihren Beitrag. Ich rufe jetzt Herrn Ministerpräsidenten Roland Koch auf.

(Vereinzelt Beifall)

**Roland Koch:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte eine kurze Bemerkung zu der Frage der wirtschaftlichen Reformen, von denen Angela Merkel heute Morgen gesprochen hat, machen. Sie treten im Augenblick vielleicht in der öffentlichen Wahrnehmung dieses Parteitages angesichts der Arbeit, die viele in seine Vorbereitung hineingesteckt haben und deren Resultat ein ziemlich dickes Buch mit vielen Anträgen aus Kreis- und Landesverbänden ist, ein wenig in den Hintergrund, aber nichtsdestotrotz müssen sie uns mit Blick auf die Regierungsarbeit in Zukunft sehr beschäftigen.

In diesem Jahr reden wir manchmal etwas verhaltener bzw. vorsichtiger über Reformen als in Leipzig. Das ändert an dem Text der Programme sowie an der Klarheit und Präzision, mit der wir Reformen fordern und Veränderungen angehen wollen, nichts. Die Zustimmung zu Reformen oder die offenen Fragen danach, welche es geben wird, ist jedoch ein Stück leiser geworden, weil sehr viele Bürger das Wort „Reform“, auch wenn es aus unserem Munde kommt, mit immer mehr Sorge betrachten. Wir haben eine Gesellschaft, in der jeder Einzelne in den letzten zwölf Monaten mehr mit Zukunftsangst als mit Grund zur Hoffnung konfrontiert wurde. Das ist die schlimmste Analyse des Handelns der Regierung Schröder, weil das nicht nur ein negatives Licht auf die Regierung Schröder wirft, sondern Demokratie und Reformbestrebungen in einem Land behindert werden, wenn die Bürger immer dann, wenn der Begriff „Reform“ fällt, den Eindruck haben, man organisiere planmäßig, dass sie immer weniger haben werden, und man sei dabei, nur darüber zu reden, wie etwas, was einmal sehr schön war, etwas weniger schön wird. Wenn Reformen mit solchen Vorstellungen verbunden sind, beginnt automatisch eine Diskussion über die Frage, ob man das Reformtempo nicht verlangsamen müsse. Wenn nämlich der Bestand ohne Reformen besser gesichert ist, dann stehen immer mehr Leute Reformen skeptisch gegenüber. Das ist für uns eine Herausforderung, denn wir wollen eine Wahl gewinnen – das ist heute Morgen wieder deutlich geworden –, indem wir für Reformen kämpfen. Also müssen wir die Fähigkeit entwickeln und glaubwürdig vermitteln, dass durch unsere Reformen tatsächlich Verbesserungen der Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger eintreten.

(Beifall)

Dass es diese Verbesserungen geben wird, das muss uns abgenommen werden. Dafür brauchen wir Beispiele. Angela Merkel hat einige genannt: Wenn Ole von Beust jetzt endlich die Chance hat, die Bahn für den Airbus zu verlängern, dann bedeutet das, dass in Hamburg ein Unternehmen weiterhin Jahr für Jahr Tausende neuer Arbeitskräfte einstellen kann. Wir in Hessen sagen, wie es heute Morgen schon erwähnt wurde: Wenn wir die Chance haben, den Frankfurter Flughafen auszubauen, können wir in der Tat kurzfristig 40 000 Arbeitsplätze und langfristig 100 000 Arbeitsplätze schaffen. Wir wissen, dass wir, wenn wir ein Gentechnikgesetz

bekämen, das die Grüne Gentechnik nicht aus Deutschland vertreibt, in Zukunft Tausende neuer Arbeitsplätze haben können.

(Teilweise Beifall)

Wir wissen, dass wir, wenn wir die pharmazeutische Industrie in diesem Lande fördern würden – auch das haben wir in Hessen erlebt –, Tausende von Arbeitsplätzen dadurch schaffen, dass Medikamente so wie in der Vergangenheit wieder in Deutschland erfunden werden. Sie werden nämlich heute nur deswegen nicht mehr hier erfunden, weil wir rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen haben, die dazu führen, dass man eigentlich ziemlich dumm sein müsste, wenn man ein Produkt noch in Deutschland entwickelte und nicht in England oder Amerika. All das kann man mit einer anderen Regierung schon morgen früh ändern. Darauf müssen die Menschen am Ende ein Stück weit vertrauen.

(Beifall)

Dabei müssen wir bei Politik und Staat anfangen, weil viele der Dinge, die man entwickeln kann, tatsächlich etwas mit unserer Genehmigungspolitik und unseren Planungsvorschriften zu tun haben. Dem versuchen wir als Hessen in einem Antrag Rechnung zu tragen. Wir glauben nämlich, dass die Schaffung einer Möglichkeit zur schnelleren Durchführung von Planungsverfahren für Großprojekte eine Signalwirkung in diesem Land entfalten könnte, wenn sie zu Beginn einer neuen Regierung durchgesetzt würde. Großprojekte gewöhnen eine ganz andere Qualität als heute, wo wir teilweise 30 Jahre und mehr für die Realisierung von Bundesstraßen brauchen, deren Notwendigkeit jeder einsieht, wo wir 15 Jahre für den Ausbau eines Flughafens brauchen – egal, an welcher Stelle er sich befindet, ob in Düsseldorf, in Hamburg, in Frankfurt oder in München –, wo wir riesige Schwierigkeiten haben, für die Akzeptanz von Großprojekten in der Bevölkerung zu sorgen und sie gemäß den Gesetzen zu realisieren. Das ist ein Mangel, über den der Rest Europas lacht. Das können wir uns auf Dauer nicht leisten. Deshalb müssen wir hier für Veränderungen sorgen.

(Beifall)

Ich glaube, dass wir auch offen sagen müssen, wie Angela Merkel es schon angesprochen hat, dass es hier nicht nur um Veränderungen von Gesetzen geht, sondern die CDU, wenn sie etwas erreichen will, auch eine Veränderung der Mentalität und Verhaltensweisen von Bürgerinnen und Bürgern erreichen muss. Wenn wir mit Unternehmen reden, die sich in unserem Bundesland oder auch woanders ansiedeln wollen, erzählen sie uns, dass in Frankreich, Großbritannien oder Amerika am Ortseingang die Fahnen gehisst werden, wenn sie ein Werk für 500 oder 1 000 Leute bauen wollen, sie jegliche Unterstützung von der Bevölkerung erhalten und sich alle freuen.

Zur nüchternen Analyse der Vorgänge in den letzten 20 Jahren gehört es, dass in Deutschland ein ziemlicher verquerer Wachstumsbegriff entstanden ist. In Deutschland sind zwar die

Bürgermeister und auch die leitenden Leute in den zuständigen Behörden im ersten Teil des Verfahrens genauso motiviert wie in Amerika oder in England. Wenn aber in der Nachbarschaft oder in untergeordneten Stellen bekannt wird, dass jemand auf einigen Hektar für einige hundert Leute einen neuen Betrieb gründen will, dann bildet sich in der ersten Woche eine Bürgerinitiative, die verlangt, dass sich jeder neue Arbeitnehmer arbeitsrechtlich verpflichtet, ohne Auto zu seinem Arbeitsplatz zu gelangen, damit die Gemeinde nicht gestört wird. In der zweiten Woche wird die Erstellung eines Gutachtens über die Frage gefordert, ob durch die kleinklimatischen Windrichtungsänderungen aufgrund der Errichtung eines solchen Bauwerks nicht Leben und Gesundheit beeinträchtigt werden. Spätestens in der dritten Woche hängen Bettlaken an den Zäunen mit der Aufschrift: Wo bleiben unsere Frösche, wenn dort gebaut wird? Die Botschaft, die davon für ein Unternehmen ausgeht, ist alles andere als eine Willkommensbotschaft.

(Beifall)

Das heißt, wir brauchen in der Entwicklung, die vor uns liegt, beides: Wir brauchen zum einen bessere rechtliche Rahmenbedingungen. Zum anderen müssen wir als Union aber auch sagen, dass die Verbesserungen, die wir im Land herbeiführen wollen, nicht alleine in den Parlamenten beschlossen werden können, auch wenn man da einiges besser als bisher machen kann, sondern dass wir darüber hinaus auch einen Sinneswandel bei den Bürgerinnen und Bürger brauchen, so dass man es sich nicht mehr gefallen lässt, dass andere Dinge entwickeln, die es bei uns nicht gibt, und auf Dauer kleine Minderheiten den Willen, die Arbeitsplatzbedürfnisse und die Zukunftsvorstellungen einer großen Mehrheit der Bevölkerung im Land behindern können. Es müssen also erträglichere Verfahren entwickelt werden, wodurch all das vernünftig geregelt wird.

(Beifall)

Gestatten Sie mir eine zweite kurze Bemerkung. Wir werden das nur mit Menschen schaffen, die sehr selbstbewusst sind, die sich zutrauen, den Kampf zu führen, von dem heute morgen gesprochen worden ist, und die sich zutrauen, so stark zu sein, dass niemand, wo auch immer auf der Welt sie auftreten, sie bemitleidet, sondern jeder sie achtet und respektiert.

Zu den Fähigkeiten, die wir auch in Zukunft haben müssen, gehört Bildung. Ohne Bildung in dem Sinne, wie es besprochen worden ist – mit der Förderung jedes Einzelnen – wird es nicht gehen. Die Diskussion über Bildung – nur deshalb sage ich das – hat aktuell eine Dimension, die mit dem Aufbau unseres Landes und mit dem Föderalismus in unserem Land zu tun hat. Die Sozialdemokraten wollen eine Einheitsschule auf der Ebene der Länder. Das sieht man in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, also dort, wo heute Wahlkampf geführt wird. Aber die Sozialdemokraten wollen zugleich eine Bundeskompetenz für die Schule. Sie haben uns in der Föderalismuskommission am vergangenen Freitag einen Vorschlag vorgelegt, wo-

nach über den Hochschulzugang geregelt werden soll, wie die Schule bis zum Abitur aussieht. Sie wollen die Inhalte von Schule im Detail regeln, nicht nur in der Universität, sondern auch in den Bildungsgängen davor.

Sie glauben, dass dadurch die Chance entsteht, Deutschland ein einheitliches Bildungssystem überzustülpen. Wir sollten einen kleinen Augenblick überlegen, was es in der alten Bundesrepublik bedeutet hätte, wenn die Sozialdemokraten in den 70er-Jahren ihre Bildungsvorschriften verbindlich über ganz Deutschland hätten ausbreiten können. Wir hätten in Bayern und Baden-Württemberg keinen Wettbewerb mehr. Die Bundesländer hätten keine Chance gehabt zu beweisen, dass ein Einheitsschulsystem nicht funktioniert. Wir hätten heute ein Zwangseinheitsschulsystem in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, wenn wir eine bundeseinheitliche Regelung zugelassen hätten.

(Beifall)

Deshalb muss jedermann klar sein: Wenn wir Reformen, Geschwindigkeit, Schnelligkeit wollen, dann müssen wir unseren Föderalismus nutzen. Wir müssen bereit sein, uns dem Wettbewerb gegeneinander zu stellen und um die besten Lösungen zu ringen. Dem Bund, der das Schulsystem vereinheitlichen will, müssen wir sagen: Dadurch machst du Deutschland wieder langsamer, statt die Möglichkeit zu eröffnen, im Wettbewerb miteinander schneller zu den besten Lösungen zu kommen.

Wenn wir die Antworten zusammenfassen, können wir den Menschen an vielen einzelnen Beispielen zeigen, dass man etwas verändern kann. Nehmen wir die Sprachkompetenz: Wir in Hessen haben einer Generation von Kindern innerhalb von zwei Jahren die Chance gegeben, mit gleichen Sprachkenntnissen in die Schule zu kommen. Viele andere Bundesländer tun das jetzt ebenfalls. Ich verweise auf die Beispiele im Arbeitsmarkt, die ich genannt habe. Ich bin davon überzeugt, dass wir es in den kommenden zwei Jahren schaffen können, an sehr konkreten Beispielen Punkt für Punkt nachzuweisen, dass Reformen nicht bedeuten müssen, dass alles schlechter wird. Reformen bedeuten vielmehr, dass sich nach einer Reihe von Anstrengungen Verbesserungen einstellen. Wohlstand für alle ist keine schöne These aus dem Geschichtsbuch Ludwig Erhards, sondern Wohlstand kann nach wie vor ein Programm für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland sein, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Die Chance müssen wir wahrnehmen. Ich hoffe, dass die Beratung unseres Programms auf dem Parteitag einen Beitrag dazu leistet, diese Veränderung vorzunehmen und dass wir nicht den Mut verlieren. Denn den Schneid in dieser Sache können uns nicht die Sozialdemokraten abkaufen, sondern nur wir selbst. Wenn wir selbst nicht davon überzeugt sind, dass wir eine Reformidee haben, die den Menschen am Ende mehr Nutzen bringt, können wir nicht erwar-

ten, dass Menschen, die in der täglichen Arbeit nicht so viel davon wissen wie wir, bereit sind, uns zu vertrauen. Wir sind diejenigen, die an dieser Stelle vorangehen müssen. Das heißt auch, dass wir davon überzeugt sein müssen, dass wir tatsächlich Verbesserungen in Deutschland herbeiführen. Ich hoffe, dass neben der Botschaft der Geschlossenheit, die zu diesem Parteitag gehört, auch die Botschaft des Optimismus, dass wir den Schlüssel für eine bessere Zukunft in Deutschland in der Hand haben, von diesem Parteitag ausgehen kann. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank für Ihren Beitrag!

Ich rufe Herrn Ministerpräsidenten Dieter Althaus auf.

(Vereinzelt Beifall)

**Dieter Althaus:** Liebe Angela Merkel! Liebe Delegierte! Liebe Freunde! Ich denke, unsere Erfahrungen aus den Ländern in den letzten Jahren, aber auch unsere Erfahrungen aus der Zeit der Wiedervereinigung lehren uns sehr eindeutig: Die Klarheit in der Ansage ist wichtig. Wichtig ist ebenfalls die Konsequenz in der Umsetzung dessen, was wir beschlossen haben. Das allerwichtigste ist, dass wir eine Perspektive vorgeben, wohin die Reformen führen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist keine Perspektive, die Arbeitszeit ständig zu verkürzen und zu glauben, man könnte mit immer mehr Urlaub und immer höheren Tarifen in einer sich globalisierenden Welt erfolgreich bleiben. Jeder in Deutschland spürt: Das führt zu mehr Arbeitslosigkeit, zu immer weniger Steuereinnahmen und dazu, dass uns gerade diejenigen verloren gehen, die als Leistungsträger in der Gesellschaft entscheidend sind. Deshalb, liebe Angela Merkel, bin ich dankbar, dass heute die Klarheit der Ansage im Mittelpunkt stand und dass wir auf dem Parteitag in Düsseldorf die Inhalte festlegen. Liebe Freunde, unabhängig davon, wie die Landtagswahlen nach dem Jahr 2006 eingeschätzt werden, müssen wir handeln für Deutschland. Wir dürfen uns nicht wegducken. Wir haben die Verpflichtung, für Deutschland nach vorne zu denken und zu entscheiden.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe gerade in Thüringen wieder gespürt: Die Menschen wollen Klarheit. Thüringen ist historisch wahrlich kein unionsgeprägtes Land. Wir haben die Wechsel der Geschichte immer mitgemacht, in alle Richtungen. Wenn die Union seit 1990 kontinuierlich in der Verantwortung war und die Ministerpräsidenten von der Union gestellt wurden und wenn ich am 13. Juni das zweite Mal die absolute Mehrheit verteidigt habe, dann beweist das: Die Menschen wollen, dass Politiker zu dem stehen, was sie so sagen. Sie wollen, dass Politiker das tun, was sie vorher versprochen haben. Sie wollen nicht mehr

die windelweichen Aussagen des Schauspielers Schröder, sondern sie wollen Klarheit, weil es um die Zukunft unseres Landes geht.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb sage ich mit Nachdruck: Wir leben über unsere Verhältnisse, wir sind maßlos in Deutschland. Ein neues Land spürt eher, dass das an den Rand oder zu Problemen führt. Ich finde, es ist eine sehr billige und hoch problematische Politikszenerie, die Rot-Grün in dieser Situation betritt. Es wird nicht gefragt, wie man wieder zu Wachstum kommen kann, wie man wieder dazu kommen kann, dass die Arbeitslosigkeit sinkt und die Beschäftigung zunimmt, dass sich die Einnahmesituation verbessert und wieder Steuereinnahmen zur Verfügung stehen, um das Notwendige zu tun. Im Gegenteil, es wird das alte Lied angestimmt, das die Sozialdemokraten in einer solchen Situation immer anstimmen: Das ist das Lied vom Neid. Plötzlich wird in Nordrhein-Westfalen von dem amtierenden Ministerpräsidenten der Eindruck vermittelt, als ob im Osten Geld verschwendet worden sei und dass man hier besser hätte arbeiten können, wenn das Geld im Osten nicht verschwendet worden sei. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind die Sozialdemokraten, die Deutschland ruinieren, nicht der Osten.

Wir sind dankbar, dass wir die Wiedervereinigung haben. Wir hätten sie nicht, wenn die Sozialdemokraten regiert hätten.

(Vereinzelt Beifall)

Der Bundeskanzler entblödet sich zu sagen: Patriotismus ist das, was ich jeden Tag tue. Was hat er denn getan? Ich will sehr deutlich sagen: Er hat gegen die deutsche Einheit gearbeitet und er hat gegen die Einführung des Euro gearbeitet. Wenn es nach der Sozialdemokratie gegangen wäre, wäre die DDR als Staatsbürgerschaft anerkannt worden. Was wäre denn dann mit der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes? Ist das vielleicht Patriotismus? Das ist das genaue Gegenteil. Das ist Gottvergessenheit und Zukunftsvergessenheit.

(Beifall)

Wir brauchen Verlässlichkeit. Ich bin sehr dankbar, dass die Vorsitzende das in die Historie der Sozialen Marktwirtschaft eingespannt hat. Da müssen auch wir im eigenen Geschichtsrückblick manches kritisch bemerken. Wir haben zu viel verteilt und uns über die Jahrzehnte hinweg daran gewöhnt, hauptsächlich zu verteilen. Wir haben nicht mehr darauf geachtet, wo die Grundlagen der Gesellschaft liegen. Es ist in der Sozialen Marktwirtschaft von Anfang klar gewesen, dass die Person, der Mensch, jeder Einzelne Ursprung, Träger und Ziel der Politik ist. Daraus speisen sich die Sozialprinzipien Subsidiarität und Solidarität. Aber wir haben uns daran gewöhnt, Solidarität sehr groß zu schreiben, haben aber die Eigenverantwortung, die Subsidiarität, die Stärke der Familie, der Kommune, der Wirtschaft und des Unternehmens nicht

mehr in den Blick genommen. Jetzt müssen wir wieder an die Wurzeln anknüpfen, an das, was der Sozialen Marktwirtschaft in den 50er-Jahren zugrunde gelegt worden ist. Es geht nicht um ganz neue Politik, sondern darum, ihre Prinzipien wieder anzuwenden und einzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen ist auch die Perspektive vollkommen klar: Die Perspektive heißt nämlich: mehr Chancen für jeden Einzelnen, weil er, wenn er zu Arbeit kommt, seine Existenz selbst sichern und auch wieder eigenverantwortlich tätig sein kann. Deshalb ist das eine Perspektive, die keiner ökonomischen Theorie folgt, sondern die genau der Grundlage folgt, auf der wir stehen: der Sozialen Marktwirtschaft mit Sozialprinzipien, die sich an der Einzelperson orientieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das müssen wir in den nächsten zwei Jahren mit aller Deutlichkeit sagen, unsere Inhalte kommunizieren und die Ziele für die Gesellschaft vorgeben, damit wir im Jahr 2006 endlich einen Wechsel in der deutschen Politik bekommen. Angela Merkel hat vorhin Hamburg als einen Standort erwähnt, der zukunftsträchtig ist, unter anderem durch das neue Werk, in dem der A380 gebaut wird. Heute vor einer Woche, um 10 Uhr am Vormittag, habe ich einen Anruf der Chefs von Lufthansa und Rolls-Royce bekommen. Beide führen gemeinsam ein Projekt durch: Sie sanieren und warten für den A380 die Triebwerke, und zwar in Europa, Afrika und Nordamerika. 17 Standorte waren in der Auswahl, zwei in Deutschland und 15 im europäischen Ausland. Ich war ganz froh, dass mir der Chef von Lufthansa gesagt hat: Herr Ministerpräsident, ich darf Ihnen sagen, dass wir nach Thüringen kommen und diese Entwicklung in Arnstadt einbringen werden. Das zeigt, dass auch die Wirtschaft, wenn die Politik vernünftig ist, Vertrauen in ein Land hat, weil sie weiß, dass damit die Zukunft gestaltet werden kann.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist es, was wir brauchen: Mut und Optimismus, um die Dinge, die wir als richtig erkannt haben, auch umzusetzen, zu deregulieren, den Staat zu verschlanken, uns wieder herauszufordern, hart für Deutschland zu arbeiten und nicht nur durch die Welt zu reisen. Wir müssen ein Zweites tun: Wir müssen wieder wettbewerbsfähiger werden, auch untereinander. Deswegen bin ich dankbar – gerade als Vertreter eines jungen Landes, das ja noch schwach ist –, dass Roland Koch das angesprochen hat. Wenn wir es nicht schaffen, über die Föderalismusreform wieder für mehr Wettbewerb zwischen den Ländern zu sorgen, dann brauchen wir auf Dauer keinen Föderalismus mehr. Aber wir brauchen ihn, weil er ein dynamischer Faktor für die deutsche Politik ist. Ich will nicht, dass die Bundesregierung über Bildungspolitik entscheidet. Wir wollen entscheiden, weil wir durch bessere Bildungspolitik bessere Standortpolitik machen wollen.

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist ein Parteitag, auf dem wir uns wichtigen Inhalten zuwenden. Es geht um Wachstum, wir verabschieden unseren Konsens über die Gesundheitspolitik und fällen eine klare Personalentscheidung. Wir haben ein schwieriges Wahljahr vor uns, in dem wir kämpfen müssen, für Nordrhein-Westfalen und für Schleswig-Holstein. Dann, liebe Freunde, müssen wir im Jahr 2006 erfolgreich sein, weil Deutschland vier weitere Jahre Rot-Grün nicht so leicht übersteht. Die Menschen spüren: Uns geht der Boden unter den Füßen weg. Deshalb bitte ich uns alle um Klarheit in der Aussage, Konsequenz und Verlässlichkeit beim Umsetzen und Vertrauen und Geschlossenheit in der eigenen Truppe. Denn nur dann, wenn wir uns selbst etwas zutrauen, trauen uns auch die Wählerinnen und Wähler etwas zu. Sie wollen auf Menschen setzen. Angela Merkel hat heute deutlich bewiesen, dass sie programmatisch und inhaltlich genau die Frau ist, der man vertrauen kann. Deshalb müssen auch wir als CDU Deutschlands in den nächsten zwei Jahren geschlossen stehen.

(Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank für diesen Beitrag. – Ich rufe jetzt den Vorsitzenden der Jungen Union, Philipp Mißfelder, auf.

(Vereinzelt Beifall)

**Philipp Mißfelder**: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren! Frau Merkel, Sie haben gerade vom Deutschlandtag der Jungen Union gesprochen. Für uns alle war das ein ganz bewegendes Ereignis, vor allem deswegen, weil Helmut Kohl dort zum ersten Mal seit 1997 wieder bei der Jungen Union zu Besuch war.

(Vereinzelt Beifall)

Auch aus einem zweiten Grund war der Deutschlandtag für uns und für die Debatten des letzten halben Jahres ebenso wichtig. Ich meine Ihre Rede und die Rede von Christian Wulff. Es ging darum, wie die CDU das Land ganz konkret nach vorne bringen will, wo wir es – wie in Niedersachsen, Hessen und anderswo – schon getan haben und was wir daraus für die Zukunft unserer Politik, die wir im Bund gestalten wollen, ableiten können. Dafür danke ich Ihnen recht herzlich. Wenn ihn auch viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus unseren eigenen Reihen in der CDU im letzten halben Jahr und auch in der Zeit vor Leipzig als schwierig empfunden haben, möchte ich Ihnen sagen: Frau Merkel, der Kurs, den Sie mit Ihrer Rede am 1. Oktober vergangenen Jahres eingeschlagen haben, war vorbildlich für das, was die junge Generation schon seit langem von der CDU einfordert: zu sagen, was wir nach einer möglichen Regierungsübernahme 2006 im Sinne der jungen Generation und der Generationengerechtigkeit tatsächlich vor haben.

(Vereinzelt Beifall)

Das, was Sie in Ihrer Rede und was auch viele andere Redner, zum Beispiel Jürgen Rüttgers, heute gesagt haben, ist richtig: dass wir ohne eine klare Alternative zur Bundesregierung und zum Projekt Rot-Grün keine Chance haben werden, die Bundestagswahl 2006 zu gewinnen. Deswegen ist der programmatische Weg, den wir eingeschlagen haben und an dem sich die Junge Union – ebenso wie die Mittelstandsvereinigung und andere Vereinigungen – morgen wieder mit zahlreichen Anträgen beteiligen wird, alternativlos, selbst wenn das manchmal bei der Presse oder auch bei unseren Parteimitgliedern an der Basis für Kopfschütteln sorgt. Es ist richtig, sich das Leben als Opposition nicht zu einfach zu machen. Der programmatische Diskurs hilft dabei, dass uns die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ernster nehmen. Das muss der Ansatz sein, mit dem wir auch in den nächsten Jahren Politik machen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, dass wir die Bundestagswahl 2002 auch deswegen verloren haben, weil uns an der einen oder anderen Stelle der Mut verlassen hat. Wir waren uns nach der gewonnenen Wahl in Sachsen Anhalt schon viel zu sicher, dass wir die Bundestagswahl schon im Sack hätten und programmatisch nichts mehr leisten müssten. Die Erkenntnisse, die wir aus dieser Wahlniederlage gewonnen haben, führen jetzt dazu, dass die programmatische Arbeit weitergeht. Da wünschen wir uns von der Jungen Union im Zweifel eher mehr Reformen als weniger. Denn hier geht es um die Zukunft unseres Landes und um die Zukunft der Jugend, die in diesem Land noch länger leben will und auch die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an der gestalterischen Kraft der Politik insgesamt haben will. Da werden wir auf vielen Ebenen immer mehr um unsere Chancen gebracht.

Wenn man sich die Kommunalwahlen anschaut, die jetzt hinter uns liegen, stellt man fest, dass sehr viele Vertreter und Vertreterinnen der jungen Generation in Stadtparlamente und Gemeinderäte eingezogen sind. Man sieht, dass dort für die Politik keine gestalterischen Möglichkeiten mehr vorhanden sind; denn Politik ist in erster Linie damit beschäftigt, die Lasten der Vergangenheit abzubauen und die Sünden der letzten 50 Jahre zu bewältigen. Ich sage immer, dass Verschuldung keine Alternative zur vernünftigen Politikgestaltung sein kann. Aber was in vielen Ländern, teilweise auch unter Unionsführung, geschieht, ist nicht in Ordnung. Es werden Probleme, die heute anstehen, auf die Schultern der jungen Generation und der noch nicht geborenen Generationen verlagert.

Deswegen sage ich ganz deutlich auch an dieser Stelle, selbst wenn der Saal so leer ist, dass nur noch die wirklich Interessierten da sind: keine neuen Schulden, denn jedes neue Schuldenmachen führt dazu, dass die zukünftigen Generationen um ihre Möglichkeiten der Teilhabe gebracht werden.

(Beifall)

Laurenz Meyer und ich sind vor mehr als einem halben Jahr auf der Bundestagung der Schüler Union Deutschlands in Neuss zu Besuch gewesen. In den letzten Tagen haben Journalisten häufig gefragt, warum die Union diese Patriotismus-Debatte führt, warum dieses Thema auf einmal hochgezogen wird. Für mich jedenfalls ist es nicht überraschend, dass wir uns mit diesem Thema auseinandersetzen. Deswegen sage ich ganz deutlich auch an dieser Stelle, selbst wenn der Saal so leer ist, dass nur noch die wirklich Interessierten da sind: keine neuen Schulden, denn jedes neue Schuldenmachen führt dazu, dass die zukünftigen Generationen um ihre Möglichkeiten der Teilhabe gebracht werden.

(Beifall)

Laurenz Meyer und ich sind vor mehr als einem halben Jahr auf der Bundestagung der Schüler Union Deutschlands in Neuss zu Besuch gewesen. In den letzten Tagen haben Journalisten häufig gefragt, warum die Union diese Patriotismus-Debatte führt, warum dieses Thema auf einmal hochgezogen wird. Für mich jedenfalls ist es nicht überraschend, dass wir uns mit diesem Thema auseinandersetzen. Wir haben – deswegen komme ich noch einmal auf diesen Besuch bei der Schüler Union zu sprechen – diese Debatte an anderen Stellen schon längst aufgenommen, und jetzt ist es richtig, sie so in den Fokus zu setzen, dass auch eine breitere Öffentlichkeit erfährt, dass die Union zu diesem Thema steht.

Wir als junge Generation von CDU und CSU haben kein Problem damit, unverkrampft mit dem Verhältnis zum Nationalstaat umzugehen und auch unverkrampft zu sagen, dass wir stolz auf das sind, was unsere Großeltern und Eltern in diesem Land aufgebaut haben, und dass wir letztendlich auch stolz darauf sind, Deutsche zu sein.

(Beifall)

Das hat Laurenz Meyer, wie ich finde, in der Vergangenheit sehr gut deutlich gemacht, selbst wenn es viele Widerstände hervorgerufen hat. Herr Trittin ist vorher ja schon zitiert worden. Er hatte Laurenz Meyer als Skinhead bezeichnet. Wenn dem Herrn Trittin als Amtsträger in der Bundesrepublik Deutschland nichts anderes einfällt, als dauernd diesen Unsinn zu erzählen, dann ist er wirklich fehl am Platz und sollte sich überlegen, ob er nicht lieber in einem anderen Land antritt, Minister zu werden, als in unserem Vaterland.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte kurz noch etwas zur Reformpolitik sagen, weil das sehr viel mit dem zu tun hat, was wir morgen inhaltlich beim Leitantrag für Wachstum und Beschäftigung beraten wollen. Wenn man sich das anschaut, was wir dort miteinander gerade zum Arbeitsmarkt und zu den Tarifparteien geschrieben haben, glaube ich, dass wir uns vor Augen führen sollten – und das können wir gar nicht oft genug sagen –, dass sich das, was wir von CDU und CSU und was wir auch als Junge Union an Politik vorhaben, in erster Linie daran orientieren muss, was Arbeit

schaft. Sozial ist, was Arbeit schafft, nicht aber das, was Frau Engelen-Kefer gerade draußen vor der Tür gemacht hat. Zu dieser Demonstration im Beisein von Frau Engelen-Kefer muss ich wirklich sagen, dass sie das blockiert, was wir vorhaben, und das wird nur dazu führen, dass die Gewerkschaften überhaupt nicht mehr ernst genommen werden. Wer sich konsequent gegen jegliche Veränderung in der Arbeitswelt stemmt und auch vernünftige Abkommen in Unternehmen blockiert, die von der Belegschaft, von der Geschäftsführung und vom Betriebsrat einstimmig abgesegnet werden, der lebt wirklich in der falschen Zeit und sollte sich einmal überlegen, ob Gewerkschaften so weitermachen können.

(Beifall)

Ich glaube, dass wir gut beraten sind, die Auseinandersetzung mit Gerhard Schröder und Joschka Fischer so zu suchen, wie sie uns den Fehdehandschuh hingeworfen haben. Sie haben ja gesagt, dass sie das Projekt Rot-Grün fortsetzen wollen. In den letzten Wochen und Monaten ist gerade auch durch die Patriotismus-Debatte deutlich geworden, dass diese Herren eine ganz andere Republik haben wollen als wir. Sie wollen das, was 1968 begonnen worden ist, in der nächsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages vollenden und das Gesicht der Republik verändern. Das wollen wir als junge Generation in Deutschland mit verhindern. Von Politikverdrossenheit kann bei unserer Anhängerschaft keine Rede sein. Von linker und rot-grüner Anhängerschaft kann bei der jungen Generation auch niemand reden, weil die Junge Union mittlerweile doppelt so viele Mitglieder hat wie alle anderen politischen Jugendorganisationen in Deutschland zusammen.

(Beifall)

Das wollen wir in die Diskussion bei CDU und CSU einbringen. Das geht häufig auch nur im Streit. Richtig so, dass man sich streitet! Wir haben in den letzten Wochen aber auch gezeigt, dass wir, wenn es notwendig ist, auch die Kraft haben, uns wieder zu vertragen. Das ist auch richtig so, selbst wenn der eine oder andere damit manchmal Schwierigkeiten hat. Wir als Junge Union wollen uns sowohl programmatisch einbringen als auch jetzt ganz besonders in den Wahlkämpfen für Peter Harry Carstensen und Jürgen Rüttgers werben, weil sie eine bessere Alternative für die beiden Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sind. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Philipp Mißfelder.

Ich rufe jetzt die Vorsitzende der Frauen Union Deutschlands, Maria Böhmer, auf.

(Vereinzelt Beifall)

**Prof. Dr. Maria Böhmer**: Liebe Frau Tagungspräsidentin! Frau Vorsitzende, liebe Angela Merkel! Liebe Delegierte! Angela Merkel hat in ihrer Rede, als es um das ging, was es zu bewahren gilt,

sehr deutlich gesagt, dass wir das nächste Jahr mit Blick auf das Thema „Wie ist es um Familien in unserem Land bestellt?“ gestalten wollen. Ich glaube, es ist ein ganz entscheidender Akzent und ein Schwerpunkt, den wir in unserer Politik setzen müssen, deutlich zu machen, dass Familien in unserer Politik das Herzstück sind und dass es dabei nicht darum geht, Sonntagsreden zu halten. Wir wollen Familienpolitik konkret gestalten, damit Familien in unserem Land wieder wissen, wohin der Weg führt und worauf sie sich verlassen können.

Damit wird das Jahr 2005 nicht nur das Jahr vor der Bundestagswahl sein, sondern auch das Jahr, in dem wir uns erinnern sollten: Wir stehen 20 Jahre nach Essen. 20 Jahre nach Essen heißt: 20 Jahre nach dem entscheidenden Parteitag der CDU „Neue Partnerschaft von Mann und Frau“. Damit hat die CDU vor 20 Jahren ein gesellschaftspolitisches Programm auf den Weg gebracht, das wegweisend war. Heute sind wir in der Situation, dass wir fragen müssen: Was haben wir erreicht? Ich finde, es kann sich sehen lassen. Als ich mich vorhin im Saal, als er noch proppenvoll war, umgesehen habe, habe ich gedacht: Es hat sich gelohnt, für die Mitwirkung von Frauen in der Union zu kämpfen; denn mehr als 30 Prozent der Delegierten sind jetzt Frauen. Das ist wichtig und das ist gut für uns alle.

(Beifall)

Ich bin stolz darauf, dass wir in unseren Reihen Oberbürgermeisterinnen haben, Oberbürgermeisterinnen, die es geschafft haben, rote Rathäuser zu erobern. Das war Petra Roth, das war Eva Lohse in Ludwigshafen, und das war Angelika Volquartz in Kiel. Diese Frauen haben für die Frauen in der Union Marksteine gesetzt!

(Beifall)

Genauso stolz bin ich darauf, dass wir mit Angela Merkel eine Frau als Partei- und Fraktionsvorsitzende haben. Damit zeigt die CDU: Wir haben Frauen in unseren Reihen, und Frauen sind nicht mehr am Rande der Macht, sondern Frauen sind im Zentrum der Macht angelangt, und sie werden von Frauen und Männern zugleich unterstützt. Das bringt uns nach vorne!

(Beifall)

Wir müssen aber auch bedenken, dass Frauen auf diesem Weg in der Politik immer wieder auf Steine stoßen. Frauen sind für uns jedoch von ganz entscheidender Bedeutung, wenn es um Wahlen geht. Die Union war in Wahlen immer stark, wenn sie die Frauen als Mehrheit gewonnen hat. Wenn wir uns anschauen, wie die Wahlergebnisse zuletzt bei der Europawahl waren, so sehen wir: Wir haben die jungen Frauen und die Frauen im mittleren Lebensalter nicht mehr erreicht, nicht mehr die junge Mutter, nicht mehr die Supermarktleiterin, nicht mehr die junge Ärztin und die Rechtsanwältin. Wir haben aber große Mehrheiten bei den Frauen über 60. Daraus müssen wir eine doppelte Konsequenz ziehen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir auch angesichts der demographischen Entwicklung diejenigen, die all ihre Erfahrung und ihren

Sachverstand mit einbringen können, die ältere Generation, gerade die Generation der älteren Frauen, fruchtbar in unsere politische Arbeit einbinden. Wir müssen sie mit unserem politischen Programm ansprechen, und das heißt nicht nur Pflegeversicherung, sondern heißt auch eine Politik für die älter werdende Generation, die ihren Sachverstand einbringen können muss.

Wir müssen allerdings auch dafür sorgen, dass die mittlere und die jüngere Generation angesprochen werden. Wir müssen dafür wieder attraktiv sein, und das heißt in meinen Augen, dass wir eine doppelte Weichenstellung vornehmen müssen. Wir müssen in der Familienpolitik konkreter werden. Das bedeutet zum einen ein klares Ja zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie einen deutlichen Ausbau der Kinderbetreuung. Da wünsche ich mir, dass wir nicht auf der halben Wegstrecke stehen bleiben. Wir müssen ganz klar nach vorne gehen, und da sind wir als Union gut. Die am besten ausgebauten und qualitativ am besten dastehenden Kinderbetreuungsangebote haben wir in den alten Bundesländern in Baden-Württemberg und in Bayern.

In den neuen Bundesländern haben wir sie in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Damit müssen wir punkten. Wir dürfen uns nicht von dem blenden lassen, was die Bundesregierung verkündet.

Ich halte es für nicht verantwortlich, wenn ein Tagesbetreuungsausbaugesetz auf den Weg gebracht wird, was in der Sache – mehr Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren – richtig ist, aber finanziell auf tönernen Füßen steht. Deshalb haben wir den Vermittlungsausschuss angerufen und gesagt, die Bundesregierung muss an dieser Stelle Farbe bekennen. Man kann nicht davon reden, die Kinderbetreuung in Deutschland zu verbessern, aber die Kommunen bei der Finanzierung im Stich lassen.

(Beifall)

Was wird die Konsequenz sein? Die Konsequenz wird sein, dass die Kosten in den Kommunen auf die Eltern übertragen werden. In Berlin ist die Situation unter einem rot-roten Senat so, dass die Kinderbetreuungskosten auf 500 Euro im Monat klettern. Das hat zur Konsequenz, dass viele Eltern ihre Kinder vom Kindergarten abmelden. Das hat auch zur Konsequenz, dass diejenigen, die aus bildungsfernen Schichten kommen, nicht mehr vor dem Eintritt in die Grundschule die Chance haben, die deutsche Sprache richtig zu erlernen. Das ist übrigens nicht nur ein Thema für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, sondern leider beherrschen auch viele deutsche Kinder die deutsche Sprache nicht richtig.

Wir als Frauen Union haben gemeinsam mit der Jungen Union deshalb einen Antrag eingebracht und wir wollen morgen noch einmal deutlich machen: Wir müssen in diesem Bereich umsteuern. Wir müssen im Bereich der Bildung – das ist der zweite wichtige Ansatzpunkt – die Investitionen vom Kopf auf die Füße stellen. Wir investieren momentan viel in das Studium. Ich finde,

wir sind auf einem guten Weg, wenn wir das Verbot, Studienbeiträge zu erheben, aufheben; denn es geht um eine Weichenstellung für einen erfolgreichen beruflichen Weg. Aber kaum jemand diskutiert darüber, dass die Kindergartenbeiträge in unserem Land zu hoch sind. Deshalb sage ich an dieser Stelle ganz klar: Eine Politik für Familien muss bedeuten, dass wir mehr in die frühkindliche Bildung und Erziehung investieren und die Investitionen auf den Kindergarten- und Grundschulbereich umlenken. Wir müssen das umsetzen, was uns das Saarland vormacht. Ministerpräsident Peter Müller hat dort die Weichen gestellt, dort ist das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei. Ich glaube, es würde ein gutes Signal von diesem Parteitag ausgehen, wenn wir den Eltern sagen könnten, wir entlasten euch, wenn es um kleine Kinder geht, wir sorgen dafür, dass es nicht nur Betreuung gibt, sondern dass auch Bildung, Spracherwerb, Sozialkompetenz und besseres motorisches Lernen im Kindergarten angeboten werden. Das ist eine klare Botschaft.

(Beifall)

Man darf bei der Ganztagschule keine halben Sachen machen. Ich habe mit Freude Jürgen Rüttgers zugehört, der ein klares Bekenntnis zur Ganztagschule abgegeben hat. Wenn uns mit einem 4-Milliarden-Euro-Programm vonseiten der Bundesregierung vorgegaukelt wird, Baumaßnahmen in den Schulen könnten dazu führen, bessere Bildung in unseren Schulen anzubieten, so ist das ein Trugschluss. Dort, wo Schule, Ganztagschule draufsteht, muss auch Schule drin sein. Dafür müssen wir kämpfen.

(Beifall)

Deshalb ist es für die Zukunft so wichtig, dass wir beides zusammenbringen: Familienpolitik und Bildungspolitik. Sie sind die Weichenstellungen, die richtigen Investitionen für die Zukunft. Wir müssen alle Kräfte anspannen, dass dieses gelingt. Ich war sehr froh und erleichtert, als ich im Leitantrag, in dem es um Wachstum und darum geht, unser Land wieder voranzubringen, gesehen habe, dass ein großes Kapitel der Bildungspolitik gewidmet ist. Denn Bildung ist der Treibsatz für Wachstum, Bildung ist der Treibsatz für wirtschaftliche Entwicklung. Nur dann, wenn die jungen Menschen gut ausgebildet und fit sind und wenn wir einen Schwerpunkt auf Forschung und Innovationen legen, werden wir auch vorankommen. Das geht nur, indem wir mehr in die Köpfe investieren. Wir als Union müssen deutlich machen: Das ist unser Kapital, darum geht es.

Lassen Sie mich eine letzte Anmerkung zum Thema Integration machen. Das ist ein Thema, das uns aus der Sicht von Frauen und Familien ganz besonders berühren muss. Wir sind mit einer großen Ungleichheit in unserem Land konfrontiert und das, obwohl wir vor zehn Jahren das Grundgesetz ergänzt haben, wonach der Staat eine aktive Rolle bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung übernehmen soll. Die Durchsetzung der Gleichberechtigung endet offensichtlich an den Türen der Wohnungen, in denen ausländische Familien leben. Diejenigen, die muslimischer Herkunft sind und in unserem Land wohnen, haben schlechtere Chancen.

Hier gilt immer noch, dass viele junge Mädchen zur Heirat gezwungen werden, dass sie in die Türkei gehen müssen, um zur Ehe Ja zu sagen, obwohl sie es gar nicht wollen. Hier müssen wir die Grenzen aufzeigen. Wir müssen klar machen, dass in unserem Land Zwangsverheiratungen nicht sein dürfen. Es muss ein Straftatbestand dafür eingeführt werden. Die Gleichberechtigung muss in unserem Land gelten, egal ob es um deutsche oder ausländische Frauen geht.

(Beifall)

Deshalb bitte ich sehr nachdrücklich: Lassen Sie uns das, was wir als Frauen Union einbringen können, aktiv miteinander gestalten. Angela Merkel hat gesagt, die Frauen Union sei manchmal unbequem. Ich glaube, dieses Unbequemsein führt dazu, dass wir Aspekte nach vorn bringen, die für uns gemeinsam wichtig sind. Es gilt die alte Erkenntnis: Wer Wahlen gewinnen will, muss die Frauen gewinnen. Hierfür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. – Danke.

(Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Professor Böhmer. – Ich rufe jetzt aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen Norbert Blüm auf.

(Beifall)

**Dr. Norbert Blüm**: Frau Präsidentin! Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich war in letzter Zeit viel unterwegs, auch im Ausland. Ich bin auch wieder heimgekehrt. Ich komme gern heim. Ich habe viel gelernt. Erstens – das ist selbstverständlich –: Der Sozialismus ist tot, und zwar auf der ganzen Welt. Zweitens – auch hier bin ich sicher –: Der Neoliberalismus ist nicht sein Erbe. Er ist nicht die Zukunft dieser Welt. Das Programm lässt sich weder hier noch anderswo durchsetzen, aber mit drei Worten zusammenfassen. Wenn ich einen Papagei hätte, würde ich ihn diese drei Worte lehren: Kostensenkung, Deregulierung, Wachstum.

Nun habe ich nichts dagegen, Kosten in Schach zu halten. Ich habe auch nichts gegen den Abbau von Bürokratie und Wachstum ist positiv. Ziele sind aber alle drei nicht. Das will ich an einem Beispiel deutlich machen. In Bangladesch arbeiten die Hemdennäherinnen für 50 Cent am Tag. Der Spitzenlohn beträgt einen Dollar pro Tag. Der deutsche Vertreter sagt mir, dass er demnächst in China fertigen lassen will, weil es dort noch billiger ist. Ich verwette mein bescheidenes Vermögen, dass sich die Menschen, wenn Globalisierung eine Olympiade mit dem Motto, wer produziert am billigsten, wird, diese nicht gefallen lassen werden. Dann müssten wir nämlich Kinderarbeit einführen. Sie werden es nicht glauben, aber der Anteil der Kinderarbeit wächst.

Soziale Marktwirtschaft verlangt einen Ordnungsrahmen und Mindeststandards. Das ist das Problem. Es wird unsere Aufgabe sein, die Wirtschaft global, den Sozialstaat aber national zu gestalten.

Was hat denn dieser Wettbewerb, der nichts anderes als Ausbeutung ist, geschafft? Der Abstand zwischen Reich und Arm auf der Welt nimmt zu. Die Armen fallen zurück. Es gibt 1 Milliarde Menschen mit weniger als 1 Dollar Tageseinkommen auf der Welt. 80 Prozent der Weltbevölkerung leben von 20 Prozent der Erdengüter; 20 Prozent – dazu zählen Sie und ich – leben von 80 Prozent. Glaubt denn jemand, das würde gut gehen?

Ich höre von einem Textilunternehmer, der zunächst einen Betrieb in Chemnitz aufgemacht hat. Der Durchschnittsverdienst betrug dort 900 Euro. Dann hat sich herausgestellt, dass es in Ungarn für 150 Euro geht. Daraufhin hat der Unternehmer den Betrieb in Chemnitz zugemacht und ist nach Ungarn gegangen. Jetzt hat er festgestellt, dass es in Weißrussland für 60 Euro geht. Ich stelle angesichts dessen die Frage, ab welcher Entfernung die Arbeitnehmer noch Geld mitbringen müssen. Offenbar wird übersehen, dass die Leute Angst um die Zukunft haben. Löhne bedeuten auch Kaufkraft. Wenn ich manche Rede höre – bis jetzt habe ich das heute hier allerdings noch nicht gehört –, ist es offenbar so, dass die Löhne von Kasachstan, die Managergehälter aus den USA und die Kaufkraft von Düsseldorf der Idealfall sind.

(Zuruf: Das ist doch Quatsch!)

Das ist kein Quatsch. – Das klappt nicht. Das hat mit Neid gar nichts zu tun. Man kann den Arbeitnehmern nicht Lohnzurückhaltung empfehlen, wenn die Managergehälter weglaufen. Das läuft nicht.

(Teilweise Beifall)

Das hat mit Neid überhaupt nichts zu tun. Als Beispiel führe ich an, dass die Deutsche Bank 2001/02 einen Rekordgewinn von 9,8 Milliarden gemacht hat. Gleichzeitig wurden 11 000 Mitarbeiter entlassen. Die Managergehälter sind im gleichen Zeitraum um 474 Prozent gestiegen. Liebe Freunde, angesichts dessen könnt ihr hier so intelligente Reden halten, wie ihr wollt, ihr könnt auch den Sachverstand eines Nobelpreisträgers einbringen, es bleibt festzuhalten: Das werden die Leute nicht akzeptieren.

Mit einer Wirtschaftsordnung nach dem Motto, je mehr Leute du hinausschmeißt, desto höher steigt der Kurs, wird es nicht gut gehen. 95 Prozent der täglich auf dem internationalen Finanzmarkt wechselnden Dollarbillionen haben mit Produktion und Warenverkehr gar nichts zu tun. Das ist reine Spekulation. Das wird nicht gut gehen.

Wir brauchen Unternehmen, die sich wieder verstehen. Gott sei Dank gibt es solche im Handwerk und im Mittelstand noch immer. Ein Unternehmen ist keine Kapitalsammelstelle, sondern ein Personenverbund. Die Leute wollen dazugehören, wollen motiviert sein. Ist Opel nicht ein Beispiel? In 20 Jahren gab es dort 15 Vorstandsvorsitzende. Einer war nur für vier Monate im Amt. Sie können dann Kosten sparen, soviel Sie wollen. Sie können Lopez noch ein-

mal heranlassen. Er hat übrigens nicht nur bei den Arbeitnehmern Kosten gespart, sondern auch den Mittelstand kaputtgemacht. Sie können dann Kosten sparen, soviel Sie wollen – das Ding läuft nicht!

Frau Vorsitzende, überlegen Sie sich auch noch einmal die angedachten Maßnahmen betreffend den Kündigungsschutz. Ich bin auch flexibel. Der Kündigungsschutz ist nicht nur ein Schutz für Arbeitnehmer. Er ist auch ein Schutz für Arbeitgeber. Das spielte in anderen Zeiten einmal eine wichtigere Rolle als heute. Denken Sie hier einmal an Amerika. Freitags verlässt ein wertvoller Mitarbeiter mit einem bye-bye das Unternehmen und ist montags dann bei der Konkurrenz.

Nun noch abseits aller Theorie eine Anmerkung zu dem Vorschlag, wir sollten dem Arbeitnehmer die Wahlmöglichkeit zwischen Kündigungsschutz und Abfindung eröffnen. Liebe Freunde, stellt euch das einmal vor: Bevor der neu eingestellte Arbeitnehmer den ersten Handschlag gemacht hat, muss er sich mit seinem Arbeitgeber erst einmal darüber unterhalten, unter welcher Bedingung er wieder geht. Halten Sie das für besonders lebensnah? Das ist ungefähr so, als würde der Standesbeamte vor der Trauung sagen: Bevor ich Sie traue, unterhalten wir uns erst einmal darüber, unter welchen Bedingungen Sie rausfliegen. – Es geht dann wohl nur noch um Lebensabschnittspartnerschaft. Im Betrieb kann man Vergleichbares nun auch noch machen.

Einer der wesentlichen Vorteile – ich will hier noch einmal das Hohelied des Handwerks singen – ist, dass man in guten wie in schlechten Zeiten zusammenhält. Stammebelegschaften sind ein Rückgrat. Es geht nicht nur um Geld. Es geht auch um Motivation.

(Teilweise Beifall)

Zum Stichwort Deregulierung. Nur einer von vier Arbeitnehmern unter 25 Jahren hat noch einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge nimmt zu. Frau Vorsitzende, können Sie sich vorstellen, wie die Betroffenen eine Familie gründen sollen? Der Betroffene hat kein geregeltes Einkommen. Er bekommt bei der Sparkasse noch nicht einmal einen Kredit. Wissen Sie, dass Verlässlichkeit, von der auch Sie gesprochen haben, etwas ganz Wichtiges für die Lebensplanung und auch für die Motivation ist? Die Menschen sind keine Stäbchen, die sich hin und her schieben lassen. Der Tagelöhner gehört nicht zu unserer Kultur.

Wie sieht es denn bei der Globalisierung in der Praxis aus? Wir holen uns die Informatiker aus Bangalore. Wir lassen in der Dritten Welt ausbilden. Können Sie mir einmal sagen, was der Unterschied zum alten Kolonialismus ist? Damals haben wir die Rohstoffe abgeholt, jetzt lassen wir ausbilden. Ein deutscher Informatiker, 40 Jahre alt, bekommt hier keinen Arbeitsplatz, und zwar nicht nur wegen des Geldes.

(Zuruf: Das stimmt nicht!)

– Das stimmt nicht? Wenn Sie eine Adresse brauchen, kann ich sie Ihnen gerne schicken. Ich rede von tüchtigen Leuten. – Ich halte das für eine Art von Ausbeutung. Wir holen uns die, die wir brauchen, aus dem Ausland. Die Alten und Kranken bleiben freilich daheim. Das ist eine Zugvogelgesellschaft, die einen hohen Preis zahlen muss. Diese Gesellschaft muss auf Heimat, Nachbarschaft, Freundschaft, Ehe verzichten. Wie soll denn ein flexibler Arbeitnehmer neuen Typs – mobil gemacht, heute da, morgen dort – eigentlich eine Familie gründen?

Wirtschaft ist mehr als nur Geld. Das wusste Ludwig Erhard. Soziale Marktwirtschaft ist mehr als nur Kostenrechnung. Soziale Marktwirtschaft ist, wie Sie gesagt haben, eine Idee. Dazu gehört auch Sozialordnung. Was haben die Chicago Boys den Russen empfohlen? Es hieß: Weg mit Regulierung, mit Wettbewerb und Privatisierung entsteht Wohlstand. – Den kannst du an der Riviera und in Zypern besichtigen. All das ist aber auch wirtschaftlich unvernünftig.

Nun zu den Reformen, Frau Vorsitzende. Nicht dass Sie meinen, ich wäre ein Betonkopf. Ich bin erfahren, was Reformen angeht. Veränderungen müssen sein. Ich wundere mich aber über die Art und Weise, wie dieses Thema in Deutschland behandelt wird, und zwar in allen Parteien. In einem SPD-Papier ist zu lesen, aus dem sozialen Netz müsste ein Sprungbrett werden. Das musst du dir einmal vorstellen: ein 80-Jähriger auf einem Sprungbrett. Schon das Bild ist zynisch. In unseren Reihen habe ich schon öfter gehört, dass gesagt wurde, es müssten Einschnitte erfolgen, es müssten noch tiefere Einschnitte erfolgen. Dabei sehe ich immer ein Messer, eine Metzgerei vor mir. Die Leute haben Angst. Glauben Sie es mir! Selbst die, die Geld haben, geben kein Geld mehr aus, weil sie Angst haben, und zwar wegen des Hin und Her. Jeder, der eine Idee hat, äußert sie, unabhängig davon, ob sie realisierbar ist oder nicht.

Frau Vorsitzende, ich sage auch dies, selbst wenn es möglicherweise nicht auf Verständnis trifft: Ich halte die Beitragsfinanzierung für eine der klügsten Erfindungen unseres Sozialstaates. Sie ist besser als alle Formen der Steuerfinanzierung oder pauschalen Finanzierung. Beim Beitrag – dahinter steckt große Klugheit – gibt es einen Zusammenhang zwischen Einnahmen und Ausgaben. Wenn die Leute mehr wollen, müssen sie bereit sein, mehr Beiträge zu zahlen. Wenn sie dies nicht wollen, kann es nicht mehr geben. Deshalb stellen viele Sozialstaaten auf das Beitragssystem um. Wenn Sie Steuern unterbuttern und die unteren Beiträge subventionieren, gibt es Jahr für Jahr den Kampf um die Frage, ob genug Geld da ist. Sie müssen dann pauschal Jahr für Jahr nachsteuern, denn die Ausgaben wachsen ja mit jeder Lohnerhöhung. Das ist beim Beitrag nicht so. Dieser braucht nur verändert zu werden, wenn Lohn- und Ausgabenentwicklung auseinander gehen. Es gibt ein weiteres Problem, das weder mit der Bürgerversicherung noch mit der Kopfpauschale gelöst werden kann. Beide Modelle orientieren sich nur daran, wie man an das Geld der Leute kommt. Wenn Sie mich fragen, ist die viel entscheidendere Frage jedoch, für was Solidarität zuständig ist und wie sich die Ausgaben strukturieren lassen.

In einer Gesellschaft, in der Gesundheit ein hohes Gut ist und die Wellness boomt, werden wir den Mut haben müssen, Grenzen dahin gehend zu ziehen, was solidarisch zu finanzieren ist und was frei. Ich glaube, das ist eine größere Mutprobe.

Was mich bis aufs Blut reizt, Frau Vorsitzende – ich bin nicht schnell reizbar –, ist Hartz IV. Da hat jemand 30 Jahre lang gearbeitet, auf dem Bau oder anderswo, und Beiträge gezahlt und wenn er arbeitslos wird, wird er – dank Hartz IV – nach kurzer Zeit dem Sozialhilfeempfänger gleichgestellt, so als hätte er sein Leben lang gesoffen; ich habe nichts gegen Alkoholiker. Das ist schon ein bisschen schizophren. Einerseits wird gesagt: Mehr private Vorsorge!

(Zuruf)

– Ihr habt Hartz IV immerhin zugestimmt.

(Zuruf)

– Ich lese alles. Ich rede im Moment gegen Hartz IV, gegen diese Sozialpolitik, die sich nur auf die Bedürftigen konzentriert. Mein Sozialstaat, der Sozialstaat, den ich verteidige, kümmert sich nicht nur um die Bedürftigen, sondern auch um die Fleißigen und die Sparsamen. – Wer ein Leben lang gearbeitet hat, der muss eine höhere Rente bekommen. Wer 30 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, der wird nicht nach kurzer Zeit der Arbeitslosigkeit dem Sozialhilfeempfänger gleichgestellt.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn sich jemand Geld vom Munde abgespart hat, kann man es ihm nicht, wenn es auf der einen Seite „private Vorsorge“ heißt, auf der anderen Seite wieder anrechnen. Was denn nun? Hü oder hott? Es muss schon ein bisschen Klarheit in den Laden.

Der Sozialstaat muss zweifellos umgestellt werden. Der Vorschlag, man könne den Beitrag von der Arbeit abkoppeln, ist, mit Verlaub gesagt, Illusion. Zu guter Letzt landet nämlich alles bei der Arbeit. Wir haben eine Lohnquote von 70 Prozent. Egal, ob aus dem Portmonee der Beitrag für eine gesetzliche oder eine private Rente – pauschal oder nicht pauschal – gezahlt wird, zu guter Letzt bezahlen wir es und spielt es in den Lohnverhandlungen eine Rolle.

Dennoch bin ich mit von der Partie bei der Umstellung, aber sie muss mit Augenmaß erfolgen. Wie Sie, Frau Vorsitzende, heute zu Recht betont haben, ist Wandel eine Mischung aus Erhalten und Verändern. Nicht alles ist schon deshalb gut, weil es neu ist. Manches Alte muss erhalten werden, auch in einer schnellebigen Zeit. Angst ist kein guter Ratgeber.

Richtig, die CDU ist eine originelle Partei. In den Düsseldorfer Leitsätzen steht ein großer Satz: Wer Macht hat, darf nicht frei sein. Ich hätte das nicht so formuliert, aber gemeint ist eine Wirtschaft, die gebändigt ist. Das wird unser Meisterstück sein – unsere Generation schafft es

vielleicht nicht mehr –: Wie schaffen wir unter globalen Bedingungen eine weltweite Wirtschaft, die nicht auf Ausbeutung basiert? Es wird kein Weltstaat sein, aber die globale Wirtschaft braucht Spielregeln, wenn sie nicht vor die Hunde gehen soll. Davon bin ich überzeugt. Ihr könnt noch so viel beschließen, die Leute werden sich das nicht gefallen lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Die CDU ist eine Volkspartei.

(Zuruf)

– Ja, die Redezeit! Meine Zeit ist noch lange nicht abgelaufen. Sie ist selbst dann nicht abgelaufen, wenn ich aufhöre zu reden; denn ich bleibe dabei: Die CDU wird eine soziale, christliche Volkspartei bleiben.

(Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Norbert Blüm. – Ich rufe jetzt den Generalsekretär des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Hans-Joachim Reck, auf.

**Hans-Joachim Reck**: Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Angela Merkel! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich einen ganz persönlichen Dank an Sie, Angela Merkel, richten, einen Dank dafür, dass Sie auch in schwieriger Zeit, auch wenn der Wind einmal von vorne kam, Führung gezeigt haben, indem wir einen klaren Reformkurs eingeschlagen und unsere programmatische Erneuerung mit dem Bundesparteitag in Leipzig auf ein solides Fundament gestützt haben. Ihr Kernverdienst ist es – das sage ich auch als Antwort auf Norbert Blüm –, dass wir es geschafft haben, uns in der Opposition programmatisch so zu erneuern, dass wir auch im globalen Wettbewerb und vor dem demographischen Hintergrund neue Antworten auf Basis des Wertefundaments der Sozialen Marktwirtschaft geben. Wir wollen nicht Antworten geben – das ist ein Vorwurf, den sich all die Vorhalten lassen müssen, die sagen, wir könnten so weitermachen wie bisher –, wie es die Sozialdemokraten momentan hinsichtlich der Probleme dieses Landes tun, nämlich eine immer neue und bodenlose Neuverschuldung des Bundes und der Länder, liebe Freundinnen und Freunde. Darüber muss es in der Kernauseinandersetzung gehen. Ich bin daher Angela Merkel und Laurenz Meyer extrem dankbar, dass sie durch das Projekt „Wachstum“, das uns morgen in Form des Leitantes beschäftigen wird, ein Fundament gelegt haben, um Deutschlands Chancen zu nutzen. Als Nordrhein-Westfale füge ich hinzu: Es geht nicht nur darum, Deutschlands Chancen zu nutzen. Es geht auch darum, die Chancen von Nordrhein-Westfalen zu nutzen; denn Nordrhein-Westfalen ist mit 18 Millionen Einwohnern ein Schlüsselland. Wenn es uns schlecht geht, geht es Deutschland schlecht. Deshalb kämpfen wir dafür, liebe Freundinnen und Freunde, dass am 22. Mai nächsten Jahres Rot-Grün in eine langjährige Opposition geschickt wird. Dann wird es Deutschland wieder gut gehen. Das ist es, worauf es aus meiner Sicht entscheidend ankommt.

(Vereinzelt Beifall)

Eines möchte ich auf dem Weg dorthin thematisieren. Es ist schon auffällig, wie sich der Bundeskanzler dieses Landes, aber auch der sozialdemokratische Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen aus der Politik verabschieden. Es fällt auf, dass nichts mehr gemacht wird. Marketingmäzchen und schöne Fotos ersetzen nicht die Notwendigkeit, die Zukunft verantwortungsvoll zu gestalten. Schröder und Steinbrück moderieren nur noch das Leben. Das reicht nicht für unser Land, liebe Freundinnen und Freunde.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen kommt ein Weiteres hinzu, was verfassungsrechtlich nicht hinnehmbar ist: Unakzeptabel ist, wenn in der Staatskanzlei in Düsseldorf, in dieser Stadt, politische Strategien mit den Interessen der Partei verzahnt werden, also Parteipolitik betrieben wird. Das ist genau das, was uns hier so belastet; wir sind seit 1966 in der Opposition. Diese Art der Verknüpfung von staatlicher Tätigkeit und Tätigkeit als Partei ist absolut unakzeptabel. Deshalb kämpfen wir massiv für eine Ablösung der rot-grünen Regierung.

Wir werden es auch nicht zulassen, dass der amtierende Ministerpräsident dieses Landes in seiner Hilflosigkeit, weil er nur noch das Leben moderiert, aber nicht die Probleme angeht, in völlig unwürdiger Art permanent persönliche Angriffe gegen Jürgen Rüttgers fährt. Wir werden den Menschen in den nächsten Wochen und Monaten in Form einer Bilanz sagen: Wo Steinbrück draufsteht, ist SPD drin. Wir werden Bilanzen ziehen über all die Kennzahlen, die trotz des Fleißes und der guten Infrastruktur in diesem Land dieses Land leider nach unten ziehen: von der Arbeitslosigkeit über die Verschuldung, über die Ergebnisse der PISA-Studie im Bildungsbereich und anderes mehr.

Für unseren Erfolg in Nordrhein-Westfalen ist programmatisch und personell ein Schulter-schluss notwendig. Programmatisch werden nach dem Parteitag in Leipzig heute die Abschlussarbeiten geleistet. Jürgen Rüttgers hat die nordrhein-westfälische Partei geeint und landespolitisch so die Weichen gestellt, dass wir die Verantwortung übernehmen können. Und wir wollen im Interesse der Zukunft des Landes Verantwortung übernehmen!

Das, was wir jetzt programmatisch geleistet haben, müssen wir auch personell sicherstellen. Angela Merkel, Jürgen Rüttgers, Laurenz Meyer und alle, die auf unserem Weg mitgehen, stellen mit unserem Wahlerfolg im Mai 2005 eines sicher: dass wir dann in Nordrhein-Westfalen das Fundament für den im Jahre 2006 fälligen Regierungswechsel in Berlin gelegt haben.

Liebe Freundinnen und Freunde, lassen Sie uns gemeinsam die Ärmel hochkrepeln und dafür kämpfen, Deutschlands und Nordrhein-Westfalens Chancen zu nutzen. Nordrhein-Westfalen kommt wieder. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hans-Joachim Reck. – Ich rufe jetzt die Präsidentin des Landtages in Thüringen, Frau Professor Dagmar Schipanski, auf.

(Vereinzelt Beifall)

**Prof. Dr. Dagmar Schipanski**: Liebe Angela Merkel! Liebe Delegierte! Liebe Freunde! Ich werde in meinem Beitrag nur eine Facette aus der umfangreichen Rede erwähnen, die die Vorsitzende gehalten hat. Ich glaube aber, es ist eine so wichtige Facette, dass wir auf diesem Parteitag auch einmal darüber nachdenken sollten.

Angela Merkel hat darauf hingewiesen, dass Bundeskanzler Schröder das Jahr 2004 zum Jahr der Innovationen ausgerufen hatte. Mit diesem Jahr der Innovationen haben sich große Hoffnungen verbunden, Hoffnungen in der Wissenschaftlergemeinschaft, Hoffnungen bei Studenten und jungen Leuten darauf, dass wir in diesem Jahr etwas Neues für den Hightechstandort Deutschland erreichen. Geblieben sind nur Enttäuschungen; denn wir haben ein Jahr ungenutzt für unseren Hightechstandort vergehen lassen. Es gab kein klares Regierungsprogramm, das Forschung und Innovationen zur eindeutigen Priorität erhebt. Wir haben das Fehlen gespürt und wir haben eine Durststrecke von schlechten Nachrichten erlebt. Roland Koch hat einiges dazu ausgeführt; ich füge hinzu: Die Durststrecke begann mit der Mautpleite und fand ihr vorläufiges Ende beim Jahresgutachten der Sachverständigen zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in dem auch unserem Bildungssystem wieder ein schlechtes Zeugnis ausgestellt wurde.

Deutschland hat Lehrgeld gezahlt, weil die Bundesregierung der unverändert hohen Abwanderung von arbeitsintensiven Jobs ins Ausland und der Abwanderung unserer Nachwuchswissenschaftler keine zugkräftige Strategie entgegensetzen konnte. Roland Koch hat vorhin sehr plastisch geschildert, wie es bei uns zugeht, wenn jemand eine Unternehmensgründung vornehmen will. Auch deshalb verlagern immer mehr deutsche Unternehmen ihre Produktionsstätten ins Ausland. 2,2 Millionen Arbeitsplätze haben wir seit Mitte der 90er Jahre verloren. Ein Ende dieser Entwicklung ist leider nicht in Sicht, wenn die rot-grüne Regierung weiter herrscht.

Die Folge davon ist – das möchte ich Ihnen hier sagen –: Es gibt in Deutschland so wenig Industriearbeitsplätze wie noch nie zuvor. Gerade einmal 10,2 Millionen sind es noch. Wir müssen uns vor Augen führen: Zwei Beschäftigten in der Industrie steht ein Arbeitsloser gegenüber. Ich weiß, dass viele diese Zahlen und Beispiele nicht mehr hören wollen und können. Das gilt sogar, wie es Rot-Grün neulich bezeichnet hat, als unpatriotischer Akt der Schwarzmalerei. Aber das hilft nichts, denn die Fakten sind da. Das spiegelt nur den Realitätsverlust wider, der sich an vielen Stellen in unserem Land breit gemacht hat. Diese Fakten müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Deshalb müssen wir uns überlegen: Wie können wir unseren Standort wieder attraktiver machen? Das haben Sie schon oft gehört. Ich sage einfach: Am attraktivsten sind gegenwärtig jene Volkswirtschaften, die eine Kombination aus Hightech, Wissenschaft und niedrigen Kosten garantieren können. Das hat Norbert Blüm vorhin sehr anschaulich dargestellt. Aber darin besteht für uns wirklich eine Gefahr. Wir brauchen nicht nur niedrige Kosten, sondern auch technische Leistungen, die im Weltmaßstab absolut wettbewerbsfähig sind, die Forschung und Entwicklung in unserem Land innovativ aufnehmen. Das bedeutet für unsere Position im weltweiten Wettbewerb: Die Kostenfrage am Standort Deutschland ist für uns eine der wichtigsten. Die CDU hat Konzepte unterbreitet, die auf günstigere Kosten und mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt abzielen. Aber dynamisches, nachhaltiges Wachstum in nennenswertem Umfang werden wir nur erzielen, wenn wir auf Innovationen setzen, wenn wir deren Spielräume hier in Deutschland vergrößern. Das heißt, wir brauchen insbesondere eine Strategie zur gezielten Weiterentwicklung unseres Wissenschaftssystems, weil das die Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist.

Lassen Sie mich ein Beispiel aus den neuen Ländern nennen. Wir wissen sehr wohl: Krisensichere Arbeitsplätze haben wir in den letzten 15 Jahren nur in den Branchen schaffen können, die sich aus der Wissenschaft heraus entwickelt haben. Vor allem Betriebe, die sich aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen heraus gegründet und etabliert haben, also Existenzgründungen auf dem Gebiet der Mikrotechnik, der Biotechnologie, der Photonik und der Lasertechnik, haben krisensichere Arbeitsplätze geschaffen. Nur die Betriebe, die langfristig auf eine enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaft setzten, haben sich in den neuen Ländern hervorragend entwickelt. Erwähnt sei hier das Beispiel der Boomtown Jena. Junge Firmen wetteifern hier neben alteingesessenen wie Carl Zeiss Jena um die Überführung von Forschungsergebnissen in weltweit gefragte Produkte. Ein Laserskalpell zum Trennen und Analysieren von Genen, hoch auflösende Mikroskope, Chips für die medizinische Analysentechnik und vieles mehr wären hier zu nennen. Das sind die Arbeitsplätze, die wir in Thüringen schaffen und erhalten konnten.

Was also haben wir für Deutschland zu tun? Wir brauchen die Stärkung der Grundlagenforschung durch finanzielle Garantien; denn hier bilden sich die Arbeitsplätze für morgen. Wenn Sie sich Patentschriften ansehen, dann sehen Sie, dass drei Viertel der Ergebnisse, auf denen ein Patent beruht und das später in der Wirtschaft genutzt wurde, aus öffentlich geförderter Forschung stammt. Die Rolle der Forschung als Schrittmacher für die Wirtschaft spiegelt sich derzeit in der Zuweisung staatlicher Mittel überhaupt nicht wider. Bitte bedenken Sie: Allein die Stanford University verfügt über einen so großen Etat wie unsere gesamte hoch angesehene Max-Planck-Gesellschaft, die hier in Deutschland eine hervorragende Grundlagenforschung betreibt.

Deshalb fordert die CDU ein Forschungs- und Innovationsprogramm mit einem Volumen von 5 Milliarden Euro für den Zeitraum 2005 bis 2010, das sowohl der angewandten als auch der Grundlagenforschung zugute kommen muss. Wir fordern die stärkere Verknüpfung von Instituten und Hochschulen mit der Wirtschaft. Das darf nicht nur über eine gemeinsame Berufung von Professoren erfolgen. Vielmehr muss das gesamte Potenzial miteinander verknüpft werden. Das heißt, junge Wissenschaftler, die im Forschungssystem arbeiten, sollten sich nicht nur in der Forschung betätigen. Sie müssen auch in der Lehre gefordert werden; denn damit erreichen wir eine höhere Zahl an ausgebildeten Nachwuchswissenschaftlern für die viel begehrten Professorenstellen. Dabei geht es nicht um die Einführung der Juniorprofessur. Wir können vielmehr neue, eigene Wege gehen. Wir brauchen eine Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen, um die Leistung der im Wissenschaftssystem Beschäftigten stärker belohnen zu können. Wir brauchen wie überall eine Flexibilisierung.

Lassen Sie mich auf einen Punkt eingehen, der für die Wissenschaft wichtig ist: Hier sind die Frauen gefragt mit ihrer Kreativität, mit ihrer spezifischen Herangehensweise an wissenschaftliche Probleme. Wir brauchen in dem Bereich Flexibilität, damit die Frauen dort eine Arbeit aufnehmen können. Sie müssen ihre Kindererziehungszeiten anerkannt bekommen, wenn sie sich um eine Professur bewerben.

Was brauchen wir noch in Deutschland? Wir brauchen neue Kreativität bei der Nutzung der Forschungstechnologie in Hochproduktlinien. Hier müssen kleine und mittelständische Unternehmen steuerlich begünstigt werden. Das alte Thema Risikokapital möchte ich hier nicht wieder aufgreifen; es ist hinreichend bekannt.

Das heißt, die besondere Förderung der Nutzung erbrachter Forschungsergebnisse zur Belebung unserer Wirtschaft muss bei uns eine Strategie sein. Aber wie sieht zum Beispiel der Energiemix der Zukunft aus? Hier gibt es Lösungsvorschläge. Wir haben vorhin gehört, welche es unter der rot-grünen Regierung gegeben hat. Wir machen immense Schulden, um die sichersten Atomkraftwerke der Welt abzuschalten, und wir steigen aus der Strahlenforschung aus. Das ist eine Unterlassungssünde der jungen Generation gegenüber. Hier müssen wir ansetzen. Über die Windenergie hat Jürgen Rüttgers schon alles gesagt.

Wir haben Forschungsergebnisse in Bezug auf die Lösung unserer Transportprobleme. Sie dienen einer ausgewogenen Abstimmung von Schiene und Straße. Ökologische und ökonomische Perspektiven werden berücksichtigt. Niemand nutzt diese Forschungsergebnisse. Deshalb müssen wir in Deutschland die Überführung der Forschungsergebnisse entsprechend fördern.

Sicher, wir fördern die Nanotechnologie. Warum sage ich das an dieser Stelle so deutlich? Ich war jetzt in den USA. Dort werden die ersten Produkte in Nanotechnologie hergestellt – nicht in Deutschland. Aber der junge Wissenschaftler, der das Mikroskop herstellt, um diese Produkte in den USA fertigen zu können, kommt aus der Bundesrepublik Deutschland. Er ist bei uns bes-

tens ausgebildet worden; er hat das Know-how, um dort entsprechend tätig zu werden. Das heißt, wir brauchen bei uns eine nachhaltige Förderung von Forschung und Arbeitsplätzen.

Warum spreche ich auf einem Parteitag so viel von Nanotechnologie? Es ist eine perspektivische Technologie, die eine völlige Umkehrung unserer bisherigen Produktlinien darstellt; denn bei dieser Technologie geht man von kleinen Strukturen zu großen über. Bisher waren alle Produktlinien darauf abgestellt, von großen zu kleinen Strukturen überzugehen. Wo gehobelt wird, da fallen Späne. Überall gibt es Abfall, aber bei der Nanotechnologie gibt es keinen Abfall mehr. Wir schauen auf die Natur und richten uns bei der Herstellung unserer Produkte nach ihr. Das bedeutet, dass es die nachhaltigste Technologie ist. Das hat Herr Trittin noch gar nicht bemerkt. Ich glaube, er begreift gar nicht, was Technologie in Nanostruktur überhaupt bedeutet.

Meine lieben Delegierten, wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Ausrichtung unserer Forschungsstrategien und die Akzeptanz von Forschung und Technik. Wir dürfen nicht immer nur die Risiken überbetonen, sondern wir müssen uns auch über die Chancen verständigen; denn Forschung kann auch Antworten auf zentrale Fragen unserer Gesellschaft geben, zum Beispiel zum Phänomen der Arbeitslosigkeit. Sozialforscher könnten uns Ergebnisse liefern, die uns helfen könnten, dieses Phänomen zu bekämpfen. Wie muss eine nachhaltig wirkende Entwicklungshilfepolitik aussehen, die dazu beitragen kann, die Entwicklungsländer an den globalen Markt heranzuführen und insgesamt neue wirtschaftliche Chancen zu erschließen, und die eben nicht eine solche Entwicklung zulässt, wie Norbert Blüm sie vorhin geschildert hat?

Liebe Freunde, das ist das, was wir als CDU in Deutschland in den nächsten Jahren befördern müssen und befördern wollen. Lassen Sie mich noch einmal Wernher von Braun, den Chef der amerikanischen NASA, zitieren. Er wurde einmal gefragt, warum es den Amerikanern erst nach den Sowjets gelungen sei, den ersten Satelliten in den Weltraum zu schießen. Seine Antwort – sie muss uns sehr nachdenklich stimmen – lautete: Bei der Eroberung des Weltraums sind zwei Probleme zu lösen, nämlich die Schwerkraft und der Papierkrieg. Mit der Schwerkraft wären wir fertig geworden.

Auch deutsche Innovatoren, deutsche Forscher kennen diesen Papierkrieg aus der Nahkampfperspektive. Zu viel Bürokratie bedeutet Sand im Getriebe, bedeutet verlorene Arbeitszeit und bedeutet in der Forschung verlorene Ideen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Wissenschaftler ihre Arbeitszeit nutzen, um neue Ideen zu entwickeln, und nicht, um alte Ideen zu verwalten und weiterzugeben.

Fazit: Deutschland hat alle Chancen, die Trendwende zu schaffen, wenn wir als CDU die Macht übernehmen, wenn wir gewählt werden. Wir werden uns auf Wissenschaft und Forschung besinnen und sie fördern, auch in ihrer Anwendung. Wenn wir an die jüngsten Entscheidungen des Bundestages denken, kann uns da eigentlich nur schlecht werden. Im Haushaltsansatz kommt

die Innovationsoffensive überhaupt nicht mehr vor und das Gentechnikgesetz verhindert eine weitere Entwicklung.

Da wir Deutsche sind, lassen Sie mich mit einem Wort schließen, das Alexander von Humboldt sehr treffend zu unserer Charakterisierung gesagt hat: In Deutschland gehören netto zwei Jahrhunderte dazu, um eine Dummheit abzuschaffen, nämlich ein Jahrhundert, um die Dummheit einzusehen, das andere aber, um sie zu beseitigen. – Diese Zeit, meine sehr verehrten Delegierten, haben wir nicht. Wir müssen schnell handeln und wir müssen sehr schnell dafür sorgen, dass Wissenschaft und Innovationen in Deutschland den ihnen gebührenden Platz bekommen, um unsere Wirtschaft voranzubringen.

(Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dagmar Schipanski. – Ich rufe jetzt den Landes- und Fraktionsvorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, auf.

**Dr. Christoph Böhr**: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Angela Merkel! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Vor wenigen Tagen war eine Meldung zu lesen, die mich persönlich sehr betroffen gemacht hat. Die Meldung brachte zum Ausdruck, dass in Deutschland schon lange nicht mehr so viele arme Menschen gelebt haben wie zurzeit. Die Zahl derjenigen, die am Rande des Existenzminimums leben, hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Es sind vor allem – natürlich, muss man fast hinzufügen – Familien mit Kindern, die unter Armut leiden. Das heißt im Klartext, liebe Freundinnen, liebe Freunde: Ausgerechnet eine von Sozialdemokraten und Grünen geführten Bundesregierung führt unser Land in die Armut. Diejenigen, die dafür die politische Verantwortung tragen, müssten vor Scham im Boden versinken, wenn man sie an dem Anspruch misst, den sie vor Jahren in Bezug auf ihre eigene Politik geltend gemacht haben.

(Vereinzelt Beifall)

In einem der reichsten Länder unserer Erde wachsen die Armut und die Arbeitslosigkeit. Das ist das Wachstum, das wir seit Jahren in Deutschland haben: eine wachsende Armut und eine wachsende Arbeitslosigkeit. Beides hängt miteinander zusammen; beides hat die gleichen Ursachen. Die Ursache, die für die wachsende Armut und die wachsende Arbeitslosigkeit in Deutschland verantwortlich ist, ist allein die Unterbeschäftigung, unter der unser Land leidet. Unsere Krise ist eine Krise durch Unterbeschäftigung.

Deswegen kann doch unsere Botschaft nur sein: Alles, was wir tun, vorschlagen und wollen, muss sich an der einen, entscheidenden Frage messen lassen, ob das ein hilfreicher Schritt zur Überwindung der Unterbeschäftigung ist. Wir wollen, dass nicht immer mehr Menschen arbeitslos werden. Wir wollen, dass immer mehr Menschen in einen neuen Job kommen. Das ist das A und O, das Ziel der Politik schlechthin, wie wir sie vertreten.

(Vereinzelt Beifall)

1 000 Arbeitsplätze verlassen pro Tag unser Land, Millionen von Arbeitsplätzen sind auf Nimmerwiedersehen aus unserem Land abgewandert. Diese Entwicklung, liebe Freundinnen, liebe Freunde, legt die Axt an die Wurzel unseres Wohlstandes. Da liegt der Kern der deutschen Krankheit, unter der wir seit Jahren leiden – im Übrigen mit verheerenden Folgen: Die Staatskassen sind leer, weil immer weniger Steuern bezahlt werden; die Sozialkassen sind blank, weil immer weniger beitragspflichtige Beschäftigungsverhältnisse bestehen; die notwendigen Mittel für Bildung, Ausbildung, Forschung und Technologie fehlen. Wir verwalten immer mehr den Mangel.

Deswegen, liebe Freundinnen, liebe Freunde, ist die an uns gerichtete entscheidende Frage, was wir denn wollen, was wir denn vorschlagen, beispielsweise in der großen Auseinandersetzung, die uns jetzt im Blick auf das Jahr 2006 bevorsteht. Die Frage an uns lautet: Was ist denn euer Ziel, was ist euer Weg aus der Krise? Auf diese Frage, die in den nächsten Wochen und Monaten immer häufiger an uns gestellt werden wird, gibt es nach meiner festen Überzeugung nur eine einzige Antwort.

Wir wollen viel, aber vor allem wollen wir eines: Wir wollen, dass aus Deutschland in Zukunft nicht weiter Arbeitsplätze exportiert werden. Wir wollen, dass in Deutschland wieder neue Arbeitsplätze entstehen. Das ist das A und O unserer Politik.

(Vereinzelt Beifall)

An diesem Ziel, liebe Freundinnen, liebe Freunde, muss sich alles messen lassen. Ich plädiere dafür, unsere Antwort noch etwas schärfer zu fassen und uns nicht zu sehr in unserer Zielsetzung zu bescheiden. Ich glaube, dass wir nicht nur die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen in Deutschland ins Visier nehmen sollten, ich glaube, dass unser Ziel nach einem Regierungswechsel im Jahre 2006 wieder die Vollbeschäftigung sein sollte, so wie Ludwig Erhard es uns vor 60 Jahren vorgemacht hat. Nun weiß ich, dass viele sehr zögerlich reagieren, wenn das so formuliert wird, und viele für sich und vor anderen die Frage stellen: Du meine Güte, ist das denn wirklich möglich? Ich glaube, liebe Freundinnen und Freunde, das, was Ludwig Erhard vor 60 Jahren in diesem Land geschafft hat, ist auch in den nächsten Jahren möglich, nämlich einem Anspruch gerecht zu werden, der eigentlich Kern und Markenzeichen Sozialer Marktwirtschaft ist und heute so viel Gültigkeit wie vor 60 Jahren hat und in der alten Formulierung von Ludwig Erhard lautet: Wir wollen Wohlstand für alle und wir wollen Arbeit für alle. Wenn einer fragt, was die Union nach einem Regierungswechsel im Jahr 2006 will, finde ich, sollte unsere Antwort lauten: Wir wollen Wohlstand für alle und wir wollen Arbeit für alle. So einfach muss unsere Antwort ausfallen, wenn wir den Regierungswechsel schaffen wollen.

Ich glaube in der Tat, dass nichts wichtiger ist. Deswegen sollten wir, liebe Freundinnen, liebe Freunde, auch einen Begriff von Wachstum vertreten, bei dem das Wachstum von

Beschäftigung an oberster Stelle steht. Das geht durch eine kluge und geschickte Ordnungspolitik. Wenn deswegen von Reformen, die unverzichtbare Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel sind, die Rede ist, muss sich jeder andere Reformvorschlag daran messen lassen, ob er einen Beitrag auf dem Weg zu mehr Beschäftigung oder, wie ich es formulieren möchte, auf dem Weg zur Vollbeschäftigung leistet. Dieser Maßstab, lieber Norbert Blüm, ist, wie ich denke, der einzige, entscheidende und wichtigste Maßstab. Wenn vom Kündigungsschutz die Rede ist, antworte ich darauf, dass das, was in unserem Leitantrag steht, dass nämlich in den ersten beiden Jahren nach Neubegründung eines Beschäftigungsverhältnisses nur der gesetzliche Kündigungsschutz greift, der richtige Weg ist. Ich hoffe, liebe Freundinnen, liebe Freunde, dass wir durch diese Neuregelung die Schwelle für das Entstehen von Beschäftigung in Deutschland senken können. Wenn sich diese Hoffnung erfüllt, ist die Forderung, die wir erheben, und die Entscheidung, die wir zur Umsetzung dieses Beschlusses 2006 treffen werden, kein Beitrag zum Abbau des Kündigungsschutzes, sondern ein Beitrag zu mehr sozialer Sicherheit und Beschäftigung in Deutschland. Das ist der Zusammenhang.

(Vereinzelt Beifall)

Soziale Sicherheit in Deutschland wird nämlich bei allem Bemühen, die Finanzierung unserer Sozialsysteme zum Teil von den Lohnkosten abzukoppeln, immer an der Zahl der Beschäftigungsverhältnisse hängen. Die Reformen, die wir vorschlagen, haben ja nicht zum Ziel, in Deutschland für Arbeitskosten wie zum Beispiel in der Tschechischen Republik oder in Pakistan zu sorgen. Wir müssen aber doch zur Kenntnis nehmen, dass die Schere zwischen den Netto- und Bruttolöhnen immer weiter auseinander geht. Wenn wir nicht endlich einen Schritt tun, um diese Schere wieder ein Stück weit zu schließen, dann werden wir auf Dauer den Sozialstaat in Deutschland nicht retten können. Deshalb lautet unsere Botschaft: Wer will, dass wir den Sozialstaat retten, der muss dafür sorgen, dass in Deutschland mehr Beschäftigung entsteht, und sollte das Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland nicht aus den Augen verlieren. Das ist unsere Botschaft; das ist unser Ziel. An dieser Botschaft sollte sich, wie ich finde, alles messen lassen und mit dieser Botschaft sollten wir in das wichtige Jahr 2006 gehen.

(Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christoph Böhr. – Meine Damen und Herren, wir sind jetzt über eine Stunde in Verzug. Insofern bitte ich um Ihr Verständnis, wenn ich jetzt nach § 18 unserer Geschäftsordnung die Rednerliste schließe.

(Teilweise Beifall)

Es liegen noch weitere vier Wortmeldungen vor. Ich würde vorschlagen, wir begrenzen die Redezeit auf fünf Minuten.

Ich freue mich, als Nächste Dorlies Last, Vorsitzende des RCDS, ankündigen zu können.

(Vereinzelt Beifall)

**Dorlies Last:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Der Schlüssel zu einer Perspektive auf Wohlstand für alle und auf Wachstum in dem Sinne, wie es Christoph Böhr eben dargestellt hat, der Schlüssel zu einem jungen innovativen und dynamischen Deutschland liegt in der Bildung. Bildung als wichtigste und grundlegende Ressource ist das Kapital, auf dem unsere Zukunft beruht. An dem Umgang mit dieser Frage entscheidet sich, ob es in Zukunft Wachstum oder Stillstand gibt.

Vor diesem Hintergrund ist es fatal, dass das Prinzip „Gleiche Bildungschancen für alle“ in Deutschland keinerlei Gültigkeit besitzt. In keinem anderen Land hängt der Grad der Bildung so sehr von der eigenen Herkunft ab wie in Deutschland. Nirgends ist die soziale Selektion so hoch. Im internationalen Vergleich können deutsche Schülerinnen und Schüler nicht Schritt halten. Mit den 2003 veröffentlichten Ergebnissen des PISA-Tests wurde das leider erneut bewiesen. Es ist unverantwortlich, dass die Bildungspolitik nach wie vor eine Spielwiese verschiedener Ideologien darstellt. So verspielt man die Zukunft der jungen Generation. In der Bildungslandschaft ist kein Platz für Experimente. Es wird endlich Zeit, die Realitäten anzuerkennen und die Luftschlösser zu beseitigen.

Realität ist – das hat Frau Merkel in Ihrer Rede heute schon angesprochen –, dass die unionsgeführten Bundesländer im internationalen Vergleich deutlich besser abschneiden. Das Gesamtschulkonzept ist eindeutig gescheitert.

(Vereinzelt Beifall)

Besonders deutlich wird das an den neuen Bundesländern. Nur ein gutes Jahrzehnt nach dem Ende der Polytechnischen Oberschule schneiden Thüringen und Sachsen hervorragend ab, während sich Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern auf den letzten Plätzen wieder finden. Realität, meine Damen und Herren, ist aber auch, dass selbst die besten Länder in Deutschland im internationalen Vergleich nur mittelmäßige Ergebnisse erzielen. Deshalb muss Bildung ganz oben auf der politischen Agenda verankert werden. Wir können es uns nämlich nicht mehr leisten, die Chancen weiterer Schülergenerationen zu verspielen.

Die Frage der Generationengerechtigkeit entscheidet sich auch und gerade an der Frage der Bildungsgerechtigkeit. Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere sehr geehrte Kultus- und Wissenschaftsminister, ergreifen Sie bitte endlich die Chance, die föderaler Wettbewerb bietet! Bauen Sie den Vorsprung für die kommenden Generationen, für unsere Zukunft weiter aus! Entschlossenes Handeln mit klarem Kompass – das waren die Worte von Frau Merkel. Das ist genau das, was wir brauchen. Lassen Sie uns hier in der Bildungspolitik und generell vorangehen. – Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dorlies Last. – Ich rufe jetzt aus dem Landesverband Baden-Württemberg Eugen Abler auf.

**Eugen Abler**: Frau Präsidentin! Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Danke ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht, dichtete einst Heinrich Heine. Mir scheint es, als hätte der Dichter unsere heutige Situation vor Augen gehabt, als hätte er gewusst, dass Rot-Grün die Hauptverantwortung für das derzeitige Desaster, für einen der letzten Tabellenplätze in der europäischen Liga, tragen würde.

Die wesentlichsten Gründe für diese Verliererposition hat unsere Vorsitzende genannt. Allerdings ist für das Fehlen von einer Stunde Nachtschlaf auch die CDU verantwortlich. Die Aufbruchstimmung, die nach dem Parteitag in Leipzig herrschte, ist abhanden gekommen. Unsere politische Weichenstellung für einen Wahlsieg 2006 ist nicht deutlich genug erkennbar. Wir machen Schritte in die richtige Richtung, aber die Bürger nehmen uns nicht als die überzeugende politische Alternative zur Regierung wahr. Wir müssen diese desolote Bundesregierung noch energischer vor uns her treiben. Ich vermisse eine durchgängige, umfassende politische Vision unserer Partei, einen Gesamtentwurf, der das Signal für Erneuerung aussendet, der für einen nachhaltigen Ruck sorgt, wie ihn Roman Herzog vor einigen Jahren einforderte.

Wir müssen die Zweifel der Bürger, wir könnten die massiven gegenwärtigen Probleme nicht besser lösen als die derzeitige rot-grüne Regierung, durch klare Konzepte und entschlossenes Handeln ausräumen. Wir brauchen umfassende, tief greifende Reformen, um die Zukunftsfähigkeit unserer Nation zu erreichen.

Aus Zeitgründen kann ich diesbezüglich einige Punkte nur kurz ansprechen.

Auch wenn es wahrscheinlich nicht mehr gern gehört wird: Ich appelliere eindringlich für eine radikale Steuerreform nach dem Modellentwurf von Paul Kirchhof. Ein Höchststeuersatz von 25 Prozent ist die beste Grundlage für Wachstum, Arbeit und Wohlstand. Wichtig ist auch eine niedrige Besteuerung von Kapitaleinkünften mit 10 Prozent. Das Geld wandert dorthin, wo die besten Konditionen sind. Wer Wohlstand will, muss attraktiv für Kapitalanlagen sein. Das Konzept von Kirchhof ist einfach, bringt ein hohes Maß an Steuergerechtigkeit und hat ein weiteres Riesensplus: Es ist finanzierbar. Gedankenspiele mit einem Spitzensteuersatz von 39 Prozent sind dagegen kontraproduktiv.

In der Gesundheitspolitik melde ich erhebliche Bedenken gegen den Kompromiss an, auf den sich CDU und CSU geeinigt haben. Mich treibt die Sorge um, dass dem Bürger nicht zu erklären ist, wieso die große Mehrheit der Beitragszahler die Kinder von rund 2 Millionen Besserverdienenden mitfinanzieren soll. Aufgrund der vielen ungeklärten Fragen sollten wir diese Lösung noch einmal überdenken.

Meine Damen und Herren, entdecken wir die Familie neu! Sie ist Grundpfeiler und Keimzelle unserer Gesellschaft. Die Einführung eines Familiengeldes würde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Wir müssen die Hoheit bei diesem Thema zurückgewinnen.

Für den Schutz des Lebens, auch den des Ungeborenen einzutreten, ist bleibender Grundauftrag durch das „C“ in unserem Namen. In Zeiten, in denen die Beliebigkeit Hochkonjunktur hat, müssen gerade wir von der CDU in der Wertediskussion unserer hohen Verantwortung gerecht werden. Wer, wenn nicht wir sollte Anwalt des Lebens sein? Wir müssen die Werte neu entdecken.

Letzter Punkt: Nach meiner Überzeugung sollte die Frage, wer Kanzlerkandidatin/Kanzlerkandidat der CDU/CSU für 2006 werden soll, durch eine Mitgliederbefragung geklärt werden. Nach den sehr positiven Erfahrungen bei uns in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz spreche ich mich mit Nachdruck für diese Form aus. Ich bitte Sie, meinen Initiativantrag, der auf diesem Parteitag zur Abstimmung kommt, zu unterstützen.

Es ist unser Auftrag, die Zukunft unseres Landes im Sinne unserer Kinder zu gestalten. „Die Zukunft“, formulierte einmal Adolf Kolping, Sozialreformer im 19. Jahrhundert und mein Vorbild, „gehört Gott und den Mutigen“. – In diesem Sinne gilt mein Appell allen, die Entscheidungen zu treffen haben: Packen wir die notwendigen Reformen entschlossen und mutig an! Wir sind die einzigen Hoffnungsträger vieler Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. – Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Eugen Abler!

Ich rufe jetzt Peter Liese aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen auf.

**Dr. Peter Liese**: Meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich danke Angela Merkel für ihre klaren Aussagen. Ich darf zwei Punkte hervorheben: zum einen das, was sie zu dem Thema „Europäische Union und Türkei“ gesagt hat.

Ich glaube, liebe Freundinnen und Freunde, die wahren Europäer, diejenigen, denen Europa wirklich am Herzen liegt, sind für die privilegierte Partnerschaft, nicht für den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Denn ein Beitritt der Türkei würde die EU kaputtmachen.

(Vereinzelt Beifall)

Man erkennt das in schwierigen Tagen, wenn wir das Verhältnis zur Ukraine betrachten. Wir müssen die westlich orientierten Kräfte und die Demokraten in der Ukraine unterstützen. Wie muss man sich als Demokrat in der Ukraine vorkommen, wenn eine Debatte über den Beitritt der Türkei geführt wird, über ein Land, das sehr viel weiter im Osten liegt, das sich sehr viel mehr über den asiatischen Kontinent als über den europäischen Kontinent erstreckt? Auch sie

werden an unsere Tür klopfen. Wenn wir dann keine Alternative wie die privilegierte Partnerschaft haben, wird es doppelt schwierig, und Europa wird nicht mehr handlungsfähig sein.

Ich bedanke mich für die klaren Aussagen zum Thema „Werte“, und zwar auch bezogen auf die Forschung. Ich finde es richtig, was Angela Merkel zu diesem Thema gesagt hat. Es stimmt: Da gibt es einen Unterschied zur FDP. Ich halte es für richtig, dass die Bundestagsfraktion in der letzten Woche das Anliegen der FDP, die Embryonenforschung in Deutschland zuzulassen, abgelehnt hat und dass die ethisch vertretbare Lösung, die der Bundestag mit den Stimmen der meisten CDU/CSU-Abgeordneten gefunden hat, nicht aufgeweicht worden ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte auf ein Thema hinweisen, das heute noch keine Rolle gespielt hat: auf das Thema Umweltpolitik. Mit diesem Thema können wir, die CDU/CSU, wahrscheinlich keine Wahlen gewinnen, sondern verlieren. Ich möchte nicht noch einmal in eine Situation kommen wie vor der Bundestagswahl 2002, in der ein umweltpolitisches Thema hochkommt und wir nicht gut genug aufgestellt sind. Angesichts der schlechten Umweltpolitik der Bundesregierung finde ich es bedenklich, dass einer Umfrage zufolge mehr als 60 Prozent der Bevölkerung in Deutschland die Politik der rot-grünen Bundesregierung gut finden. Das liegt nicht an der Regierung; sie macht eine schlechte Politik, auch im Umweltbereich. Man braucht sich nur den Bundesumweltminister anzusehen. Es liegt vielmehr an uns, liebe Freundinnen und Freunde. Wir haben gute Konzepte. Als Angela Merkel oder Herr Töpfer Umweltminister waren, ging es voran, und zwar mit Augenmaß. Heute herrscht Ideologie. In vielen Bereichen funktioniert nichts mehr, weil sich Rot-Grün selbst blockiert. Deswegen müssen wir unsere eigenen Konzepte stärker in den Vordergrund stellen.

Es ist richtig, dass wir den Ausstieg aus der Kernenergie kritisieren. Es ist auch richtig, dass wir die übertriebene Förderung der Windkraft und die fehlende Rücksichtnahme auf die Anwohner bemängeln. Aber wir brauchen positive Alternativen. Ich darf ein Beispiel nennen: die Förderung nachwachsender Rohstoffe, der Biomasse. Gerade Konservative sprechen sich dafür aus, dass wir vom Öl unabhängiger werden und den Schatz, den wir zu Hause haben, nutzen. Das hat viele Vorteile gegenüber der Windkraft, zum Beispiel den, dass Biomasse dann zur Stromerzeugung genutzt werden kann, wenn man den Strom braucht, und nicht nur dann, wenn der Wind bläst. Für die CDU, die den ländlichen Raum besonders im Blick haben muss, bietet sich die Chance zur Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.

Ich bitte Sie darum, die Anträge, die zu diesem Thema vorliegen, genau zu studieren, unter anderem den Antrag A 784 des Bezirksverbandes Sauer-/Siegerland, den zu vertreten ich gebeten wurde. Aber es geht nicht darum, dass Sie darüber abstimmen müssen; dann hätte ich mich vor der Abstimmung gemeldet. Es geht vielmehr darum, dass wir unsere positiven Konzepte zur Umweltpolitik stärker als bisher nach außen tragen. Dann können wir es mit Herrn Trittin und seinen Konsorten schon dreimal aufnehmen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Liese!

Als letzten Redner rufe ich Arnold Vaatz aus dem Landesverband Sachsen auf.

**Arnold Vaatz:** Liebe Freunde! Es war mir und, so denke ich, allen Ostdeutschen hier im Saal eine ganz besonders große Freude zu hören, dass unsere Vorsitzende in vielen Passagen über ihr Leben in der damaligen DDR gesprochen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben in diesem Jahr den 15. Jahrestag des Mauerfalls gefeiert. Ich denke, so viel Zeit muss sein, dass wir heute, am 6. Dezember, auf einem Parteitag der CDU Deutschlands erwähnen, dass der point of no return, also der Punkt, an dem die Entwicklung in Ostdeutschland kippte, die Besetzung der Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit war, die gestern, heute und morgen vor 15 Jahren stattgefunden hat.

(Vereinzelt Beifall)

Es sind damals Tausende mutiger Bürger über die Mauern geklettert. Sie haben sich dieser Territorien bemächtigt und die Arbeitsfähigkeit dieser gefährlichsten Waffe der SED innerhalb kürzester Zeit beendet. Ich glaube, der Parteitag der CDU Deutschlands muss ein Zeichen geben, dass das auch ein Teil der Tradition der CDU ist, und zwar aus dem Grunde, weil viele von denen, die damals beteiligt waren – auch ich –, zur CDU gefunden haben und dort heute ihre politische Heimat sehen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, jetzt, 15 Jahre später, müssen wir feststellen: Obwohl wir nicht zuletzt durch die Politik unserer Partei enorme Leistungen in Ostdeutschland erbracht haben, wählen leider viele Bürger erschreckenderweise und in zunehmendem Maße radikal. Zusammengekommen wählen 30 Prozent PDS und NPD. Meine Damen und Herren, es ist wichtig, sich die Frage zu stellen, wie das kommt und was man tun kann, um diesen verhängnisvollen Prozess zu stoppen.

Es ist sicher so, dass sich viele, denen das politische Klima in der Bundesrepublik Deutschland nicht genügend Raum lässt, sich mit ihrem Land zu identifizieren, von rechten Rattenfängern angezogen fühlen. Das müssen wir beenden. Norbert Blüm hat vorhin in den Raum gerufen: „Der Sozialismus ist tot!“ Ich muss ihm leider widersprechen. Der Sozialismus ist keinesfalls tot. Er lebt in den Köpfen vieler Vertreter der alten Eliten in Ostdeutschland fort. Meine Damen und Herren, diese Leute, die mit ihrem Lebenswerk gescheitert sind, weil sie einem falschen politischen Modell und einem falschen Menschenbild angehangen haben, bemühen sich, die Augen

vor den Leistungen der demokratischen Gesellschaft zu verschließen und darauf hinzuwirken, dass auch andere diese Leistungen nicht wahrnehmen. Sie bemühen sich, die Leute aufzuheitzen, um den Staat durch Überforderung zu zerstören.

Meine Damen und Herren, wir müssen diesem Geist eine offensive, aufklärerische Politik und analytische Politik entgegensetzen. Denn wenn wir das nicht tun, dann wird es uns nicht gelingen, die Identifikation mit der Sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie in Ostdeutschland so zu festigen, dass wir tatsächlich von einem zusammengewachsenen Deutschland sprechen können. Sie wissen: Es ist nicht möglich, Wahlen ohne die Stimmen der Ostdeutschen zu gewinnen. Wir müssen also alle Mühen darauf verwenden, dass diese Fehlurteile, die in Ostdeutschland in der Zeit des Sozialismus gewachsen sind, durch überzeugende Argumente, durch Unerschrockenheit und durch eine klare Offensive unserer Partei bekämpft werden. Dazu rufe ich euch alle auf und hoffe, dass unser Parteitag dazu beiträgt.

(Beifall)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Arnold Vaatz. – Ich danke insgesamt für die Beiträge und die konstruktive Aussprache und beende hiermit die Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden.

Jetzt darf ich den Vorsitz des Tagungspräsidiums in den Norden unseres Landes an Peter Harry Carstensen geben.

**Peter Harry Carstensen**, Tagungspräsidium: Frau von der Leyen, herzlichen Dank. – Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS DER CDU DEUTSCHLANDS,  
VORLAGE DES RECHENSCHAFTSBERICHTS 2002 GEM. § 23 ABS. 2 DES PARTEIENGESETZES

Ich gebe das Wort an unseren Bundesschatzmeister, Dr. Wolfgang Peiner. – Bitte sehr, Herr Peiner.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Wolfgang Peiner**: Herr Tagungspräsident! Frau Merkel! Meine Damen und Herren! Nach vierstündigen Diskussionen über die politische Zukunft unseres Landes muss ich Sie jetzt – fast bedauere ich es – durch die Niederungen der Finanzlage unserer Partei führen. Das Parteiengesetz und unsere eigene Satzung verlangen das. Wir haben heute nach den Vorschriften des Parteiengesetzes formal über den Rechenschaftsbericht des Jahres 2002 zu befinden. Darüber hinaus möchte ich Ihnen auch einen Überblick über die Lage und die finanzielle Entwicklung im Jahre 2003 und bis zum Jahre 2004, bis zum heutigen Parteitag, geben.

Der Ihnen vorliegende Rechenschaftsbericht 2002 ist letztes Jahr fristgerecht und mit einem uneingeschränkten Testat des Wirtschaftsprüfers versehen beim Bundestagspräsidenten einge-

reicht worden. Leider mussten wir im Ihnen vorliegenden Rechenschaftsbericht im Nachhinein Änderungen vornehmen, die auf eine Reihe von Unrichtigkeiten der Gliederungen der Partei im Jahr 2002 zurückzuführen sind und über die ich Sie heute der Vollständigkeit halber zu unterrichten habe. Die gemeldeten Unrichtigkeiten machen insgesamt über 680 000 Euro aus und wirken sich in einer negativen Vermögensänderung von etwa 170 000 Euro im Rechenschaftsbericht 2002 aus. Diese Änderungen wurden vom Haushaltsausschuss und vom Bundesvorstand bereits beschlossen und vom Wirtschaftsprüfer genehmigt.

Meine Damen und Herren, das ist leider nicht nur Formalismus. Das neue Parteiengesetz schreibt vor, dass Fehler, wenn sie insgesamt 50 000 Euro im Jahr überschreiten, im bereits testierten und beim Bundestagspräsidenten eingereichten Rechenschaftsbericht zu korrigieren sind. Das heißt, wir können ihn nicht im nächsten Jahr als Änderung nachreichen. Aus der Sicht eines gelernten Wirtschaftsprüfers kann ich dieses Verfahren nur als sehr unüblich bezeichnen. Es produziert nur Aufwand und dient nicht dem eigentlichen Ziel von mehr Transparenz.

Deswegen haben alle Parteien über die Vorschriften des Parteiengesetzes diskutiert, sie in diesem Punkte für nicht praktikabel befunden und für eine Rückkehr zur alten Vorschrift plädiert, die vorsah, dass Fehler aus den Vorjahren im nächsten Rechenschaftsbericht zu korrigieren sind. Das würde die Transparenz erhöhen. Das ist bisher noch am Widerstand der Grünen gescheitert. Aber ich denke, dass die Vernunft eines Tages deutlich machen wird, dass das auch im Interesse der Transparenz und der Aktualität der bessere Weg ist. Unabhängig davon zeigt uns dieser Fall, dass Fehler, die nicht vorsätzlich, sondern im Laufe der Arbeit geschehen, die Partei Zeit und Geld kosten. Deswegen sollte es uns eine erneute Mahnung sein, die Vorschriften des Parteienrechtes, insbesondere bei der Erstellung der Vermögensrechnung der Partei, genau zu beachten.

Meine Damen und Herren, kurz zum Jahre 2003: Sie wissen, dass der Parteitag, also Sie, der Bundespartei in Essen im Jahre 2000 auferlegt hat, ihr jährliches strukturelles Defizit im Prinzip durch Einsparungen auszugleichen. Ich darf daran erinnern, dass das strukturelle Defizit, das jährlich wiederkehrende Defizit der Bundespartei, 16,5 Millionen DM bzw. 8,4 Millionen Euro betrug. Es ist eine große Anstrengung der Partei gewesen, dies in ein strukturelles Gleichgewicht zu führen.

Um über den Wahlzyklus hinaus ein finanzwirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen, sind im regulären Etat der Bundesgeschäftsstelle jährliche Überschüsse von einem Viertel eines Bundestagswahlkampfes – das sind 5 Millionen Euro – und von einem Fünftel eines Europawahlkampfes – das sind 2 Millionen Euro – erforderlich. Insofern war das Jahr 2003 ein typisches Normaljahr ohne Bundestagswahl und ohne Europawahl. Dieses Jahr ist finanziell planmäßig verlaufen. Der in der mittelfristigen Finanzplanung erforderliche Überschuss zur Finanzierung der Wahlkämpfe konnte durch eine solide Haushaltsführung sogar leicht übertroffen werden,

sodass im Jahr 2003 die Überschuldung planmäßig auf rund 5 Millionen Euro reduziert werden konnte. Ergebnis war, dass die Bundespartei die Vorgaben für die Sanierung der Finanzen der Bundespartei im Jahre 2003 eingehalten hat.

Meine Damen und Herren, auch der Rechenschaftsbericht 2003, der uns in der Zwischenzeit vorliegt, wird seitens der Wirtschaftsprüfer mit einem uneingeschränkten Testat versehen. Auch er ist in diesem Jahr wieder fristgerecht beim Bundestagspräsidenten eingereicht worden. Auch für das Jahr 2004 zeichnet sich im ordentlichen Etat der Bundesgeschäftsstelle eine stabile Entwicklung ab. Wir werden im laufenden Haushalt aller Voraussicht nach den notwendigen Überschuss erwirtschaften, der zur Finanzierung der Wahlkämpfe erforderlich ist, sodass wir unserem selbst gesteckten Ziel erneut einen großen Schritt näher gekommen sind.

Meine Damen und Herren, mit dem geplanten Ablaufen der Sonderumlage der Kreisverbände wäre die Überschuldung der Bundespartei, wie auf dem Essener Parteitag beschlossen, im Jahre 2005 planmäßig abgebaut. Allerdings muss man sagen: wäre.

Denn nun, meine Damen und Herren, komme ich zu dem unerfreulichen Teil unserer finanziellen Entwicklung.

Sie alle wissen, dass die Bemühungen der CDU, auf juristischem Wege die Sanktionszahlung des Bundestagspräsidenten für die Vorgänge bei der CDU Hessen zu verhindern, nicht zum Erfolg geführt haben. Wir halten zwar unsere Rechtsposition unverändert für richtig, aber wir haben zu akzeptieren, dass das Bundesverfassungsgericht unserer Verfassungsbeschwerde nicht stattgegeben hat. Das bedeutet für uns, dass wir nun durch diese Rückzahlungen, durch Zinsen und durch Verfahrenskosten eine finanzielle Belastung von rund 24 Millionen Euro zu leisten haben.

Meine Damen und Herren, um es ganz offen zu sagen: Diese Strafe des Bundestagspräsidenten ist ein schwerer finanzieller Rückschlag für uns alle. Unsere Kampagnefähigkeit zur Bundestagswahl 2006 ist durch diese Strafe beeinträchtigt, so dass sich der ohnehin vorhandene strukturelle Nachteil gegenüber unserem Hauptkonkurrenten SPD damit noch weiter verstärkt. Wie ernst die Situation ist, können Sie daran erkennen, dass wir bereits in diesem Jahr gezwungen waren, im laufenden Europawahlkampf 2 Millionen Euro einzusparen, um die Aufnahme kurzfristiger Kredite zu vermeiden.

Jetzt geht es darum, das Problem zu lösen. Der Landesverband Hessen hat sich verpflichtet, 10,5 Millionen Euro des zurückzuzahlenden Betrages sofort zu finanzieren. Dieses Geld ist bereits an die Bundestagsverwaltung überwiesen. Nunmehr wird der Landesverband Hessen nochmals ein Zeichen setzen und durch eine Sonderumlage bei seinen Kreisverbänden in etwa eine weitere Million Euro aufbringen. Ich denke, mehr ist nicht möglich, ohne die politische Handlungsfähigkeit der Landespartei in Hessen zu gefährden.

Auch die Bundespartei wird sich nochmals zusätzlich mit 2 Millionen Euro an der Finanzierung beteiligen. Bei einer weiteren Inanspruchnahme der Bundespartei müssten wir einen Teil des Bundestagswahlkampfes 2006 allerdings mit Krediten finanzieren. Genau dies würde aber bedeuten, die den Banken zugesagten Sanierungsziele aufzugeben und damit die künftige Kreditwürdigkeit der Union gegenüber den Banken zu gefährden. Davon können wir alle nur dringend abraten, denn eine Rückkehr zu den Fehlern der Vergangenheit darf nicht in Frage kommen.

Der Bundesvorstand schlägt deshalb morgen vor, die fehlenden Mittel von etwa 10,5 Millionen Euro durch eine Verlängerung der in Essen beschlossenen Sonderumlage der Kreisverbände für drei Jahre aufzubringen. Wir haben vorher in intensiven Beratungen in der Bundesfinanzkommission, im Haushaltsausschuss und im Präsidium alle denkbaren Wege zur Lösung dieses Problems diskutiert. Wir haben keine andere Alternative gesehen und kommen deswegen zu dem Schluss, Ihnen dies vorzuschlagen.

Meine Damen und Herren, als Schatzmeister der Bundespartei fühle ich mich schon verpflichtet, Ihnen ein ehrliches Bild der Finanzlage der Partei vorzulegen. Ich mache keinen Hehl daraus, dass diese Strafzahlung uns ein großes Stück zurückgeworfen hat. Wenn wir mit voller Schlagkraft in die Bundestagswahl 2006 gehen wollen, bleibt uns kein anderer Weg, als erneut alle gemeinsam die Ärmel hochzukrempeln und dem Antrag zu entsprechen, so schmerzlich dies auch für uns alle ist.

Natürlich muss die Bundespartei – und sie tut es auch – weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um die Sanierungsziele zu erreichen und sparsam zu wirtschaften. Ich denke, alle, der Generalsekretär, die Bundesgeschäftsstelle, die Finanzbeauftragten, alle fühlen sich diesem Kurs auch verpflichtet.

Der Bundesvorstand wird demnächst den Etat 2005 verabschieden. Er ist noch einmal von weiteren zusätzlichen Sparanstrengungen geprägt. Auch in der letzten Sitzung unseres Haushaltsausschusses haben dessen Mitglieder alle gemeinsam, allen voran Herr Carstens, der ein erfahrener Haushälter ist, noch einmal deutlich gemacht, dass wir alles tun müssen, um selbst die bisherige mittelfristige Finanzplanung noch einmal zu unterbieten. Eines können wir klar sagen: Wenn die Bundespartei in ihrem Etat noch irgendwo sparen kann, wird sie es tun.

Meine Damen und Herren, ein Wort zur Entwicklung im Spendenbereich: 2002, das Jahr der Bundestagswahl, war ein gutes Jahr, auch für unsere Spenden. Nach starker Zurückhaltung der Spender im Jahre 2003 ist es in diesem Jahr wieder bergauf gegangen. Positiv zu würdigen ist dabei vor allem der Zuwachs von vielen Kleinspendern. Das hat uns sehr gefreut. Was wir auch merken, ist die Unterstützung von Inhabern von Familienunternehmen und auch von Gesellschaftern von Familienunternehmen. Das sind die Kreise, die Kleinspender, aber auch die selbständigen Unternehmer, die unsere Arbeit aktiv unterstützen. Da ich weiß, dass viele von ihnen heute auch anwesend sind, möchte ich denen auch an dieser Stelle ausdrücklich danken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir danken auch den Spendern aus dem Kreis der großen deutschen börsennotierten Gesellschaften. Sie leisten einen wertvollen Beitrag zur Arbeit der demokratischen Parteien. Aber bereits seit Jahren beobachten wir bei den börsennotierten Gesellschaften eine wachsende Zurückhaltung bei der Spendenbereitschaft. Das betrifft alle Parteien. Viele dieser Gesellschaften berufen sich auf Vorstandsbeschlüsse, grundsätzlich keine Parteispenden zu leisten. Spenden sind aber eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Parteien ihre Aufgaben in unserem Staatswesen wahrnehmen können. Ich meine, das ist ein Beitrag zur Stabilität in unserem Lande. Spenden an Parteien, auch von Unternehmen, sind deswegen vom Gesetzgeber ausdrücklich gewollt und zugelassen. Deshalb bitte ich gerade die großen börsennotierten Unternehmen – und dies auch stellvertretend für alle anderen demokratischen Parteien –, ihre Positionen zu überdenken und einen Beitrag zur Entwicklung der Parteien in Deutschland zu leisten.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, besonders auffällig war für mich die extrem schwache Resonanz auf eine Spendenbitte an die Vorstandsmitglieder der großen Unternehmen in Deutschland. Ich weiß von den Schatzmeistern der anderen Parteien, dass sie ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Mein Appell geht sehr deutlich an die wirtschaftlichen Eliten in unserem Lande, sich auch hier, und zwar persönlich, im Rahmen der steuerlichen Vorschriften und nicht nur durch ihr Unternehmen stärker für unser Staatswesen zu engagieren.

(Beifall)

Ich erlaube mir aber auch den Hinweis, dass wir selbst etwas zur Förderung der Spendenbereitschaft tun können, nämlich indem wir in großer Geschlossenheit als die bessere Alternative zur Regierung auftreten. Ich bin ganz zuversichtlich, dass von diesem Parteitag dazu ein wichtiges Signal ausgeht.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend kann ich feststellen: Trotz aller Schwierigkeiten hat die CDU Deutschlands in den vergangenen Jahren seriös und solide gewirtschaftet. Sie hat ein transparentes, geordnetes und gut funktionierendes Finanzwesen geschaffen. Die Aktion in Hessen ist ein Rückschlag, ein schwerer Rückschlag, den wir aber gemeinsam überwinden können. Denn alle müssen sich darüber einig sein: Wir müssen unseren Kurs beibehalten. Die CDU muss an ihrem Ziel festhalten, den Bundestagswahlkampf 2006 aus eigener Kraft zu finanzieren. Die Union muss damit ihre politische Kampagnefähigkeit in vollem Umfang wiederherstellen.

Ich bin davon überzeugt, dass dieser Parteitag in der Lage ist, die dafür notwendigen Entscheidungen gemeinsam zu treffen; denn nur eine solide CDU wird auch beweisen, dass sie in Deutschland eine solide Politik machen wird. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Peter Harry Carstensen**, Tagungspräsidium: Ich danke dem Bundesschatzmeister, Ihnen, lieber Herr Dr. Wolfgang Peiner, für Ihren Bericht und die Vorlage des Rechenschaftsberichts für das Jahr 2002.

Nun rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 10 auf:

#### BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Ich bitte um den Bericht und gebe Ferdinand Tillmann das Wort.

**Ferdinand Tillmann**: Herr Präsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Seit dem 17. Parteitag in Leipzig haben sich die Rechnungsprüfer, Claudia Nolte, Dr. Franz Möller und ich, regelmäßig mündlich und schriftlich vom Bundesgeschäftsführer, Herrn Dr. von Thadden, und vom Finanzbeauftragten Dr. Günter Winter über die laufende Finanzgebarung, die Liquiditätslage, die Jahresabschlüsse und den Rechenschaftsbericht für das Jahr 2003 unter Vorlage der entsprechenden Unterlagen berichten lassen.

Das Jahr 2003 war, wie es der Bundesschatzmeister schon ausgeführt hat, für die Bundespartei ein Jahr ohne große Wahlkämpfe, in dem sie auch mit wesentlicher Unterstützung durch die Sonderumlage für die Kreisverbände die Überschuldung aus der Zeit vor 2000 abzubauen hatte. Die Rechnungsprüfer machen aber ausdrücklich darauf aufmerksam, dass dabei auch weitere Einsparmöglichkeiten unvoreingenommen immer wieder untersucht und geprüft werden sollten, zum Beispiel bei den von uns schon des Öfteren angesprochenen Kosten für die Parteitage oder auch bei den Zuschüssen an Vereinigungen. Unsere Vereinigungen lassen wir uns immerhin rund 12 Prozent unseres jeweiligen Jahresetats kosten.

Meine Damen und Herren, die im Jahr 2000 in Essen eingeführten Strukturen beim CDU-Finanzwesen haben sich unseres Erachtens im Großen und Ganzen bewährt. Sie sollten jedoch weiterhin und auch dauerhaft auf ihre Effizienz hin überprüft werden.

Wir haben dem Bundesschatzmeister, dem Generalsekretär, dem Bundesgeschäftsführer, dem Finanzbeauftragten sowie dem Revisionsbeauftragten zu danken. An der Aufzählung dieser Herren können Sie schon erkennen, welche Strukturen wir im Finanzwesen haben. Natürlich haben wir einen besonderen Dank gegenüber unseres Landes- und Kreisverbänden auszusprechen, die mit ihren Sonderbeiträgen ganz wesentlich zur Gesundung der Parteifinanzen beigetragen haben.

(Beifall)

Dieser Beifall ist berechtigt.

Der Etat 2003 wurde wie im Vorjahr wieder exakt eingehalten. Rechnet man den Effekt der Sonderumlage für die Kreisverbände heraus, hat die Bundespartei jenen Überschuss erwirt-

schaftet, der einem Viertel des Bundestagswahletats plus einem Fünftel des Europawahletats entspricht. Damit hat die Bundespartei jene Vorgabe des Essener Parteitags erfüllt, die sowohl die Beseitigung des strukturellen Defizits, im Wesentlichen durch Einsparungen, als auch die Erreichung des finanziellen Gleichgewichts über einen Wahlzyklus hin verlangt hat.

Das Ziel, bis Mitte 2005 am Ende der jetzt laufenden Sonderumlage für die Kreisverbände die Überschuldung der Bundespartei zu beseitigen, kann erreicht werden. Leider ist nun die Sanktion des Bundestagspräsidenten in Höhe von 21 Millionen Euro rechtswirksam geworden. Für die Bundespartei bleibt damit nach Berücksichtigung des Anteils des Landesverbandes Hessen ein Betrag einschließlich Zinsen, Anwalts- und Gerichtskosten in Höhe von 12,5 Millionen Euro offen. Die beantragte Verlängerung der Sonderumlage, über die morgen zu entscheiden sein wird, soll etwa 10 Millionen Euro davon abdecken. Der Rest muss durch zusätzliche Einsparungen der Bundespartei ausgeglichen werden.

In unserem Bericht zum Leipziger Parteitag 2003 hatten wir zum neuen Parteiengesetz, das am 1. Januar 2003 in Kraft getreten war, angemerkt: Das novellierte Parteiengesetz erhöht zwar die Transparenz, was die Praktikabilität für die Parteiorganisationen allerdings anbelangt, bestehen erhebliche Zweifel. Sollten sich diese Zweifel als berechtigt erweisen, wären nach unserer Meinung bei einer weiteren Novellierung daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

In der vorigen Woche – der Bundesschatzmeister hat es erwähnt – ist vom Gesetzgeber die von uns seinerzeit angeregte Novellierung verabschiedet worden. Leider muss festgestellt werden, dass dieses neue Gesetz nur zum Teil die für die Partiegliederungen notwendige Praxisorientierung bringt. Weitere Nachbesserungen scheinen also nicht nur sinnvoll, sondern sind aus unserer Sicht unbedingt erforderlich. Dessen ungeachtet ist es weiterhin besonders wichtig, dass alle wie auch immer bekannt gewordenen Fehler in bereits form- und fristgerecht beim Präsidenten des Deutschen Bundestages eingereichten Rechenschaftsberichten unverzüglich dem Finanzbeauftragten gemeldet werden. Gleiches gilt für Spenden, die sich nach dem Parteiengesetz später als unrechtmäßig herausstellen. Nur so können Sanktionen gegen uns vermieden werden.

Es bedarf eigentlich keiner Erwähnung, dass wir Rechnungsprüfer diese Handhabung ausdrücklich unterstützen und alle Gliederungen der Partei auffordern, sorgsam und entsprechend schnell zu handeln. Der Finanzbeauftragte hat uns davon unterrichtet – der Bundesschatzmeister hat es uns soeben erklärt –, dass der Rechenschaftsbericht in diesen Tagen dem Bundestagspräsidenten übergeben werden wird. Dieser späte Einreichungstermin ist im zuvor schon erwähnten Gesetzgebungsverfahren begründet. Der Rechenschaftsbericht hat natürlich die letzten Entwicklungen zu berücksichtigen.

Liebe Parteifreundinnen und liebe Parteifreunde, den vom Parteitag in Essen vorgegebenen Kurs der Stabilisierung der Finanzsituation der Partei hat die Bundespartei bisher erfolgreich

eingehalten. Er ist nur durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts empfindlich gestört worden. Da aufgrund der Sanktionen im Falle Hessen zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2006 der positive Effekt der vorgeschlagenen Verlängerung der Sonderumlage noch nicht voll eingetreten sein wird, muss unter Umständen ein kleinerer Teil des Bundestagswahlkampfes – der Bundesschatzmeister hat gesagt, er möchte das vermeiden – voraussichtlich durch Bankkredite finanziert werden. Wir gehen davon aus, dass dies zum letzten Mal für eine lange Zeit der Fall sein wird; denn ich bin sicher, dass die Bundespartei ihren Kurs des verantwortlichen Umgangs mit den knappen Finanzmitteln fortsetzen wird. Die Rechnungsprüfer werden darauf mit besonderer Aufmerksamkeit achten.

Nach § 23 Abs. 2 Satz 5 des Parteiengesetzes ist der Rechenschaftsbericht der Partei jeweils auf dem seiner Veröffentlichung folgenden Bundesparteitag zur Erörterung vorzulegen. Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2002 wurde gemäß § 46 des Status bzw. gemäß § 23 Abs. 1 Parteiengesetz vom Bundesvorstand beschlossen und versehen mit dem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer als Bundestagsdrucksache ungeachtet der vom Bundesschatzmeister soeben genannten Probleme veröffentlicht. Er ist in Ihren Tagungsunterlagen enthalten.

Die Rechnungsprüfer empfehlen Ihnen, diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Sie empfehlen Ihnen weiter, dem Vorstand, dem Finanzmanagement und der Bundesgeschäftsstelle heute für das Jahr 2002 uneingeschränkte Entlastung zu erteilen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie um Zustimmung zu meinem Vorschlag.

(Beifall)

**Peter Harry Carstensen**, Tagungspräsidium: Wir danken den Rechnungsprüfern für ihre wertvolle Arbeit und bedanken uns insbesondere bei dir, lieber Ferdi Tillmann, für deinen Bericht. Gibt es zu dem Bericht und zur Vorlage des Rechenschaftsberichts Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich Sie bitten, jetzt Ihre Abstimmungskarten zur Hand zu nehmen. Ich bitte Sie um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie den Bericht des Bundesschatzmeisters sowie den Rechenschaftsbericht für das Jahr 2002 zustimmend zur Kenntnis nehmen möchten. – Vielen Dank für Ihre Zustimmung.

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 11 auf:

#### BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Herr Bernhard Herzog. Ich übergebe ihm jetzt das Wort.

**Bernhard Herzog**, Mandatsprüfungskommission: Liebe Parteifreunde! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie

konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 001 stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 18. Parteitag 997 Delegierte stimmberechtigt. Von den 997 Delegierten waren um 16 Uhr 983 Delegierte anwesend. Der 18. Parteitag ist somit beschlussfähig. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Peter Harry Carstensen**, Tagungspräsidium: Wir bedanken uns bei den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission ganz herzlich für ihre Arbeit. Ich übergebe die Sitzungsleitung jetzt wieder an den Tagungspräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers. Lieber Jürgen, bitte sehr.

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Danke, Peter Harry.

Liebe Freunde, ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

#### ENTLASTUNG DES BUNDESVORSTANDES

Das Wort hat unsere Vorsitzende Angela Merkel.

**Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Bevor wir zur Neuwahl des Bundesvorstandes kommen, möchte ich als Vorsitzende allen Mitgliedern des Bundesvorstandes ganz herzlich und ausdrücklich für die Arbeit in den vergangenen zwei Jahren danken. Ich bin in meinem Bericht heute bereits auf vieles eingegangen und möchte an dieser Stelle deshalb zusammenfassend nur noch dies sagen. Es waren ereignisreiche, spannende, arbeitsintensive Jahre. Ich bedanke mich bei den Mitgliedern des Präsidiums, bei meinen Stellvertretern, beim Bundesschatzmeister und bei den Mitgliedern des Bundesvorstandes ausdrücklich für die persönliche Unterstützung und die Unterstützung in der Sache und dafür, dass wir das, was wir geschafft haben, gemeinsam bewältigen konnten.

Mein herzlicher Dank und Gruß geht an die drei Mitglieder des Bundesvorstandes, die nicht wieder kandidieren. Ich nenne Friedrich Merz, dessen Leistungen im Zusammenhang mit der Steuerreform ich heute schon gewürdigt habe. Lieber Friedrich, ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Ich nenne Eckhardt Rehberg, der für den Bundesvorstand nicht wieder kandidiert, aber als Landesvorsitzender der CDU Mecklenburg-Vorpommern weiter Mitglied des Bundesvorstandes bleiben wird, jedenfalls für eine bestimmte Zeit. Ich nenne des Weiteren Christoph Stölzl. Beiden, Eckhardt Rehberg und Christoph Stölzl, möchte ich danken. Ich danke Eckhardt Rehberg dafür, dass er gerade die Anliegen der neuen Bundesländer immer wieder intensiv – auch kon-

trovers – ins Gespräch gebracht hat. Diese Stimme haben wir gebraucht. Wir brauchen dich, lieber Eckhardt, auch als Landesvorsitzenden weiterhin. Insofern erst einmal herzlichen Dank für deine Arbeit in den letzten zwei Jahren.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei Christoph Stölzl, der uns gerade im Bereich Kultur mit seiner ganz persönlichen Erfahrung und seiner Arbeit in der Kommission „Große Städte“ unter der Leitung von Jürgen Rüttgers sehr geholfen hat. Christoph Stölzl, Sie werden uns als Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses mit Sicherheit auch in Zukunft noch mit Rat und Tat zur Seite stehen. Danke für die Arbeit im Bundesvorstand und Ihnen alles Gute!

(Beifall)

Ich beschließe meinen Dank damit, dass ich sage, dass es eine gute, fruchtbare Zusammenarbeit war und dass dieser Bundesvorstand vieles erreicht hat. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Angela Merkel. – Wir kommen jetzt zur Entlastung des Bundesvorstandes. Die Entlastung ist von den Rechnungsprüfern beantragt worden. Sie haben das gehört.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Entlastung des Bundesvorstandes zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen der Mitglieder des Präsidiums und des Bundesvorstandes ist es so beschlossen. Ich stelle somit fest, dass der Bundesvorstand durch den Parteitag entlastet worden ist.

Bevor ich nun zu Tagesordnungspunkt 14 komme, begrüße ich sehr herzlich den ersten stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, unseren Freund Michael Glos. Michael Glos, sei herzlich willkommen. Es ist schön, dass du bei uns bist.

(Beifall)

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

WAHL DES BUNDESVORSTANDES  
14.1 WAHL DES VORSITZENDEN

Es kandidiert Angela Merkel. Bevor wir in den Wahlgang eintreten, möchte ich Sie auf Folgendes hinweisen.

Erstens: Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock im Postkartenformat zur Hand, der Ihnen zusammen mit Ihrer Stimmkarte durch das Tagungsbüro überreicht wurde. Wir werden die Wahl mit dem weißen Stimmzettel Nr. 1 durchführen.

Zweitens: Wenn Sie Angela Merkel wählen wollen, so schreiben Sie bitte Ja oder den Namen auf den Stimmzettel. Natürlich ist auch die Möglichkeit gegeben, Nein zu schreiben. Wenn Sie sich der Stimme enthalten möchten, schreiben Sie bitte Enthaltung auf den Stimmzettel oder lassen Sie den Stimmzettel leer.

Ich weise drittens darauf hin, dass Stimmzettel, auf denen etwas anderes vermerkt ist, ungültig sind.

Ich weise Sie ferner darauf hin, dass im Saal Wahlkabinen aufgestellt sind. Ich schlage Ihnen vor, die Stimmzettel in den hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Bitte benutzen Sie die Ihrem Platz am nächsten gelegene Wahlkabine. Nach dem Ausfüllen werfen Sie Ihren Stimmzettel bitte in die Wahlurnen, welche zu Ihnen an Ihren Platz getragen werden. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne werfen können.

Ich eröffne nun den Wahlgang zu Tagesordnungspunkt 14.1 und bitte Sie, Ihre Stimme abzugeben.

Liebe Freunde, darf ich fragen, ob noch irgendwo Stimmzettel einzusammeln sind? – Sie können sich das noch eine knappe Minute überlegen; denn bevor ich den Wahlgang schließe, habe ich noch einige Anmerkungen zu den weiteren Wahlgängen zu machen:

Ich möchte Sie auf § 43 des Statuts zu den Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes hinweisen, wonach in geheimer Wahl mittels Stimmzettel gewählt wird. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit; sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen.

In § 15 Abs. 3 unseres Statuts ist ein Frauenquorum vorgesehen. Dieses besagt, dass bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit dieser Wahlgang gültig ist. Wird das Frauenquorum im ersten Wahlgang erfüllt, so kommt es bei eventuell folgenden Stichwahlen nicht mehr zur Anwendung.

Nach § 12 Abs. 2 der Geschäftsordnung der CDU Deutschlands gilt für die rechnerische Ergebnisermittlung Folgendes – ich zitiere –

... Bruchteile hinter ganzen Zahlen sind dann abzurunden, wenn sie den Wert von 0,5 (die Hälfte)einer ganzen Zahl nicht erreichen; sonst sind sie zur nächsten ganzen Zahl aufzurunden.

So viel an Hinweisen. – Ich frage jetzt zum letzten Mal: Sind alle Stimmzettel zur Wahl der Bundesvorsitzenden abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang.

Ich unterbreche den Parteitag für circa 15 Minuten bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses.

(Unterbrechung von 16.36 bis 16.50 Uhr)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Ich eröffne den Parteitag wieder und gebe das Ergebnis der Wahl der Parteivorsitzenden bekannt. Abgegebene Stimmen: 966. Ungültige Stimmen: 2. Enthaltungen: 15. Gültige Stimmen: 949. Die erforderliche Mehrheit beträgt also 475. Für Angela Merkel wurden 839 Stimmen abgegeben. Das sind 88,41 Prozent.

(Beifall)

Mit Nein stimmten 110 Delegierte; das sind 11,59 Prozent. Damit ist Angela Merkel wieder zur Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt.

Ich frage dich, Angela, nimmst du die Wahl an?

**Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Liebe Delegierte! Ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das in mich gesetzte Vertrauen. Ich werde versuchen, es in die Tat umzusetzen. – Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ich als Düsseldorferin freue mich sehr herzlich, Sie hier in Düsseldorf begrüßen zu dürfen, und rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 14.2 auf:

#### WAHL DER 4 STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Nach der Ihnen vorliegenden Kandidatenliste sind folgende Vorschläge eingegangen, die ich in alphabetischer Reihenfolge vorlese: Dr. Christoph Böhr, Dr. Jürgen Rüttgers, Dr. Annette Schavan, Christian Wulff.

Ich gehe davon aus, dass sich in diesem Fall eine Kandidatenvorstellung erledigt. Oder wird eine Vorstellung gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich vor Eröffnung des Wahlgangs noch einige geschäftsleitende Bemerkungen machen. Die Wahlen erfolgen mit dem großen grünen Stimmzettel, auf welchem die Kandidaten namentlich aufgeführt sind. Nach § 43 des Statuts muss mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Es dürfen höchstens so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind. Völlig überraschend! Zwei, drei oder vier Kreuze sind also zu machen.

Wie bereits erwähnt, ist in § 15 des Statuts ein Frauenquorum vorgegeben. Demzufolge muss ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Wenn also beispielsweise im Wahlgang alle vier Stellvertretenden Vorsitzenden die erforderliche Mehrheit erhielten, müsste sich darunter mindestens eine Frau befinden, damit der Wahlgang gültig ist.

Ich darf nun fragen, in welchen Landesverbänden noch keine Stimmzettel ausgeteilt wurden. – Ich sehe keinen, der sich meldet. Dann eröffne ich den Wahlgang. Ich bitte alle, die Stimmzettel auszufüllen. – Ich bitte die Stimmzähler, die Wahlzettel nun so langsam einzusammeln.

Darf ich fragen, wo noch Stimmzettel sind? Ich bitte, sie hochzuhalten, damit die Stimmzähler sie sehen können. – Das sind noch eine ganze Menge. Ich bitte die Stimmzähler, sie einzusammeln. – Dürfte ich Sie noch einmal bitten, die Stimmzettel, wo es noch welche gibt, hochzuhalten? – Wir bräuchten hier am Präsidium noch eine Wahlurne. – Sind jetzt noch irgendwo grüne Stimmzettel? Letzte Chance, alle Stimmzettel einzusammeln. – Dann schließe ich den Wahlgang für die 4 Stellvertretenden Vorsitzenden. Da die Auszählung der Stimmzettel einige Zeit in Anspruch nehmen wird, schlage ich vor, dass wir bereits während der Auszählung die Wahl des Bundesschatzmeisters durchführen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Dann gebe ich zu TAGESORDNUNGSPUNKT 14.3

#### WAHL DES BUNDESSCHATZMEISTERS DER CDU DEUTSCHLANDS

das Wort an unsere alte und neue Vorsitzende, Angela Merkel.

**Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde, ich schlage Ihnen vor, dass wir wieder unseren bisherigen Schatzmeister, Wolfgang Peiner, zum neuen Schatzmeister wählen. Diesen Vorschlag lege ich Ihnen ans Herz. Herr Peiner hat eben in seinem Bericht über seine Arbeit dargelegt, was er für uns getan hat. Ich glaube, er wird sich auch weiterhin mit demselben Engagement und derselben Lust an dieser nicht einfachen Tätigkeit für die Christlich Demokratische Union einsetzen. Ich schlage Ihnen also den Senator Wolfgang Peiner als Schatzmeister der CDU Deutschlands vor.

(Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Vor Eintritt in den Wahlgang bitte ich Sie nun noch einmal um Aufmerksamkeit für folgende Hinweise. Die Wahl des Bundesschatzmeisters wird mit dem orangefarbenen Stimmzettel Nr. 2 aus dem Stimmzettelblock vorgenommen. Gültig sind Stimmzettel, auf denen „Ja“, der Name, „Nein“ oder „Enthaltung“ steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die andere Bemerkungen tragen, sind ungültig. Ich eröffne nun auch diesen Wahlgang. – Darf ich fragen, ob die Stimmzähler schon wieder im Raum sind und mit der Einsammlung beginnen können? -

Die Stimmzähler sind wieder im Raum. Ich bitte sie nun, mit der Einsammlung der Stimmen zu beginnen.

Ich darf Sie noch einmal bitten, den kleinen orangefarbenen Stimmzettel in die Urnen einzurufen, nicht den großen. Der ist für die Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums bestimmt, die wir noch nicht aufgerufen haben.

Sind jetzt alle kleinen orangefarbenen Stimmzettel eingesammelt? – Das scheint der Fall zu sein. Damit schließe ich den Wahlgang.

Da wir die Ergebnisse der Wahl zu den Stellvertretenden Vorsitzenden noch nicht vorliegen haben, unterbreche ich kurz den Parteitag, bis die Ergebnisse vorliegen.

(Unterbrechung von 17.09 bis 17.17 Uhr)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Ich darf den unterbrochenen Parteitag wieder eröffnen.

Ich gebe nun das Ergebnis der Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden bekannt. Die gute Nachricht ist: Wir brauchen keinen zweiten Wahlgang.

Abgegebene Stimmen: 960. Ungültige Stimmen: 0. Enthaltungen: 0. Damit gültige Stimmen: 960. Die erforderliche Mehrheit beträgt 481 Stimmen.

Es wurden abgegeben: für Dr. Christoph Böhr 532 Stimmen, das sind 55,42 Prozent; für Dr. Jürgen Rüttgers 761 Stimmen, das sind 79,27 Prozent;

(Beifall)

für Dr. Annette Schavan 754 Stimmen, das sind 78,54 Prozent

(Beifall)

und für Christian Wulff 834 Stimmen, das sind 86,88 Prozent.

(Lebhafter Beifall)

Da im ersten Wahlgang auch eine Frau gewählt worden ist, ist der Wahlgang gültig.

Ich darf nun alle Kandidaten fragen, ob sie die Wahl annehmen.

Christoph Böhr? – Er winkt.

Dr. Rüttgers? – Er winkt ebenfalls.

Annette Schavan? – Auch sie winkt. Herzlichen Glückwunsch!

Christian Wulff? – Auch er nimmt die Wahl an. Ich danke Ihnen.

Ich darf das Tagungspräsidium nun an Herrn Dr. Jung weitergeben.

**Dr. Franz Josef Jung**, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 14.4 auf:

#### WAHL DER WEITEREN 7 MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS

Für die Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums sind entsprechend der vorliegenden Kandidatenliste folgende Kandidaten vorgeschlagen worden, und zwar in alphabetischer

Reihenfolge: Hermann-Josef Arentz, Roland Koch, Karl-Josef Laumann, Hildegard Müller, Dr. Wolfgang Schäuble, Professor Dr. Dagmar Schipanski und Jörg Schönbohm.

Ich gehe davon aus, dass Vorstellung gewünscht wird, und schlage vor, dass sich die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge vorstellen.

(Widerspruch)

Wir verfahren so: Wer sich gerne vorstellen will – diese Chance sollten wir eröffnen -sollte sich vorstellen.

(Anhaltender Widerspruch)

Liebe Freunde, dann frage ich: Wer möchte die Vorstellung der Kandidaten? – Ich sehe Meldungen. Dann schlage ich vor, so zu verfahren. Ich denke, das ist ein Prinzip unserer Partei.

Deshalb bitte ich als Ersten Hermann-Josef Arentz, sich kurz vorzustellen. Bitte.

**Hermann-Josef Arentz:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin 51 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder.

Ich gehöre der CDU und der CDA seit nunmehr 33 Jahren an, bin seit 1980 Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag, seit vier Jahren Mitglied des Präsidiums der CDU und seit drei Jahren Bundesvorsitzender der CDA.

Ich habe mich in all diesen Funktionen schwerpunktmäßig immer mit der Arbeitsmarkt-, der Gesundheits- und der Sozialpolitik befasst. Als Vorsitzender der CDA habe ich zwei Ziele verfolgt: erstens dafür zu sorgen, dass die CDU für alle Menschen erkennbar Volkspartei ist, in der alle Schichten der Bevölkerung zusammenkommen und vertreten sind, und zweitens daran mitzuwirken, dass die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erkennt, dass sie bei der Union besser aufgehoben ist als bei Rot-Grün. Dieses Ziel haben wir alle gemeinsam seit der Bundestagswahl 2002 in den Landtags- und Kommunalwahlen erreicht. Ich glaube, darauf können wir stolz sein.

Meine lieben Parteifreunde, ich würde gerne weitermachen, auch wenn ich jetzt einen Fehler gemacht habe. Ich habe einen Fehler gemacht, und Sie dürfen mir glauben: Das tut mir Leid. Ich habe daraus gelernt. Ich bitte Sie um Ihre Stimme, damit ich trotzdem weiterhin im Präsidium an diesen Zielen weiterarbeiten kann. Denn wir müssen auf Dauer dafür sorgen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Heimat bei uns, bei der Union, sehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Dr. Franz Josef Jung,** Tagungspräsidium: Besten Dank, Hermann-Josef Arentz. – Ich bitte jetzt Roland Koch.

**Roland Koch:** Ich heiße Roland Koch, bin 46 Jahre alt und habe das Vergnügen, das Land Hessen zum ersten Mal mit der Unterstützung einer absoluten Mehrheit der CDU zu gestalten. Ich bin seit nunmehr sechs Jahren Mitglied des Prsidims der CDU Deutschlands. Sie alle kennen mich. Ich arbeite gerne in der Diskussion um Programme. Ich glaube, dass es richtig ist, dafür zu sorgen, dass eine klare, verständliche Sprache gesprochen wird. Ich gebe zu: Ich raufe auch ganz gerne mit dem Gegner und diskutiere manchmal gerne mit Freunden; das gehört dazu, wenn man zu Programmarbeit steht. Auf diese Art möchte ich der CDU Deutschlands helfen, damit wir ab 2006 wieder eine Mehrheit in Deutschland haben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

**Dr. Franz Josef Jung,** Tagungspräsidium: Besten Dank, Roland Koch. – Jetzt rufe ich Karl-Josef Laumann auf.

**Karl-Josef Laumann:** Sehr geehrter Präsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Karl-Josef Laumann. Ich bin 47 Jahre alt und verheiratet. Wir haben drei Kinder. Ich gehöre dem Deutschen Bundestag seit 1990 an. Zurzeit führe ich die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit unserer Bundestagsfraktion. Ich bin Bezirksvorsitzender der CDU im westfälischen Münsterland.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bewerbe mich heute zum ersten Mal um einen Sitz in unserem Präsidium. Mir geht es bei dieser Kandidatur vor allem darum, dass ich mithelfen und daran mitarbeiten möchte, dass unsere Partei bis zur nächsten Bundestagswahl ein in sich schlüssiges Konzept zur Lösung der Probleme unseres Landes erarbeitet. Dass die Regierung das nicht kann, wissen die Leute. Aber die Leute wollen von uns – zu Recht – wissen: Was würdet ihr tun, wenn ihr eine gestaltende Mehrheit hättet?

(Vereinzelt Beifall)

Es ist wichtig, dass wir an den Beschlüssen unseres Leipziger Parteitags festhalten. Ich glaube, dass wir durch den Leitantrag heute in vielen politischen Bereichen ein Stück weiterkommen. Zur Lösung der Probleme unseres Landes gehört aber auch, dass die CDU ganz klar sagen muss, dass wir aus dieser Situation in Deutschland nicht wieder herauskommen, wenn wir uns nicht alle mehr anstrengen. Ein Volk hat seine Probleme noch nie durch weniger Anstrengung, sondern nur durch mehr Anstrengungen lösen können. Ich finde, das muss man ganz ehrlich sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Auch glaube ich, dass die CDU darauf setzen muss, dass wir ein glaubwürdiges Konzept für Wachstum haben. Wir brauchen dieses Wachstum, um unsere Probleme im Land zu lösen, was die Finanzierung angeht. Man kann gar nicht so viel sparen, wie wir durch Wachstum erreichen

können. Wir brauchen dieses Wachstum auch, um den persönlichen Wohlstand der Menschen zu halten, und vor allen Dingen für diejenigen, die mit jedem Euro rechnen müssen. Wir brauchen dieses Wachstum ebenso, um die notwendige soziale Sicherung in unserem Land zu bezahlen. Wenn es darum geht, dieses Ziel zu erreichen, glaube ich – das habe ich in unserer Partei in den letzten Monaten und Jahren festgestellt –, dass die Interessen der Arbeitnehmerschaft und des Mittelstandes ganz eng beieinander liegen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, wir müssen erreichen, dass unsere Partei einen Beitrag für die Gesellschaft leistet, damit unser Land wieder neugierig auf Neues wird. Neues aus Forschung und Technik muss uns begeistern und bei uns umgesetzt werden. Wir dürfen Potenziale nicht, wie es Rot-Grün etwa bei der Grünen Gentechnik tut, einfach links liegen lassen. Das können wir uns im Interesse der Arbeitsplätze nicht erlauben.

(Beifall)

Wir müssen auch neugierig sein, neue Wege und Instrumente zu entdecken und durchzusetzen, um die notwendige soziale Sicherung in diesem Land zu erhalten. Das Ziel, den Menschen soziale Sicherung zu geben, ist ein altes, ein großes und ein bleibendes. Aber es steht nirgendwo geschrieben, dass das 100 Jahre durch die gleichen Instrumenten passieren muss. Ich finde, wir sollten das Ziel klar beschreiben und dann mutig sein, auch die Chancen neuer Instrumente optimistisch an das Volk heranzutragen. Das Lamentieren über Risiken sollten wir den anderen überlassen; denn Lamentieren führt zu Stillstand und zu Rückschritt. Es sollte wie in Familien sein: Denn wir Eltern wissen, dass es die beste Investition ist, wenn wir in die Bildung und Erziehung unserer Kinder investieren. Die CDU muss dafür stehen, dass wir auf der Ebene des Staates genau das Gleiche tun.

Meine Damen und Herren, zum Schluss – es hat ein bisschen länger gedauert, aber ich stelle mich hier zum ersten Mal vor – sollen Sie wissen: Wenn Sie mich wählen, haben Sie es mit einem Menschen zu tun, der ein Bild vom Menschen hat: das christliche Menschenbild.

(Vereinzelt Beifall)

Für mein persönliches Leben bedeutet das „C“ in unserem Parteinamen Orientierung. Es ist aber auch der Grund, warum ich 1974 Mitglied unserer wunderbaren Volkspartei geworden bin. Ich bitte um Ihre Stimme. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Dr. Franz Josef Jung**, Tagungspräsidium: Besten Dank, Karl-Josef Laumann. – Ich darf nun Hildegard Müller bitten.

**Hildegard Müller:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Hildegard Müller. Ich bin 37 Jahre. In den letzten vier Jahren haben Sie mir Ihr Vertrauen für meine Präsidienskandidatur geschenkt. So durfte ich einen Teil dazu beitragen, dass sich unsere gemeinsame Partei in den letzten Jahren enorm fortentwickelt hat. Wir sind schwierige Wege gegangen. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass wir den Wechsel, egal ob in den Ländern oder im Bund, nur mit einer klaren Politik, mit einem mutigen Kurs, mit Entschlossenheit und vor allem, meine Damen und Herren, mit großer Gemeinsamkeit erreichen können.

Sie alle wissen, dass mir der Mittelstand in diesem Land besonders am Herzen liegt. Die Rahmenbedingungen für ihn sind nach wie vor schlecht. Hier entstehen allerdings Arbeitsplätze. Hier wird die Kultur der Sozialen Marktwirtschaft gelebt. Wir müssen unsere Reformprozesse fortsetzen und mehr Arbeitsplätze schaffen, um – das erachten wir alle für notwendig – unsere Gesellschaft auch über die Sozialsysteme zusammenzuhalten; denn das ist der wichtige Kitt unserer Gesellschaft.

Dazu würde ich gerne auch in den nächsten zwei Jahren meinen Beitrag leisten. Denn wenn wir jetzt nicht geschlossen kämpfen, waren alle Bemühungen um programmatische Schärfe und Tiefe umsonst. Lassen Sie uns gemeinsam nach vorne gehen. Ich bitte um Ihre Stimme. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Franz Josef Jung,** Tagungspräsidium: Besten Dank, Hildegard Müller. – Ich bitte jetzt Herrn Dr. Wolfgang Schäuble.

**Dr. Wolfgang Schäuble:** Liebe Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Wolfgang Schäuble. Ich bin 62 Jahre alt. Meine Frau und ich haben zusammen vier erwachsene Kinder.

In der gemeinsamen Bundestagsfraktion bin ich als stellvertretender Fraktionsvorsitzender für die Außen-, für die Europa- und für die Sicherheitspolitik zuständig. Ich glaube, dass es bei aller Notwendigkeit, unser Land durch Veränderungen auf die Zukunft vorzubereiten, wichtig ist, dass wir uns auch die Fähigkeit bewahren, den Blick nach draußen zu richten. Im Bundestagswahlkampf 2002 habe ich einmal gesagt, ein Volk, das vor lauter Problemen im Inneren nicht mehr bereit wäre, seine Interessen und seine Verantwortung gegenüber der Umwelt zu sehen, ein Volk, das der Versuchung zur Introvertiertheit nachgeben würde, würde auch die Stagnation fördern, weil wir Maßstäbe und ein Bewusstsein für unsere Verantwortung besser gewinnen, wenn wir sehen, in welcher Welt wir leben.

Deswegen möchte ich gerne die Bemerkung hinzufügen: Es ist gut und richtig, dass wir über die Grundlagen unserer Freiheitsordnung, über unsere Vaterlandsliebe und über den Patriotismus reden. Aber es muss für die Christlich Demokratische Union auch immer klar sein:

Das Beste im deutschen Interesse nach den Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts ist das Gelingen der europäischen Einigung. Nationales Interesse und europäische Einigung sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen sich gegenseitig. Daran darf es keinen Zweifel geben.

(Beifall)

Ich will nicht zurück in einen deutschen Weg, wie der Bundeskanzler gesagt hat. Wir brauchen keine Renationalisierung – wie es in unserem Grundgesetz heißt: als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen!

Meine Damen und Herren, ich arbeite gerne – nicht erst seit neuem – für die Sache der Union. Mit Ihrem Vertrauen möchte ich es gerne weiter machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Dr. Franz Josef Jung**, Tagungspräsidium: Besten Dank, Dr. Wolfgang Schäuble!

Jetzt darf ich Frau Professor Dr. Dagmar Schipanski bitten.

**Prof. Dr. Dagmar Schipanski:** Ich bin Jahrgang 1943, bin verheiratet, habe drei Kinder, bin von Beruf Physikerin und habe diesen Beruf über viele Jahrzehnte meines Lebens ausgeübt.

Seit 1990 bin ich in der aktiven Politik, das heißt in der Wissenschaftspolitik, habe im Kabinett von Bernhard Vogel und von Dieter Althaus als Wissenschaftsministerin gearbeitet und bin jetzt Landtagspräsidentin.

Mir liegt besonders am Herzen, dass wir Wissenschafts- und Hochschulpolitik, überhaupt Bildungspolitik in diesem Land wieder voranbringen, dass wir uns bewusst werden, dass Wissenschaft die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum ist. Dafür setze ich mich seit 15 Jahren ein und werde es hier in der Arbeit im Präsidium weiterhin tun.

Außer der Wissenschaftspolitik liegt mir besonders die Familienpolitik am Herzen. Für mich ist die Familie die Grundstruktur für die gedeihliche Entwicklung unserer Nation, unseres Volkes, und deshalb ist es mir so wichtig und wesentlich, dass wir uns immer wieder auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konzentrieren. Dafür setze ich mich ein.

In den vergangenen Jahren habe ich entschieden für die Wertedebatte in Deutschland gesorgt, für eine Wertedebatte über unser christliches Menschenbild, aber auch über Freiheit und Verantwortung als zwei Seiten einer Medaille. Dafür möchte ich im Präsidium jetzt weiter kämpfen, weiter arbeiten. Insbesondere liegt mir am Herzen, dass die Menschen die Reformen verstehen, dass wir sie ihnen deutlich machen, dass wir zum Beispiel in der Gesundheitspolitik vielleicht auch einmal wieder über den Patienten und über die Struktur des Gesundheitswesens diskutieren, nicht nur über eine Kopfpauschale. Deshalb geben Sie mir Ihre Stimme,

damit wir auch in den nächsten Jahren in der CDU eine gute, eine verständliche Politik für Deutschland machen.

(Beifall)

**Dr. Franz Josef Jung**, Tagungspräsidium: Besten Dank, Frau Professor Schipanski!

Ich bitte jetzt Jörg Schönbohm.

**Jörg Schönbohm**: Liebes Tagungspräsidium! Liebe Parteifreunde! Jörg Schönbohm, 67 Jahre alt, seit 44 Jahren verheiratet, drei Kinder und sechs Enkelkinder.

Ich war vier Jahre im Präsidium der Union und habe mich dafür eingesetzt, dass wir die Dinge vorantreiben, die heute auf der Tagesordnung stehen und die Angela Merkel heute in ihrer sehr eindrucksvollen Rede behandelt hat: die Themen Integration und Nation und die Frage, wie wir die Werte voranbringen können, die unser Land und unsere Nation zusammenhalten.

Ich möchte einen Beitrag dafür leisten, dass wir die innere Einheit weiter vollenden. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass die innere Sicherheit weiterhin bei der Union in guten und eindeutigen Händen ist und dass wir eine Richtung vorgeben, damit unsere Bevölkerung Vertrauen zu uns hat. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass Integration kein Fremdwort mehr ist, sondern dass sie jetzt tatsächlich umgesetzt wird – Integration in unsere Gesellschaft für uns alle, weil wir das unseren Kindern schuldig sind.

Als Letztes: Aus meiner Erfahrung als Vater und Großvater in der Familie glaube ich, wir müssen uns dafür einsetzen, dass wir sehr deutlich machen: Wir sind die Partei, der die Familie am Herzen liegt. Darum bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

**Dr. Franz Josef Jung**, Tagungspräsidium: Besten Dank, Jörg Schönbohm!

Meine lieben Freunde, weitere Vorschläge liegen nicht vor. Dann kommen wir zum Wahlgang.

Zum Wahlgang möchte ich gerne Folgendes erläutern. Sie haben den großen orangefarbenen Stimmzettel, der die Namen entsprechend aufführt. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts müssen mindestens die Hälfte der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden; höchstens dürfen so viele angekreuzt werden, wie zu wählen sind. Im Klartext: von vier bis sieben Kandidaten sind anzukreuzen, damit der Stimmzettel gültig ist.

Zum Frauenquorum ist noch auszuführen, dass ein Drittel Frauen im ersten Wahlgang gewählt werden müssen, wenn der Wahlgang gültig sein soll. Hierbei handelt es sich um zwei Frauen, also so viele, wie auch kandidieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne damit den Wahlgang und bitte die Stimmzähler, die Stimmzettel einzusammeln.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Ich sehe, das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte, mit der Auszählung zu beginnen.

Liebe Freunde, zwischenzeitlich gebe ich Ihnen das Ergebnis der Wahl des Bundesschatzmeisters bekannt. Zur Wahl des Bundesschatzmeisters wurden 896 Stimmen abgegeben. Ungültige Stimmen o. Enthaltungen 3. Gültige Stimmen 893. Die erforderliche Mehrheit beträgt 447. Auf Herrn Dr. Wolfgang Peiner entfielen 881 Stimmen. Das sind 98,66 Prozent.

(Beifall)

Mit Nein haben 12 gestimmt, das sind 1,34 Prozent. Ich frage Herrn Dr. Peiner, ob er die Wahl annimmt. – Er nimmt die Wahl an. Wir gratulieren ihm und wünschen ihm alles Gute bei seiner wichtigen Arbeit für die CDU Deutschlands.

(Beifall)

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

#### GRUSSWORTE

Ich freue mich, Ihnen den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei ankündigen zu können und gebe das Wort an Herrn Wilfried Martens.

(Beifall)

**Wilfried Martens:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Angela Merkel! Liebe Freunde der CDU Deutschlands! Ich danke Ihnen herzlich für die Gelegenheit, einige Worte an Sie richten zu können. Der Parteitag unserer größten Mitgliedspartei ist immer ein fester Bestandteil meines Terminkalenders.

(Beifall)

Gerade in den letzten Jahren war die CDU Deutschlands ein wichtiger Motor innerhalb der EVP. Dafür möchte ich insbesondere Ihnen, liebe Angela Merkel, herzlich danken. Sie haben gemeinsam mit Peter Hintze als EVP-Vizepräsident und vielen anderen führenden Politikern aus der CDU daran mitgewirkt, die EVP zu einer Gemeinschaft der Werte weiterzuentwickeln. Nur die Unionsparteien können die große Reformkraft in Deutschland bilden. Die EVP will diese Reformkraft auf europäischer Ebene sein. Insbesondere danken möchte ich Ihnen für die aktive Unterstützung bei der Festlegung der EVP auf einen gemeinsamen Kandidaten für den Vorsitz der Europäischen Kommission. Ohne das wochenlange gemeinsame Einwirken von uns beiden auf die Regierungschefs gäbe es heute keinen Kommissionspräsidenten aus den Reihen der EVP.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, auch in diesem Moment passieren dramatische Dinge in Europa. Der Kampf für Freiheit und Demokratie in der Ukraine zeigt, dass die EU in Zukunft mehr als je zuvor eine starke gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik braucht.

Im Juni haben wir ein neues Europäisches Parlament gewählt und die Rolle der Europäischen Volkspartei als stärkste politische Kraft in Europa mit 286 Sitzen eindrucksvoll bestätigt. Ich möchte hier an dieser Stelle Hans-Gert Pöttering als Vorsitzendem der EVP-Fraktion meine Anerkennung und meinen Respekt für seine Leistung als Fraktionsvorsitzendem in den vergangenen fünf Jahren aussprechen.

(Beifall)

Lieber Hans-Gert, aus eigener Erfahrung weiß ich, dass die Führung unserer Fraktion eine Aufgabe ist, die viel Mut und Sensibilität verlangt. Dein Ergebnis bei der Wiederwahl hat gezeigt, dass du deine Arbeit mit Leidenschaft machst.

Auch nach dieser Europawahl stehen wir vor großen Herausforderungen. Wir müssen sicherstellen, dass das erweiterte Europa von 25 Ländern weiterhin funktioniert und entscheidungsfähig ist. Dafür wird es von großer Bedeutung sein, dass die europäische Verfassung in Kraft treten kann. Wir werden als EVP alles tun, um für einen positiven Ausgang der verschiedenen Referenden zu sorgen. Ich habe Elmar Brok, der unermüdlich und mit großem Einfluss für diese Verfassung gekämpft hat, damit beauftragt, dies federführend für die EVP zu koordinieren.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, Deutschland und Europa mussten in den vergangenen Jahren schwierige Zeiten erleben. Ein Teil der Probleme, wie zum Beispiel die Bedrohung durch den Terrorismus, hat uns durch eine weltweite Entwicklung erfasst. Der größte Teil der Probleme in unseren Ländern ist und bleibt aber nach wie vor hausgemacht. Deutschland und die Politik in diesem Land waren in den vergangenen Jahren das beste Beispiel dafür, was mit einem Land passiert, wenn es eine unfähige Regierung hat. Schulden, soziale Sicherheitsprobleme, Arbeitslosigkeit – die Fülle der ungelösten Probleme reißt ganz Europa mit in die Krise. Dass der Bundeskanzler darüber hinaus nichts von Europapolitik versteht, haben inzwischen alle begriffen.

(Beifall)

Als ich Regierungschef von Belgien war, haben wir in Maastricht den Beschluss über eine gemeinsame Währung herbeigeführt. Ich erinnere mich noch gut daran, wie Helmut Kohl und Theo Waigel für einen Stabilitäts- und Wachstumspakt gekämpft haben, damit der Euro alle Voraussetzungen bekam, genauso stark wie die Mark zu werden. Ich finde es beschämend, mit anzusehen, wie die aktuelle deutsche Bundesregierung den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufs Spiel setzt.

(Beifall)

Wim Duisenberg, der erste Präsident der Europäischen Zentralbank, hat einmal gesagt: Wir brauchen keine weitere Zentralisierung in Budgetfragen in Europa. Was wir aber brauchen, sind die Regeln für die Finanzpolitik, die im Stabilitätspakt festgelegt sind. – Duisenberg sagte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: Der Pakt ist ein Geschenk des Himmels. Er war eine deutsche Erfindung und ironischerweise haben die Deutschen den Pakt nahezu über Bord geworfen.

Was ihn in Deutschland immer beeindruckt hat, ist die Stabilitätskultur. Deutsche lieben keine Übertreibungen. Sie lieben Stabilität. Wenn die Regierung den Pakt ständig mehr oder weniger bricht, wird sie von den deutschen Wählern bestraft werden. Duisenberg hat nie viel davon gehalten, die Spielregeln zu ändern, wenn das Spiel noch läuft. Er wünscht sich aber, dass die Europäische Kommission mehr Einfluss erhält, um die Staaten zur Einhaltung der Regeln zu bewegen und die Gleichbehandlung der großen und kleinen Staaten zu gewährleisten.

Wer um alles in der Welt soll jetzt das 3-Prozent-Defizitkriterium noch ernst nehmen? Glaubt in Deutschland und in Europa ernsthaft noch irgendjemand, dass im nächsten Jahr die von der Bundesregierung angestrebten 2,9 Prozent erreicht werden? Zu oft hat dieser Finanzminister gezeigt, dass seine Rechnungen am Ende nicht stimmen.

(Beifall)

Gerhard Schröder und Hans Eichel brechen geltendes Recht in Europa und gefährden die Zukunft unserer gemeinsamen Währung nachhaltig. Das ist Betrug an den Menschen in Europa.

(Beifall)

Liebe Freunde der CDU Deutschlands, Sie alle haben in den kommenden 22 Monaten eine große und wichtige Aufgabe zu erfüllen, auch hier in Nordrhein-Westfalen. Die Situation in Deutschland ist ernst. Sie wird sich nur durch einen Regierungswechsel und mutige Reformen durch unionsgeführte Regierungen ändern. Ich gratuliere Angela Merkel zur Wiederwahl. Liebe Freunde, Sie haben eine Vorsitzende, die glaubwürdig ist und das Talent und den Mut besitzt, die CDU zu einem großen Erfolg bei den Bundestagswahlen zu führen.

(Beifall)

Auf dem Weg dorthin wünsche ich Ihnen, liebe Angela Merkel, ebenso wie der gesamten CDU Deutschlands viel Erfolg. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Dr. Franz Josef Jung**, Tagungspräsidium: Besten Dank, lieber Wilfried Martens, für Ihr Grußwort. Wir wünschen Ihnen auch für Ihre Arbeit in unserem gemeinsamen Interesse der Europäischen Volkspartei alles erdenklich Gute.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, da das Ergebnis der Wahl noch nicht vorliegt, schlage ich vor, dass wir die Beratungen kurz unterbrechen. Das Ergebnis soll in Kürze vorliegen.

(Unterbrechung von 17.55 bis 17.56 Uhr)

**Dr. Franz Josef Jung**, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, aus Gründen der Zeitökonomie schlagen wir vor, jetzt mit der Vorstellung der Kandidaten für die Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes zu beginnen.

(Beifall)

Ich übergebe das Tagungspräsidium an Christine Lieberknecht.

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wir kommen jetzt also zur Vorstellung der Kandidaten für die Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes. Die Bewerbungen liegen Ihnen in den Tagungsunterlagen vor. Wir werden die Kandidaten einzeln aufrufen und allen die Gelegenheit geben, sich kurz vorzustellen. Angesichts der Vielzahl der Kandidaten bitte ich die Redezeit jeweils auf zwei Minuten zu begrenzen. Ich denke, das reicht für eine kurze Vorstellung. Außerdem bitte ich die zwei folgenden Kandidaten – sie können sich dabei an der alphabetischen Reihenfolge der Kandidatenliste orientieren –, sich jeweils bereits in der Nähe des Rednerpultes aufzuhalten, sodass keine unnötigen Verzögerungen auftreten. Wir beginnen jetzt mit der Kandidatenvorstellung. Als Ersten rufe ich Dieter Althaus auf.

**Dieter Althaus**: Vielen Dank. – Mein Name ist Dieter Althaus. Ich bin 46 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder. Ich bin dankbar, dass ich mithelfen kann, die deutsche Einheit zu gestalten, und ich würde mich freuen, wenn Sie mir auch in diesem Jahr Ihr Vertrauen geben. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Das war kurz und knapp. Als Zweite hat jetzt Frau Professor Dr. Maria Böhmer das Wort.

**Prof. Dr. Maria Böhmer**: Mein Name ist Maria Böhmer. Ich bin 54 Jahre alt und komme aus der Pfalz. Sie kennen mich als Bundesvorsitzende der Frauen Union und als stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion. Ich kann Ihnen versichern, ich werde weiterhin für Familien, für bessere Bildung und dafür kämpfen, dass unsere Hochschulen mehr Freiheit bekommen, damit wir für Wachstum und mehr Beschäftigung fit sind. Ich bitte Sie sehr herzlich um Ihre Stimme. – Danke.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Maria Böhmer.– Als Nächster stellt sich Elmar Brok vor.

**Elmar Brok:** Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Elmar Brok. Ich bin seit 34 Jahren verheiratet und habe drei Kinder. Ich bin CDU-Bezirksvorsitzender in Ostwestfalen-Lippe, Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Ich war Fraktionssprecher im Verfassungskonvent und möchte, wie Wilfried Martens sagte, helfen, die Verfassung in Europa durchzubringen, und zwar eine Verfassung, die auf christlichen Grundwerten beruht. Ich möchte dafür sorgen, dass Europapolitik von Deutschland aus wieder so betrieben wird, dass sie Europa insgesamt etwas bringt. Ich war in den letzten Tagen in Kiew und habe dort mit Erstaunen festgestellt, dass Herr Putin, der von dem Bundeskanzler als lupenreiner Demokrat dargestellt wird, gegen den Freiheitswillen eines Volkes vorgeht. Wir müssen deutlich machen, dass wir Deutschen – das ist unsere Lehre von 1989 – immer aufseiten der Völker stehen, die für ihre Freiheit kämpfen. Das sollten wir auch hier als CDU deutlich machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht,** Tagungspräsidium: Danke, Elmar Brok. – Das Wort hat Frau Emine Demirbükten-Wegner.

**Emine Demirbükten-Wegner:** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Emine Demirbükten-Wegner. Ich bin 43 Jahre alt, verheiratet und Mutter einer kleinen Tochter. Ich bin im Bezirk Tempelhof-Schöneberg von Berlin seit 16 Jahren Integrationsbeauftragte. Insoweit ist die in den letzten Tagen und Wochen in Deutschland geführte Diskussion um die gesellschaftliche und soziale Integration der Zugewanderten in Deutschland für mich tägliches Brot, berufliche Herausforderung und politisches Ärgernis. Sie ist deshalb ein Ärgernis, weil ich heute mit wahrlich großer Verwunderung feststellen muss, dass aus der linken und pseudolinken Ecke unserer politischen Bühne zwischenzeitlich Parolen skandiert werden, für die wir in der Union noch vor wenigen Monaten, ja sogar Wochen als ausländerfeindlich, als integrationsunwillig und als den gesellschaftlichen Frieden gefährdend eingestuft wurden.

(Teilweise Beifall)

Wenn man die rigorose Ausweisung von Hasspredigern forderte, dann galt man als Unrechtsmensch. Wenn man das Kopftuchverbot ohne Wenn und Aber forderte, dann galt man als intolerant. Wenn man einen vom Staat in den Inhalten wie auch im Lehrpersonal bestimmten verbindlichen Religionsunterricht einforderte, dann galt man als Ewiggestriger. Wenn man das eindeutige Eintreten für unser Grundgesetz und dessen Werte bei Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit verlangte, galt man als autoritär.

Heute hängen die Linken ihr Fähnchen in den Wind der öffentlichen Meinung und reklamieren die Ideen und Forderungen der Union, unsere Ideen, für ihre eigenen Ideen. Dies ist ein weiteres Täuschungsmanöver der die jetzige, rot-grüne Bundesregierung tragenden politischen

Klasse. Darin hat man ja eigentlich Erfahrung, wie die verlogene Debatte der Schröder-Regierung zum Türkeibeitritt zeigt. Jedermann weiß, dass die Europäische Union nicht aufnahmefähig ist. Wir kämpfen heute wirtschaftlich, arbeitsmarkttechnisch und insbesondere finanziell mit der gerade erfolgten Erweiterung um die zehn Staaten Osteuropas. Wir haben den Beitritt Bulgariens und Rumäniens vor uns. Der übrige Balkan wird ebenfalls in die EU drängen. Doch Schröder und Fischer machen strategische Spielchen mit der Türkei auf Kosten der Gutgläubigkeit der betroffenen Menschen und zulasten einer seriösen und belastbaren Außenpolitik. Man kann damit vielleicht Zehntausende von Wählerstimmen holen, man versündigt sich aber an unseren nachfolgenden Generationen.

(Vereinzelt Beifall)

Mein Vater ist mit seiner Familie Mitte der 60er-Jahre aus der Türkei in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Er hoffte auf Arbeit, ein wenig Wohlstand und eine gute Schul- und Ausbildung für seine Kinder. Er hat dafür auch bis zum letzten Tag der möglichen Lebensarbeitszeit gearbeitet. Seine Hoffnung wurde nicht enttäuscht. Vor Ihnen steht eine türkischstämmige Deutsche, die der deutschen Gesellschaft und dem deutschen Staat und ihrer Heimatstadt Berlin unendlich dankbar dafür ist, was sie, ihre Eltern und ihre Geschwister an Chancen nutzen konnten und an Leistung erhalten haben.

Ich möchte Ihnen mit meiner Arbeit im Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, meiner politischen Heimat, gerne etwas davon zurückgeben und bitte um Ihr Vertrauen. – Danke.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als Nächste stellt sich Regina van Dinther vor. Ich darf noch einmal an die Redezeit erinnern.

**Regina van Dinther:** Meine Damen und Herren! Mein Name ist Regina van Dinther. Ich bin 46 Jahre alt. Ich komme aus dem Ruhrgebiet und lebe in Hattingen. Ich bin verheiratet; wir haben zwei Kinder, sie sind 12 und 14 Jahre alt.

Ich bin von Beruf Diplom-Ingenieurin und habe als solche zehn Jahre gearbeitet, bevor ich vor 15 Jahren in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt wurde. Vor zwei Jahren haben Sie mich in den Bundesvorstand der CDU Deutschlands gewählt. Ich habe mitgewirkt in der Kommission „CDU Bürgerpartei“ und beim Bundesfachausschuss „Gesellschaftspolitik“. Gesellschaftspolitik ist meine Schwerpunktaufgabe. Ich passe auch immer ein bisschen auf, dass die CDU Beschlüsse fasst, die sich positiv auf die Frauen in diesem Lande auswirken. Das möchte ich auch weiterhin machen. Ich bitte um Ihr Vertrauen. – Danke schön.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als Nächste hat Tanja Gönner zur Vorstellung das Wort.

**Tanja Gönner:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Tanja Gönner. Ich bin 35 Jahre alt und komme, wie man unschwer erkennen kann, aus dem südlichen Teil des Landes Baden-Württemberg.

Von der Ausbildung her bin ich Diplom-Rechtspflegerin und Rechtsanwältin. Ich war spezialisiert auf den Bereich des Insolvenzrechts. In diesem Beruf war ich fünf Jahre tätig, bevor ich im Jahr 2002 als Abgeordnete des Wahlkreises Zollernalb-Sigmaringen direkt in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Im Juli dieses Jahres hat mich der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg zur Sozialministerin berufen.

Ich würde mich freuen, wenn ich – ich arbeite seit dem Jahr 2000 im Bundesvorstand – weitere zwei Jahre im Bundesvorstand mitarbeiten dürfte, um die Erfahrungen, die ich in meiner beruflichen Zeit insbesondere mit denen gemacht habe, die von Insolvenzen betroffen waren, die sich plötzlich in einer schwierigen Lage befanden und für die es wichtig ist, dass wir deren Situation in den Diskussionen über die notwendigen Veränderungen berücksichtigen, einbringen. Deswegen bitte ich um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Ich bitte jetzt Frau Dr. Regina Görner um Vorstellung.

**Dr. Regina Görner:** Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich bin Regina Görner aus Saarlouis. Ich bin 54 Jahre alt. Ich komme aus der christlich-sozialen Bewegung, war lange Zeit im Bundesvorstand der CDA.

Ich bin von der Ausbildung her Geschichtswissenschaftlerin, von Beruf Gewerkschaftssekretärin. Ich habe eine ganze Zeit dem geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes angehört. In der letzten Legislaturperiode war ich Sozialministerin im Saarland im Kabinett von Peter Müller. Ich würde gern weiter im Bundesvorstand arbeiten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort zur Vorstellung hat jetzt Massoud Habibi.

**Massoud Habibi:** Sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte mich ganz kurz vorstellen: Massoud Habibi heiße ich. Ich bin in Teheran, in Persien, geboren. 1972 bin ich zwecks Studiums nach Europa gekommen. Nach erfolgreichem Studium habe ich mich 1978 als selbstständiger Architekt nieder-

gelassen; heute habe ich circa 20 Mitarbeiter. Ich bin verheiratet mit einer Katholikin, die aus der wunderschönen Pfalz stammt. Wir haben zwei gemeinsame Kinder; sie sind 10 und 13 Jahre alt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin Moslem. Wir haben diesbezüglich keinerlei Probleme. Das beweist, dass Integration möglich ist, wenn man es will.

Ich habe dieses Land lieben gelernt; heute ist es meine neue Heimat. Meine Hobbys – besser gesagt: Leidenschaften – sind Kunst und Politik.

Ich bin seit 1988 Mitglied der CDU. Seit neun Jahren bin ich der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung Donnersberg-Kreis. Seit sieben Jahren bin ich im Gemeindeverband Vorsitzender der CDU Winnweiler.

Ich bin froh und glücklich, dass ich in diesem freien Land leben darf, in einem Land, das eine so großartige Verfassung hat. Die Christen müssen in moslemischen Ländern die deutsche Kultur respektieren. Das muss selbstverständlich auch umgekehrt gelten.

Bei der Bürgermeisterurwahl in der Region, in der ich die Verantwortung trage, habe ich die CDU von 29 Prozent auf 49,999 Prozent gebracht.

(Beifall)

Mein Ziel ist es, für die CDU zu kämpfen. Das Kämpfen allein ist nicht wichtig. Wichtiger ist es, mit wem man kämpft und warum man kämpft. Ich möchte mit Ihnen gemeinsam für die christlich-demokratischen Werte kämpfen. Daher bin ich stolz, ein CDULer zu sein.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Habibi. – Es hat jetzt das Wort zur Vorstellung Peter Jacoby.

**Peter Jacoby:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich heiße Peter Jacoby, bin 53 Jahre alt und komme aus Saarbrücken. Ich bin dort seit zehn Jahren Kreisvorsitzender und gehöre seit fünf Jahren der saarländischen Landesregierung als Finanzminister an.

Manchmal wird gesagt, das Amt des Finanzministers sei in der heutigen Zeit ein schwieriges Amt. Aber ich will sagen: Unter der Voraussetzung, dass sich eine Regierung als Team versteht, sich gemeinsam den Herausforderungen stellt und auch vor unpopulären Entscheidungen nicht zurückschreckt, ist es gar nicht so schwer. Ich finde, auf dem Weg in Richtung 2006, auf dem Weg der CDU Deutschlands aus der Opposition in die Regierungsverantwortung ist es wichtig, dass wir in der Lage sind, auf Landesregierungen zu verweisen, die demonstrieren, wie es gehen kann.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es gut, dass es Landesregierungen gibt, die den Strukturwandel gestalten. Es ist gut, dass es Landesregierungen gibt, die sich den Herausforderungen der Demographie stellen. Es ist gut, dass es Landesregierungen gibt, die sparen, investieren und reformieren. Wenn diese Landesregierungen dann noch in der Lage sind, Wahlen zu gewinnen, wie es uns im Saarland mit Peter Müller und der Unterstützung des gesamten Landesverbandes vor wenigen Wochen gelungen ist, dann, denke ich, sind das gute Beispiele für die CDU Deutschlands auf dem Weg nach 2006.

Das alles will ich in den Bundesvorstand einbringen. Ich bitte um Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Es stellt sich jetzt Dr. Franz Josef Jung vor.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Franz Josef Jung:** Liebe Freunde! Mein Name ist Franz Josef Jung. Ich bin 55 Jahre alt, davon 32 Jahre glücklich verheiratet und habe drei Kinder. Ich bin Rechtsanwalt und Notar und bin Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Hessen sowie Vorsitzender des bürgerlichen Freundeskreises im ZDF-Fernsehrat.

Liebe Freunde, ich habe die Kommission „Wachstum in neuen Erwerbsstrukturen“ für den Bundesvorstand geleitet. Das dort erarbeitete Papier ist wesentliche Grundlage des Leitantes, den wir morgen beraten werden.

Meine Freunde, ich möchte meinen Beitrag dafür leisten, dass wir mit einer klaren Konzeption, einer mutigen Position und mit Geschlossenheit diese rot-grüne Bundesregierung ablösen. Dies wäre das beste Konjunkturprogramm für Deutschland. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Jung. – Es hat jetzt Dr. Eckart von Klaeden das Wort zur Vorstellung.

**Eckart von Klaeden:** Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich heiße Eckart von Klaeden, bin 39 Jahre alt und verheiratet. Wir haben eine Tochter. Ich bin von Beruf Rechtsanwalt. Zu Hause bin ich Kreisvorsitzender der CDU und in Berlin Parlamentarischer Geschäftsführer. In dieser Funktion bin ich für die Untersuchungsausschüsse zuständig und widme dem politischen Gegner besondere Aufmerksamkeit.

Dabei ist immer wieder auffallend, mit welcher Skrupellosigkeit Rot-Grün vorgeht, wenn es um die Durchsetzung der eigenen Interessen geht. Ich erinnere nur an den mehrfachen Bruch des

Maastricht-Vertrages, an den Bruch des Schengen-Abkommens durch Visamissbrauch und schließlich – ich finde, das ist viel zu sehr in Vergessenheit geraten – an den Verfassungsbruch durch Drehbuch durch Klaus Wowereit im Bundesrat, als es um die erste Abstimmung zum Zuwanderungsgesetz gegangen ist. Diese Skrupellosigkeit bei der Durchsetzung der eigenen Interessen hat zur Folge, dass vor uns eine harte und scharfe Auseinandersetzung bis zur Bundestagswahl 2006 liegt. In dieser Auseinandersetzung kann ich, glaube ich, im Bundesvorstand einen nützlichen Beitrag leisten. Ich bitte deswegen um Ihr Vertrauen.

Zum Abschluss noch eine persönliche Bemerkung: Den Dokortitel vor meinem Namen müssen Sie leider streichen. Aber wenn Sie nach dem Namen ein Kreuz machen, dann danke ich Ihnen herzlich.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Kläden. – Jetzt Frau Maria Michalk.

**Maria Michalk**: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Maria Michalk. Ich bin katholisch und seit 32 Jahren verheiratet. Wir haben gemeinsam drei Kinder. Aus dieser Erfahrung weiß ich, dass wir die Herausforderungen unserer Zeit nur meistern werden, wenn wir die Familienpolitik tatsächlich in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen, weil davon alle anderen Politikfelder profitieren.

Beruflich bin ich in der Betriebswirtschaft zu Hause und heute Bundestagsabgeordnete. Persönlich bin ich in der zweisprachigen Oberlausitz zu Hause, einer Region, wo wir seit vielen Jahren intensive Kontakte nach Polen und Tschechien pflegen. Dies ist eine Sache, die wir auch als Partei verstärken müssen. Aus dieser Erfahrung wünsche ich mir, dass wir gemeinsam die Integration schaffen. Wenn ich von Zweisprachigkeit rede, dann meine ich nicht „Denglisch“, das ich auch heute hier überall gehört habe, sondern das Deutsch-Sorbische, das es zu erhalten gilt, weil es dies nur einmal auf dieser Welt gibt.

Apropos Welt: Sie haben heute Morgen gehört, dass ich heute vor genau 55 Jahren auf diese Welt gekommen bin. Wenn Sie mir ein Geschenk machen wollen, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Stimme geben. – Ich bedanke mich für Ihr Vertrauen.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Maria Michalk. – Es hat jetzt das Wort zur Vorstellung Dr. Friedbert Pflüger.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Friedbert Pflüger:** Mein Name ist Friedbert Pflüger. Ich bin 49 Jahre alt. Ich bin außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Stellvertretender Vorsitzender der CDU in Niedersachsen.

Es gilt für uns, in der Außenpolitik Kurs zu halten, auch wenn das nicht immer populär ist. Wir haben die Tradition von Konrad Adenauer und Helmut Kohl. Diese Tradition lautet: Die europäische Einigung und das transatlantische Bündnis sind die Säulen unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Das müssen wir erhalten.

(Beifall)

Gerhard Schröder ist immer wieder sehr gerne bereit, ein offenes Wort an die Adresse Amerikas zu richten. Er sagt, unter Freunden müsse ein offenes Wort möglich sein. Das ist eine Binsenwahrheit. Auch für uns bedeutet ein gutes Verhältnis zu Amerika nicht Gefolgschaft. Aber es bedeutet Partnerschaft. Wir wünschen uns von Herrn Schröder gelegentlich auch ein offenes Wort gegenüber Putin, Russland und der dortigen Politik.

(Beifall)

Erlauben Sie mir eine persönliche Anmerkung: Für mich persönlich war in den letzten Monaten das Wichtigste, dass ich Vater eines inzwischen vier Monate alten Sohnes geworden bin. Das ist ein großes Geschenk. Wenn wir über unsere Politik für die Zukunft reden, dann gewinnt das für jemanden, der Vater geworden ist, eine ganz persönliche und praktische Bedeutung. – Ich danke Ihnen und bitte Sie um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht,** Tagungspräsidium: Danke, Friedbert Pflüger. – Es stellt sich jetzt Frau Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl vor.

**Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl:** Vielen Dank, Frau Tagungspräsidentin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wie Sie hören, bin ich nicht in Deutschland geboren. Ich bin geborene Belgierin und seit 26 Jahren eingebürgerte Deutsche mit einer Staatsbürgerschaft. Eigentlich bin ich hierher gekommen, um zu studieren. Aber aus Liebe bin ich dann hier hängen geblieben. Wir sind glückliche Eltern von jetzt vier erwachsenen Kindern.

Ich möchte für Sie, für uns alle, für die gemeinsame Sache und für den Sieg in 2006 weiter im Bundesvorstand mitarbeiten. Sie haben mir das letzte Mal so toll Ihr Vertrauen bewiesen. Ich möchte Sie wieder um so viel Vertrauen bitten. Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen! Wir können es schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Frau Dr. Quisthoudt-Rowohl. – Es hat jetzt Peter Rauen das Wort.

**Peter Rauen:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin 59 Jahre alt, davon 39 Jahre verheiratet und habe zwei erwachsene Söhne. Im Deutschen Bundestag bin ich seit 1987. Ich bin zu Hause Vorsitzender der CDU des Bezirkes Trier und seit acht Jahren Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung von CDU und CSU.

Meine Damen und Herren, ich finde, wenn ein Berufsstand in Deutschland den politischen Wechsel von Rot-Grün hin zu einer besseren Regierung braucht, dann ist es der Mittelstand. Er stellt mittlerweile 80 Prozent der ordentlichen Arbeitsplätze. Ich kenne aus eigenem Erleben – ich habe 39 Jahre einen Betrieb geführt und helfe zurzeit meinen Söhnen, die auch selbstständig sind – den Kampf um Aufträge und um Finanzierungen.

Wir brauchen diesen Wechsel dringend im Interesse des Mittelstandes, der der Jobmotor in Deutschland ist. Bitte helfen Sie alle mit! Ich finde, wir sind als Union mit dem, was wir in Leipzig begonnen haben und was wir jetzt als Antrag verabschieden, auf einem guten Wege. Das ist ein Quantensprung. Es bietet bessere Voraussetzungen für Wachstum, Arbeit und den Mittelstand in Deutschland. Ich würde gerne weiter an diesem Meinungsbildungsprozess in der Partei teilhaben. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Peter Rauen. – Es stellt sich jetzt Frau Katherina Reiche vor.

**Katherina Reiche:** Meine Damen und Herren! Katherina Reiche, 31 Jahre alt, verheiratet, zwei Töchter. Ich bin in der Bundestagsfraktion Sprecherin für Bildung und Forschung und möchte auch weiterhin einen Beitrag dazu leisten, dass die Forschungspolitik der Union attraktiv bleibt. Nicht umsonst sind Bildung und Forschung ein Herzstück der Politik der Union. Ich komme aus Potsdam. Nicht nur dort kümmere ich mich um die Anliegen von Kindern und Familien. Von Martin Luther stammt der Ausspruch: Wer Kinder sieht, der schaut dem lieben Gott bei der Arbeit zu. – Ich würde mir wünschen, dass wir in Deutschland wieder ein bisschen mehr zu schauen haben. In diesem Sinne bitte ich um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Katherina Reiche. – Es stellt sich Andreas Renner vor.

**Andreas Renner:** Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Andreas Renner, ich bin 45 Jahre alt, verheiratet, komme aus Baden-Württemberg, bin seit 1993 Oberbürgermeister der Stadt Singen und bin 2001 mit 81,5 Prozent der abgegebenen Stimmen wiedergewählt worden.

Ich gehöre dem Bundesvorstand seit vielen Jahren an und habe immer die kommunalen Interessen vertreten. Ich habe mitgearbeitet im Arbeitskreis „Große Städte“, bin in der gemeinsamen Kommission von CDU und CSU zur Reform der Gewerbesteuer und möchte natürlich diese kommunalen Interessen auch und gerade im kommenden Bundestagswahlkampf vertreten. Rot-Grün kennt die Ebene der Kommunen nicht mehr. Umso wichtiger ist es, dass wir als CDU deutlich machen, dass die Keimzelle des Staates in der Kommune liegt. Deshalb möchte ich Sie bitten, mir auch heute Ihr Vertrauen zu schenken, damit ich diese Interessen im Bundesvorstand weiterhin vertreten kann.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Andreas Renner. – Es hat jetzt Jürgen Scharf das Wort zur Vorstellung.

**Jürgen Scharf**: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Jürgen Scharf, ich bin 52 Jahre, verheiratet, habe ein Kind und komme aus Sachsen-Anhalt. Vor vier Jahren hätte ich meine Vorstellung so nicht begonnen; aber Sachsen-Anhalt ist unter Professor Böhmer wieder in die Reihe der geachteten Bundesländer zurückgekehrt.

(Beifall)

Unter dieser neuen Regierung durfte ich als Fraktionsvorsitzender mitwirken. Ich hoffe, das wird auch so bleiben. Die Kennziffern belegen, dass wir ein gutes Stück vorangekommen sind. Das soll auch so bleiben. Sachsen-Anhalt agiert geschlossen. Das ist ein Wert, den wir in der CDU sehr hoch halten. Ich denke, wir haben uns da taktisch und strategisch klug verhalten.

Zu meiner Person: 1989 habe ich mich im Rahmen der friedlichen Revolution zunächst darum gekümmert, auch unseren Betrieb in die Marktwirtschaft zu führen. Das ist gelungen. Es gibt ihn bis heute als ein Institut auf dem Gebiet der Lacke- und Farbenwirtschaft. Was mir an dieser Stelle auch wichtig ist: Man konnte der Belegschaft zeigen, dass die Interessen der Geschäftsführung, die die Betriebe vernünftig zu führen haben, wirtschaftliche Effektivität und das Ausräumen der legitimen Interessen der Beschäftigten durchaus zusammengehen. Ich glaube, das ist Teil des Geheimnisses, das wir in der Volkspartei pflegen müssen: Wir müssen es schaffen, die Menschen auf dem schwierigen Weg in die Soziale Marktwirtschaft mitzunehmen, insbesondere unter den noch nicht so befriedigenden Bedingungen in den neuen Bundesländern. Das geht! Hier will ich mein Wissen weiterhin einsetzen.

Als einziger Kandidat aus Sachsen-Anhalt möchte ich als Mitglied im Bundesvorstand gerne das Scharnier zur Bundesebene darstellen. Das ist bei uns so verabredet. Ich denke, ich kann diese Arbeit leisten.

Meine Damen und Herren, Werte sind wichtig. Deshalb habe ich mich Anfang der 60er-Jahre für einen evangelischen Arbeitskreis in Sachsen-Anhalt eingesetzt. Diesen führe ich seit jener Zeit. Wir haben heute bei der ökumenischen Morgenandacht sehr schön gehört, was einem Volk passieren kann, dessen Führer nicht mehr auf Gott horcht, will ich an dieser Stelle ganz bewusst sagen. Ich frage: Was passiert einem Volk, in dem nicht mehr genügend Menschen nach Gott fragen, nach Gott suchen? Ich möchte mich dafür einsetzen, dass dieses Suchen, dieses Fragen nicht verloren geht. Ich denke, das ist wichtig. Da haben wir als CDU eine wichtige Aufgabe. Daran möchte ich im Bundesvorstand gerne mitwirken. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Jürgen Scharf. – Das Wort hat Frau Erika Steinbach.

**Erika Steinbach**: Einen schönen guten Abend, liebe Freunde! Ich bin Erika Steinbach, Jahrgang 1943, seit mehr als 32 Jahren verheiratet und ein wandelndes Beispiel für lebenslanges Lernen. Ich habe meine Brötchen mit der Violine im Sinfonieorchester verdient, ich bin Diplom-Verwaltungswirtin und ich habe als Informatikerin die hessischen Bibliotheken automatisiert. Seit 1974 gehöre ich der CDU an, war 13 Jahre lang Kommunalpolitikerin, bin seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 1998 Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, eines Verbandes mit mehr als 2 Millionen Mitgliedern. Ich bin der CDU dankbar, dass sie von Anfang an an der Seite der deutschen Heimatvertriebenen gestanden hat und noch steht. Das ist ungewöhnlich; sie ist die einzige Partei. Seit vier Jahren gehöre ich dem Bundesvorstand an. Ich bitte um Ihr Vertrauen, auch im Interesse der vielen Menschen. – Danke.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Frau Steinbach. – Zur Vorstellung hat Arnold Vaatz das Wort.

**Arnold Vaatz**: Liebe Freunde! Mein Name ist Arnold Vaatz, ich bin 49 Jahre alt, habe vier Kinder und bin verheiratet. Seit 1990 bin ich in der sächsischen Politik. Bis 1998 war ich sächsischer Umweltminister, dann bin ich in die Bundespolitik gegangen und bin heute stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher der ostdeutschen Abgeordneten. Mein Ziel ist es, darauf hinzuwirken, dass die deutsche Einheit Herzensache bleibt und nicht zu einem rein arithmetischen Vorgang verkümmert. Ich arbeite in zwei Richtungen: Zum einen in die Richtung, dass ich unseren Kollegen immer wieder sage, dass wir die große Solidarität der Westdeutschen beim Aufbau Ostdeutschlands niemals vergessen dürfen, dass wir sie immer als ein wertvolles Gut würdigen müssen, zum anderen in die Richtung, dass ich den Westdeutschen sage, dass unsere Beschädigungen aus der Zeit der DDR wesentlich tiefer und nachhaltiger waren, als wir alle uns das vor zehn oder 15 Jahren vorstellen konnten, und dass wir noch sehr viel Geduld aufbringen

müssen, um tatsächlich zu einer wirklichen Einheit zu verschmelzen. Ich will im nächsten und im übernächsten Jahr dafür sorgen, dass unsere guten Konzeptionen für den Aufbau in Ostdeutschland dort so wahrgenommen werden, dass wir die nächsten Wahlen mit Angela Merkel an der Spitze auch in Ostdeutschland gewinnen werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Vaatz. – Ich darf jetzt das Wort zur Vorstellung von Professor Dr. Bernhard Vogel geben.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Bernhard Vogel**: Liebe Frau Präsidentin Lieberknecht! Liebe Delegierte! Mein Name ist Bernhard Vogel, ich bin 1932 geboren. Die meisten von Ihnen wissen, was ich die letzten Jahre gemacht habe. Ich bin aber nach wie vor stolz darauf, dass das alles mit meiner Funktion als Beisitzer im Ortsverband Heidelberg-Rohrbach begonnen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn Sie meinen, es könne nützlich sein, dass ich im neuen Bundesvorstand mitarbeite, und ich könne etwas dazu beitragen, dass wir unser Ziel 2006 erreichen, dann bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Herr Dr. Vogel. – Ich darf jetzt das Wort zur Vorstellung an Frau Angelika Volquartz geben.

(Beifall)

**Angelika Volquartz**: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Delegierte! Ich heiße Angelika Volquartz, bin 58 Jahre alt, verheiratet und habe eine erwachsene Tochter. Der Schwerpunkt meiner politischen Arbeit ist die Bildungspolitik gewesen. Dafür habe ich auch einige Jahre im Deutschen Bundestag mitgestritten. Im letzten Jahr bin ich dann mit fast 60 Prozent der Stimmen zur Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel gewählt worden.

(Beifall)

Ich habe nach 57 Jahren die rote Hochburg geknackt.

(Beifall)

Jetzt gilt meine Arbeit den Kommunen. Ich möchte gern im Bundesvorstand weiter arbeiten. Bitte geben Sie mir Ihr Vertrauen, damit wir aus Düsseldorf Rückenwind für unsere Landtagswahl im Februar nächsten Jahres bekommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Frau Volquartz. – Es hat jetzt das Wort zur Vorstellung Matthias Wissmann.

**Matthias Wissmann:** Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin Matthias Wissmann, 55 Jahre alt, stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg und Vorsitzender des Europaausschusses des Deutschen Bundestages. Es gibt zwei Themen, zu denen ich auch im kommenden Bundesvorstand mit anderen einen Beitrag leisten möchte, wenn Sie mir Ihr Vertrauen geben. Das eine Thema ist die Wirtschaftspolitik. Das Vertrauen in die Union wird entscheidend davon abhängen, dass wir unsere Kompetenz in der Wirtschaftspolitik halten und stärken.

Das zweite Thema ist Europa. Meine lieben Freunde, ich will es ganz offen sagen, ich bin stolz darauf, das Glück gehabt zu haben, der Regierung Kohl angehört zu haben, die wie keine andere in Europa die Sache Europas vorangebracht hat. Diese große Tradition Helmut Kohls, nach vorne gerichtet und nicht nationalistisch Europapolitik zu betreiben, müssen wir mit Angela Merkel in derselben Weise gemeinsam fortführen.

Ich glaube, unser Engagement für diese beiden Themen lohnt sich. Ich bitte Sie sehr um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Matthias Wissmann. – Es hat jetzt das Wort zur Vorstellung Frau Barbara von Wnuk-Lipinski.

**Barbara von Wnuk-Lipinski:** Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Wenn man so wie ich am Ende eines Alphabets steht, ist man damit gut bedient, die Geduld der Delegierten nicht überzustrapazieren. Deswegen fasse ich mich kurz. Mein Name Barbara von Wnuk-Lipinski, ich bin 28 Jahre alt, habe katholische Theologie studiert und schreibe jetzt an meiner Doktorarbeit. Ich bewerbe mich für zwei weitere Jahre um ein Mandat im Bundesvorstand der CDU und möchte meine bildungspolitische Arbeit fortführen. Ich habe mich für ein umfassendes Studiengebührenkonzept eingesetzt, ein erweitertes Stipendiensystem und vor allem kämpfe ich für Leistungs- und gegen Herkunftseliten. Da mein Name so klingt wie ein Polterabend der Konsonanten, möchte ich Sie bitten, Ihr Kreuzchen bei der Nummer 24 zu machen, sofern Sie mir Ihr Vertrauen schenken. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Barbara von Wnuk-Lipinski. – Ich darf jetzt das Wort zur Vorstellung an Karin Wolff geben.

**Karin Wolff:** Liebe Freunde! Mein Name ist Karin Wolff, ich bin 45 Jahre alt und jetzt fünfeinhalb Jahre Kultusministerin in Hessen. So hatte ich das Vergnügen, dass ich etliches von dem, was wir im morgigen Leitantrag beschließen wollen, in Hessen schon einmal erproben und durchführen konnte. All dies – ob das die Sprachkurse für Kinder nichtdeutscher Herkunft sind, ob das der gemeinsam mit dem Sozialministerium aufgestellte Bildungs- und Erziehungsplan von der Geburt bis zum zehnten Lebensjahr ist oder auch die Einführung verbindlicher Haupt- und Real-schulabschlüsse sowie von Vergleichsarbeiten – betreiben wir, wie ich glaube, nicht ohne Erfolg. Das verleitet mich dazu, mich auch im Bundesvorstand ein wenig bildungspolitisch zu engagieren. Ich bin deswegen vor einigen Monaten zur Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Bildung und Weiterbildung berufen worden.

Bei mir ist allerdings auch ein zweites Standbein vorhanden, nämlich die kirchliche Arbeit im Bereich der hessischen Landeskirche und in der Kammer Bildung und Erziehung der Evangelischen Kirche in Deutschland. Ich denke, auf diesen beiden Beinen steht es sich ganz gut. Deswegen würde ich auch ganz gern weiter im Bundesvorstand arbeiten, wenn Sie dem zustimmen können.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht,** Tagungspräsidium: Danke, Karin Wolff. – Es hat jetzt das Wort zur Vorstellung Frau Elke Wülfing.

**Elke Wülfing:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Elke Wülfing, ich bin 57 Jahre alt und habe drei Kinder und zweieinviertel Enkelkinder. Verheiratet bin ich mit einem westfälischen Textilunternehmer, dem nicht nur jeden Tag der harte globale Wettbewerb ins Gesicht weht, sondern der sich ständig ärgern muss über das Steuerchaos, das diese rot-grüne Bundesregierung angerichtet hat. Ich möchte deswegen nicht nur im Deutschen Bundestag und in dessen Finanzausschuss, sondern auch im Bundesvorstand mit dafür sorgen, dass es in Deutschland endlich wieder ein vernünftiges Unternehmenssteuerrecht gibt, für das auch Friedrich Merz arbeitet. Wenn Sie möchten, dass ich hier mitarbeite, bitte ich um Ihre Stimme. – Vielen Dank.

**Christine Lieberknecht,** Tagungspräsidium: Danke, Elke Wülfing. – Es hat jetzt das Wort zur Vorstellung Hendrik Wüst.

(Vereinzelt Beifall)

**Hendrik Wüst:** Verehrte Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin Hendrik Wüst, 29 Jahre alt und von Beruf Rechtsanwalt. Ich arbeite seit zwei Jahren gerne im Bundesvorstand mit. Ich bin seit vier Jahren Landesvorsitzender der Jungen Union hier in Nordrhein-Westfalen und für die Landtagswahl im kommenden Mai kandidiere ich auf einem Direktmandat in einem Wahlkreis meiner Heimat Münsterland. Ich würde mich riesig freuen,

wenn Sie mir am heutigen Tag dafür Ihre Unterstützung und damit Rückenwind geben würden. Ich bitte um Ihre Stimme.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Hendrik Wüst. – Den Reigen der Kandidatenvorstellungen beschließt Professor Dr. Otto Wulff.

**Prof. Dr. Otto Wulff**: Frau Präsidentin! Meine lieben Freundinnen und Freunde! Ich heiße Otto Wulff, bin Jahrgang 1933, verheiratet, habe zwei Kinder und bin im nächsten Monat 52 Jahre Mitglied unserer stolzen CDU.

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, 20 Millionen Menschen in Deutschland sind älter als 60 Jahre. Meine Aufgabe als Vorsitzender der Senioren Union besteht darin, gerade die Älteren an unsere Partei zu binden und bei ihnen um Vertrauen zu werben. Die Älteren draußen im Lande sollen wissen, dass die Union eine Partei von Jung und Alt ist und dass die Partei von Geschlossenheit geprägt ist, die der Anfang zum Erfolg ist. Das sollten wir immer vor Augen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, mein Beitrag ist, den Älteren draußen im Lande zu sagen, dass wir sie fordern werden, dass sie nicht beiseite stehen, dass wir sie nicht im Regen stehen lassen, dass wir nicht zulassen, dass sie diskriminiert werden. Das sage ich insbesondere vor dem Hintergrund, dass unter dieser Bundesregierung eine Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt stattfindet, denn nur noch ein Drittel der 55- bis 65-Jährigen ist in Arbeit. Das ist ein Skandal; diesen Zustand werden wir nach den nächsten Wahlen beenden.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, ich möchte Sie herzlich bitten, mir bei meiner Arbeit bei der großen Gruppe unserer älteren Bürger zu helfen. Ich bekenne mich offen zu meinem Alter und bin stolz darauf, zur älteren Generation zu gehören. Vielleicht sollte diese Gesellschaft auch einmal wieder an das denken, was Konrad Adenauer gesagt hat, nämlich dass in dieser Gesellschaft, wenn die Politik Erfolg haben will, die Mitarbeit der Großmütter und der Großväter nötig ist und gebraucht wird.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb bitte ich Sie, meine Damen und Herren, um Ihr Vertrauen. Geben Sie mir die Chance, insbesondere für die ältere Generation in der Union zu werben und dafür zu sorgen, dass wir bei den nächsten Wahlen die gleiche Zustimmung bei der älteren Generation erreichen werden, wie das bislang der Fall gewesen ist. – Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Professor Dr. Otto Wulff!

Ich danke noch einmal allen 28 Kandidatinnen und Kandidaten für die recht zügige Vorstellung.

Bevor wir zum Wahlgang kommen, kehren wir zu Punkt 14.4 der Tagesordnung – Wahl der weiteren 7 Mitglieder des Präsidiums – zurück.

Ich darf dazu unserem Tagungspräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers das Wort geben.

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde! Ich gebe das Ergebnis der Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums bekannt.

Abgegebene Stimmen: 965. Ungültige Stimmen: o. Enthaltungen: o. Gültige Stimmen: 965. Die erforderliche Mehrheit beträgt 483 Stimmen.

Als Präsidiumsmitglieder wurden gewählt: Wolfgang Schäuble mit 853 Stimmen sprich 88,39 Prozent,

(Beifall)

Karl-Josef Laumann mit 809 Stimmen sprich 83,83 Prozent,

(Beifall)

Dagmar Schipanski mit 708 Stimmen sprich 73,37 Prozent,

(Beifall)

Hildegard Müller mit 705 Stimmen sprich 73,06 Prozent,

(Beifall)

Roland Koch mit 699 Stimmen sprich 72,44 Prozent

(Beifall)

und Jörg Schönbohm mit 657 Stimmen sprich 68,08 Prozent.

(Beifall)

Nicht gewählt wurde Hermann-Josef Arentz mit 326 Stimmen sprich 33,78 Prozent.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit müssen wir einen weiteren Wahlgang durchführen.

Es gibt eine Wortmeldung von Hermann-Josef Arentz.

**Hermann-Josef Arentz**: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich akzeptiere das Ergebnis des ersten Wahlgangs. Für einen zweiten Wahlgang stehe ich nicht zur Verfügung.

Ich schlage Ihnen für den zweiten Wahlgang Ursula von der Leyen als Kandidatin vor, eine, wie ich finde, exzellente Sozialministerin in Niedersachsen aus unseren Reihen, eine Frau, die auch Mitglied der CDU-Sozialausschüsse ist. Sie ist eine Klasse-Kandidatin. Meine herzliche Bitte: Geben Sie ihr ein gutes Ergebnis! – Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Danke schön, Hermann-Josef Arentz!

Gibt es weitere Vorschläge? – Damit habe ich indirekt gesagt, dass die Möglichkeit eröffnet worden ist, Vorschläge zu machen, wenn Sie nicht widersprechen. – Das ist nicht der Fall.

Dann gebe ich Frau von der Leyen die Gelegenheit zur Vorstellung.

**Dr. Ursula von der Leyen**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich Ihnen kurz vorstellen.

Ich bin 46 Jahre alt und verheiratet. Ich habe mit meinem Mann sieben Kinder im Alter von fünf bis 17 Jahren.

(Beifall)

Ich bin seit 1990 Mitglied der CDU. Von Beruf bin ich Ärztin. Seit 2003 bin ich Mitglied des niedersächsischen Landtages und Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit in Niedersachsen.

Ich möchte hier und jetzt gerne kandidieren, weil ich mithelfen möchte, der Sozialpolitik und der Familienpolitik einen großen Stellenwert zu geben. Ich möchte daran mitarbeiten, dass die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität, in einem starken Staat erhalten werden, in dem insbesondere junge Paare Ja zu Kindern sagen können. Denn wir schaffen den Rahmen dafür, dass sie in der Zukunft den Mut dazu haben können. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau von der Leyen!

Weitere Vorschläge gibt es nicht. Ich schlage Ihnen vor, dass wir diese Wahl jetzt mit dem blauen Stimmzettel Nummer 3 aus dem Stimmzählblock durchführen. Ich darf Sie bitten, den Stimmzettel herauszunehmen.

Sie haben die Möglichkeit, entweder den Namen von der Leyen aufzuschreiben, Ja, Nein oder Enthaltung zu schreiben. Wenn Sie gar nichts schreiben, gilt das als Enthaltung wie bei den anderen Wahlgängen.

Ich bitte Sie nun, Ihre Wahl zu treffen. Die Stimmzähler bitte ich darum, die Stimmzettel einzusammeln. Der Wahlgang ist eröffnet. – Darf ich diejenigen bitten, die ihren Stimmzettel noch nicht abgeben konnten, ihren Stimmzettel zu heben. – Im Stimmblock 2 bei den Freunden aus Hessen sind noch ein paar Stimmen einzusammeln. – Darf ich fragen, ob alle Stimmzettel eingesammelt worden sind. – Nein, dort hinten ist noch jemand. – Nun sehe ich niemanden mehr mit dem Stimmzettel wedeln. – Ich schließe den Wahlgang und bitte darum, die Stimmen aus-zuzählen.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir unmittelbar anschließend die Wahl der weiteren Beisitzer für den Bundesvorstand vornehmen, und gebe dazu das Wort an Frau Kollegin Lieberknecht ab.

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jürgen Rüttgers. – Ich rufe somit TAGESORDNUNGSPUNKT 14.5 auf:

#### WAHL DER WEITEREN 26 MITGLIEDER DES BUNDESVORSTANDS

Die Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstands erfolgt mit den großen gelben Stimmzetteln, die alle im Saal verteilt sind. Hat jeder einen Stimmzettel? – Auf diesem Stimmzettel sind die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgedruckt. Hierzu ist zu sagen, dass nach § 43 Abs. 3 des Statuts mindestens drei Viertel der zu wählenden Kandidaten, also mindestens 20, angekreuzt werden müssen. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also 26.

Ich sage es noch einmal: Die Stimmzettel sind nur gültig, wenn sie zwischen 20 und 26 Kreuze enthalten. Stimmzettel, auf denen andere Namen als die aufgedruckten hinzugefügt werden, sind ungültig. Bitte denken Sie auch daran, dass ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Stimmzähler, sobald sie zurück sind, die Stimmzettel mit den Urnen einzusammeln. Das wird jeden Moment der Fall sein.

Ich frage die Regie im Hintergrund: Ist den Stimmzählern klar, dass sie mit den Urnen gleich wieder kommen sollen? – Ja, sie kommen schon. Bitte sammeln Sie die Stimmzettel ein.

Gibt es Stimmzettel, die noch nicht eingesammelt worden sind? – Ich bitte die Mitglieder der Stimmzählkommission, noch einmal aufmerksam in den Saal zu gucken, damit alle Stimmzettel eingesammelt werden.

Sind jetzt alle Stimmzettel eingesammelt? – Fehlt noch irgendwo eine Urne? – Ja, da hinten. Die nehmen wir noch mit.

Sind immer noch Stimmzettel ohne Urne? – Nein, es sieht so aus, als ob alle eingesammelt sind. Dann kann ich diesen Wahlgang schließen. Ich gebe zurück an den Tagungspräsidenten, Jürgen Rüttgers.

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freunde! Ich schlage vor, dass wir noch ein wenig arbeiten. Zunächst einmal möchte ich Ihnen allerdings ein Kompliment machen: Sie arbeiten hier mit einer Disziplin mit, die vorbildlich ist. Ich glaube, dass man das beurteilen kann, wenn man schon seit 30 Jahren auf Parteitagen ist. Das ist ganz toll.

Deshalb habe ich jetzt den Mut, zu gar nicht so früher Stunde den TAGESORDNUNGSPUNKT 22 aufzurufen:

#### BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER SONSTIGE ANTRÄGE

Es handelt sich um die Beschlussfassung über den Antrag C 33 des Bundesvorstandes mit dem Titel „Reform der gesetzlichen Krankenversicherung – Solidarisches Gesundheitsprämien-Modell“. Sie sind damit einverstanden? – Dann gebe ich zur Einführung in den Antrag der Bundesvorsitzenden das Wort.

**Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Trotz der fortgeschrittenen Stunde bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit, weil wir, ähnlich wie es die CSU auf ihrem Parteitag gemacht hat, hier und heute auch zur Begründung der Gemeinsamkeit unserer Beschlüsse den Antrag C 33 beschließen wollen. Ich möchte Ihnen noch einmal seinen Inhalt erläutern, obwohl Sie das alles sicherlich schon häufig gehört haben.

Der Beschluss von Leipzig zur Gesundheitsprämie ist in einen Kompromiss mit unserer Schwesterpartei, der CSU, eingemündet. Ich glaube, jeder weiß, was der politische Mehrgewinn eines solchen Kompromisses ist. Denn jetzt ist es uns möglich, gemeinsam für das Gesundheitsprämien-Modell zu argumentieren und zu werben. Damit haben wir eine klare Alternative zur Bürgerzwangsversicherung. Wir haben unseren Leipziger Beschluss – das ist von der Wettbewerbsseite her das Wichtige – eins zu eins umsetzen können: Die Gesundheitsprämie, die die Krankenkassen für jeden Versicherten erhalten, ist, unabhängig von seinem Geschlecht, seinem Alter, seiner Herkunft und seinem Verdienst – das ist das eigentlich Wichtige – und sofern es sich um einen Erwachsenen handelt, gleich hoch.

Diese Variante ermöglicht es uns, dass wir den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen stärken.

Wenn heute manch einer über die Kompliziertheit des Kompromissmodells spricht, dann möchte ich nur in Erinnerung rufen, dass wir heute in Deutschland – was praktisch zur Gewohnheit geworden ist – einen Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen haben, und zwar im Wesentlichen wegen der unterschiedlichen Einkommensstrukturen. Dieser Finanzausgleich beläuft sich auf insgesamt 17 bis 18 Milliarden Euro. Das heißt zum Beispiel, zwischen den Krankenkassen in Mecklenburg-Vorpommern und den Krankenkassen in Baden-Württemberg werden erhebliche Finanzbeträge umverteilt, weil die Einkommensstruktur in Mecklenburg-Vorpommern natürlich eine völlig andere ist als die in Baden-Württemberg.

Dadurch, dass unabhängig vom Verdienst jedes Einzelnen jetzt für jeden Einzelnen der gleiche Betrag bei der Krankenkasse ankommt, ist natürlich die Möglichkeit geschaffen, dass sich dieser Risikostrukturausgleich unglaublich vereinfacht. Er wird sich in Zukunft nur noch mit der Frage befassen, wie die unterschiedlichen Krankheitsrisiken der Versicherten zu bewerten sind.

Neben dem Wettbewerb der Krankenkassen haben wir im Auge gehabt, dass wir den Sozialausgleich beim Prämienmodell auf breitere Füße stellen wollen. Das heißt, das, was heute innerhalb des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung stattfindet, soll in Zukunft über die Steuer, also durch den Steuerzahler, durchgesetzt werden. Der Vorteil ist klar: Dann sind alle an der Solidarität beteiligt, mit allen Einkommen, nicht nur die gesetzlich Krankenversicherten bis zu einem Einkommen von 3 500 Euro.

Was haben wir erreicht? Wir haben erreicht, dass von dem Sozialausgleich, der heute in einer Größenordnung von ungefähr 32 Milliarden Euro stattfindet, die Hälfte, nämlich der Betrag, den man braucht, um die Kinderprämien zu bezahlen, in Zukunft aus dem Steuersystem finanziert werden soll und dass die andere Hälfte – das ist der Sozialausgleich unter den Erwachsenen – weiterhin im GKV-System als Sozialausgleich aufgebracht wird.

An dieser Stelle muss man sagen: Der eigentliche Unterschied zwischen unserem Leipziger Modell und dem Modell, das wir jetzt als Kompromiss haben, besteht darin, dass der Arbeitgeberbeitrag nicht mehr an den Arbeitnehmer ausgezahlt wird. Der Arbeitgeberbeitrag wird vielmehr in eine Clearing-Stelle eingezahlt, und daraus wird ein Beitrag für die Gesamtprämie gebildet, nämlich der Arbeitgeberanteil an der Prämie, und der Sozialausgleich für die Erwachsenen wird daraus finanziert.

Liebe Freunde, das bedeutet: die Hälfte des Sozialausgleichs über Steuern, die andere Hälfte weiter im System.

Was sich nicht unterscheidet – das ist mir im Blick auf die Wirtschaft wichtig –, ist, dass wir den Arbeitgeberbeitrag auf 6,5 Prozent festschreiben. Das haben wir auch in Leipzig beschlossen, Wort für Wort. Wir haben damals lediglich gesagt, der Arbeitgeberbeitrag kommt als zusätzlicher Lohnbestandteil zum Arbeitnehmer, aber festgeschrieben auf 6,5 Prozent. Wir haben damals nicht gesagt, dass er in eine Clearing-Stelle kommt und dass daraus ein Teil der Prämie getrennt bezahlt wird – plus den Sozialausgleich für die Erwachsenen.

Das mit der Wirtschaft sage ich deshalb, weil ich die Kritik nicht ganz verstehen kann. Die Wirtschaft hat durch das Leipziger Modell und auch durch den Kompromiss zum ersten Mal seit Jahrzehnten die Aussicht, dass sie eine feste, berechenbare Größe für die Gesundheitskosten hat, nämlich 6,5 Prozent vom Lohn. Die Frage, wie die Lohnsteigerungen ausfallen, ist eine Frage von Tarifverhandlungen. Das heißt, hier hat die Wirtschaftsseite zusammen mit den Gewerkschaften natürlich ein erhebliches Maß an Einfluss.

Das alles summiert, führt es im Grunde dazu, dass wir zwei Prämienbestandteile haben, die bei der Krankenkasse für jeden Versicherten ankommen, nach heutigen Kosten 169 Euro Gesamtprämie, aufgeteilt in eine Prämie, die der Einzelne zu bezahlen hat, von 109 Euro und eine Prämie von 60 Euro seitens des Arbeitgebers.

Damit haben wir die Entkoppelung von den Lohnkosten, wie wir sie in Leipzig wollten. Es ist zwar nur ein Einstieg, aber ein unumkehrbarer Einstieg. Heute haben wir die Situation, dass Facharbeiter, die an der Beitragsbemessungsgrenze von 3500 Euro liegen, 248 Euro, nämlich etwa 7 Prozent, an Krankenkassenbeiträgen bezahlen. Genau diese Arbeitnehmer bezahlen jetzt alle nur noch 109 Euro, weil der Prämienanteil für jeden gleich ist. Der restliche Betrag wird entweder über den Sozialausgleich der Arbeitgeber in Form des Arbeitgeberanteils oder aber wegen der Finanzierung für die Kinder aus den Steuern erbracht.

Meine Damen und Herren, wir haben damit eine Entkoppelung beim Arbeitnehmer, und wir haben dieselbe Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnkosten beim Arbeitgeber, wie wir sie in Leipzig beschlossen haben. Wir haben auch die Prämie. Wir haben natürlich Auswirkungen auf das Steuersystem, denn wir sagen jetzt – das ist die Folge dessen, dass für die Kinder aus dem Steueraufkommen gezahlt wird –, der Spitzensteuersatz wird nicht, wie im Merz/Falthäuser-Konzept vorgesehen, von 42 auf 36 Prozent gesenkt, sondern lediglich von 42 auf 39 Prozent. Das heißt im Klartext, die Gesundheitskosten der Kinder werden in Zukunft von denen, die mehr verdienen, in einem erheblichen Maße mit bezahlt, aber weil wir immer noch die Steuern von 42 auf 39 Prozent senken, ist dafür Sorge getragen, dass kein Zustand eintritt, bei dem jemand mehr belastet wird als nach dem heutigen System.

Liebe Freunde, unter dem Strich ist das der unumkehrbare Einstieg in ein Prämiensystem, mehr Wettbewerb bei den Krankenkassen und die Entkopplung von Gesundheitskosten und Lohnkosten. Es ist ein Einstieg, von dem ich sagen würde, er ist es wert, als Alternative zur Bürgerzwangsversicherung unser gemeinsames Konzept zu sein, für das wir kämpfen wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn gesagt wird, dies sei so kompliziert, möchte ich nur darauf hinweisen, dass sowohl die Niederlande als auch die Schweiz zum Teil ähnliche Systeme haben. Deshalb würde ich uns raten, dieses System offensiv zu vertreten und deutlich zu machen: Jawohl, wir haben den Systemumstieg geschafft, jawohl, wir können jetzt endlich dafür eintreten, weil CDU und CSU das gemeinsam tun.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesem Kompromiss. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Angela Merkel!

Der Text des Antrages C33 „Reform der gesetzlichen Krankenversicherung – Solidarisches Gesundheitsprämien-Modell“ liegt Ihnen vor.

Angela Merkel hat in den Antrag eingeführt. Darf ich fragen, ob es Wortmeldungen gibt? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag. Ich darf diejenigen, die dem Antrag zustimmen möchten, um das Kartenzeichen bitten. – Wer ist dagegen? – Es gibt 15 Neinstimmen. – Enthaltungen? – 7 Enthaltungen. Damit ist der Antrag mit einer riesengroßen Mehrheit – wenn mich meine Mathematikkenntnisse nicht täuschen, liegt das Ergebnis bei weit über 90 Prozent – angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen, die an der Erarbeitung dieses Kompromisses beteiligt waren.

(Beifall)

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

#### WAHL DES BUNDESPARTEIGERICHTS

Zunächst möchte ich den bisherigen Mitgliedern des Bundesparteigerichts sehr herzlich für ihre ehrenamtliche Arbeit danken. Diejenigen, die in den Kreisverbänden Funktionen übernommen haben, wissen: Das Beste ist, wenn man nicht zum Parteigericht muss. Wenn man dann aber zum Parteigericht muss, ist es ganz wichtig, dass diejenigen, die dort nach unserer Satzung arbeiten, nicht nur juristische Kenntnisse haben, sondern auch wissen, wie es in einer Partei zu geht. Als Jurist weiß ich: Ohne Sachverhaltskenntnisse kann auch kein Ergebnis herauskommen.

Unser besonderer Dank gilt dem bisherigen Vorsitzenden des Bundesparteigerichts Herrn Dr. Eberhard Kuthning, er hat dem Bundesparteigericht seit 1976 angehört, zuerst als stellvertretendes, später als ordentliches Mitglied, seit 1996 als Vorsitzender.

Die Kandidatenvorschläge für die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des neu zu wählenden Bundesparteigerichts liegen in Ihren Unterlagen vor. Es sind vorgeschlagen: Als Vorsitzende: Frau Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht a. D. Dr. Pia Rumler-Detzel; als ordentliche Mitglieder: Herr Präsident des Landgerichts a. D. Dr. Friedrich August Bonde, Herr Regiergungsdirektor Bernhard Hellner, Frau Richterin am Bundesgerichtshof a. D. Dr. Heidi Lambert-Lang und Herr Richter am Bundesgerichtshof a. D. Karl-Friedrich Tropf. Die stellvertretenden Mitglieder sind: Herr Rechtsanwalt Dr. Peter Dany, Frau Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof Monika Harms, Herr Staatssekretär a. D. Dr. Willi Hausmann, Frau Rechtsanwältin Petra Kansy, Herr Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht und Vizepräsident des Landesverfassungsgerichts Brandenburg Dr. Wolfgang Knippel, Herr Vizepräsident des Oberlandesgerichts a. D. Ernst Jürgen Kratz und Frau Rechtsanwältin und Notarin Barbara Saß-Vieheweger.

Ich gehe davon aus, dass es keine weiteren Vorschläge gibt. – Dem wird nicht widersprochen. Dann schlage ich vor, dass wir über alle Vorschläge gemeinsam abstimmen. Diejenigen, die diesem Vorschlag zustimmen, bitte ich um das Kartenzeichen. – Ist jemand dagegen? – Es gibt eine Gegenstimme. – Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Vorschlag angenommen. – Vielen herzlichen Dank.

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 20:

#### WAHL DER CDU-MITGLIEDER UND STELLVERTRETENDEN MITGLIEDER FÜR DEN VORSTAND DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI (EVP)

Auch hier möchte ich den bisherigen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern im Vorstand der Europäischen Volkspartei für ihre wichtige Arbeit danken. Die insgesamt 18 CDU-Vertreter im EVP-Vorstand sowie ihre Stellvertreter werden gemäß CDU-Satzung für die Dauer von zwei Jahren gewählt und sollen die CDU auch als Delegierte beim EVP-Kongress vertreten. Die Liste der Vorschläge für die Mitglieder im EVP-Vorstand ist vom Bundesvorstand erarbeitet worden und liegt Ihnen als Teil der Tagungsunterlagen vor. Ich schlage vor, auch diese Wahl per Akklamation vorzunehmen. Darf ich fragen, ob es weitere Vorschläge gibt? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Darf ich diejenigen, die zustimmen, um das Kartenzeichen bitten? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen. Ich gratuliere allen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern aus unseren Reihen für den Vorstand der Europäischen Volkspartei sehr herzlich und wünsche eine erfolgreiche Arbeit auf dem Weg zu einem gemeinsamen integrierten Europa.

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 19:

#### WAHL DER DELEGIERTEN UND STELLVERTRETENDEN DELEGIERTEN ZUM XVII. EVP-KONGRESS

Bevor wir nun zur Wahl kommen, darf ich Ihnen einige Hinweise geben. Wir schlagen Ihnen vor, die Delegierten und stellvertretenden Delegierten nicht nur für den kommenden EVP-Kongress, sondern für die Zeit vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2006 zu wählen. Dies schafft ein höheres Maß an Flexibilität, das insbesondere dann notwendig ist, wenn EVP-Kongresse kurzfristig einberufen werden. Darf ich fragen, ob es dazu Widerspruch gibt? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Die CDU kann derzeit 54 Delegierte und 54 stellvertretende Delegierte benennen. Die vom Bundesvorstand unterbreiteten Vorschläge der zu wählenden Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder sind verteilt worden. Auch hier schlage ich vor, die Wahl per Akklamation vorzunehmen. Darf ich fragen, ob es weitere Vorschläge gibt? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Sie, wenn Sie zustimmen wollen, herzlich um Ihr Kartenzeichen bitten. – Ist irjemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. – Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Das sind Ergebnisse! Die Delegierten und Ersatzdelegierten sind einstimmig gewählt. Ich gratuliere herzlich und wünsche eine erfolgreiche Arbeit.

Jetzt sind wir eigentlich am Ende der Plenarsitzung. Der Generalsekretär sagt, es gebe keine weiteren Anträge für heute, wir hätten genug gearbeitet. Wir haben einen klugen Generalsekretär. Das ist prima.

Es verbleibt mir nur noch, Ihnen das Ergebnis der Wahl eines weiteren Mitglieds des Präsidiums bekannt zu geben. Abgegebene Stimmen 891. Ungültige Stimmen o. Enthaltungen 15. Gültige Stimmen 876. Die erforderliche Mehrheit liegt bei 439 Stimmen. Auf Ursula von der Leyen entfielen 824 Stimmen. Das sind 94,06 Prozent.

(Lebhafter Beifall)

Mit Nein stimmten 52, das sind 5,94 Prozent. Als erster hat der niedersächsische Ministerpräsident gratuliert, der Parteitag schließt sich den Glückwünschen an. Liebe Frau von der Leyen, nehmen Sie die Wahl an?

**Dr. Ursula von der Leyen:** Ja, gern.

**Dr. Jürgen Rüttgers,** Tagungspräsidium: Das ist der Fall.

Herr Leisner sagt – er hat hier alles im Griff, dafür möchte ich ihm zunächst ein herzliches Wort des Dankes sagen,

(Lebhafter Beifall)

wir müssten unterbrechen; denn es könnte sein, dass noch eine Stichwahl stattfinden muss. Da ich festgestellt habe, dass es noch kein Bier gibt, ist das auch keine allzu große Zumutung. Ich bitte daher einfach um Verständnis für eine Unterbrechung, bis die Ergebnisse vorliegen. Diese werde ich dann bekannt geben und gegebenenfalls müssen wir noch eine Stichwahl vornehmen. Danach lade ich Sie zum NRW-Abend ein.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von 19.20 bis 19.43 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes bekannt geben. Abgegebene Stimmen: 921. Ungültige Stimmen: 18. Enthaltungen: keine. Gültige Stimmen: 903. Damit beträgt die erforderliche Mehrheit 452 Stimmen.

Als Mitglieder des Bundesvorstandes wurden gewählt: Dieter Althaus mit 860 Stimmen – das entspricht 95,24 Prozent –,

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel mit 805 Stimmen – das entspricht 89,15 Prozent –,

(Vereinzelt Beifall)

Elmar Brok mit 770 Stimmen – das entspricht 85,27 Prozent –,

(Beifall)

Angelika Volquartz mit 769 Stimmen – das entspricht 85,16 Prozent –,

(Beifall)

Professor Dr. Maria Böhmer mit 765 Stimmen – das entspricht 84,72 Prozent –,

(Vereinzelt Beifall)

Karin Wolff mit 732 Stimmen – das sind 81,06 Prozent –,

(Beifall)

Eckart von Klaeden mit 723 Stimmen – das entspricht 80,07 Prozent –,

(Vereinzelt Beifall)

Friedbert Pflüger mit 722 Stimmen; das entspricht 79,96 Prozent –,

(Vereinzelt Beifall)

Peter Jacoby erhielt 718 Stimmen; das sind 79,51 Prozent –,

(Beifall)

Franz Josef Jung erhielt 715 Stimmen; das sind 79,18 Prozent –,

(Beifall)

Professor Dr. Otto Wulff erhielt 714 Stimmen; das sind 79,07 Prozent –,

(Beifall)

Auf Matthias Wissmann entfielen 704 Stimmen; das sind 77,96 Prozent –,

(Vereinzelt Beifall)

Auf Katherina Reiche entfielen 702 Stimmen; das sind 77,74 Prozent. Arnold Vaatz erhielt 700 Stimmen; das sind 77,52 Prozent –,

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl erhielt 692 Stimmen; das sind 76,63 Prozent. Elke Wülfing erhielt 674 Stimmen; das sind 74,64 Prozent. Für Andreas Renner stimmten 661; das sind 73,20 Prozent –,

(Vereinzelt Beifall)

Für Tanja Gönner stimmten 650; das sind 71,98 Prozent –,

(Vereinzelt Beifall)

Erika Steinbach erhielt 650 Stimmen und damit 71,98 Prozent –,

(Vereinzelt Beifall)

Maria Michalk erhielt 644 Stimmen; das sind 71,32 Prozent –,

(Vereinzelt Beifall)

Hendrik Wüst erhielt 640 Stimmen; das sind 70,87 Prozent –,

(Vereinzelt Beifall)

Auf Regina van Dinter entfielen 621 Stimmen; das sind 68,77 Prozent –,

(Vereinzelt Beifall)

Peter Rauen erhielt 606 Stimmen; das sind 67,11 Prozent. Frau Demirbüken-Wegner erhielt 603 Stimmen; das sind 66,78 Prozent –,

(Vereinzelt Beifall)

Barbara von Wnuk-Lipinski erhielt 584 Stimmen; das sind 64,67 Prozent. Dr. Regina Görner erhielt 559 Stimmen; das sind 61,90 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, damit sind die 26 Mitglieder des Bundesvorstandes im ersten Wahlgang gewählt worden. Es findet keine Stichwahl statt. Darunter befinden sich zwölf Frauen. Damit ist das Frauenquorum erreicht. Der Wahlgang ist somit gültig.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Dann gratuliere ich allen, die gewählt worden sind, und frage jetzt, ob irgendetwas dabei ist, der die Wahl nicht annimmt. – Da ich nichts höre, haben alle die Wahl angenommen. Ich gratuliere herzlich.

Jetzt habe ich noch drei Sachen zu erledigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der erste Punkt ist: Ich möchte an Sie alle, die Sie noch so zahlreich hier sind, ein herzliches Wort des Dankes für Ihre Mitarbeit am heutigen Tag richten. Wir haben einen sehr, sehr guten ersten Tag dieses Bundesparteitages in Düsseldorf erlebt. Das Signal der Geschlossenheit und des Aufbruchs ist heute mit guten Wahlergebnissen und einer mehr als 90-prozentigen Zustimmung zum Gesundheitskompromiss aus dieser Halle und aus dieser Stadt ins Land gegangen. Das lässt sich sehen.

Der zweite Punkt ist: Ich darf Sie freundlich daran erinnern – ich bitte Sie, mir das nachzusehen –, dass die zweite Plenarsitzung morgen um 9 Uhr beginnt. Ich erlaube mir höflich, Sie zu bitten, so freundlich zu sein, gegen 9 Uhr hier zu sein. Das wäre nicht nur reizend und höflich, sondern würde es uns auch erleichtern, unser Programm für morgen Vormittag so zügig zu absolvieren, dass Sie mit einem relativ frühen Ende des Parteitages rechnen können, um dann noch nach Hause zu kommen. Seien Sie also bitte freundlicherweise um 9 Uhr hier! Wir wollen dann sehr schnell mit der Einführung durch den Generalsekretär und der Debatte zum Leitantrag beginnen.

Jetzt lasse ich Sie in einem Dilemma. Mein dritter Punkt ist nämlich, dass ich Sie herzlich in die Halle 8 zum Nordrhein-Westfalen-Abend einlade. Jetzt müssen Sie für sich selbst regeln, wie Sie die Anstrengung, die Ihnen jetzt bevorsteht, bzw. den schönen Abend mit der Tatsache verbinden, dass Sie alle morgen pünktlich um 9 Uhr hier sind.

Herr Generalsekretär, gibt es noch etwas? – Ich soll noch einen technischen Hinweis geben: All das, was Sie auf dem Tisch liegen lassen, bleibt liegen. All das, was Sie unter den Tisch legen, wird umweltfreundlich entsorgt.

Also herzliche Einladung in Halle 8 zu einem schönen Abend! Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen. Bis morgen früh um 9 Uhr!

(Schluss: 19.53 Uhr)

**Dienstag, 7. Dezember 2004**

**Zweite Plenarsitzung**

Beginn: 9.10 Uhr

**Dr. Franz Josef Jung**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne den zweiten Plenartag unseres Parteitages. Ich wünsche Ihnen zunächst allen einen fröhlichen guten Morgen und bedanke mich bei Jürgen Rüttgers und der nordrhein-westfälischen CDU herzlich für den schönen Abend gestern!

(Beifall)

Ich wünsche uns allen heute gute Beratungen.

Wir haben heute zwei Geburtstagskinder unter uns. Ich gratuliere herzlich Frau Gundula Zieschang aus dem Kreisverband Lingen, Niedersachsen. Herzlichen Glückwunsch, Frau Zieschang, zu Ihrem Geburtstag!

(Beifall)

Ich gratuliere ebenso herzlich Frau Ilona Dörr aus dem Landesverband Hessen zu ihrem Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch, liebe Frau Dörr!

(Beifall)

Ich rufe dann TAGESORDNUNGSPUNKT 22 auf:

#### BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER SONSTIGE ANTRÄGE

Gemeint sind die C-Anträge des Bundesvorstandes, allerdings ohne die Anträge C 13, C 21, C 23 und C 34.

Ich beginne mit Antrag C 1 von der Senioren Union. Wird dazu das Wort gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Sie wissen ja, dass wir über die Anträge immer in der Beschlussfassung der Antragskommission abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Dann rufe ich den Antrag C 2 auf und frage, ob hierzu das Wort gewünscht wird. – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Dann lasse ich auch über diesen Antrag im Sinne der Antragskommission – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion – abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Dann rufe ich Antrag C 3 auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Vorschlag: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Antrag C 4 vom Landesverband Berlin. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Beschluss der Antragskommission – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion – abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Dann rufe ich den Antrag C 5 vom Bundesverband Junge Union auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Hier empfiehlt die Antragskommission, den Antrag anzunehmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Dann rufe ich den Antrag C 6 vom Bundesverband Mittelstandsvereinigung auf. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission empfiehlt, an den Bundesvorstand zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 7 von der CDU Niedersachsen. – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich ebenfalls darüber abstimmen. Vorschlag: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 8 vom Kreisverband Rhein-Erft-Kreis. – Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich ebenfalls darüber abstimmen. Vorschlag: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Dann rufe ich den Antrag C 9 von der Senioren Union auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie haben in der Antragsmappe auf Seite 322 die Empfehlung der Antragskommission vorliegen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 10 vom Landesverband Berlin. – Keine Wortmeldungen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 11 vom Kreisverband Steinfurt. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Auf Seite 324 ist der Vorschlag der Antragskommission abgedruckt. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 12 vom Bundesverband Junge Union. – Keine Wortmeldungen. Vorschlag: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Dann rufe ich den Antrag C 14 vom Bezirksverband Mittelrhein auf. Dazu haben Sie auf der Seite 329 den Vorschlag der Antragskommission vorliegen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Das Gleiche gilt beim Antrag C 15. – Keine Wortmeldungen. Wer stimmt dem Vorschlag der Antragskommission zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 16 vom Kreisverband Coesfeld. – Keine Wortmeldungen. Wer stimmt dem Vorschlag der Antragskommission zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 17 vom Kreisverband Delitzsch/Eilenburg. Vorschlag: Überweisung an den Bundesvorstand. Wer stimmt dem zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 18 vom Kreisverband Hamburg-Altona. – Keine Wortmeldungen. Vorschlag: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 19 vom Kreisverband Köln. Wer stimmt dem Vorschlag der Antragskommission zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 20 vom Kreisverband Leverkusen. – Keine Wortmeldungen. Wer stimmt dem Vorschlag der Antragskommission zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Dann rufe ich Antrag C 22 vom Kreisverband Rhein-Erft-Kreis auf. – Keine Wortmeldungen. Wer stimmt dem Vorschlag der Antragskommission zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Antrag C 24 vom Kreisverband Rhein-Sieg-Kreis. – Keine Wortmeldungen. Wer stimmt dem Vorschlag der Antragskommission zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 25 vom Kreisverband Solingen. – Keine Wortmeldungen. Wer stimmt dem Vorschlag der Antragskommission zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 26 von der CDU Niedersachsen. Vorschlag der Antragskommission: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer stimmt dem zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? Dann ist das so beschlossen.

Antrag C 27 vom Landesverband Sachsen. Wer stimmt dem Vorschlag der Antragskommission zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? Dann ist das bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Antrag C 28 vom Kreisverband Ostalb. – Keine Wortmeldungen. Sie haben den Vorschlag der Antragskommission abgedruckt auf Seite 334 vorliegen. Wer stimmt dem Vorschlag der Antragskommission zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? Dann ist das ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 29 von der Senioren Union. – Keine Wortmeldungen. Wer stimmt dem Vorschlag der Antragskommission zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? Dann ist das so beschlossen.

Antrag C 30 von der Mittelstandsvereinigung rufe ich mit Antrag C 31 vom Landesverband Saar auf. Sie haben den Vorschlag der Antragskommission auf Seite 335 vorliegen. – Es gibt keine Wortmeldungen. Wer stimmt dem Vorschlag der Antragskommission zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? Dann ist das ebenfalls so beschlossen.

Antrag C 32 vom Kreisverband Ravensburg. – Es gibt keine Wortmeldungen. Vorschlag: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer stimmt diesem Vorschlag zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? Dann ist das so beschlossen.

Meine Freunde, wir machen jetzt zunächst bei den C-Anträgen in der Antragsmappe weiter. Danach rufe ich die Initiativanträge auf.

Antrag C 500, wie die folgenden vom Evangelischen Arbeitskreis. Sie haben den Vorschlag der Antragskommission auf Seite 336f. vorliegen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die dem Vorschlag der Antragskommission zustimmen, um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Antrag C 501. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Antrag C 502. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Antrag C 503. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Antrag C 504. Vorschlag: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Dann rufe ich den Antrag C 505 von der Frauen Union auf. Er ist im Anhang auf der Seite 342 abgedruckt. Hierzu liegen mir zwei Wortmeldungen vor. Zunächst erhält das Wort Andreas Renner aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

**Andreas Renner:** Liebe Freundinnen und Freunde! Ich empfehle sehr dringend, den Antrag nicht an die CDU-Fraktionen in den Landtagen, Bürgerschaften und dem Abgeordnetenhaus zu überweisen, sondern ihn heute zu verabschieden. Ich halte den Antrag der Frauen Union für berechtigt, richtig und gut. Eingedenk dessen, was die Vorsitzende gestern zu dem Thema „Kinderbetreuung“ gesagt hat, steht es uns gut an, den Antrag hier und heute zu verabschieden, zumal es schon entsprechende Beschlüsse der Bundestagsfraktion gibt.

Ich denke, die CDU Deutschlands sollte ein Zeichen setzen zu dem Thema „Bildung und Erziehung von Kindern“ im Interesse der Zukunft dieses Landes. Deswegen sollten wir diesen Antrag nicht verweisen, sondern ihn so, wie er gestellt worden ist, verabschieden.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Franz Josef Jung,** Tagungspräsidium: Besten Dank!

Mir liegt eine weitere Wortmeldung vor: Maria Böhmer. Bitte sehr, Frau Böhmer.

**Professor Dr. Maria Böhmer:** Liebe Delegierte! Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass sich Andreas Renner als Oberbürgermeister für diesen Antrag eingesetzt hat. Es ist inzwischen ein gemeinsamer Antrag der Frauen Union und der Jungen Union.

Wir wünschen uns sehr, dass der Parteitag ein klares Signal dahin gehend setzt, dass es nicht nur um bessere Betreuung von Kindern, sondern um bessere Bildung geht. Es gilt das Zeitfenster zu nutzen, solange die Kinder noch klein sind. Sie sind Lernweltmeister. Es steht der CDU gut an, zu sagen: Es geht nicht nur um Betreuung, sondern um bessere Bildung, und zwar frühzeitig.

Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich, den Antrag nicht zu verweisen, sondern ihn anzunehmen. Damit sagen Sie Ja zu einer besseren Förderung unserer Kinder. – Herzlichen Dank.

**Dr. Franz Josef Jung,** Tagungspräsidium: Besten Dank!

Das Wort hat der Generalsekretär Laurenz Meyer.

**Laurenz Meyer,** Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Liebe Frau Böhmer, das ist völlig unstrittig. Der Antrag ist gut. Darüber haben wir gesprochen.

(Vereinzelt Beifall)

Der einzige Grund, warum die Antragskommission Verweisung empfohlen hat, ist, dass wir im nächsten Jahr das Thema „Familie, Frauen, Beruf, Kinder“ zum Schwerpunkt unserer Arbeit machen wollen. Ich fände es nicht gut, wenn wir über einen Antrag sozusagen im Vorübergehen die Linie für die Gesamtarbeit festlegten. Wir können den Antrag aber als Grundlage für die weitere Arbeit nehmen. Damit habe ich kein Problem.

(Vereinzelt Beifall)

Ausgenommen bleiben sollte ein einziger Punkt: die Festlegung auf eine höhere Beteiligung der Länder an der Umsatzsteuer. Über diesen Punkt sollten wir unabhängig von dem berechtigten Anliegen – die Verbesserung von Kinderbetreuungsangeboten – nicht im Vorübergehen beschließen.

Ich interpretiere die Stimmungslage so, dass der Antrag als Grundlage in die Arbeit im nächsten Jahr einbezogen werden soll, bis auf den letzten Punkt betreffend die Umsatzsteuer.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Franz Josef Jung**, Tagungspräsidium: Besten Dank!

Es gibt keine weitere Wortmeldung.

Ich lasse über den Antrag in der vom Generalsekretär soeben dargestellten Form abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Darf ich um die Gegenprobe bitten. – Enthaltungen? – Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine lieben Freunde, ich rufe den Antrag C 34 gemeinsam mit dem Antrag C 35 – Thema ist die Integration von Ausländern und die Frage einer Eidespflicht – auf.

Ich darf fragen, ob hierzu das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall.

Meine Freunde, ich höre gerade, dass dieser Antrag doch noch für einen Moment zurückgestellt werden soll.

Ich darf nun TAGESORDNUNGSPUNKT 12 aufrufen:

#### BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Der schriftliche Bericht liegt Ihnen vor. Der Vorsitzende kann wegen eines Todesfalles leider nicht unter uns sein.

Ich denke, der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen. – Besten Dank!

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 21 auf:

#### BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER ANTRÄGE AUF ÄNDERUNG DES SATZUNGSRECHTS DER CDU

Ich rufe die B-Anträge auf. Sie sind in der Antragsbroschüre auf Seite 316 abgedruckt.

Ich rufe den Antrag B 1 der CDU Niedersachsen auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag anzunehmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Darf ich um die Gegenprobe bitten. – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe nun den Antrag B 2 des Kreisverbandes Düsseldorf auf.

Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen.  
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Meine Freunde, damit haben wir die Anträge unter B und C mit Ausnahme der ausgeklammerten Anträge unter C und der Initiativanträge im Wesentlichen beschlossen.

Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS, LAURENZ MEYER MDB  
– ZUGLEICH EINFÜHRUNG IN DEN LEITANTRAG DES BUNDESVORSTANDES –

Zur Einführung in den Leitantrag erteile ich unserem Generalsekretär das Wort. Bitte sehr  
Laurenz Meyer.

(Vereinzelt Beifall)

**Laurenz Meyer**, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Liebe Frau Merkel! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Regierung Schröder hat unser Land – das müssen nüchtern konstatieren – in eine tiefe Vertrauenskrise gestürzt, und zwar durch unzählige gebrochene Wahlversprechen.

Wir müssen uns vornehmen, dieses Vertrauen wieder herzustellen; denn diese Vertrauenskrise berührt auch uns. Wenn man Vertrauen wieder herstellen will, dann gibt es nur drei Schritte: Der erste ist eine vernünftige und ehrliche Analyse der Situation. Darauf aufbauend muss man zweitens sagen, was man tun will. Schließlich muss man es dann drittens auch tun.

Fangen wir mit dem ersten Schritt, der ehrlichen Analyse, an. Die Bundesregierung redet in diesem Zusammenhang von „Schlechttreden“. Ich habe den Eindruck, diese Bundesregierung, dieser Bundeskanzler selbst und alle anderen leiden schlicht unter Wahrnehmungsstörungen, wenn sie davon reden, wir würden das Land schlecht reden; Wahrnehmungsstörungen, die darauf beruhen, dass sie nicht sehen wollen, was in den sechs Jahren der rot-grünen Bundesregierung eigentlich passiert ist.

Wir haben unseren Antrag „Wachstum – Arbeit – Wohlstand“ genannt. Wie sieht es denn beim Thema Wachstum aus? Vor dem Amtsantritt dieser Regierung, vor 1998, lag Deutschland in allen Bereichen über dem EU-Durchschnitt, heute liegen wir abgeschlagen darunter. Die Arbeitsmarktbilanz sieht so aus, dass wir allein in den letzten zwei Jahren 340 000 Arbeitslose mehr bekommen haben, davon 210 000 in Ostdeutschland – eine katastrophale Bilanz, die die ganze Dramatik aber noch nicht richtig wiedergibt. Denn die ganze Dramatik wird erst deutlich, wenn wir uns nicht mit den Zahlen aus Nürnberg beschäftigen, die inzwischen durch allerlei

Statistikfummelleien verändert worden sind. Eigentlich sind es die Zahlen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, die die Wahrheit wiedergeben. Wir haben in nur zwei Jahren 1,1 Millionen weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland. Dann wundert man sich darüber, dass die sozialen Sicherungssysteme Not leiden und dass wir weniger Steuereinnahmen haben. Das Ganze schlägt sich inzwischen auch in den Portemonnaies der Menschen nieder. Allein in den letzten Jahren ist es dazu gekommen, dass jeder Einzelne in der Bevölkerung pro Kopf 1 800 Euro weniger in der Tasche hat, als es der Fall gewesen wäre, wenn wir nur durchschnittliches Wachstum gehabt hätten. Wenn ich ein erstes Fazit ziehe, dann muss ich über diese sechs Jahre der Bundesregierung sagen: Es waren leider sechs verschenkte Jahre für Deutschland, sechs Jahre, die zu viel waren. Sechs Jahre Rot-Grün – das ist schlimm für das Land und das ist schlimm für die Menschen in diesem Land.

(Beifall)

Es ist zwar viel gesprochen worden – Sie haben das zum Beispiel in Bushaltestellen sehen können; überall gab es Millionenkampagnen zur Agenda 2010 –, aber wenn wir uns ansehen, was da eigentlich passiert ist, dann stellen wir fest, dass bis auf den Punkt der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, den auch wir in unserem Regierungsprogramm stehen hatten, fast nichts passiert ist.

Sie haben zu Beginn ihrer Regierungszeit 1998 vieles von dem wieder rückgängig gemacht, was gerade eingeführt worden war, um die Zustände im Land zu verbessern. Aber sie haben es gleich wieder rückgängig gemacht. Ich erinnere daran: Sie haben die 630-Mark-Verträge abgeschafft; inzwischen ist die 400-Euro-Lösung auf unseren Druck wieder eingeführt worden. Sie haben durch eine neue Rechtsform, die Ich-AG, die Scheinselbstständigkeit eingeführt. Sie haben den demographischen Faktor im Rentensystem zunächst abgeschafft und anschließend wieder eingeführt. Sie haben die Selbstbeteiligung bei Medikamenten zurückgeführt und anschließend wieder hoch gesetzt. Meine Damen und Herren, die Bilanz lautet: sechs Jahre verschenkt. In der Zeit, in der andere Länder ihre Hausaufgaben gemacht haben, hat sich der Abstand unseres Landes zu den übrigen Ländern in Europa vergrößert.

Warum ist das eigentlich passiert? Der Grund – das ist auch der Grund für unsere Arbeit hier – ist: Die SPD hat die lange Oppositionszeit, die sie hatte, nicht genutzt. Sie hat die Zeit verschenkt. Sie hat sich nicht getraut, das Notwendige in der Partei zu diskutieren. Das hat Folgen für das Wachstum, den Arbeitsmarkt und den Wohlstand in Deutschland wie auch für die Staatsfinanzen. Wir haben im Bundestag gerade die Haushaltsberatungen durchgeführt. Meine Damen und Herren, in dieser Situation konnten wir bei der Bundesregierung geradezu eine Arbeitsverweigerung feststellen. Wer erinnert sich nicht an das sorgsam aufgebaute Bild von Hans Eichel, der unter seinen Sparschweinen sitzt und den eisernen Hans markiert! Inzwischen ist das Ganze zusammengebrochen. Dieser eiserne Hans ist sozusagen verrostet. Was dieser

einsame Bundeskanzler, was die Staatsfinanzen angeht, gemacht hat, das ist Dienstverweigerung. Das haben wir bei der Haushaltsdebatte festgestellt.

(Beifall)

Deutschland hat inzwischen die höchste Staatsverschuldung und die geringste Investitionsquote der letzten 50 Jahre. Meine Damen und Herren, auf Deutschland lastet ein Schuldenberg, der unsere Zukunft und vor allen Dingen die Zukunft unserer Kinder in einem Maße belastet, wie wir uns das nicht haben vorstellen können. Jeden Tag zahlt Deutschland 100 Millionen Euro Zinsen, Tendenz steigend. Der Präsident des Bundesrechnungshofes, ein SPD-Mitglied, kommentierte den Zustand des Haushalts der Bundesrepublik Deutschland mit den Worten: „Die Schieflage ist so extrem, dass es einem den Atem verschlägt.“ Meine Damen und Herren, mehr braucht man zu dieser Finanzpolitik nicht zu sagen. Das ist unseriös. Zum vierten Mal wird Eichel mit seinem vorgelegten Haushalt die Verfassung brechen. Diese Verfassung soll eigentlich die schützen, die keine Stimme haben: unsere Kinder. Die Kinder werden die Lasten dieses Schuldenberges tragen müssen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich möchte in diesem Zusammenhang insbesondere die Grünen in der klaren Form ansprechen, wie es sich gehört. Das, was hier stattfindet, ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Winterschlussverkauf unserer Zukunftschancen und der Zukunftschancen unserer Kinder. Den Grünen sollte das Wort Nachhaltigkeit im Halse stecken bleiben, wenn sie es noch einmal gebrauchen!

(Beifall)

Hier wird in einem Einmalakt alles verscherbelt, was eben noch zu verscherbeln ist. Die Einnahmen im Haushalt 2005 fußen zu 20 Prozent – zu 20 Prozent! – auf Einmaleffekten, die nicht wiederholt werden können. Privatisierungserlöse werden in den Haushalt eingestellt in einer Größenordnung, wie sie nie realistisch sind. Selbst die Pensionsverpflichtungen sollen auf dem Kapitalmarkt verzockt werden. Jeder Strohalm wird panisch ergriffen. Selbst das, was man fast als nationales Erbe begreifen könnte, der Marshallplan-Fonds, wird geplündert. Der Tag der Deutschen Einheit soll für Einmaleffekte genutzt werden. Meine Damen und Herren, hier werden unsere Geschichte und unsere Zukunft gleichermaßen verhökert, um nur noch einmal über die Runden zu kommen. Das dürfen wir so nicht zulassen. Das ist einfach unerträglich, was hier in Deutschland zurzeit passiert.

(Beifall)

Ich möchte einmal versuchen – ich weiß gar nicht, ob Sie das verfolgen können, wenn Sie aufmerksam zuhören würden – wiederzugeben, was der Regierungssprecher dazu gesagt hat, was hier seiner Meinung nach passieren soll. Ich lese Ihnen das Gestammel einmal vor – nicht dass Sie denken, ich stottere; das ist wirklich so vorgetragen worden –, um zu

zeigen, was man angesichts dieser Haushaltsmisere machen will. Das Zitat von Herrn Anda lautet:

„Der Bundeskanzler zieht die Konsequenz daraus, dass er dem Verfahren, so wie es in der Regel und auch hierbei geordnet abläuft, entsprechend seiner Aufgabe mit großer Sorgfalt, aber auch in Zuständigkeit des betreffenden Ressorts belassen, dass er diese Aufgabe weiterhin so wahrnimmt, das heißt, dass der Finanzminister entsprechend die Arbeiten so tut, die dann im Kabinett besprochen werden müssen und besprochen werden sollen.“ Zitat Ende.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, zu diesem Punkt habe ich keine weiteren Fragen. Wissen Sie: Im letzten Jahr hat mal einer in irgendeiner Fernsehsendung gefragt, warum es über diesen Bundeskanzler so wenige Witze gibt.

Die Antwort lautete: Über Schröder gibt es deshalb so wenige Witze, weil das, was bei anderen Witze wären, bei ihm Tatsachenberichte sind. Das ist die Situation, die wir in diesem Land zurzeit haben.

(Beifall)

Ich komme darauf nachher noch einmal zurück.

Das, was für den Bund gilt, gilt auch für Nordrhein-Westfalen und für Schleswig-Holstein, für die beiden Länder, in denen die nächsten Landtagswahlkämpfe sind. Wenn Deutschland in Europa Schlusslicht ist, dann sind es Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein in Deutschland, und diesen Zustand müssen wir im nächsten Frühjahr beseitigen, im Februar und im Mai.

(Beifall)

Das haben wir uns fest vorgenommen.

Auch hier, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen, ist Rot-Grün eine Zukunftsbedrohung für unsere Kinder. In den Haushaltsjahren 2000 bis 2005, also in nur fünf Jahren, hat das Kabinett Simonis mehr Schulden aufgenommen, als die CDU in 40 Jahren für den Wiederaufbau Schleswig-Holsteins gebraucht hat. Herr Steinbrück überweist jeden Tag 13 Millionen Euro Schuldzinsen, jeden Tag, und gleichzeitig werden Gelder für Musikschulen, für Jugendklubs und sogar für Hospize zusammengestrichen. Das ist die Wirklichkeit bei denen, die von Nachhaltigkeit reden!

Meine Damen und Herren, sie haben dann noch ein zweites Thema, von dem sie immer reden: soziale Gerechtigkeit. Auch bei diesem zweiten Thema hat Rot-Grün auf der ganzen Linie versagt. Das DIW hat die Zahlen ja gerade vorgelegt: unter Rot-Grün in Ostdeutschland und in Westdeutschland eine deutliche Zunahme der Armut. Mittlerweile lebt in Deutschland jeder

siebte Haushalt, in Ostdeutschland sogar jeder sechste Haushalt unter der Armutsgrenze. Das Fazit bei Rot-Grün: Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich vergrößert.

Damit platzt ein weiterer Ballon rot-grüner Politik. Es reicht eben nicht aus, umzuverteilen. Wir müssen für Wirtschaftswachstum, für Arbeitsplätze sorgen. Nur mit einer Politik der Sozialen Marktwirtschaft, die sich auch wieder auf Wirtschaftspolitik konzentriert, können wir auch den Kleinen und den Schwachen und den Alten wirklich helfen, die von dieser Bundesregierung gepeinigt worden sind.

Meine Damen und Herren, der nächste Punkt kommt, das nächste Ideologieprojekt, genannt Bürgerversicherung. Wir sagen dazu Bürgerzwangsversicherung. Hier sollen alle in eine Einheitskasse eingegliedert werden. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, auch das sollten wir festhalten: Jeder aufrechte Sozialdemokrat alter Prägung würde sich doch im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, dass seine Genossen heute eine Sondersteuer für die Gesundheit ausschließlich für kleine und mittlere Einkommen einführen wollen. Die höheren sollen nicht belastet werden. Eine Sondersteuer ausschließlich für kleine und mittlere Einkommen – diese Bürgerzwangsversicherung müssen wir als das charakterisieren, was sie ist: eine Notmaßnahme, die der ideologischen Zufriedenstellung irgendwelcher Linken in der SPD dient, aber der Bevölkerung gar nichts nutzen wird.

(Beifall)

Deshalb komme ich in dieser kurzen Analyse zum Fazit: Wir müssen der Regierung und der Bevölkerung ganz klar sagen, das Land Deutschland kann sich eine solche Regierung nicht länger leisten. Jeder Tag, den diese Regierung länger im Amt ist, ist ein verlorener Tag in Deutschland. Das ist unser Fazit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sprach davon, dass das Land in einer tiefen Vertrauenskrise steht. Wir haben die Pflicht, Vertrauen wiederherzustellen. Es darf eben nicht noch einmal so werden wie 1998 und 2002, wo die Menschen vor den Wahlen und nach den Wahlen von Rot-Grün belogen und betrogen worden sind. Ich bin fest davon überzeugt, wenn das noch einmal passieren würde, wenn wir gar ähnlich vorgehen würden, dann würde das beim nächsten Mal nicht zu einer Parteienkrise führen, sondern ich befürchte – das sage ich in allem Ernst –, dass wir dann in eine echte Staatskrise, in eine Demokratiekrise hineinrutschen könnten, wo dann möglicherweise auch Rattenfänger eine Chance in Deutschland haben könnten.

Deswegen haben wir in den letzten zwei Jahren in der Partei wirklich hart gearbeitet, und ich möchte mich bei allen bedanken, die daran mitgewirkt haben, in der Partei selbst, aber auch – das darf ich an dieser Stelle sicher auch in Ihrem Namen sagen – im Adenauer-Haus, wo die Mitarbeiter sehr hart gearbeitet haben.

(Beifall)

Wir haben – das haben wir mit den Generalsekretären und den Geschäftsführern auch besprochen – alles unternommen, um die Partei organisatorisch fit zu machen. Wir steigern die Dienstleistungsfähigkeit kontinuierlich und haben uns mit dem Bürgerpartei-Projekt für 2006 aufgestellt.

Aber lassen Sie mich an dieser Stelle auch einmal eines sehr offen sagen; es muss einfach irgendwie raus. Angela Merkel hat gestern alle aufgefordert, auch kritisch an all den Projekten mitzuarbeiten und sie zu hinterfragen. In dem Zusammenhang möchte ich wirklich alle – ich meine wirklich alle, auch in der Führung – darauf hinweisen, dass es im Adenauer-Haus inzwischen alle technischen Mittel gibt, vom Telefon bis zur E-Mail. Wir können alle Möglichkeiten nutzen! Man muss sich Kritik nicht über die Medien zurufen, man kann Kritik auch über das Telefon äußern.

(Beifall)

Ab heute muss Schluss sein mit dieser Art und Weise des Umgangs miteinander! Den können und wollen wir uns nicht leisten.

(Beifall)

Wir haben uns in den vergangenen Monaten nach dem Steuersystem und den Sozialsystemen mit dem Projekt Wachstum den Arbeitsmarkt vorgenommen, die Forschungs- und Innovationspolitik, die Schul- und Hochschulpolitik, wir haben die Infrastruktur- und die Wettbewerbspolitik angepackt. Wenn wir heute die Beschlüsse dazu fassen werden, haben wir 21 Monate vor der Bundestagswahl wirklich viel geschafft. Unsere einzige Leitfrage in diesem Zusammenhang – und das nenne ich Patriotismus – lautet, wie alle Projekte und alle Maßnahmen darauf abzuklopfen sind: Was nutzt dem Land und was nutzt den Menschen in diesem Land? Das Gegenteil von Patriotismus ist für mich an dieser Stelle Ideologie, nämlich wenn man fragt: Was nutzt der Partei, wo kann ich Parteitagsbeschlüsse umsetzen? Die einzige Frage, die wir stellen müssen, ist: Was nutzt dem Land und was nutzt den Menschen? Diese Frage beantworten wir jetzt, nicht erst nach den Wahlen.

Möglicherweise haben uns diese Diskussionsprozesse jetzt in den Umfragen geschadet. Aber was ist eigentlich besser für das Land: wenn uns in der Oppositionszeit dieser Diskussionsprozess in Umfragen schadet, oder wir würden den Diskussionsprozess erst hinterher in der Regierung führen? Das würde dann dem Land und allen Beteiligten schaden. Deswegen ist es besser, diesen Diskussionsprozess vorher zu führen und dann, wenn man an die Regierung kommt, zu wissen, was man tun will und was man tun kann, und zwar sofort, nicht erst nach monatelangen Diskussionen in der Regierung.

(Beifall)

Wir haben den Weg gewählt: Antworten erarbeiten, mit der Basis diskutieren, entscheiden – das tun wir heute – und es dann geschlossen vertreten. Darauf müssen sich unsere Freunde und unsere Wähler verlassen können.

Liebe Freunde, unsere Partei hat immer wieder den Mut gehabt, populäre, aber auch unpopuläre Dinge anzufassen. Ich nenne nur die wesentlichen Weichenstellungen in Deutschland: die Westintegration, die Wiedervereinigung, aber auch Dinge wie das Kündigungsschutzgesetz 1951, das Mutterschutzgesetz 1952, das Betriebsverfassungsgesetz, das Bundessozialhilfegesetz; das war dann in den 60er-Jahren. Wir können schon stolz auf den Mut sein, den wir oft gehabt haben.

Nun sehe ich im Moment den Norbert Blüm gar nicht; ich weiß nicht, ob er da ist. Es waren ja Leute wie Norbert Blüm, aber auch Heiner Geißler, die in den 80er-Jahren wichtige Fragen angesprochen haben. Die „Neue Soziale Frage“ war einer der Punkte, die mich damals mitbewogen haben, mich zu engagieren.

Heiner Geißler habe ich damals dafür bewundert, wie er das angefasst hat. Schade, dass er heute ausschließlich unter Popularitätsgesichtspunkten so häufig quer im Stall steht.

(Beifall)

Die neue soziale Frage stellt sich heute wieder. Zu der damals schon offenen Frage der alternden Gesellschaft ist ein zweiter Megatrend gekommen: die Globalisierung. Wir müssen uns fragen, wie die Soziale Marktwirtschaft mit diesem Trend fertig werden kann und wie wir unsere Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durchsetzen können. Die neue Frage lautet: Wie kommen wir zu Chancengerechtigkeit am Arbeitsmarkt?

Es werden eben nicht die großen Verbände und die Gewerkschaften die Vertreter derer sein, die vor der Tür stehen. Wir müssen die Vertreter derer sein, die vor der Tür stehen und nicht hereinkommen können, weil wir zum Beispiel so hohe Einstellungshürden haben.

(vereinzelt Beifall)

Ich will Ihnen beispielhaft drei Punkte aus unserem Programm nennen, mit denen wir Wirtschafts- und Sozialkompetenz miteinander verbinden. Es geht um Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Wir wollen die Einstellungshürden senken. Unsere Situation zeichnet sich durch niedriges Wachstum und hohe Einstellungshürden aus. Diese Kombination passt nicht zusammen. Wir brauchen mehr Wachstum und niedrigere Einstellungshürden, damit wir etwas für die Menschen tun können.

Deswegen werden wir beispielsweise beim Kündigungsschutz Lockerungen vornehmen, allerdings nur für diejenigen, die neu eingestellt werden. Die Lockerungen gelten nur für die, die Arbeit suchen, und nicht für die, die welche haben. Wir wollen im Gegensatz zur FDP nämlich

keine Schranken einreißen, wir wollen aber auch nicht wie einige von der SPD und vom DGB die Einstellungshürden und Barrieren noch verfestigen. Lassen Sie mich deutlich sagen: Einige im DGB sprechen davon, wir wollten Arbeitnehmerrechte abbauen. Diejenigen, um die es uns geht, haben heute überhaupt keine Rechte, geschweige denn Arbeitnehmerrechte. Wir wollen, dass sie wieder Arbeitnehmerrechte bekommen, wir wollen ihnen nichts wegnehmen.

(Beifall)

Norbert Blüm hat in diesem Zusammenhang gestern angemahnt, wir müssten den unsozialen Zustand, dass jetzt alle über einen gleichen Zeitraum Arbeitslosengeld beziehen werden, ansprechen. Lieber Norbert Blüm, du musst einfach die Antragsmappe zur Hand nehmen und nachlesen. Genau das wollen wir heute beschließen. Den jetzigen Zustand dürfen wir nicht beibehalten, das ist unsere gemeinsame Meinung. Es verstößt gegen unser Gerechtigkeitsempfinden, dass jemand, der fünf oder zehn Jahre gearbeitet hat, genauso lange Arbeitslosengeld empfängt wie jemand, der 30 oder 40 Jahre gearbeitet hat.

(Vereinzelt Beifall)

Diesen Zustand wollen wir verändern. Deswegen soll das Arbeitslosengeld im Regelfall bis zu 12 Monate gezahlt werden, bei einer Beitragszeit von mindestens 15 Jahren 15 Monate, bei 25 versicherungspflichtigen Arbeitsjahren 18 Monate und bei 40 Beitragsjahren und mehr 24 Monate. Das ist gerecht. Wer länger eingezahlt hat, soll auch länger Leistung beziehen.

Deshalb stehen wir auch bei unserem zweiten Stichwort „Betriebliche Bündnisse für Arbeit“ zur Tarifautonomie. Sie ist aber kein Schutzwall, die Tarifautonomie ist ein Auftrag. Deshalb wollen wir weniger Macht für die Apparate und mehr Macht für die Menschen und die Betriebsräte vor Ort.

(Beifall)

Angela Merkel hat gestern Beispiele dafür aufgezählt, wie die Entwicklung in Deutschland zurzeit ist. Ich brauche das nicht zu wiederholen. Wenn sich aber die Gewerkschaften solchen betrieblichen Bündnissen für Arbeit verweigern, dann ist das ein Ausdruck der Verweigerung gegenüber den Interessen der Menschen. Das widerspricht unserem Hauptkriterium.

Mein drittes Beispiel ist die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Lasst uns doch eine klare Analyse vornehmen. In Deutschland hat sich so etwas wie der neue deutsche Kombilohn entwickelt. Das ist die Kombination aus Sozialtransfers und Schwarzarbeit. Diesen Zustand müssen wir beenden. Dass es ihn gibt, liegt unter anderem daran, dass jemand, der in Deutschland zusätzlich arbeitet, aufgrund der Grenzabgabenbelastung kaum etwas davon behält. Wenn ein Arbeitnehmer von dem, was er für seine Mehrarbeit erhält, zwei Drittel abgeben muss, ist das natürlich ein Antrieb, Schwarzarbeit anzunehmen. In Großbritannien etwa beträgt die Grenz-

abgabenbelastung für Sozialabgaben und Steuern nicht etwa 66 Prozent wie bei uns, sondern 48 Prozent. Genau in diese Richtung müssen wir.

Um im Bild der letzten Wochen zu bleiben, sage ich: Das ist der falsche Weltmeistertitel, den wir zurzeit haben. Wir haben die kürzesten Arbeitszeiten und die höchste Grenzabgabenbelastung. Darin sind wir Weltmeister. Davon müssen wir aber runter. Im Fußball können wir ruhig Weltmeister werden, aber in den anderen Bereichen war es falscher Ehrgeiz der rot-grünen Bundesregierung, Weltmeister zu werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen den Kombilohn wieder zu einer Kombination aus legaler Arbeit und Sozialtransfers machen. Damit komme ich auch zum Stichwort „Niedriglohnsektor“. Wir müssen die Gesundheitsprämie, die wir gestern beschlossen haben, einführen, damit jemand, der zwei Stunden länger arbeitet, davon keine Beiträge für die Krankenversicherung abführen muss.

Wir müssen das Steuersystem ändern, damit jemand, der zusätzlich arbeitet oder Arbeit aufnimmt, niedrige Steuersätze hat. Arbeit muss sich wieder lohnen. Ich sage es immer und immer wieder: Der ganz einfache Lehrsatz „wer arbeitet muss mehr Geld in der Tasche behalten als derjenige, der nicht arbeitet“ muss einfach Geltung behalten. Er ist unsere Philosophie.

(Beifall)

Wir verbinden mit diesen Konzepten Wirtschaftskompetenz und Sozialkompetenz. Lassen Sie mich etwas zu dem sagen, was neuerlich zu lesen war: Es hieß, der Bundeskanzler erhalte Unterstützung von den Wirtschaftsverbänden usw. Dazu sage ich Ihnen ganz offen: Mich würde es geradezu verrückt und nervös machen, wenn wir für das Programm, das wir heute beschließen werden, Jubel von den Arbeitgeberverbänden bekämen. Die Situation, dass wir weder von den Arbeitgeberverbänden uneingeschränkte Zustimmung erhalten noch von den Gewerkschaften, zeigt: Wir sind und bleiben die Partei der Mitte und lassen uns in unserem Kurs überhaupt nicht beirren.

(Beifall)

Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme, die zurzeit mit Vollgas vor die Wand fahren, sanieren und zukunftssicher machen. Dazu gehört in erster Linie, dass wir die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse erhöhen. Denn wenn nur ein Drittel der Bevölkerung – das sind 26 Millionen Menschen in Deutschland – arbeitet und für zwei Drittel der Bevölkerung Renten-, Gesundheits- und Pflegekosten und Investitionen aufbringen muss, kann die Rechnung nicht aufgehen. Deshalb hat Karl-Josef Laumann bei seiner Vorstellung gestern zu Recht darauf hingewiesen, dass wir nicht dabei bleiben können, die höchsten Einkommen, die geringsten Arbeitszeiten und die höchsten Sozialleistungen zu haben. Das

passt nicht zusammen. Wir werden die Ärmel hochkrepeln und wieder mehr arbeiten müssen, wenn wir unsere Einkommen behalten wollen.

(Beifall)

Damit in diesem Zusammenhang nicht immer nur abstruse Beispiele angeführt werden, möchte ich einen Vergleich mit Österreich anstellen. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Österreicher weniger glücklich sind und schlechter leben als wir. In Österreich wird 170 Stunden im Jahr mehr gearbeitet als bei uns, sie arbeiten also mehr als einen Monat mehr pro Jahr. Kein Wunder, dass das Einkommen in Österreich höher ist und die Arbeitslosigkeit niedriger als bei uns. Nur wenn wir bereit sind, länger zu arbeiten und die Ärmel hochzukrepeln, werden wir im Wettbewerb bestehen und in Deutschland Arbeitsplätze erhalten und ausbauen können. Lasst uns die Wahrheit mit den Menschen besprechen und nicht Wolkenkuckucksheime wie diese Bundesregierung.

Es muss aber auch mit den ständigen Sonderbelastungen Schluss sein, die auf Arbeitsplätzen und auf Unternehmen in Deutschland liegen. Ich sage das hier auch im Blick auf die Bundesregierung. Ich beziehe mich dabei insbesondere auf die europäischen Richtlinien. Einer tut sich in diesem Zusammenhang wiederum besonders hervor. Das ist der von mir wirklich viel zitierte Herr Trittin. Umweltminister Trittin ist zurzeit selbst und allein dafür verantwortlich, dass wir mindestens ein halbes Prozent Wachstum pro Jahr gegenüber dem verlieren, was wir an Wachstum eigentlich haben könnten.

(Beifall)

Wir müssen auch Innovationen wieder zulassen. Wir müssen wieder Innovationsland Nummer eins werden wollen. Wenn wir das werden wollen, wenn wir den Wettbewerbsvorteil, den wir haben, ausschöpfen wollen, müssen wir in drei Themenbereichen besonders aktiv werden. Auch diese Bereiche haben wir in unserem Programm angesprochen. Es geht erstens um Bürokratieabbau, zweitens um Innovations- und Forschungspolitik und drittens um Bildung. Die Bundesregierung redet immer groß daher. Ich meine, wir sollten uns in Zukunft auch einmal mit dem Bundeswirtschafts- und -arbeitsminister Clement etwas näher beschäftigen. Das ist in meinen Augen der größte Ankündigungsminister, den dieses Land je erlebt hat. Jede Woche wird etwas Neues in der Presse vorgeschlagen. Nichts wird aber durchgeführt, alles bleibt hinterher Ruine.

So ist es auch beim Bürokratieabbau. Dieser Mensch hat angekündigt, er wolle hier einen riesigen Bürokratieabbau durchführen. Noch nie war aber das Gesetzbuch in Deutschland so dick wie im letzten Jahr. Das ist die Wahrheit, auch was Clement angeht.

(Beifall)

Wir zeigen in unseren Ländern – ob nun im Saarland, in Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen oder Hamburg –, dass Bürokratieabbau möglich ist. Es gibt ein Sprichwort – die Bundesregierung hat dieses Sprichwort offensichtlich missverstanden –, das lautet: Tue Gutes und rede darüber. – Die Bundesregierung hat diesen Spruch abgewandelt. Bei der Bundesregierung heißt es: Rede Gutes und tue nichts. – Das ist die Situation, die wir zurzeit vorfinden.

Vergegenwärtigen Sie es sich bitte einmal: Das Wirtschaftswunder nach dem Krieg, das Wirtschaftswunder der 60er-Jahre wäre mit dem absurden Maß an Bürokratie, das wir heute haben, niemals zustande gekommen. Deshalb ist insbesondere für Ostdeutschland mein Wunsch und meine Forderung, dass wir den Ostbundesländern mehr Bewegungsspielraum verschaffen, dass wir Experimentierklauseln möglich machen. Diese Länder müssen Gelegenheit haben, auch von Bundesgesetzen abzuweichen, damit sie ohne jede Bürokratie Anschluss an die Gesamtlage in Europa finden.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen bitte ich Sie wirklich um Unterstützung bei dem Thema Bürokratieabbau. Wenn das Thema nicht so ernst wäre, könnten einem manche Vorschriften – ich habe einmal ein paar herausgesucht, um das Thema etwas aufzuheitern – wirklich die Tränen des Lachens in die Augen treiben. Das könnte passieren, wenn man sieht, was deutsche Beamte in Vorschriften alles niederschreiben. Das erste Beispiel stammt aus dem Bereich der Bundesanstalt für Arbeit. In einer Vorschrift heißt es: Welches Kind das erste, zweite, dritte Kind usw. ist, richtet sich nach dem Alter des Kindes.

(Heiterkeit)

Ich finde das einfach heiß. Das muss offensichtlich gesagt werden.

Im Bundesreisekostengesetz gibt es eine wunderschöne Formulierung, die ich eigentlich auch für „unersetzbar“ halte: Stirbt ein Bediensteter während der Dienstreise, so ist damit die Dienstreise beendet.

(Heiterkeit)

Solche Vorschriften braucht man offenbar.

Die Bundeswehrverwaltung setzt dem Ganzen, wie ich finde, die Krone auf. Dort heißt es in einer Vorschrift: Der Tod stellt aus versorgungsrechtlicher Sicht die stärkste Form der Dienstunfähigkeit dar.

(Große Heiterkeit)

So wirkt sich Bürokratie aus.

Nun aber wieder ernsthaft: Solche Vorschriften wirken sich letztlich so aus, dass bei uns eine Firmengründung im Schnitt 45 Tage braucht, in den Niederlanden hingegen elf Tage und in den USA nur vier Tage. Das ist die Situation. Deswegen muss dieser ganze Murks verschwinden. Der einzige Satz, den wir brauchen, lautet: „Das geht nicht“ wird in jeder Bestimmung gestrichen. – Das ist die Forderung, die wir erheben.

(Beifall)

Ich will beispielhaft auf das Verkehrswegebeschleunigungsgesetz eingehen. Der volle Name des Gesetzes ist noch komplizierter. Dieses Gesetz ist eine gute Sache. Der Flughafen Leipzig wurde dank der Regelungen nach diesem Gesetz in fünf Jahren gebaut. Beim Flughafen München hat man bei doch halbwegs stabilen politischen Verhältnissen vor dem Hintergrund von bundesgesetzlichen Regelungen 20 Jahre gebraucht. Meine Damen und Herren, wir müssen diese Bürokratielücke wirklich erschlagen. Wenn wir in Deutschland weiterkommen wollen, muss an diese Aufgabe rigoros herangegangen werden. Das ist die Situation, die wir überall vorfinden.

(Beifall)

Der zweite Bereich ist der der Innovations- und Forschungspolitik. Von 1901 bis 1933 – ich füge bewusst hinzu: als wir noch Weltspitze waren – ging die Hälfte von 28 Nobelpreisen für Chemie nach Deutschland. In den letzten rund 30 Jahren – von 1970 bis 2002 – waren es nur noch drei von 33. Hier stimmt etwas nicht mit unserem Anspruch, Weltspitze zu sein. Wenn wir Zukunftsbranchen erschließen wollen, müssen wir die Märkte und die Unternehmen dafür fit machen. Wir müssen es möglich machen, dass diese Zukunftsbranchen sich entwickeln können. Jetzt ist Bundeskanzler Schröder gerade wieder einmal in China. Mit China und diesem Bundeskanzler verbinde ich ein Sinnbild für die Entwicklung in Deutschland. Als ich den Bundeskanzler im letzten Jahr mit dem Transrapidmodell in Schanghai gesehen habe, habe ich gedacht: Was für ein Wahnsinn, dass der Mann dort noch lacht. Nur weil hier verhindert wurde, dass der Transrapid gebaut werden kann, muss er sich jetzt in China mit dem Transrapidmodell hinstellen. – Das ist falsche Politik für Deutschland, die hier gemacht wird.

(Beifall)

Schauen wir auch einmal darauf, wie es mit den Genehmigungen von Flughäfen läuft. Gestern ist zu Nordrhein-Westfalen schon einiges von Jürgen Rüttgers vorgetragen worden. Er hat schon etwas zu den Auswüchsen gesagt, die sich Steinbrück und Höhn hier leisten. Ich möchte ein weiteres Beispiel hinzufügen. Beim Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück wollte man die Landebahn erweitern. Die Umweltministerin Höhn hat dann einen dort verlaufenden Bach zum europäischen Naturgut hoch stufen wollen. Schließlich hat man, weil Kröten in diesem Bach leben, für die Erweiterung der Landebahn die Auflage gemacht, für 10 Millionen Euro eine 15 m breite und 7 m hohe Brücke mit Lichteinlassfenstern für die Kröten zu bauen. Meine Damen und

Herren, solange wir uns so etwas leisten, solange wir es uns leisten, dass eine Milliardeninvestition für ein Kraftwerk hier in Nordrhein-Westfalen wegen ein paar Hamsterbauten auf Eis liegt, so lange haben die Leute die Wirklichkeit, in der wir leben, nicht erkannt. Das ist leider Gottes die Situation.

(Beifall)

Wir haben doch Chancen, und zwar in vielen Bereichen. Ich nenne hier Medizintechnik, Verkehrslogistik, Reduktion von CO<sub>2</sub>, Nanotechnologie und Nuklearsicherheit. Es ist doch Wahnsinn, dass wir in Deutschland die sichersten Kernkraftwerke der Welt abschalten und irgendwo anders dann keine Hilfestellung mehr geben können, um Windräder zu bauen, die wirklich einen größeren Schaden für die Natur im platten Land anrichten, als es die ganze Industrialisierung vorher jemals erreicht hat.

(Beifall)

Das ist die Situation heute in Deutschland.

Wir geben 16 Milliarden für die Kohle aus. Der Bundeskanzler sagt das einmal eben so zu. Wir müssen aber bei allen möglichen sozialen Angelegenheiten Streichungen vornehmen. Die Milliarden für die Windenergie werden hingegen aufgestockt. Zur Windenergie füge ich aus nordrhein-westfälischer Sicht noch nur eines hinzu. Im Vergleich zur Förderung der Windenergie ist die Subvention der deutschen Steinkohle geradezu eine wirtschaftliche Angelegenheit.

Das ist der Ernst der Lage. Meine Damen und Herren, solange wir uns das leisten, haben die betreffenden Regierungsmitglieder die Wirklichkeit in Deutschland nicht erkannt. Sie leiden unter Wahrnehmungsverlusten.

Den nächsten Wahrnehmungsverlust erleben wir im Bereich der Bildung, und zwar auch mit der nächsten PISA-Studie. Deutsche Schüler liegen in der Sprachkompetenz und in Mathematik unter denen der Konkurrenten wie Österreich, der Schweiz, Großbritannien und Frankreich. Das Ergebnis ist für Deutschland sogar noch dadurch geschönt, dass in den unionsregierten Bundesländern die Situation wesentlich besser ist als in den SPD-regierten Bundesländern. Die SPD fordert jetzt, eine Einheitsschule einzurichten. Die Eltern in Deutschland müssen es als Bedrohung empfinden, was die SPD im Bildungsbereich macht. Das ist eine Bedrohung für die Zukunft unserer Kinder. Einheitsschule heißt Mittelmaß, und Mittelmaß heißt Abstieg.

Genau das müssen wir verhindern, auch mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen; denn es zeigt sich schon heute, dass all das, was gesagt wurde, nicht stimmt. Man hat gesagt, in Bayern oder Baden-Württemberg werde mehr auf Leistung geguckt, Annette Schavan, in Nordrhein-Westfalen achteten wir mehr auf die Sozialkompetenz. In Thüringen wird auch auf Leistung ge-

guckt. Deswegen ist Thüringen auch so weit vorne. An Thüringen und Sachsen, Dieter Althaus, kann man im Übrigen sehen, wie schnell es mit der Entwicklung gehen kann. Nur wenige Jahre nach der Wiedervereinigung, als alle vom gleichen Stand ausgegangen sind, haben sich Thüringen und Sachsen von den anderen Bundesländern abgesetzt, was die Ergebnisse im Bildungsbereich angeht.

Meine Damen und Herren, wenn man näher hinsieht, erkennt man, dass selbst das Argument „soziale Gerechtigkeit“ nur vorgetäuscht ist; denn auch da wurden die Ziele nicht erreicht, sondern völlig verfehlt. Eine Gruppe ist von den schlechten Bildungsvoraussetzungen besonders betroffen. Das ist die Gruppe der ausländischen Kinder. Bei der ersten PISA-Studie, von der wir die Länderergebnisse kennen, haben die ausländischen Kinder in Bayern bei den Tests an den Hauptschulen besser abgeschnitten als die deutschen Kinder in Nordrhein-Westfalen. Meine Damen und Herren, die ausländischen Kinder haben trotz ihrer schlechteren Voraussetzungen besser abgeschnitten als die deutschen Kinder in NRW! Das ist zurückzuführen auf massenhaften Unterrichtsausfall und auf große Unterrichtseinheiten. Nehmen Sie zum Beispiel Schleswig-Holstein: Dort fallen jede Woche 20 000 Unterrichtsstunden aus. Das ist trauriger Rekord in Deutschland, das ist trauriger Rekord von Frau Simonis und ihrer rot-grünen Landesregierung. Schon deshalb müssen die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen ernst genommen werden. Wir müssen allein schon im Interesse unserer Kinder wegen der Bildungspolitik in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen die Landesregierungen ablösen.

(Beifall)

Wir sorgen uns insbesondere um die Zukunftschancen der ausländischen Kinder; das werden wir nachher noch beim Antrag zur Integration behandeln. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, in diesem Bereich sitzen wir auf einem Pulverfass. Wir sitzen auf purem Sprengstoff. In Berlin geht ein Drittel der jungen Türken direkt nach der Schule ohne Abschluss in die Sozialsysteme. 42 Prozent aller Ausländer in Berlin sind arbeitslos, davon haben wiederum drei Viertel keinen Berufsabschluss. Hier sieht man es ganz deutlich: Keine Deutschkenntnisse vor der Einschulung, schlechte oder gar keine Schulabschlüsse, keine Berufsausbildung und die Menschen fahren wie auf Schienen in die Sozialsysteme. Wir müssen das verhindern. Wer auf deutsche Schulen gehen soll, wer in die Grundschule kommen soll, muss deutsch können oder er wird nicht ordnungsgemäß eingeschult, sondern vorweg unterrichtet.

(Beifall)

Man darf sich doch keine falschen Vorstellungen machen: Wer keinen Beruf hat, wer arbeitslos ist, der ist anfällig für jene von der islamistischen Seite, die ihm möglicherweise den falschen Weg aufzeigen wollen. Wir sind die Dinge deshalb ganz sachdienlich angegangen. Wir haben viele Gespräche mit Vertretern der türkischen Regierung geführt. Es ist jetzt zwischen dem Generalsekretär der türkischen AKP, der Regierungspartei in der Türkei, und mir vereinbart wor-

den – Sie werden das in den nächsten Wochen bekommen, auch in den Kreisverbänden –, gemeinsam einen Flyer zu produzieren – er befindet sich zurzeit in der letzten Abstimmung –, mit dem wir die türkischen Eltern auffordern, dafür zu sorgen, dass ihre Kinder die deutsche Sprache beherrschen, dass sie selbst die Sprache beherrschen müssen, wenn sie sich in unser Leben eingliedern, wenn sie Chancen haben wollen.

Ich habe in den Gesprächen mit der AKP auch immer wieder angesprochen, was in unserem Papier zur Integration auftaucht. Das ist die Situation der muslimischen Frauen in Deutschland. Meine Damen und Herren, ich spreche dies an, weil wir auch hier fragen müssen, wie es um die Bundesregierung bestellt ist. Ich will in diesem Zusammenhang auch die Grünen ansprechen. Wir dürfen die Grünen nicht mehr unbeschadet mit ihren Sprüchen davon kommen lassen. Nur weil sie Multikulti wollen, lassen sie die Frauenrechte, die sie wie eine Fahne vor sich hertragen, plötzlich links liegen. Frauenrechte sind überhaupt nicht mehr wichtig. Die Gleichstellungsstellen kümmern sich darum, ob die Stellenanzeigen korrekt geschlechtsneutral formuliert sind. Sie sollen sich einmal darum kümmern, ob die muslimischen Frauen in Deutschland die verfassungsmäßigen Rechte haben. Daran sollten wir auch die Grünen erinnern.

(Beifall)

Die Grünen sind aus ideologischen Gründen gar nicht in der Lage, dieses Thema richtig anzugehen. Wie weit sie sich verrannt haben, sieht man daran, dass noch vor einer Woche Frau Roth und Herr Bütikofer in einem gemeinsamen Artikel im „Tagesspiegel“ nicht nur „multikulturelle Gesellschaft als Ausdruck der Freiheit“ verlangt haben. Sie sprechen – ich finde, das ist der Gipfel – auch von „multikultureller Demokratie“. Meine Damen und Herren, die Grünen haben sich mit ihren Sprüchen und ihrer „multikulturellen Demokratie“ verrannt. Sie nehmen die Wirklichkeit in Deutschland nicht mehr wahr. Wir müssen der Bevölkerung sagen, dass wir eine realistische Alternative anbieten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben das schon länger gesagt. Wie ist Jörg Schönbohm 1998 für seine Äußerung beschimpft worden – ich möchte Ihnen dies vorlesen, weil gesagt wird, wir hätten dies aufgrund der Vorkommnisse in den Niederlanden erfunden –; in der „Berliner Zeitung“ vom 22. Juni 1998 heißt es:

„Eine multikulturelle Gesellschaft würde eine Wertebeliebigkeit mit ungeahnten Risiken nach sich ziehen. Die deutsche Linke suggeriert, dass eine großzügige Zuwanderung von Ausländern ohne eine massive politische Veränderung unseres Gemeinwesens denkbar wäre. Ein ungezügelter Migrationsstrom“, fährt Jörg Schönbohm fort, führt zur Nichtintegration und zur Entwicklung von Parallelgesellschaften. Die verbindenden Wertbestände lösen sich auf und verla-

gern sich an den Rand der Gesellschaft. Es ist naiv und fahrlässig, sich eine multikulturelle Gesellschaft ohne die Gefahr tief greifender Verwerfungen zu denken.“

Daraufhin ist er beschimpft worden, das sei eine Steilvorlage für rechtsradikale Parteien. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, viele von uns haben sich so geäußert und sind beschimpft worden. Heute zeigt sich, dass uns die Wirklichkeit Recht gibt. Wir dürfen uns nicht von den ideologischen Vorstellungen von Rot-Grün aufhalten lassen. Wir müssen unsere Politik, die sich am Interesse Deutschlands und am Interesse der Menschen in Deutschland misst, gegen diese Ideologen fortsetzen.

(Beifall)

Da ist eine weitere Lebenslüge geplatzt. Deswegen sage ich: Die Bundesregierung, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben ein gestörtes Verhältnis zum eigenen Land, und zwar nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch in der Außenpolitik.

Sehen Sie sich nur den verkrampften Umgang des Bundeskanzlers mit Herrn Putin an! Das war bei Tschetschenien so, als er der Regierung nach massiven Unregelmäßigkeiten zur Seite sprang, und das war jetzt im Zusammenhang mit der Ukraine wieder so. Wie kann man nur gleichzeitig in einer Partei Leute haben, die Präsident Bush mit Hitler vergleichen – Sie erinnern sich doch noch an das, was Frau Däubler-Gmelin gesagt hat, nämlich dass Bush mit seinen innenpolitischen Schwierigkeiten ablenken wolle, weil das eine beliebte Methode sei; das habe auch Hitler schon so gemacht – und Putin dann als lupenreinen Demokraten bezeichnen! Und das bei dieser Medien- und Demokratiesituation, die wir zurzeit in Russland vorfinden! Ein solches Messen mit zweierlei Maß, wie sich das die Sozialdemokraten hier leisten, darf es mit der CDU niemals geben.

(Beifall)

Können Sie sich vorstellen – ich frage Sie allen Ernstes –, dass Bundeskanzler Schröder in die Türkei gereist wäre, um vor Ort Herrn Erdogan ins Gesicht zu sagen, dass Deutschland gegen den EU-Beitritt der Türkei und für eine privilegierte Partnerschaft ist? Können Sie sich vorstellen, dass Herr Schröder diesen Mut gehabt hätte? Angela Merkel hat diesen Mut gehabt. Das hat Format und das hat übrigens unserem Verhältnis zu der Regierungspartei in der Türkei in keiner Weise geschadet; ich würde sogar sagen: Es hat eher genutzt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sagte: Rot-Grün, die SPD und die Grünen haben ein verkrampftes Verhältnis zu unserem Land und seinen Symbolen. Wie kann der Bundeskanzler auf die Idee kommen, den Feiertag am 3. Oktober abzuschaffen, und wie können Ströbele und Trittin die Idee vertreten, einen christlichen Feiertag abzuschaffen und dafür einen islamischen Feiertag

einzuführen? Man sollte sich einmal vorstellen, in der Türkei würde jemand vorschlagen – das wäre doch das Umgekehrte –, Christi Himmelfahrt als Feiertag einzuführen. Daran sehen Sie die ganze Irrationalität solcher politischen Vorschläge.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Wieczorek-Zeul weigerte sich bei ihrem Afghanistanbesuch, mit einem Bundeswehrfahrzeug zu fahren. Was für ein Verhältnis haben diese Menschen eigentlich zu unserem Land und seinen Symbolen? Was für ein Verhältnis haben sie überhaupt zu den Menschen? Uns liegt eine eidesstattliche Erklärung von acht Betriebsräten vor, die im Zusammenhang mit dem Dosenpfand bei einem Staatssekretär von Herrn Trittin waren und die massiven Stellenverluste beklagt haben, die es dadurch gebe. Daraufhin sagte der Staatssekretär Baake im Gespräch wörtlich: „Ja, meine Herren, dies ist politisch auch so gewollt.“

Welche Haltung haben diese Menschen zu den Menschen im Land, zum Land als Ganzem und zu den Arbeitsplätzen? Welche Haltung steckt dahinter, wenn Herr Müntefering ein 30 Jahre altes Schätzchen aus dem Ideologiekasten der Parteitagsbeschlüsse wie die Ausbildungsplatzabgabe auspackt, nur um die Linken in seiner Partei zufrieden zu stellen? Er weiß ganz genau, dass das den Ausbildungsplätzen mehr schadet als nutzt. Was für ein Verhältnis haben diese Menschen?

Wir müssen diese rot-grüne Ideologie unserer Grundrichtung und unserer emotionalen Grundhaltung in Bezug auf das Land und seine Menschen gegenüberstellen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich glaube, zurzeit sehen wir die Endphase des Niedergangs deutscher Politik in Vollendung. Bundeskanzler Schröder betont in jedem Interview, dass sein Privatleben nicht in die Öffentlichkeit gehört. Dabei gibt es niemanden, der sein Privatleben so instrumentalisiert und gezielt einsetzt wie Bundeskanzler Schröder.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will gar nicht auf die alten Geschichten von „Wetten dass, ..?“ über Brioni und die nicht gefärbten Haare zurückkommen. Da mussten die wieder entdeckten Cousinen in den neuen Ländern ran, dann schließlich nahezu der Reihe nach sämtliche Familienmitglieder und jetzt ist der Familienhund an der Reihe. Meine Damen und Herren, Werbung für Hundeshampoo und Hundeknochendesign wird jetzt mit einem Hundeadventskalender abgerundet, damit sich Deutschlands Hunde angemessen auf Weihnachten vorbereiten können. Meine Damen und Herren, das ist ein sinnfälliges Beispiel für den Niedergang der deutschen Politik unter Schröder.

(Beifall)

Zum Nachdenken: Können Sie sich vorstellen, dass so etwas in den Zeiten von Helmut Schmidt, Willy Brandt oder Helmut Kohl vorgekommen wäre? Das zeigt, was hier passiert ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, deshalb müssen wir über unsere Liebe zu unserem Land, über unser Verhältnis zu den Menschen im Land und darüber, warum wir politisch handeln, reden. Ich halte nichts von dem Stichwort „Patriotismusdebatte“. Das ist nämlich keine Debatte, die man abrufen könnte oder müsste. Patriotismus und Liebe zum Land sind eine Haltung. Das ist eine Motivation für uns, warum wir überhaupt Politik machen. Wir wollen etwas verändern. Wir Christdemokraten können es nicht mit ansehen, wo unser Land zurzeit steht. Mir stinkt es, dass Deutschland auf jeder Rangliste ganz am Ende steht. Da gehören wir nicht hin. Wir wollen mit unserem Land und den Menschen in diesem Land wieder nach vorne an die Spitze.

(Beifall)

Das fängt auf der kommunalpolitischen Ebene an, indem man sich engagiert. Das geht auf der Landesebene weiter. Ich habe mit Vergnügen gesehen – Christian Wulff ist, glaube ich, gerade nicht da; aber ich spreche einmal die Niedersachsen an –, was dort nach der Übernahme der Regierung gemacht worden ist. Es war doch Schröder, der vor 13 Jahren das Niedersachsen-Ross aus dem Wappen herausgenommen hat. Das zeigt, dass er kein Verhältnis zu Traditionen hat. Deswegen finde ich es gut, dass dies die Regierung von Christian Wulff nach dem Wahlsieg in Niedersachsen wieder eingeführt hat. Das Niedersachsen-Ross gehört auf das Wappen; es gehört zur Tradition. Deshalb ist es wichtig.

(Beifall)

Die haben kein Verhältnis zum Land und zu den Menschen.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin von den Megatrends gesprochen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Menschen in Zeiten der Globalisierung und der stärkeren Integration in Europa mehr Identität wollen. Sie wollen das Gefühl für Heimat stärker ausgeprägt haben. Gerade in Zeiten der Globalisierung und der stärkeren Zuwendung nach Europa ist eine Sehnsucht nach Geborgenheit und Heimat vorhanden.

Wir müssen unsere politischen Inhalte mit Optimismus für das Land verbinden. Wir müssen unsere Politik damit verbinden, dass wir den Menschen das Gefühl geben, dass wir aus einer emotionalen Grundhaltung heraus Politik machen und nicht deswegen, um Pöstchen zu haben. Wir müssen die Menschen dazu auffordern, sich wirklich vorzunehmen, die Politiker daran zu messen, was sie eigentlich für das Land tun. Wir müssen die Menschen auf solche Dinge wie die Abschaffung des Feiertages am 3. Oktober oder die Einführung eines islamischen Feiertages hinweisen. Wir müssen ihnen zum Beispiel sagen, dass Herr Trittin nicht nur die Nationalhymne

nicht mitsingt und dabei mit der Hand in der Hosentasche herumsteht, sondern dass er auch der einzige Bundestagsabgeordnete ist, den ich kenne, der auf seinem Briefbogen „Mitglied des Bundestages“ und nicht wie alle anderen „Mitglied des Deutschen Bundestages“ stehen hat. Das ist ein Verhältnis zum eigenen Land! Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Ein Mann wie Trittin mit dieser Grundhaltung zum eigenen Land gehört schon aus diesem Grunde nicht in eine deutsche Bundesregierung. Das ist meine feste Überzeugung.

(Beifall)

Liebe Freunde, von Düsseldorf muss das Signal ausgehen, dass wir unser Programm in den letzten zwei Jahren in zentralen Punkten so erarbeitet haben, dass wir jederzeit in der Lage sind, die Regierung zu übernehmen. Wir wollen von hier aus auf Angriff umschalten und der Regierung keine ruhige Minute mehr lassen. Wir müssen den Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit Peter Harry Carstensen und Jürgen Rüttgers geschlossen und couragiert angehen. Wir wollen diese Wahlen gewinnen; denn wenn Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wieder von der CDU regiert werden, geht es in diesen Ländern besser und dann geht es auch Deutschland insgesamt wieder besser. Lassen Sie uns diese Chance nutzen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Laurenz Meyer, für deinen Bericht, aber auch für die Arbeit in diesem Jahr und in Vorbereitung dieses Parteitag.

Liebe Delegierte, liebe Freunde, ich möchte noch einem Geburtstagskind gratulieren, nämlich Heinrich Böckelühr, dem Bürgermeister aus Schwerte. Lieber Heinrich, herzlichen Glückwunsch auch zu deinem Geburtstag!

(Beifall)

Es gibt ja nichts Schöneres, als seinen Geburtstag auf einem CDU-Bundesparteitag zu verbringen, besonders wenn man vor wenigen Wochen wieder gewählt worden ist.

Liebe Freunde, ich möchte Ihnen jetzt zum Verfahren Folgendes vorschlagen. Vor der Rede des CSU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Edmund Stoiber, würde ich gerne noch den Antrag des Bundesvorstandes zur Verlängerung des Solidarbeitrages – Antrag C 13 – sowie die Anträge C 21 und C 23 aufrufen. Die Debatte über den Bericht des Generalsekretärs und über den Leitantrag folgt dann nach dem Grußwort des bayerischen Ministerpräsidenten. – Wenn Sie damit einverstanden sind, rufe ich jetzt die Anträge C 13, C 21 und C 23 im Zusammenhang mit der Verlängerung des Solidarbeitrages auf. Diese Anträge sollen gemäß der Empfehlung der Antragskommission gemeinsam behandelt werden. Sie haben sie ausgedrückt auf den Seiten 328 f., 332 und 333 der Antragsbroschüre vorliegen. Wird da noch einmal eine Einführung gewünscht? – Ja. Der Schatzmeister hat das Wort.

**Dr. Wolfgang Peiner**, Schatzmeister der CDU: Meine Damen und Herren! Ich habe die Eckpunkte dieses Antrages im Wesentlichen bereits gestern begründet. Sie wissen, dass wir auf dem schmerzlichen Weg der Sanierung unserer Parteifinanzen ein gutes Stück vorangekommen sind. Die Bundespartei hat ihre Verpflichtungen erfüllt und der Solidaritätsbeitrag hat dazu geführt, dass die Überschuldung der Partei planmäßig reduziert werden konnte. Vor diesem Hintergrund ist die Sanktionszahlung für die Vorgänge in Hessen ein schmerzvoller Rückschlag in unseren Bemühungen, die Kampagnenfähigkeit der Partei zu erhalten, aber auch darin, unsere Glaubwürdigkeit gegenüber den Banken zu sichern.

Aus diesem Grunde haben wir Ihnen nach schweren und intensiven Überlegungen in Finanzkommissionen, im Haushaltsausschuss, aber auch im Präsidium der Partei den Vorschlag gemacht, der jetzt hier vorliegt, dass sich nämlich der Landesverband Hessen maßgeblich beteiligt – was er auch schon getan hat – und zusätzlich einen Sonderbeitrag für seine eigenen Mitglieder erbringt, dass die Bundespartei noch einmal zusätzliche Sparanstrengungen im eigenen Haushalt vornimmt und dass wir darüber hinaus den Solidaritätsbeitrag um drei Jahre verlängern, um diese Mittel zur Finanzierung der Sanktionslasten, soweit sie auf die Bundespartei entfallen, nutzen zu können. Ich glaube, damit können wir unser Ziel, nämlich im Jahre 2006 den Bundestagswahlkampf ohne die Aufnahme zusätzlicher Bankkredite zu finanzieren und damit die Glaubwürdigkeit unseres Sanierungskonzeptes auch gegenüber unseren Banken unter Beweis zu stellen, erreichen. Man muss leider sagen: Nur damit können wir es erreichen.

Natürlich ist es schwer, einen solchen Vorschlag zu machen, weil er die Solidarität der Mitglieder und der Kreisverbände für weitere drei Jahre einfordert. Aber glauben Sie uns: Es gibt zu diesem Vorschlag keine Alternative; wir haben das geprüft. Deswegen bitten wir Sie, diesem Vorschlag zuzustimmen.

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Herr Peiner. – Ich habe drei Wortmeldungen vorliegen. – Herr Wieland zur Geschäftsordnung.

**Rainer Wieland**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin aus Baden-Württemberg; ich bin Kreisvorsitzender in Ludwigsburg. Ich will vorausschicken, dass wir uns nicht jeglicher Solidarität verweigern. Wir halten aber das Verfahren als solches für nicht angemessen.

(Beifall)

Wir halten es nicht für angemessen, weil wir, seit dem wir vor viereinhalb Jahren einen Beschluss gefasst haben, sich die Dinge weiterentwickelt haben, verschiedene Prozesskostenrisiken sich unterschiedlich entwickelt haben, bei dem Parteitag 1999 die Rede davon war, dass eine Sanktionsvorsorge getroffen wird, und der Bundesvorstand jetzt, nach dem Urteil im September, am 8. November einen Beschluss fasst, am 12. November ein Brief geschrieben wird, der am 18. November bei den Geschäftsstellen eingeht, und dann am 1. und 2. Dezember ein Brief an die

Delegierten geschrieben wird, in dem gebeten wird, das möglichst noch vor dem Parteitag zu diskutieren. Meine Damen und Herren, hier sitzen nicht nur einfache Mitglieder, hier sitzen auch Kreisvorsitzende, die von zu Hause Beschlüsse mitbekommen haben, wie sie mit diesem Antrag umzugehen haben. Wir hatten aber keine Chance, die Weiterungen, die diese Beschlüsse für die Kreisverbände bedeuten – wir unterhalten uns über deutlich zweistellige Größenordnungen; ich will jedoch nicht zur Sache reden –, vorzubereiten; denn es war eine unangemessen kurze Zeit. Wir würden hier alle sehr viel entspannter sitzen, wenn der Bundesvorstand vorgeschlagen hätte, dass das die Landesverbände tragen. Dort, wo es in den Landesverbänden klemmt, kann man dann überlegen, wie man das an die Kreisverbände weiterreicht. Dann würde heute auch mancher Landesvorsitzender diese Diskussion wesentlich weniger entspannt verfolgen.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Herr Wieland, Sie wollten einen Antrag stellen. Sie reden zur Geschäftsordnung.

**Rainer Wieland:** Wir halten die Vorbereitungszeit in Bezug auf diesen Beschluss für unangemessen kurz. Kompromissanträge waren unterwegs. Deshalb beantragen wir, dass dieser Antrag heute nicht beraten wird. Wir erkennen nicht, warum nicht im nächsten Jahr nach ausreichender Vorbereitung und einem Sachvortrag, weshalb und wie das Paket von vor viereinhalb Jahren abgearbeitet worden ist, ein Beschluss gefasst werden kann, der dann zur Not rückwirkend zum 1. Juli 2005 gilt. – Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Wieland. – Will irgendjemand dagegen sprechen? – Der Generalsekretär.

**Laurenz Meyer**, Generalsekretär der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich war ja viele Jahre Schatzmeister der CDU in Nordrhein-Westfalen und ich weiß, wie die Situation, auch in den Kreisverbänden, ist, dass sie zum Teil sehr unterschiedlich ist. Ich muss aber hier wirklich um Fairness bitten. Wir haben schon im letzten Jahr, als noch nicht feststand, wie das Verfassungsgerichtsurteil ausfallen würde, in der Finanzkommission des Bundes, in der alle Länder vertreten sind, über die Alternativen, auf die wir uns einstellen müssten, falls das Urteil in dieser oder jener Richtung ausfällt, gesprochen. Als absehbar war, dass das Urteil noch im Herbst kommt, haben wir schon im Sommer darüber gesprochen, auch in der Runde der Generalsekretäre und Geschäftsführer. Wir haben das Angebot gemacht, die Einzelheiten zu erläutern. Der Bundesgeschäftsführer und auch ich sind zum Teil selbst zu diesem Zweck unterwegs gewesen, damit wirklich in jedes Gremium jemand von uns kommt. Wir haben vor ungefähr sechs Wochen allen Kreisverbänden 15 Fragen mit den entsprechenden Antworten zugeleitet, um

den notwendigen Informationsstand sicherzustellen, weil das von den Landesverbänden gewünscht war. Unter dem Zeitdruck, der hier herrscht, wird man das gar nicht besser machen können. Die Monate, die uns zur Verfügung standen, haben wir für Informationen genutzt.

Leider Gottes muss man jetzt wirklich sagen, es gibt keine Alternative zur Fassung dieses Beschlusses. Von dem Solidarbeitrag, der jetzt hier beschlossen wird, behält die Bundespartei keinen einzigen Cent für die eigene Kasse, ganz im Gegenteil: Wir müssen Vorfinanzierungen vornehmen und zusätzlich 2 Millionen aus den laufenden Bundeshaushalten einsparen, um das Geld zu erwirtschaften, das, wie es Herr Peiner gesagt hat, nötig ist, um die mit den Banken vereinbarten Sanierungskonzepte einzuhalten.

Ich bitte deshalb wirklich darum, den Antrag in der vorliegenden Form zu unterstützen, weil wir ansonsten nicht handlungsfähig sind. Wir wären auch bei Annahme Ihres Vorschlages nicht handlungsfähig, weil wir zum Ende nächsten Jahres liquiditätsmäßig – ich will es einmal vorsichtig ausdrücken – in einen Engpass kämen. Im zweiten Halbjahr 2005 könnten wir nämlich die Zahlungen, die anstehen, nicht mehr aus eigenen Mitteln vorfinanzieren. Das ist die ganze Wahrheit, so ist die Situation.

Wir sind froh, wenn wir den Sanierungsplan für die CDU durchgestanden haben und die CDU dann ab 2006/2007 wieder auf seriösen Füßen steht, da dann die Finanzierung wieder aus den laufenden Einnahmen erfolgt. Das werden wir hinkriegen, das wollen wir hinkriegen. Wir haben es bisher in jedem Jahr geschafft, die Vorgaben, die der Bundespartei gemacht worden sind, auch einzuhalten. Deshalb bitte ich Sie herzlich, diesem Antrag zuzustimmen. Es tut mir fürchterlich Leid, das zu sagen – ich weiß, wie das ist –, aber es führt kein Weg daran vorbei.

(Teilweise Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt ist ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt worden. Es wurde dafür und dagegen geredet. Ich lasse jetzt über den Antrag zur Geschäftsordnung mit dem Inhalt, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Diskussion. Als Erster hat das Wort Herr Georg Wacker.

**Georg Wacker**: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zunächst einmal kann ich die Ausführungen von Rainer Wieland nur unterstreichen, dass erst mit Schreiben vom 18. November die Kreisverbände im Detail über das Vorhaben des Bundesverbandes informiert wurden. Jeder, der Parteiarbeit kennt, kann nachvollziehen, dass es von diesem Zeitpunkt bis zum heutigen Tage nicht ausreichend Zeit gab, das im Detail mit dem Landesverband zu diskutieren und Einvernehmen über einen Solidaritätsbeitrag herzustellen. Die Zeit war einfach zu kurz, um in aller Ruhe und Sachlichkeit über die Auswirkungen vor Ort zu sprechen.

Zur Sache: Wir haben auf dem Essener Bundesparteitag im April des Jahres 2000 mit, wie ich glaube, überdeutlicher Mehrheit der Einführung des Solidaritätsbeitrages zugestimmt. Wir haben diesem Solidaritätsbeitrag, dessen Abführung auf fünf Jahre befristet war, deswegen zugestimmt, weil wir uns alle darüber einig waren, dass wir in einem einmaligen großen Kraftakt die Finanzprobleme der CDU meistern müssen. Wir alle, auch ich selbst als Kreisvorsitzender des CDU-Kreisverbandes Rhein-Neckar, haben uns mit dem Argument stark dafür gemacht, dass durch diesen einmaligen Kraftakt die finanziellen Defizite behoben werden, indem wir die Last gemeinsam schultern. Wenn wir heute für eine Verlängerung der Abführung dieses Solidaritätsbeitrages stimmen, haben wir ein massives Vermittlungsproblem, weil wir im Grunde erläutern und begründen müssen, warum dieser Solidaritätsbeitrag jetzt noch einmal über drei Jahre abgeführt werden soll. Schon auf dem Essener Bundesparteitag hätte doch jedem im Grunde klar sein müssen, welche Risiken durch die aktuelle Rechtsprechung noch im Raume stehen. Jeder musste also im Grunde genommen über die längerfristigen Auswirkungen Bescheid gewusst haben.

Ein Weiteres: Wir als CDU Deutschlands setzen uns immer wieder für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips ein. Wir setzen uns, auch wenn es um das Bewältigen finanzieller Lasten und Aufgaben geht, dafür ein, dass die Ebenen gleichmäßig einbezogen werden. Hier entsteht der Eindruck, dass eine Last von oben nach ganz unten durchgereicht wird. Das ist kein gutes Signal an die Orts- und Kreisverbände der CDU Deutschlands.

Ich könnte mich durchaus damit einverstanden erklären, heute einen Beschluss zu fassen. Da gebe ich dem Generalsekretär Recht, aber wir sollten möglicherweise einen Korridor dafür schaffen, dass zu einem späteren Zeitpunkt mit den Landesverbänden und auch den Bezirksverbänden eine einvernehmliche Regelung gefunden werden kann. Ansonsten würden wir heute ausschließlich der unteren Ebene den schwarzen Peter zuschieben. Deswegen werbe ich dafür, zunächst einmal dem Antrag meines Kreisverbandes auf Ablehnung zuzustimmen und dann gegebenenfalls einen Kompromissvorschlag anzunehmen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Teilweise Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Als Nächster Herr Dr. Rautschek.

**Dr. Holger Rautschek**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin für den Antrag, weil ich keine Alternative sehe. Wir als Union müssen unsere Kampagnenfähigkeit erhalten. Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass wir, wenn wir für diesen Antrag stimmen, die Arbeit an der Basis belasten. Dort muss das Geld eingespart werden; dort müssen eventuell zusätzliche Mittel eingeworben werden. Deswegen stellt sich für mich die Frage nach der Verantwortung.

Unsere Finanzmisere hat ihre Ursache in Verstößen gegen Gesetze und gegen Satzungsbestimmungen unserer Partei. Dadurch wurde ein Millionenschaden verursacht. Deswegen muss auch die Frage erlaubt sein, welchen besonderen Beitrag die Verantwortlichen für diese Verstöße zur Wiedergutmachung dieses Schadens leisten. In einem anderen Fall, wo es keine juristischen Ermittlungen und keinen Anfangsverdacht gab, hat das hessische Parteigericht in diesem Jahr rigoros einen Parteiausschluss, also die Höchststrafe, gefordert. Da frage ich mich: Was muss passieren, wenn das Verhalten eines Parteimitglieds sogar bei Gerichten anhängig ist? Als christlicher Partei steht es uns gut zu Gesicht, Nachsicht und Vergebung zu üben, aber dann, bitte schön, in allen Fällen. Wenn wir nach dem Motto agieren: Die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen, dann können wir diesen Beschluss der Basis nicht vermitteln. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Herr Norbert Barthle, Landesverband Baden-Württemberg.

**Norbert Barthle:** Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir alle stehen in großer Solidarität untereinander, vor allem auch zum Landesverband Hessen, der ja doch über diesen Sonderbeitrag stärker belastet ist als alle anderen Landesverbände. Bei aller Solidarität muss ich als Kreisvorsitzender des Ostalbkreises – das ist immerhin der drittgrößte Kreisverband im Lande Baden-Württemberg – aber zum Ausdruck bringen, dass unsere Mitglieder und unser gesamter Kreisvorstand große Bedenken hat, wenn der Antrag des Bundesvorstandes in der Form angenommen wird, wie er vorliegt. Deshalb plädieren wir dafür, die Verlängerung der Abführung des Solidarbeitrages auszusetzen. Wir sind gerne bereit, einem Kompromissvorschlag zuzustimmen, in dem die Verlängerung stärker befristet wird, zum Beispiel auf ein Jahr.

Ich will Ihnen auch gerne sagen, weshalb. In der Punktation von unserem Generalsekretär Laurenz Meyer wird zum Beispiel dargelegt, dass der Landesverband Hessen kein Vermögen mehr habe und schon über Gebühr seinen Beitrag geleistet habe. Wer in den Rechenschaftsbericht schaut, stellt aber fest, dass auf der Ebene der Kreis- und Ortsverbände durchaus noch erhebliches Vermögen vorhanden ist. Da, liebe Freunde, muss ich Ihnen sagen: Mein Kreisverband hat nun schon in den vergangenen fünf Jahren einen erheblichen Teil seines bis dahin noch vorhandenen Vermögens aufgebraucht, um die Belastung zu schultern und Mitgliederaustritte zu verhindern. Wir haben nicht den bequemen Weg gewählt, diese Belastung auf die Mitglieder abzuwälzen. Deshalb sage ich in aller Ehrlichkeit: Sollten wir dazu gezwungen werden, erneut besondere Belastungen zu tragen, werden wir diese auf die Mitglieder abwälzen, was erhebliche Mitgliederaustritte zur Folge haben könnte. Ich jedenfalls rechne damit. Das wiederum belastet die Gesamtpartei.

Ich plädiere also an Sie alle: Lassen Sie uns im Namen einer gemeinsamen Solidarität einen Weg finden, nicht die gesamte Belastung auf die Mitglieder abzuwälzen. In diesem Sinne plädiere ich in ähnlicher Weise wie meine Vorredner. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Als Nächster Herr Wieland jetzt zur Sache.

**Rainer Wieland**: Herr Präsident, vielen Dank! – Ich komme leider nicht umhin, für die Ablehnung des Antrages zu plädieren. Wie gesagt, es gab Kompromissvorschläge, auch den, heute einen Beschluss für das zweite Halbjahr 2005 zu fassen. Dann hätte man bis zum Parteitag Zeit gehabt. Man könnte rückwirkend beschließen. Der Liquiditätsengpass, von dem der Generalsekretär vorsichtig gesprochen hat, hätte vermieden werden können. Dann hätte man durchaus noch Kreativität entwickeln können.

Erstens: Wir bemängeln, dass in dem gesamten Vortrag nicht ausreichend dargelegt worden ist, in welchem Umfang das Paket des Parteitages vor viereinhalb Jahren präzise abgewickelt worden ist.

Es wird davon gesprochen, dass die nachgeordneten Gliederungen der Partei über ein Vermögen von 70 Millionen Euro verfügen. Die „Landschaft“ ist aber durchaus unterschiedlich. Sie richtet sich nach dem Rhythmus der Kommunalwahlen, aber auch nach anderen Rhythmen. Ich darf bescheiden daran erinnern, dass auch die Kreisverbände im Jahre 2006 einen Wahlkampf zu bestreiten haben, nämlich den Bundestagswahlkampf. Hier wird locker von Kampagnenfähigkeit gesprochen. Ich weiß natürlich, dass wir die Kampagnenfähigkeit des Bundesverbandes und der Bundesgeschäftsstelle brauchen. Alles das ist unbestritten. Aber hat irgendjemand über die Kampagnenfähigkeit der Kreisverbände nachgedacht?

(Beifall)

Wir wollen in der Fläche präsent sein. Wir können es uns nicht leisten, dass auf die Kreisverbände, auf die unterste kassenführende Ebene, Beschlüsse pauschal abgewälzt werden. Wir haben schon vor viereinhalb Jahren einen sehr lockeren Beschluss gefasst, durch den man die Lasten oben losgeworden ist. Man hat gesagt: Im Gegenzug bekommt ihr den großzügigen Beschluss, dass der Mindestbeitrag auf zehn DM angehoben wird. – Aber wen hat die Umsetzungslast dieses Beschlusses getroffen? Die Kreisverbände! Jeder Kreisvorsitzende, jeder Ortsvorsitzende musste mit den Mitgliedern reden. Die Umsetzungslast ist sehr gut vermittelt worden, auch wenn ich nicht zu jedem 80-jährigen gehen und sagen konnte: Du bist 40 Jahre in der Partei, jetzt zahle mal zehn DM oder fünf Euro Mitgliedsbeitrag! – Das alles ist nicht so einfach.

Darüber geht man durch zu kurze Information wieder hinweg. Wiederum wird den Kreisverbänden ein Beschluss gewissermaßen hingewürfelt nach dem Motto: Ihr könnt das schon re-

geln. – Ich sage noch einmal: Wenn die Damen und Herren Landesvorsitzenden in die Umsetzung, Herr Generalsekretär, nicht in die Beschlussfassung eingebunden worden wären, wäre die Diskussion im Vorfeld anders verlaufen.

Ich wiederhole meinen Kompromissvorschlag: Lassen Sie uns heute beschließen! Ich rege an, zeitlich getrennt abzustimmen, das heißt, heute nicht über den Zeitraum von drei Jahren, sondern zunächst bis zum Ende des nächsten Jahres zu beschließen. Nachdem wir uns angeguckt haben, wie das Paket abgearbeitet worden ist, können wir weiter entscheiden. Ich habe vor vier-einhalb Jahren moniert, dass in der Haushaltskommission nicht nur Mitglieder des Bundesvorstandes vertreten sein sollten, sondern vielleicht auch der oder die eine oder andere Kreisvorsitzende. Über all das ist man hinweggegangen. Wir müssen die Zahlen erst einmal auflisten.

Den Hessen will ich nichts ankreiden. Sie haben mir gestern eine Darlegung überbringen lassen. Ich kaufe den Hessen alles ab. Die Solidarität ist nicht der Punkt. Es geht um die Frage des Umgangs miteinander. Das bedeutet, es geht um die Vorbereitung solcher Beschlüsse unter Verteilung der Umsetzungslasten. Hierfür bitten wir um Gehör. Die Baden-Württemberger sind die Letzten, die nicht solidarisch sind. Wir regen an, getrennt abzustimmen. Ansonsten werde ich in Kenntnis der Lage in meinem Kreisverband und in meinem Bezirksverband den Antrag ablehnen.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Als Letzter zur Sache Herr Christian Natterer aus Baden-Württemberg.

**Christian Natterer**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorhin wurde angeführt, zu diesem Antrag gebe es keine Alternative. Keiner von uns Delegierten hat das alles durchgerechnet. Aber es heißt gleichzeitig, dass das Land Hessen drei Jahre länger zahlt.

Jetzt stelle ich einmal eine allgemeine Frage. Natürlich sind wir solidarisch, aber die anderen Landesverbände haben diese Affäre nicht verursacht. Warum zahlt Hessen nicht sechs, neun oder 12 Jahre länger? Dann hätten die anderen Landesverbände Ruhe.

(Teilweise Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Mir liegt noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor. Aber vorher hat die Frau Vorsitzende um das Wort gebeten.

**Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Liebe Diskutanten insbesondere aus dem Landesverband Baden-Württemberg! Ich will eines vorwegschicken: Mir, dem gesamten Bundesvorstand und dem Präsidium ist bewusst, dass die Haushalte in den Kreisverbänden auf Kante genährt sind und dass es schwierig ist, mit den Mitgliedern zu sprechen. Viele

Landesverbände stehen vor Wahlen. Niemand von uns hat sich gewünscht, dass wir diese Diskussion führen müssen.

Wir haben alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft. Darüber könnte ich eine lange Geschichte erzählen. Wir sind mit dem Urteil des Verfassungsgerichts konfrontiert worden.

Ich bitte Sie darum zu sehen, dass es, seitdem wir das Urteil des Verfassungsgerichts kennen, eine Vielzahl von Diskussionen innerhalb der Führungsgremien, mit den Landesvorsitzenden, mit den Kreisschatzmeistern sowie mit den Kreis- und Bezirksvorsitzenden gegeben hat, in denen wir immer wieder verschiedene Alternativen erwogen haben. Denn wir wissen, dass wir allen etwas zumuten müssen.

Jetzt ist die Frage, wann wir entscheiden sollen. Soeben ist der Vorschlag gemacht worden, vielleicht im Jahre 2005. Dazu will ich Ihnen sagen: Der Vorschlag, den wir Ihnen heute unterbreiten, ist bereits ein Kompromiss. Es stimmt nicht, dass nur die Mitglieder und nur die Kreisverbände zahlen sollen. Vielmehr übernimmt die Bundespartei Einsparungen. Darüber hinaus haben wir mit dem Landesverband Hessen darüber gesprochen, was er leisten kann. Der Landesverband Hessen – Sie haben es soeben erwähnt – zahlt drei Mal so lange. Wir brauchen das Geld, damit wir überhaupt noch kreditfähig sind. Wir haben alles austariert.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich beteilige mich nicht daran, einen ganzen Landesverband politisch handlungsunfähig zu machen. Wenn wir Hessen mehr zumuten, kann es politisch nicht mehr aktiv sein. In diesen Tagen sprechen wir über Zusammengehörigkeitsgefühl. Niemand von uns hat das alles verursacht. Sie alle können nach Hause gehen und sagen: Wir haben eine Erblast. – Das ist keine Frage. Aber um unserer eigenen Zukunft willen müssen wir einen Weg finden, um aus diesem Dilemma herauszukommen.

(Beifall)

Wann immer es gewünscht wurde, hat es Gespräche insbesondere mit dem Bundesgeschäftsführer gegeben. Er hat jeden Kreisverband und jeden Kreisgeschäftsführer besucht. Wir haben die Landesgeschäftsführerkonferenz genutzt. Wir haben 15 Fragen und Antworten erstellt. Jeder wurde damit konfrontiert. Jeder konnte das sagen, was ihm wichtig war. Wir haben jedem erklärt, wie die Dinge zusammenhängen.

Jetzt sage ich etwas sehr Politisches: Stellen Sie sich einmal vor, wir kommen heute zu keiner Entscheidung. Damit jeder weiß, was das bedeutet: Die Bundesgeschäftsstelle kann keinen Haushalt aufstellen. Wir wissen nicht, wie wir das machen sollen. Vor mir sitzen die Delegierten aus Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Sie führen Landtagswahlkämpfe. Jürgen Rüttgers hat uns gestern erzählt, dass die SPD 5 000 Wesselmänner für den Landtagswahlkampf bestellt hat. Wenn die CDU Nordrhein-Westfalen all ihre Kräfte zusammennimmt, kommt sie vielleicht auf 1 000. Herr Müntefering würde sich heute Abend eine Extrakerze anzünden, wenn

wir heute nach Hause gingen mit dem Ergebnis, dass die Bundesgeschäftsstelle am Jahresende nicht weiß, wie sie einen Haushaltsplan für 2005 aufstellen soll.

(Beifall)

Er würde eine zweite Kerze dazu stecken, wenn erkennbar wäre, dass wir uns 2005 acht Monate vor der Bundestagswahl, unter großem Getöse erneut zusammensetzen müssten. Ich wiederhole: Wir konnten uns nichts anderes ausdenken. Wir können keinen Haushaltsplan aufstellen, ohne dass wir in solche Liquiditätsschwierigkeiten kommen, dass wir an Personalfragen und vieles andere herangehen müssen. Dann beginnen wir acht Monate vor der Bundestagswahl – wenn die anderen ihre Kampagne fertig gestellt haben – damit, darüber zu diskutieren, ob wir einen Bundestagswahlkampf führen können oder nicht.

Liebe Freunde, es geht um etwas! Wenn wir unseren politischen Reden, die wir hier in diesen Tagen aus voller Überzeugung gehalten haben, dass Rot-Grün weg soll, Ernst verleihen wollen, dann müssen wir kampagnefähig sein, und zwar mit den bescheidenen Mitteln, die es dann immer noch bleiben. Deshalb bitte ich Sie – ich kenne die Beschwerden – um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Angela Merkel. – Ich habe noch aus Baden-Württemberg einen weiteren Antrag zur Geschäftsordnung. – Herr Eugen Abler.

**Eugen Abler**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Geschäftsordnung: Ich beantrage geheime Abstimmung bei den notwendigen Beschlüssen.

(Teilweise Beifall, teilweise Widerspruch)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Der Antrag ist gestellt. Nach unserer Geschäftsordnung muss ich darüber abstimmen lassen, ob dem stattgegeben werden soll. Darf ich fragen, wer diesem Antrag auf geheime Abstimmung zustimmen will? – Wer ist dagegen? – Das notwendige Viertel, das nach § 42 unseres Statutes erforderlich gewesen wäre, ist nicht erreicht worden.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge in der Fassung der Antragskommission, C 13, C 21 und C 23. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen hat eine große Mehrheit dem Antrag zugestimmt.

(Beifall)

– Frau Vorsitzende hat das Wort.

**Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Ich möchte mich ausdrücklich bei all denen, die zugestimmt haben, bedanken, weil ich weiß, dass das für jeden, der nach Hause fährt, eine schwie-

rige Aufgabe wird. Lasst uns das gemeinsam und erhobenen Hauptes machen. Es führt uns letztlich zusammen. – Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Wir machen jetzt mit den Antragsberatungen weiter. Ich gebe an Franz Josef Jung ab.

**Dr. Franz Josef Jung**, Tagungspräsidium: Besten Dank. – Liebe Freunde, ich rufe jetzt die Initiativanträge auf, und zwar noch nicht C 34 und C 35, sondern die weiteren vorliegenden Initiativanträge, zunächst den Initiativantrag C 36 der Delegierten Günter Krings, Katherina Reiche, Ronald Pofalla und weiterer 27 Delegierter. Sie haben das in der Mappe mit den Initiativanträgen auf Seite 5 vorliegen. Ich darf fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über die Empfehlung der Antragskommission wie auf Seite 5 abgedruckt – Überschrift: „Mit generationengerechter Politik für morgen vorsorgen!“ – abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Darf ich um die Gegenprobe bitten? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Initiativantrag C 37 des Delegierten Eugen Abler und 29 weiterer Delegierter auf. Darf ich fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird? – Bitte sehr, Herr Abler.

**Eugen Abler**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin der Antragsteller, Eugen Abler. Ich darf zu diesem Thema sagen: Ich finde, das Thema Mitgliederbefragungen zur Nominierung des Kanzlerkandidaten der Union 2006 ist zu wichtig, um an den Bundesvorstand überwiesen zu werden. Es gibt eine Reihe von Gründen, die für eine Zustimmung sprechen. Erst in den vergangenen zwei Wochen haben wir in Baden-Württemberg sehr gute Erfahrungen mit diesem Instrument gemacht. Auch Rheinland-Pfalz kann über sehr gute Erfahrungen berichten. Wir haben eine sehr hohe Wahlbeteiligung gehabt – 70 Prozent – und eine Mobilität in der Partei wie noch nie.

Eine Mitwirkung bei diesem Thema wertet eine Mitgliedschaft natürlich entscheidend auf. Sie ist ein großer Beitrag zur Motivation der Mitglieder. Das konnte ich vor allem als Ortsvorsitzender vor Ort feststellen. Das ist auch ein Beitrag zur politischen Kultur, ein Beweis für eine lebendige Demokratie und ein Beweis für eine hohe Parteikultur mit positiver Signalwirkung, die über die Bundesrepublik hinausgeht. Wir stellen immer wieder die Forderung nach dem mündigen Staatsbürger. Eine Mitgliederbefragung bedeutet eine große Verantwortung für die einzelnen Mitglieder. Aber wir dürfen sicher sein: Unsere Bürger und unsere Mitglieder besitzen ein sehr differenziertes Urteilsvermögen. Wir dürfen unseren Mitgliedern etwas zutrauen.

Meine Damen und Herren, 580 000 Mitglieder werden sich nicht irren; da bin ich mir sicher. Deshalb plädiere ich mit Nachdruck für diesen Antrag und bitte, den Antrag der Antragskommission auf Überweisung an den CDU-Bundesvorstand abzulehnen und in der Sache zu entscheiden. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Franz Josef Jung**, Tagungspräsidium: Besten Dank, Herr Abler. – Das Wort für die Antragskommission hat der Generalsekretär. – Entschuldigung, es gibt noch eine weitere Wortmeldung. – Bitte schön, Roland Koch.

**Roland Koch**: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Sie sehen, dass wir jetzt zusammensitzen und fragen: Wie geht man mit so etwas um? Denn jede Botschaft, die daraus gemacht wird, ist irgendwie schräg. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Kollegen des Präsidiums und des Bundesvorstandes, diesen Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen und daraus keine politischen Schlussfolgerungen zu ziehen, sondern schlicht zu sagen: Wir sind die CDU/CSU. Gleich begrüßen wir den Vorsitzenden der CSU. Wir haben bisher Verfahren und Wege, die wir nicht einzeln abgestimmt haben. Ich finde, wir sollten uns die Arbeit und das Leben nicht schwerer machen.

Die Tatsache, dass es in Baden-Württemberg ein großer Erfolg war – dass sich zwei Kandidaten beworben haben und dass dies eine so große Zustimmung bei den Mitgliedern gefunden hat –, ist möglich gewesen, weil die Bundessatzung der CDU vor einiger Zeit von uns gemeinsam so geändert worden ist. Also brauchen wir nicht darüber zu reden, ob wir das als ein attraktives Instrument empfinden oder nicht. Aber so, wie es die Bundesvorsitzende eben in einer finanziellen Frage gesagt hat, sollten wir uns überlegen, was morgen passiert. Entschuldigung, aber hier sitzen 1 000 Delegierte, die alle aus dem politischen Geschäft kommen und Profis sind. Was glauben Sie eigentlich, was morgen los ist, wenn der Bundesparteitag in dieser Konstellation – ohne streitige Kandidatur und ohne Gespräche mit der CSU – gerade einmal nebenbei beschließt, dass wir bei der Kanzlerkandidatur eine Mitgliederbefragung durchführen? Glauben Sie wirklich, dass uns das übermorgen in der Debatte stärkt?

(Beifall)

Ich bitte Sie deshalb ganz herzlich: Hören Sie auf, daraus eine prinzipielle Debatte zu machen. Wenn es notwendig ist, stehen in dieser Partei Mitgliederbefragungen zur Verfügung. Das haben wir Gott sei Dank beschlossen. Aber lassen Sie uns von diesem Parteitag bitte gemeinsam das Signal aussenden, dass wir gemeinsam in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen Wahlen gewinnen und uns nicht eine neue innerparteiliche Debatte an den Hals ziehen wollen, mit der morgen niemand in seinem Kreisverband etwas anfangen kann. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

**Dr. Franz Josef Jung**, Tagungspräsidium: Besten Dank, Roland Koch. – Liebe Freunde, Sie haben den Vorschlag der Antragskommission – Überweisung an den CDU-Bundesvorstand – vorliegen. Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer diesem Antrag auf Überweisung an den Bundesvorstand seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Darf ich um die Gegenprobe bitten? – Enthaltungen? – Dann ist dies mit überwältigender Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe den Initiativantrag C 38 des Delegierten Christian Wulff und anderer auf und frage, ob hierzu das Wort gewünscht wird. – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen, diesen Antrag an den Generalsekretär zu überweisen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Darf ich um die Gegenprobe bitten? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Initiativantrag C 39 der Delegierten Peter Götz, Andreas Schockenhoff, Joachim Zeller und weiterer 27 Delegierter auf. Darf ich fragen, ob hierzu das Wort gewünscht wird? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen, die auf Seite 7 – „Kommunen stärken“ – abgedruckt ist. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist mit überwältigender Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zum Initiativantrag C 40 der Delegierten Dr. Manfred Schwarz, Eckhardt Rehberg, Dirk Fischer und weiterer 27 Delegierter. Darf ich fragen, ob hierzu das Wort gewünscht wird? – Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Damit stelle ich fest, dass mit Ausnahme der Anträge C 34 und C 35 alle Initiativanträge beraten sind und dass über sie beschlossen ist.

Ich gebe das Wort weiter an Jürgen Rüttgers.

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Nachdem wir jetzt schon so weit gekommen sind, schlage ich vor, dass wir den Parteitag für einen kurzen Moment unterbrechen, bis unser Gast, der bayerische Ministerpräsident und Vorsitzende der CSU, der gerade von Angela Merkel draußen abgeholt und begrüßt wird, zu uns auf den Parteitag gekommen ist. Einverstanden? – Dann unterbreche ich den Parteitag.

(Kurze Unterbrechung – Dr. Edmund Stoiber wird beim Betreten des Plenarsaals mit Beifall begrüßt)

Nun begrüßen wir auf unserem CDU-Bundesparteitag sehr herzlich den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, der CSU, Herrn Ministerpräsident Edmund Stoiber.

(Beifall)

Lieber Edmund Stoiber, nochmals ein herzlicher Willkommensgruß hier auf unserem Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf! Wir freuen uns, dass du hier bei uns bist!

Ich rufe also TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRUßWORT DES VORSITZENDEN DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION IN BAYERN,  
MINISTERPRÄSIDENT DR. EDMUND STOIBER MdL

Zu deinem Grußwort für unsere Schwesterpartei, die CSU, gebe ich dir direkt das Wort.

(Beifall)

**Dr. Edmund Stoiber**, Vorsitzender der CSU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Angela Merkel! Ich überbringe Ihnen zu Ihrem 18. Parteitag die herzlichen Grüße Ihrer Schwesterpartei, der Christlich-Sozialen Union, und natürlich gratuliere ich allen wieder gewählten und neu gewählten Mitgliedern der Führungsspitze der CDU ganz persönlich und im Namen der Christlich-Sozialen Union.

Ganz besonders herzlich gratuliere ich Ihnen, liebe Frau Merkel, zu Ihrer überzeugenden Wiederwahl als Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union. Viel Erfolg und alles Gute!

(Beifall)

Gleich anfangs möchte ich bemerken: CDU und CSU, CSU und CDU werden im nächsten Jahr und besonders natürlich im großen Wahljahr 2006 gemeinsam und geschlossen für den notwendigen Erfolg für Deutschland kämpfen.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, dieser Parteitag hat mit großer Mehrheit ein umfassendes Reformprogramm für Deutschland beschlossen. Die CDU geht nach diesem Parteitag programmatisch und personell gut aufgestellt in die kommenden politischen Auseinandersetzungen mit Rot-Grün. Unsere beiden Parteien, CDU und CSU, haben es sich in den letzten Monaten nicht leicht gemacht, aber Sachfragen müssen heute geklärt werden, damit wir 2006, nach der Regierungsübernahme, sofort den dringend notwendigen Reformprozess einleiten können. Richtig ist aber – auch das ist eine Erfahrung –: Wir müssen solche Klärungsprozesse besser organisieren.

Warum machen wir uns eigentlich – diese Frage höre ich oft – so viel Mühe aus der Opposition heraus? Warum machen wir uns die Mühe, konkrete Konzepte zu entwickeln? Die Oppositionen in der Vergangenheit, die Opposition von SPD und Grünen, waren keine konzeptionellen Oppositionen, sondern im Grunde genommen Blockadeoppositionen. Ich brauche nur die Namen Lafontaine, Scharping und andere erwähnen. Wir haben eine andere Einstellung.

(Beifall)

Wir geben uns nicht damit zufrieden, nur Opposition zu sein. Es genügt uns nicht, nur die Bundesregierung zu kritisieren. Wir haben einen klaren Anspruch und ein klares Ziel: Regierungswechsel 2006. Wir wollen Deutschland wieder voranbringen und deshalb ringen wir um Lösungen, die tragfähig sind und in die Zukunft weisen. Wir werden – davon bin ich überzeugt – eine klare bürgerliche und marktwirtschaftlich orientierte Alternative zum ökonomischen Scheitern von Rot-Grün vorlegen.

(Beifall)

Darum geht es uns auch – ich spreche das durchaus an – bei der Gesundheitsreform. Mit der solidarischen Gesundheitsprämie haben wir ein modernes, soziales und zukunftsfähiges Konzept. Nach der Verabschiedung durch beide Parteitage müssen und werden wir jetzt gemeinsam und geschlossen dafür eintreten. Die Bundesregierung – das ist etwas, was mich immer wieder erstaunt – stiehlt sich aus der Verantwortung für die Gesundheitspolitik. Die Bundesregierung kritisiert uns, hat aber selber nichts außer der leeren Worthülse „Bürgerversicherung“ anzubieten.

Das kann nicht die Zukunft der Krankenversicherung in Deutschland sein. Das zementiert die Probleme unseres Landes. Ich sage ganz offen: Dass wir kritisiert werden, ist in Ordnung. Ich wende mich aber dagegen, dass uns Leute kritisieren, die selber nichts anzubieten haben. Die Bundesregierung hätte die Möglichkeit, sofort Reformen einzuleiten;

(Beifall)

wir haben leider im Moment diese Möglichkeit nicht. Aber wir wollen die Probleme vorher klären, auch wenn es manchmal schmerzhaft ist, weil wir im Jahre 2006, wenn wir, so Gott will, die Regierungsverantwortung übernehmen, sehr schnell all das, was wir uns konzeptionell erarbeitet haben, umsetzen müssen, damit Deutschland wieder vom letzten Platz, über den gestern so viel geredet wurde, weggommt.

(Beifall)

Für uns in der Union gilt: Wir erarbeiten als Regierungsparteien von morgen sachlich überzeugende und tragfähige Konzepte von den Finanzen über die Arbeitsmarktpolitik bis hin zur sozialen Sicherheit. Bei uns passt am Ende alles zusammen, auch wenn es manchmal in der Diskussion ein bisschen knirscht. Wir haben eine klare Linie: Wir bieten eine klare Perspektive und unser Ziel ist klar: Wir wollen Deutschland regieren, wir sind handlungsfähig und auch regierungsbereit! Das muss immer wieder die Botschaft des Parteitags sein.

(Beifall)

Ich will mich nicht lange mit der Bundesregierung aufhalten, aber die Bilanz nach sechs Jahren ist verheerend. Ich nenne nur ein Beispiel: Demnächst wird der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung veröffentlicht. Im „Spiegel“ und anderen Gazetten ist er bereits veröffentlicht worden. Schauen Sie sich das an: Hätten wir eine solche Bilanz, würde die Kritik an uns in Deutschland nicht verstummen. Nach dem Bericht der Bundesregierung 1998 galten 10 Millionen Menschen als arm. Heute, sechs Jahre später, sind es 1 Million Menschen mehr. Rot-Grün macht die Menschen in Deutschland nach ihrer eigenen Berichterstattung ärmer. Das müssen wir draußen immer wieder deutlich machen.

(Beifall)

1999 waren 2,8 Millionen Haushalte in Deutschland überschuldet. Heute sind es nach dem eigenen Bericht 350 000 mehr. Rot-Grün treibt immer mehr Menschen in die Verschuldung. 1998 gab es in Deutschland fast 28 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Heute sind es 800 000 weniger. Rot-Grün macht die Menschen arbeitslos. Das zeigt: Deutschland ist ärmer und kälter geworden. Das ist das Ergebnis von sechs Jahren Rot-Grün und unbestreitbar ist: Schröder ist ökonomisch auf der ganzen Linie gescheitert. Das ist die bittere Bilanz.

(Beifall)

Damit Deutschland wieder eine Chance hat, muss diese Regierung weg. Unser Land ist in einer tiefen Krise und Schröder redet sie schön. Im Jahr 2000 gab es 3,9 Millionen Arbeitslose und die Bundesregierung sagt dazu: Der Aufschwung geht weiter. Im Jahr 2001 gab es 3,9 Millionen Arbeitslose und Rot-Grün beruhigt: keine Rezessionsgefahr. Ein Jahr später, 2002, gab es über 4 Millionen Arbeitslose und Schröder verspricht: Es geht wieder aufwärts, die Talsohle ist durchschritten. 2003 gab es 4,4 Millionen Arbeitslose und die Bundesregierung frohlockt: Der Tiefpunkt ist durchschritten. In diesem Winter droht nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit eine Rekordarbeitslosigkeit von 5 Millionen Arbeitslosen.

Dazu gibt es den geradezu zynischen Kommentar von Herrn Clement: Die konjunkturelle Erholung setzt sich fort. – Meine Damen, meine Herren, hier wird mit Worthülsen an Fakten vorbeigeredet. Wir müssen die Fakten herausziehen und die Worthülsen zerstören, damit die Menschen wissen, was sie von dieser Regierung zu erwarten haben, nämlich nichts.

(Beifall)

Diese Schönrederei nimmt denen doch keiner mehr ab. Was ist aus der einst großen Arbeiterpartei geworden? Die Partei der Arbeitslosigkeit ist daraus geworden. Das ist das, was wir den Menschen immer wieder klarmachen müssen. Schröder – das konnten Sie gestern Abend auf den Bildschirmen sehen – entflieht vor dieser trüben innenpolitischen Bilanz ins Ausland, immer öfter, immer weiter weg,

(Heiterkeit und Beifall)

bis hin zum Beduinenzelt von Gaddafi. Die ungeklärten Probleme in Deutschland bleiben aber zurück. Schröder übertrifft mit seinen 110 Auslandsreisen jetzt sogar schon den Papst und dieser hat für seine Reisen immerhin 25 Jahre gebraucht.

(Heiterkeit und Beifall)

Nach der nächsten Bundestagswahl ist damit hoffentlich Schluss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sagen: Die Probleme sind hier in Deutschland zu lösen. Vom Ausland aus geht das nicht, auch wenn noch so viele Aufträge rekrutiert werden sollen. Man muss die Bilanz dann genauer anschauen. Es wird immer sehr viel über Aufträge geredet. Der Export ist aber nicht unser Problem. Unser Problem ist der Binnenmarkt. Den Binnenmarkt muss ich durch Veränderungen im Lande verändern. Man kann dies nicht immer wieder durch spektakuläre Aufträge ersetzen. Hier im Lande versagt Schröder. Das müssen wir immer wieder deutlich machen. Vom Ausland aus kann er Deutschland nicht sanieren.

(Beifall)

5 Millionen Arbeitslose bedeuten 5 Millionen Schicksale. Das bedeutet 5 Millionen enttäuschte Hoffnungen. Das bedeutet weitere Verarmung von Familien und Kindern. Rot-Grün nimmt das wie selbstverständlich hin. Das ist der größte sozialpolitische Skandal in diesem Land. CDU und CSU werden sich mit diesem Skandal niemals abfinden. Unser Maßstab ist, bleibt und wird immer sein: Sozial ist in erster Linie, was Arbeit schafft. Deutschland kann mehr. Angela Merkel hat das in ihrer beeindruckenden Rede gestern ja deutlich herausgestellt. Deutschland muss nur seine Chancen nutzen. Wir zeigen es ja. In den Ländern, in denen die CDU und die CSU Verantwortung tragen, geht es den Menschen insgesamt besser.

Chancen nutzen heißt Fördern und Fordern in der Bildungspolitik. Die erste PISA-Studie hat ganz eindeutig gezeigt: Dort, wo die Union schon lange regiert, können die Schüler im internationalen Wettbewerb mithalten – in Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen oder Bayern –, Kinder in Nordrhein-Westfalen oder in Schleswig-Holstein können es jedoch nicht. Das werden wir leider wieder erkennen müssen, wenn die PISA-Studie sozusagen auf die Länder herunter gebrochen wird. Das liegt aber natürlich nicht an den Kindern in Nordrhein-Westfalen oder in Schleswig-Holstein. Die Kinder in Düsseldorf und in Kiel sind genauso talentiert wie die Kinder in Stuttgart, Dresden, Erfurt oder München. Die Ergebnisse haben politische Ursachen. PISA ist der Offenbarungseid einer jahrzehntelang ideologisierten roten Bildungspolitik. Das weiß man hier in Nordrhein-Westfalen ganz genau.

(Beifall)

Rot-Grün lernt offenbar nicht das Geringste dazu. PISA hat gezeigt: Die Gesamtschule – nicht

die Ganztagschule – ist gescheitert. Dennoch plant die SPD in Schleswig-Holstein ausgerechnet jetzt einen Übergang zur Gesamtschule innerhalb von zehn Jahren. Auch die Genossen hier an Rhein und Ruhr setzen weiter voll auf die Gesamtschule. Sie haben immer noch nicht begriffen, dass die Gesamtschulen die Ladenhüter von gestern sind.

(Beifall)

Was für mich ganz toll ist, ist dies: Das Duo infernale in der Bildungspolitik, Schröder und Bulmahn, hat über viele Jahre die Bildungspolitik in Niedersachsen bestimmt, und zwar ganz konkret. Die Ergebnisse – Christian Wulff, du kennst sie besser als ich – sind verheerend. Jetzt wollen ausgerechnet die beiden für ganz Deutschland in Berlin über die Bildung entscheiden. Das ist doch absurd. Die PISA-Schlechtesten wollen den PISA-Besten sozusagen sagen, wo es langgeht. Das werden wir niemals zulassen!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dort, wo wir den Wechsel geschafft haben und langjährige SPD-Regierungen mit ihrer schlechten Bildungspolitik abgelöst haben – ich nenne hier Christian Wulff in Niedersachsen, Roland Koch in Hessen und Peter Müller im Saarland –, haben wir ohne Zweifel die bildungspolitischen Irrwege der Genossen korrigiert. Jetzt ist es höchste Zeit für eine Schulpolitik für Kinder in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen mit Peter Harry Carstensen und Jürgen Rüttgers. Allein schon wegen der Bildungspolitik – ich weiß, wovon ich rede – ist der Wechsel in Kiel und in Düsseldorf unverzichtbar.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, damit Deutschland wieder Chancen hat, müssen wir auch in der Finanzpolitik energisch anpacken. Der Staat muss lernen, mit dem auszukommen, was er einnimmt. Ich will noch einmal festhalten: Ludwig Erhard hat uns gelehrt, dass die Einnahmen die Ausgaben bestimmen. Willy Brandt hat damit angefangen, dass die Ausgaben die Einnahmen bestimmen. Wir haben heute die Mentalität, dass die Ausgaben sehr stark die Einnahmen bestimmen. Wenn die Einnahmen nicht reichen, holen wir uns das Geld von der Bank. Damit sind wir, verglichen mit anderen Ländern, leider insgesamt in einer schwierigen Situation in Deutschland. Ich verweise dabei insbesondere auf die Schulden der öffentlichen Hand und die Renten- und Pensionsansprüche. Eine Berechnung, die die Europäische Zentralbank angestellt hat, ist hochinteressant. Otmar Issing hat die Zahlen genannt. Er hat gesagt: Jedes Kind, das heute in Deutschland, beispielsweise in Düsseldorf, Erfurt oder München, geboren wird, kommt nicht nur mit 16 500 Euro Schulden auf die Welt, sondern auf es entfällt eine Belastung von 80 000 Euro. Rot-Grün macht mit dieser Schuldenpolitik aber immer weiter, frei nach dem Motto: nach uns die Sintflut. Diese Politik – das sage ich Ihnen mit aller Überzeugung; ich versuche, diese Überzeugung in meinem Verantwortungsbereich gegen viele Widerstände durch-

zusetzen – ist unverantwortlich. Sie ist ökonomisch kurzsichtig. Sie ist politisch schlicht unmoralisch. Es ist schlicht unmoralisch, wenn ich den Kindern dies aufhalse.

(Beifall)

Das gilt besonders vor dem Hintergrund unserer demographischen Entwicklung. Die Jungen, die einmal die Schulden zurückzahlen sollen, werden im Übrigen zahlenmäßig immer weniger. Man darf nicht vergessen, dass meine Generation, die Generation der 60-Jährigen, oder die Generation der 40-Jährigen zahlenmäßig doppelt so stark ist wie die Generation der 20-Jährigen. Das heißt, es gibt eine völlige Veränderung gegenüber den 70er- und 80er-Jahren, in denen man immer Schulden gemacht hat, weil man davon ausgegangen ist, dass eine breite Schicht nachwächst. Heute können die 40- bis 60-Jährigen im Prinzip vieles nicht bezahlen; sie übertragen die Bezahlung ihres Lebens auf die Schultern der 20-Jährigen und der noch nicht Geborenen. Letztere sind zahlenmäßig aber weniger; es sind nur halb so viel. Das heißt, allein schon aufgrund der demographischen Entwicklung wird die Übertragung von Schulden auf die nächste Generation ein riesiges Problem werden. Damit müssen wir uns heute auseinander setzen.

Meine Damen, meine Herren, CDU und CSU – das sage ich mit allem Freimut – machen eine Haushaltspolitik, die das Prädikat „Nachhaltigkeit“ verdient; denn wir nehmen es ernst mit der Generationengerechtigkeit. Wir müssen heute die Anwälte unserer Kinder und ihrer Zukunftsperspektiven sein; sie können sich nicht gegen die Schuldenlast wehren, weil sie keinen Stimmzettel haben. Hätten sie Stimmzettel, würde jede Politik vorsichtiger aussehen. Wenn wir die Rückkehr zu einem soliden Bundeshaushalt wollen, wenn wir weniger Schulden machen wollen, dann wird das nicht allein mit Pragmatismus gehen. Wir brauchen dafür eine wertorientierte Begründung, die trägt und verständlich ist. Das ist für mich die Generationengerechtigkeit. Das verstehen die Menschen. Ich habe die Erfahrung gemacht: 70 Prozent der Bevölkerung stimmen zu, der nächsten Generation keine neuen Schulden mehr aufzuladen.

Für Bayern habe ich trotz aller Schwierigkeiten die Weichen dafür gestellt. Wir werden im übernächsten Jahr, in 2006, einen Haushalt aufstellen, ohne dafür einen Euro an Schulden aufnehmen zu müssen. Das ist schwierig und auch schmerzlich, aber das soll ein Stück Benchmarking in der Politik sein.

(Beifall)

Schauen wir uns doch einmal ein bisschen um, lieber Jürgen Rüttgers. In Nordrhein-Westfalen, einem Land, das – leider – fast so lange von der SPD regiert wird wie Bayern von der CSU, ist die Lage dramatisch. 1969 – die Kühn-Regierung war damals drei Jahre im Amt – war die Verschuldung in Nordrhein-Westfalen und in Bayern mit circa 1,6 Milliarden Euro gleich hoch. Heute, 35 Jahre später, hat Nordrhein-Westfalen sage und schreibe über 100 Milliarden Euro Schulden, fünfmal so viel wie Bayern. Die Folge dieser Politik ist, dass Nordrhein-Westfalen jedes Jahr 3,6

Milliarden Euro mehr an Zinsen zahlt als Bayern. Dieses Geld fehlt für die Zukunft der jungen Menschen. Es fehlt für Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Es fehlt für den Strukturwandel im Ruhrgebiet. Das ist das Verhängnisvolle der Politik der SPD in diesem Lande.

(Beifall)

Die Gründungsidee der Grünen war einmal die Nachhaltigkeit oder, mit den Worten von Rio im Jahr 1992 zu sprechen, „sustainable development“. Ausgerechnet da, wo die Grünen mitregieren – in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein und im Bund sind zulasten der kommenden Generationen die Schulden am höchsten und die Zukunftsinvestitionen am niedrigsten. Diese grünen Nachhaltigkeitsapostel, gerade Frau Höhn und Herr Trittin, verkaufen ihre Grundsätze der Nachhaltigkeit und ihre Ziele für Ministersessel und Dienstwagen. Keine Frage, wenn es um das Mitregieren geht, kennen die Grünen weder moralische Mindeststandards noch politische Grenzwerte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Dort, wo CDU und CSU regieren – Frau Merkel hat gestern darauf hingewiesen –, läuft es besser; denn wir setzen auf Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative. Wir fördern Existenzgründer, Mittelstand und Handwerk. Wir schaffen gute Rahmenbedingungen für Investoren. Wo die Union regiert, herrscht eine dynamischere Wirtschaftspolitik.

Das gilt auch für den Osten. Vor 14 Jahren sind alle neuen Länder bei der gleichen Ausgangslage gestartet. Heute stehen Sachsen und Thüringen, die Länder, in denen die CDU von Anfang an regiert, ganz vorne. Im Vergleich zu den anderen neuen Ländern weisen sie eine niedrigere Arbeitslosenquote und das höchste Wirtschaftswachstum auf. Es macht also schon einen Unterschied, ob die CDU regiert oder die SPD. Sie konnten das in den letzten 15 Jahren in den neuen Ländern an der Bildungspolitik und der Schuldenpolitik ablesen. Thüringen und Sachsen stehen auf der einen Seite, die anderen Länder, die lange von der SPD regiert worden sind und weiterhin regiert werden, hinken praktisch in allen Belangen hinterher.

(Beifall)

Das hat ein Lob verdient; denn die Ministerpräsidenten – ob Biedenkopf oder heute Milbradt, ob Vogel oder heute Dieter Althaus – haben eine mutige Politik betrieben. Das hat natürlich auch Schwierigkeiten für die Bevölkerung hervorgerufen; denn es ist einfacher, Schulden zu machen, als zu sparen.

(Beifall)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, insbesondere meine lieben Kollegen aus den Ländern: Auch eine noch so erfolgreiche und gute Landespolitik kann nicht darüber hinweghelfen, dass alle Länder, egal ob Ost oder West, ob Nord oder Süd, gleichermaßen unter den schlechten ma-

kroökonomischen Rahmenbedingungen leiden, die Rot-Grün in Berlin zu verantworten hat und die wir in den Ländern, ob in Hannover oder in München, ob in Erfurt oder in Stuttgart, leider nicht korrigieren können. Dies führt überall in Deutschland zu Unternehmenszusammenbrüchen, zu Arbeitsplatzverlusten und zu Arbeitsplatzverlagerungen.

Meine Damen, meine Herren, wenn ich mir erlauben darf, dies zu sagen: Sie haben auf diesem Parteitag mit Ihrem Leit Antrag den richtigen Rahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Stärkung der Innovationsdynamik und zur Beschleunigung des Wachstums beschlossen. Im Mittelpunkt steht natürlich die Senkung der Lohnzusatzkosten. Deswegen gehen wir die Reform der sozialen Sicherungssysteme an; deswegen streiten wir darüber. Wir wollen die Lohnzusatzkosten begrenzen, um die Arbeitskosten zu reduzieren und wettbewerbsfähiger zu werden. Das ist ein Thema, mit dem wir uns breitest auseinander setzen.

Genauso wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft – das diskutieren wir eigentlich ein bisschen zu wenig – wie die Senkung der Lohnzusatzkosten sind die Energiekosten. Rot-Grün versagt in der Energiepolitik ebenso wie auf anderen Feldern. Die Geschichte Deutschlands hat gezeigt: Preiswerte Energie ist entscheidend für Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Sie ist der Schlüssel für die Zukunft Deutschlands. Rot-Grün geht in dieser Frage den völlig falschen Weg: durch immer höhere Energiepreise, durch immer mehr Abgaben, durch immer mehr Reglementierungen und durch den Ausstieg aus der Kernenergie. Das unterläuft all unsere Anstrengungen, die Produktionskosten in Deutschland zu senken. Was wir auf der einen Seite vielleicht durch die Reduzierung der Lohnzusatzkosten erreichen, wird durch die Steigerung der Energiekosten wieder ausgeglichen. Das trägt dazu bei, dass wir nicht wettbewerbsfähig genug sind; das gilt vor allem für die energieintensive Industrie.

(Beifall)

Man muss sich das einmal vorstellen: Durch die staatlich verursachte Erhöhung der Strompreise sind die Kosten von 2,3 Milliarden Euro im Jahr 1998 in sechs Jahren auf über 12 Milliarden Euro gestiegen; das ist mehr als das Fünffache. Das trifft die deutschen Unternehmen insbesondere im internationalen Wettbewerb. Nirgendwo in Europa, mit Ausnahme von Italien – die strengen sich jetzt aber mehr an –, sind die Energiekosten so hoch wie in Deutschland. Die Folgen sind am Beispiel Opel sichtbar: Bei der Entscheidung von General Motors, ob Opel und Saab in Deutschland oder in Schweden produzieren, spielen die deutlich niedrigeren Energiekosten in Schweden – hört, hört – eine entscheidende Rolle. Ich hoffe, dass sie nicht die ganz entscheidende Rolle spielen werden. Die Folgen rot-grüner Energiepolitik sind meines Erachtens verheerend. Die Energiepreise belasten ebenso wie die Arbeitskosten den Standort Deutschland immer mehr. Das beschleunigt – das sage ich gerade hier, im Herzland der Industrie – die Deindustrialisierung unseres Landes.

In den letzten zehn Jahren haben wir 3 Millionen Industriearbeitsplätze verloren. Wir hatten 10 Millionen Industriearbeitsplätze; heute haben wir noch knapp 7 Millionen. Wenn die Produktion abwandert, dann wandern über kurz oder lang auch die Forschung und die Entwicklung ab. Wer glaubt, man könne die einfache Produktion ins Ausland verlagern und die Blaupausen würden in Deutschland gemacht, der irrt. Auch diese Arbeit wandert dann dorthin, wo die Produktion stattfindet. Deswegen müssen wir schauen, dass Deutschland auch ein Industriestandort bleibt. Daher darf die Energiepolitik nicht mehr so wie bisher weitergeführt werden. Sie muss verändert werden.

(Beifall)

Gerade hier in NRW sage ich – lieber Jürgen Rüttgers, ich kenne deine Meinung dazu; sie ist ja identisch mit meiner –: Unser 80-Millionen-Volk braucht auch in Zukunft Industriearbeitsplätze. Wir können nicht allein von Dienstleistungen leben und erst recht nicht von Windrädern. Deutschland braucht eine Energiepolitik mit Vernunft und Augenmaß. Dazu gehören die Sonnen-, Wasser- und Windenergie, das Erdöl, die Kohle und das Erdgas. Dazu gehört aber auch die Kernenergie.

Wie stellt sich Herr Trittin eigentlich die globale Lösung des CO<sub>2</sub>-Problems ohne die Kernenergie vor? Der Wirtschaftsaufsteiger China hatte im Jahre 2002, obwohl er nur ein Sechstel der Energie verbraucht, die wir verbrauchen – jeder Chinese verbraucht nur etwa ein Sechstel der Energie, die ein Deutscher verbraucht –, einen viermal so hohen klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß wie Deutschland. Das heißt, die Kernenergie ist für mich weltweit und national unverzichtbar. Nur mit Wind- und Solarenergie sind die drastisch steigenden Energiepreise und die weltweiten Klimaschutzziele nicht in Einklang zu bringen.

Auch deshalb – das betone ich noch einmal – braucht Deutschland eine neue Regierung. Sie braucht eine neue Regierung für eine vernünftige Energiepolitik, damit nicht Leute wie Trittin die Energiepolitik zum Schaden der Industriewirtschaft kaputtmachen.

(Beifall)

Deutschland ist nicht nur in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt, bei den Finanzen und in der Sozialversicherung sanierungsbedürftig. Deutschland ist auch in seinem Staatsaufbau sanierungsbedürftig. Die Menschen in unseren Ländern sind stolz auf ihre Eigenständigkeit im föderalen Deutschland. Der Wettbewerb um die besten politischen Ideen und Lösungen ist ein sichtbares Markenzeichen unseres Landes.

Aber der deutsche Föderalismus ist über die Jahre zu kompliziert geworden. Zu Beginn der Bundesrepublik waren etwa 30 Prozent der Bundesgesetze im Bundesrat zustimmungspflichtig. Heute sind es mehr als 60 Prozent. Das macht die Entscheidungswege zu kompliziert. Heute ist im internationalen Sektor natürlich auch entscheidend, wie schnell entschieden wird. Wir kön-

nen uns manche politischen Zeitabläufe nicht mehr leisten. Dies verwischt vor allen Dingen auch die Verantwortlichkeit.

Der Bund hat zulasten der Landtage immer mehr Kompetenzen an sich gezogen. Das widerspricht meines Erachtens dem Prinzip der Subsidiarität. Bund wie Länder können häufig wichtige Reformen nicht durchsetzen, weil sie jeweils an der anderen Seite scheitern. Das Ergebnis sind oft Minimalkompromisse anstelle mutiger Reformen.

Die Menschen – das ist für mich das Entscheidende – wissen am Ende nicht mehr, wer für welche politische Entscheidung die Verantwortung trägt. Das schadet der Demokratie. Das fördert bei den Menschen den Eindruck, es sei letztlich egal, wer regiert. Wir dürfen das nicht mehr länger zulassen. Wir müssen mit der klammheimlichen großen Koalition aus Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss Schluss machen. Eines der entscheidenden Probleme ist für mich: Keiner weiß mehr, wer für was Verantwortung trägt.

(Beifall)

Es muss wieder völlig klar werden, wofür Rot-Grün die volle Verantwortung trägt und was unsere Alternative ist. Mit der gemeinsamen Kommission zur Föderalismusreform, zur Reform unseres Staatsaufbaus, haben wir jetzt eine große Chance, den deutschen Föderalismus zu modernisieren. Es geht nicht allein darum, ob der Bund oder die Länder eine bestimmte Aufgabe übernehmen. Es geht um die klare Zuordnung von Zuständigkeiten beim Bund und bei den Ländern. Vor allem muss in Deutschland wieder – ich bleibe dabei – schneller entschieden werden, damit wir in Europa mithalten können.

Ich bin seit gestern Abend wieder optimistisch, dass wir eine Reform hinbekommen werden und dass am 17. Dezember in der Föderalismuskommission in Berlin entschieden werden kann. Ich hoffe, dass wir diese Mutter aller Reformen durchsetzen können.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen, meine Herren, CDU und CSU bieten den Menschen Konzepte für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Aber das ist nicht alles. Wir können den Menschen mehr bieten, weil wir auf einem festen Wertefundament stehen, das christlich geprägt und europäisch geformt ist. Was das bedeutet, wird gerade jetzt in der Auseinandersetzung mit dem radikalen Islamismus deutlich. Jetzt wird breiteren Bevölkerungsschichten bewusster: Unter uns leben Menschen, die eine völlig andere Werteordnung haben, die unsere Rechtsordnung zum Teil ablehnen und teilweise bekämpfen. In vielen Gesprächen auch mit jungen Menschen gerade in letzter Zeit habe ich erlebt: Über das rein Materielle hinaus spielen Fragen nach unseren Werten und dem Zusammenhalt in Deutschland eine größere Rolle. Immer mehr Menschen fragen sich auch: Was hält unser Land zusammen? Wie lässt sich Gemeinsinn stärken? Wie lässt sich der Egoismus bekämpfen und das Gemeinwohl fördern? Sind wir richtig aufgestellt?

Dazu ein aktuelles Beispiel aus Hamburg, Ole von Beust. Sind wir richtig aufgestellt, wenn eine weitreichende industriepolitische und innovative Entscheidung wie im Hinblick auf den Airbus in Hamburg im Grunde genommen aus Einzelinteressen und aus kleinen Interessengegensätzen zulasten Deutschlands, zulasten Hamburgs und der Menschen, die dort hoch qualifizierte Arbeit finden könnten, verhindert wird? Ich glaube, wir können es uns in Deutschland auf die Dauer nicht mehr leisten, auf der einen Seite zu beklagen, dass Arbeitsplätze abwandern, und uns auf der anderen Seite solche Eigennutzdiskussionen zu leisten, die die Diskussion um das Gemeinwohl zurückdrängen.

(Beifall)

Viele Menschen spüren doch: Unser Land braucht wieder mehr inneren Zusammenhalt, damit wir gemeinsam aus der Krise herauskommen. Dies ist nicht nur ein ökonomisches Problem. CDU und CSU bekennen sich deshalb zu klaren Werten und zur Liebe zu unserem Land. Wir sollten uns durch nichts und durch niemanden von einer klaren Werteorientierung abbringen lassen. Das hat auch nichts mit der Besetzung von populären Themen zu tun, wie uns oft unterstellt wird. Wir brauchen einen stärkeren Gemeinsinn und wir brauchen gemeinsame Wertüberzeugungen, wenn wir die Veränderungen in Deutschland erfolgreich gestalten wollen.

Wenn man das Land nicht liebt, dann hat man auch kein Interesse. Mich ärgert, wenn ich zum Beispiel von hoch gestellten Persönlichkeiten höre: In Deutschland kannst du deine Kinder nicht mehr in die Schule schicken. Die schicke ich nach England oder nach Frankreich in teure Internate. Wer so etwas tut, ist kein Patriot. Das ist Gleichgültigkeit gegenüber dem Lande.

(Beifall)

Liebe zu unserem Land ist ein solcher Wert. Das ist Patriotismus, so wie wir ihn verstehen und wie es die Menschen bei den Leipziger Montagsdemonstrationen meinten, als sie zunächst riefen: „Wir sind das Volk“. Dann riefen sie: „Wir sind ein Volk“. Meine Damen und Herren, das darf man nicht als historisch abhaken. Das ist ein bleibender Wert, den man durchaus mit Patriotismus und Liebe zum Land beschreiben kann. Ein aufgeklärter Patriotismus meint das Gegenteil von dumpfem Nationalismus.

Patriotismus wehrt diesen gerade ab und gibt ihm keinen Nährboden. Patriotismus bekennt sich zur Schicksals- und Verantwortungsgemeinschaft des deutschen Volkes, mit seiner langen Geschichte mit allen Höhen und Tiefen. Dazu gehören die zwölf dunkelsten Jahre der NS-Zeit, dazu gehören die 40 Jahre Kommunismus östlich der Elbe, dazu gehören aber auch die Reformation, die Aufklärung, die Leistungen von Wissenschaft und Kultur und all das Positive, was man mit dem Land der Dichter und Denker weltweit verbindet.

Meine Damen, meine Herren, unser Patriotismus sucht das Verbindende mit anderen Völkern und fügt sich ganz besonders in die Gemeinschaft der europäischen Völker ein. Wir sehen:

Unsere europäischen Nachbarn – die Franzosen, die Italiener, die Spanier, die Polen, die Tschechen – definieren sich zunächst über ihre eigene Nationalität, über ihre Kultur und Geschichte. Sie identifizieren sich nicht direkt mit Brüssel, sondern sie identifizieren sich über Lissabon, Paris oder London mit Brüssel. Diese Vielfalt wird in Europa eingebracht. Das wollen wir auch als Deutsche, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das macht die Vielfalt und den Reichtum unseres gemeinsamen Kontinents aus. Daraus wächst ein neues Europa.

Ich bin der festen Überzeugung: Europa wird im Bewusstsein der Menschen für lange Zeit nicht an die Stelle der Nationen als geschichtlich gewachsene Schicksals- und Verantwortungsgemeinschaft treten können. Die Nation ist die größte gesellschaftliche Einheit, mit der sich die Menschen identifizieren können,

(Vereinzelt Beifall)

zu der die Menschen eine emotionale Bindung spüren und innerhalb derer eine belastbare Solidarität herrscht. Für uns steht fest: Europa ist unsere Zukunft, aber Deutschland ist unser Vaterland. Das steht für das, was man mit uns verbindet.

(Beifall)

Ich sage in aller Deutlichkeit und in aller Freundschaft zur Türkei – ich wiederhole im Tenor hier nur, was Angela Merkel gestern und in vielen anderen Reden gesagt hat –: In dieses Europa fügt sich ein außereuropäisches Land wie die Türkei mit einer anderen geschichtlichen und kulturellen Tradition nicht ein. Zwischen der Europäischen Union und der Türkei bestehen erhebliche wirtschaftliche, geographische, finanzielle und vor allen Dingen kulturelle Unterschiede, mit denen wir Europa überfordern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Es ist noch nicht aller Tage Abend. Ich freue mich außerordentlich, dass jetzt die UMP, die große Volkspartei in Frankreich, unter ihrem neuen Vorsitzenden Nicolas Sarkozy klar und deutlich dieselbe Position vertritt wie CDU und CSU: privilegierte Partnerschaft ja, aber Mitgliedschaft nein, weil das im Grunde genommen aus der Europäischen Union als Politische Union eine Freihandelszone machen würde. Das mag zwar der eine oder andere wollen, aber wir wollen das nicht; denn wir stehen in der Tradition von Konrad Adenauer und Helmut Kohl, die eine Politische Union und nicht nur eine Wirtschaftsunion wollten. Die Politische Union wird aufgehoben, wenn wir Europa überdehnen.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, Patriotismus gibt unserem Land auch inneren Halt. Patriotismus macht unser Land krisenfest, die Menschen selbstbewusster. Wer sich mit einem Land emotional verbunden fühlt, dem ist es eben nicht egal, wie die Zukunft unseres Landes und

seiner Menschen aussieht, wovon unsere Kinder und Kindeskiner nicht nur ökonomisch leben, sondern woran sie sich auch geistig und kulturell orientieren können. Der Kanzler sagt – das ist gestern wiederholt worden –, für ihn sei Patriotismus, dass er für Deutschland arbeiten könne. Als geübte Opportunisten springen Schröder und SPD auf das Thema Patriotismus auf. Was davon zu halten ist, zeigt ein kurzer Rückblick. Ich erinnere – ich will mich nicht zu lange in der Geschichte aufhalten, aber hin und wieder muss man den Leuten den Spiegel vorhalten – an Folgendes. Willy Brandt hat seine Partei in den Wendejahren 1989/90 gemahnt: Vergesst mir nicht das Nationale. – Schröders Antwort damals: Damit kann ich nichts anfangen. – Daran hat sich bis heute in Wahrheit nichts geändert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Im Übrigen muss auch daran erinnert werden: Die Linke in Deutschland war über Jahrzehnte hinweg – das ist unser Problem – auf dem Weg ins Niemandsland von Multikulti, weil sie aus der Nation aussteigen wollte. Das war ein Momentum der gesamten APO-Bewegung, aus der ja eine Reihe von Personen gekommen sind, die heute in Deutschland leider höchste Ämter besetzen. Auf diesem Trip sind sie noch immer. Die Vorsitzenden der Grünen, Roth und Bütikofer, schreiben dieser Tage – das kann ich nicht unterschreiben –: Multikulturalität fordert oft sogar Toleranz für Lebensweisen, die man für falsch hält. – Hierzu sage ich ganz klar: Das sollten die mal den zwangsverheirateten Mädchen erklären, die vor archaischen Ehrbegriffen und Traditionen ihrer Eltern in deutsche Frauenhäuser fliehen! Das ist die Wirklichkeit, meine Damen, meine Herren!

(Beifall)

Das Thema muss aufgearbeitet werden. Wer hat denn damals gefordert: Ausländer, lasst uns mit den Deutschen nicht alleine? Ich will die Namen gar nicht nennen. Heute gerieren sie sich als Patrioten. Das sind keine Patrioten, die diese Geisteshaltung haben!

(Vereinzelt Beifall)

Unsere in Jahrhunderten errungenen Grundwerte wie die Menschenwürde und die Gleichberechtigung von Mann und Frau gelten nicht nur für Deutsche, sondern für alle, die hier leben.

(Beifall)

In Deutschland machen sich die Grünen für Emanzipation und Gleichberechtigung stark. Aber vor der Unterdrückung moslemischer Frauen durch Kopftuch und Scharia schließen sie bewusst die Augen. Wer den deutschen Nationalfeiertag abschaffen will und gleichzeitig eine Diskussion über die Einführung islamischer Feiertage eröffnet, der hat sich weit von unserem Land und unseren Menschen entfernt. Diese Irrungen und Wirrungen sind mit der großen Mehrheit unserer

Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht zu machen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir dürfen das auch nie verschweigen, sondern müssen immer wieder darauf hinweisen.

(Beifall)

Wir sind ja manchmal so tolerant, unmögliche Aussagen, die einer von der SPD oder von den Grünen gemacht hat, nach drei, vier oder fünf Wochen zu vergessen und nicht mehr zu wiederholen. Wenn aber einer aus unseren Reihen irgendwann einmal über das Ziel hinausschießt, dann hört er das noch zehn oder 15 Jahre. Wann immer es passt, wird es wieder hervorgeholt. Wir brauchen gerade in diesen Grundsatzfragen ein höheres Maß an inhaltlicher Aggressivität, um deutlich zu machen, was Geistes Kinder alle von Roth bis Bütikofer eigentlich sind, die so etwas formulieren.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, für uns gilt gemeinsam: Ohne Bindung an das Land, ohne Wir-Gefühl, ohne Liebe zu unserem Land werden wir in Europa und in der globalen Welt auf Dauer nicht bestehen können. Wir müssen uns als Deutsche zunächst selbst helfen. In einer globalen Welt mit hartem Wettbewerb müssen wir uns sicherlich gemeinsam mehr anstrengen. Die Kraft dafür schöpfen wir nicht aus Egoismen und Ich-AGs, sondern wir schöpfen sie nur aus dem Wir-Gefühl, aus dem Gemeinsinn, dem Zusammenhalt und der Liebe zu unserem Land. Dies darf sich nicht im gemeinsamen Zuschauen erschöpfen, wenn die Fußballnationalmannschaft Europameister oder Weltmeister werden will.

Da haben wir zwar ein hohes Maß an Gemeinsamkeit, was auch wunderschön ist, aber das reicht nicht. Wir brauchen diese Gemeinsamkeit genauso in anderen Belangen. Danach wollen wir arbeiten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Ich bleibe dabei: Nur wer ein festes Wertefundament und einen festen Standort hat, hat auch Orientierung und findet den Weg in eine gute Zukunft. Klare Werte zu verkörpern ist unser Thema. Das ist das Thema von CDU und CSU. Wer sich die Geschichte unserer beiden Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg anschaut, der stellt fest, dass alle Entwicklungen immer auch von einer Wertediskussion geprägt waren. Einen Gemeinsinn erzeugen, für gemeinsame Werte entstehen, das kann Schröder nicht. Das hat er in sechs Jahren nicht hinbekommen; das wird er auch in Zukunft nicht hinbekommen. Schröder steht für Individualismus, vor allen Dingen für den eigenen.

(Vereinzelt Beifall)

Einen „First Dog“ zu kreieren, für Hundeshampoo zu werben, die Fußball-WM für eigene Wahlzwecke zu instrumentalisieren – all das mag ja sehr nett und wirkungsvoll sein, aber das al-

les ist zu wenig für die ökonomische Sanierung unseres Landes. Damit gibt er der Politik auch nicht die Wertorientierung, nach der sich Millionen Deutsche und immer mehr junge Menschen in Deutschland sehnen. Hierfür stehen in erster Linie CDU und CSU. Wir müssen den Menschen klar machen, dass wir nicht nur für vernünftige ökonomische Konzepte stehen, sondern auch für eine Grundwertorientierung, die natürlich auch aus dem „C“ herrührt. Wenn wir das in einer Gesellschaft schaffen, die von einem sehr starken und aggressiven Laizismus geprägt ist, bestehen meines Erachtens bessere Voraussetzungen, auch schwierige Phasen in der Entwicklung unseres Landes zu meistern, als wenn wir sie nur pragmatisch angehen.

(Beifall)

Die Liebe zum eigenen Land, unser Patriotismus, richtet sich nicht gegen ausländische Mitbürger. Unsere gewachsene vielfältige Kultur bietet vielmehr Orientierung für Ausländer, die sich integrieren wollen. Hier können wir manches von den Vereinigten Staaten lernen. Wer nicht vom Wert des eigenen Landes überzeugt ist, wer sein Land nicht liebt, der kann doch Ausländer nicht davon überzeugen, dass sich Integration lohnt. Unsere Werte und unsere freiheitliche Demokratie machen unser Land lebens- und liebenswert, auch für Ausländer, auch für Muslime. Wir fordern von allen, die in Deutschland leben wollen, ein klares Bekenntnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir dulden keine Störungen des inneren Friedens. Alle Menschen müssen hier in Sicherheit leben können. In Deutschland darf kein Platz sein für Verbrechen und Terror, egal aus welchem Motiv, für Hassprediger und Gewalt, egal unter welchem Vorwand, und für Unterdrückung von Frauen und Mädchen, auch nicht unter dem Deckmantel von Ehre und Religion. Das geht in Deutschland nicht. Wer hier leben will, kann solches für sich nicht beanspruchen.

(Beifall)

Wer das nicht akzeptieren will, was ich gerade gesagt habe, dem müssen wir sagen: Du hast dir das falsche Land ausgesucht. In Deutschland geht das so nicht.

(Beifall)

Für unsere beiden Parteien, für CDU und CSU, gilt: Unsere Toleranz für andere Wertvorstellungen endet da, wo unsere Werte missachtet werden: Keine Toleranz für Intoleranz!

Meine Damen, meine Herren, unser Land bietet ja viel: Freiheit, eine offene Gesellschaft, soziale Sicherheit, Chancen für den wirtschaftlichen Aufstieg, Toleranz und Möglichkeiten zu einem friedlichen Miteinander. Das ist Deutschland. Unser Land verlangt als Gegenleistung von Zuwanderern den Willen zur Integration. Natürlich müssen auch wir etwas dazu beitragen, aber gegenwärtig sehen wir gerade bei der dritten und vierten Generation von Ausländern mangelnden Willen zu Integration. Integrationswillig ist nur, wer selbst Deutsch lernt. Integrationswillig ist nur, wer seine Kinder in einen deutschen Kindergarten, in eine deutsche Schule oder in deut-

sche Sprachkurse bringt. Wer aber seine Kinder auf Schulen in seiner Heimat schickt und sich selbst von unserer Gesellschaft abschottet, der zeigt keinen Willen zur Integration. Das dürfen wir so nicht mehr zulassen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Hinzukommen muss das Bekenntnis zu unserer Wertordnung. Um der besonderen Bedeutung dieses Bekenntnisses gerecht zu werden, habe ich mit Christian Wulff, Roland Koch und anderen gefordert, die Einbürgerung im Rahmen eines feierlichen Aktes unter Ablegung eines Eides oder was auch immer zu vollziehen. Wer Deutscher werden will, der soll sich nicht nur einfach ein Papier bei der Behörde abholen, sondern sich auch klar zu unserem Land bekennen. Auch das ist für mich ein wichtiger Integrationsschritt. Deshalb treten wir für einen Eid auf unsere Verfassung ein, so wie es in den Vereinigten Staaten oder auch in anderen Ländern selbstverständlich ist.

(Vereinzelt Beifall)

Die Einbürgerung in feierlicher Form ist auch ein Signal an unsere Mitbürger: Ihr seid willkommen, ihr gehört jetzt zu unserer Nation, mit allen Rechten, aber auch mit allen Pflichten.

Meine Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Angela Merkel, wir, CDU und CSU, vertreten glaubhaft deutsche Interessen. Wir wollen den Gemeinsinn fördern. Ich glaube, viele haben angesichts unserer Geschichte über das großartige Wort von John F. Kennedy aus den 60er-Jahren ein wenig gelächelt oder geschmunzelt: Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, frage, was du für dein Land tun kannst. Aus der amerikanischen Tradition heraus ist das eine Selbstverständlichkeit. Bei uns ist das aufgrund unserer Geschichte gerade im abgelaufenen Jahrhundert etwas schwieriger. Ich glaube aber, dass der Inhalt dieses Satzes heute die Mentalität unser Bürgerinnen und Bürger ein bisschen stärker prägen muss. Das wird auch auf fruchtbaren Boden fallen. Viele Menschen wollen sich ja engagieren. Schauen wir uns einmal an, wie viele Millionen von Menschen sich ehrenamtlich engagieren, ohne zu fragen, ob sich das für sie rechnet. Sie tun das vielmehr ehrenamtlich, zum Teil auch auf eigene Kosten. Dieses Engagement muss gewürdigt, hochgehalten und als Vorbild dargestellt werden. Es darf nicht sein, dass wir denjenigen, der den Sozialstaat am cleversten ausnutzt, auch noch als Cleverle bezeichnen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Wir wollen den Gemeinsinn fördern. Wir wollen den Zusammenhalt in unserem Lande stärken. Wir wollen den Menschen Mut machen und zeigen, dass wir es können und es schaffen werden. Wir müssen gemeinsam Deutschlands Chancen nutzen. Wir werden gemeinsam die Probleme unseres Landes lösen. Aus Liebe zu unserem Land diskutieren und ringen wir in der Union. Dafür treten wir gemeinsam geschlossen und entschieden an.

Meine Damen, meine Herren, ich meine, wir haben die richtigen Werte und den richtigen Kurs. Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen für den Wechsel in Kiel und in Düsseldorf und im übernächsten Jahr für den Wechsel in Berlin! Es ist dringend notwendig, dass dieses Land in manchen Dingen wieder vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Dazu bedarf es einer starken Union, einer starken CDU und einer starken CSU, vor allen Dingen einer geschlossenen CDU/CSU in der grundlegenden Frage, wie unser Land reformiert werden soll.

In diesem Sinne wünsche ich uns alles Gute. Von diesem Parteitag soll das Signal ausgehen: Wir wollen dieses Land reformieren. Wir wollen dieses Land nach vorne bringen. Wir haben die Kraft dazu. Wir wollen alles tun, damit Deutschland wieder ein starkes Land wird – kulturell, ideell, wirtschaftlich, in allen Belangen. Was wir dazu tun können, das wollen wir tun. Wir müssen den Menschen sagen: Mit SPD und Grünen geht das hinten und vorne nicht. Mit CDU und CSU geht das vorne und hinten in jeder Beziehung. Alles Gute! Danke schön! Auf Wiedersehen!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich – Rhythmisches Klatschen)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Lieber Edmund Stoiber, der CDU-Bundesparteitag dankt für eine engagierte Rede. Wir danken für die klaren Sätze. Wir werden die Wahlen gewinnen, wenn die Union gemeinsam kämpft und geschlossen auftritt und wenn sie Rot-Grün angreift, wo immer es geht. Dieses Land braucht eine andere Regierung. Wir danken herzlich für das Wort der Gemeinsamkeit und Geschlossenheit.

(Beifall)

Wir fahren in der Tagungsordnung fort. Ich gebe das Wort an Hildegard Müller ab.

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

#### AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS SOWIE AUSSPRACHE UND BE-SCHLUSSFASSUNG ZUM LEITANTRAG DES BUNDESVORSTANDES

Sie finden den Leitantrag „Wachstum – Arbeit – Wohlstand“ und die dazu gestellten Ergänzungs- und Änderungsanträge in der Antragsbroschüre unter dem Kennbuchstaben A auf den Seiten 1 bis 315.

Ich eröffne hiermit die Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs und gebe Herrn Peter Paziorek das Wort.

**Dr. Peter Paziorek**: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Die Tatsache, dass wir, die Union, in unserem Leitantrag „Wachstum – Arbeit – Wohlstand“ dem Umwelt-, Natur- und Klimaschutz unter dem Titel „Wachstum, das die Schöpfung bewahrt“ ein ganzes Kapitel widmen, hat den einen oder anderen sicherlich überrascht. Manch einer würde in einem

wachstumsorientierten Leitantrag das Thema „Umweltschutz“ weder auf den ersten noch auf den zweiten Blick vermuten. Aber es ist dringend geboten, dass wir uns des Themas „Umweltschutz“ annehmen; denn so, wie die rot-grüne Bundesregierung mit dem grünen Umweltminister Trittin das Thema „Umwelt-, Natur- und Klimaschutz“ zur Zeit behandelt, verbindet die Öffentlichkeit mit dem Thema „Umweltschutz“ leider nur Begriffe wie Bürokratie, Wachstumsbremse und Arbeitsplatzvernichtung. Aber, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, dies hat der Umweltschutz in Deutschland nicht verdient.

Selbst Teile der Bundesregierung begreifen Trittins Umweltpolitik als schädlich für den Wirtschaftsstandort Deutschland, wie der jüngst veröffentlichte Wirtschaftsbericht von Minister Clement zeigt. Es kann und darf nicht länger sein, dass falsche Weichenstellungen der rot-grünen Umweltpolitik unter Trittin dazu führen, dass die Umweltpolitik insgesamt als Wachstumsbremse verstanden wird.

Wir, die Union, verfolgen in der Umweltpolitik einen gänzlich anderen Weg. Richtig gemacht, ist Umweltschutz kein Widerspruch zu Wachstum, sondern ein positiver Wachstumsfaktor. Dies ist die zentrale Aussage, die der Bundesfachausschuss Umwelt-, Natur- und Klimaschutz unserer Partei, für den ich hier spreche, in seinem Antrag zu Abschnitt VIII unterstrichen hat.

Um es noch deutlicher herauszustellen: Wir haben auf den Seiten 274ff der Antragsunterlagen einen Ersetzungsantrag zu diesem Abschnitt gestellt. Wir bitten um Unterstützung.

Die Tatsache, dass wir, die Union, den Umweltschutz heute in einem Wachstums- und Wirtschaftspapier an zentraler Stelle herausstellen, zeigt zweierlei:

Erstens: Auch wir Umweltpolitiker verstehen den Wachstumsbegriff in einem umfassenden Sinne. Die Grundaussage einer nachhaltigen Entwicklung ist einfach und einleuchtend: Wir müssen heute einen Lebensstil finden, der es zukünftigen Generationen erlaubt, ein Leben mit den gleichen Chancen wie wir zu führen. Dazu gehört für uns Christdemokraten der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auch in einer modernen Wirtschafts- und Industriegesellschaft.

Zweitens: Ein richtig gemachter Umweltschutz birgt große Chancen für die Wirtschaft. Wir verfügen in Deutschland heute über großes Wissen in der Umwelttechnik. Wissenschaft und Unternehmen haben sich in diesem Bereich große Kompetenz erarbeitet und sind in der Umwelttechnik weltweit führend. Wenn wir heute feststellen, dass wir im Export hervorragend sind und großartige Leistungen erbringen, dann hängt das auch damit zusammen, dass wir in der Umwelttechnik federführend sind. Es reicht nicht aus, dass Rot-Grün in der Umweltpolitik nur die alten rot-grünen Umweltthemen wie Dosenpfand, Ökosteuer und Atomausstieg abarbeitet. Das sind alte rot-grüne Traditionsthemen, die leider nicht den Weg zu einer modernen Umweltpolitik weisen. Deshalb sagen wir: Trittin ist nichts anderes als ein Auslaufmodell in der Umweltpolitik.

Unserem Antrag liegen folgende Gedanken zugrunde:

Wir begreifen Umweltschutz als Chance mit einem großen wirtschaftlichen Potenzial. Unsere Umweltpolitik verfolgt das Ziel, die Schöpfung zu bewahren und gleichzeitig die wirtschaftlichen Probleme in unserem Land zu lösen. Wir wollen einen effizienten und kooperativen Umweltschutz, der auf die Menschen zugeht und sie einbezieht, egal ob Landwirte, Mittelständler oder Unternehmer. Wir setzen in der Umweltpolitik nicht auf Konfrontation, auch wenn dies mitunter schlagzeilenträchtiger ist.

Wir wollen eine Umweltpolitik, die keine Bestrafungspolitik ist. Wir wollen eine Umweltpolitik, die Anreize zu umweltgerechtem Verhalten gibt.

Aber als Umweltpolitiker sagen wir in diesem Antrag auch ganz deutlich: Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien. Erneuerbare Energien sind mehr als nur Windenergie. Zu den Erneuerbaren Energien gehören Biomasse, Biogas, Wasser und Sonne. Wer Erneuerbare Energien so versteht, der hat auch die historische Sichtweise, Umweltpolitik und Landwirtschaftspolitik miteinander zu verbinden. Wir sagen klar und deutlich: Wir wollen eine Umweltpolitik, die, wenn sie aus Europa kommt, nicht nur immer draufsattelt. Wir wollen die Gesetze, Richtlinien und Verordnungen aus Europa eins zu eins umsetzen. Wer aber nur den Ehrgeiz hat, Umweltpolitik so zu verstehen, dass man in Deutschland immer nur draufsattelt, der macht keine moderne Umweltpolitik, sondern beeinträchtigt den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Ganz zum Schluss: Unserem Antrag liegt das Bekenntnis zum internationalen Klimaschutz zugrunde. Machen wir uns nichts vor: Ich bin kein Anhänger einer Politik, die immer nur von Klimakatastrophen spricht. Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, das ist auch das falsche Wort; denn eine Katastrophe kommt plötzlich. Wir haben hier das riesige Problem einer schleichenden Veränderung. Deshalb brauchen wir eine mutige Politik, die Klimaschutz betreibt und dafür sorgt, dass die negative Klimaentwicklung gestoppt wird. Dazu brauchen wir eine moderne Politik, die Umwelttechniken einsetzt. Wir brauchen eine Politik, die davon Abstand nimmt, immer nur Deutschland zu sehen. Wir brauchen die Einbeziehung Indiens. Wir brauchen die Einbeziehung der Entwicklungs- und Schwellenländer. Und wir brauchen die Einbeziehung Chinas. Deshalb brauchen wir auch eine moderne Kioto-Nachfolgepolitik, damit wir deutlich machen können: Entwicklungspolitik, Export und Umweltschutz gehören für uns in Deutschland zusammen.

Diese Gedanken liegen unserem Antrag zugrunde. Wir sagen: Umweltschutz – richtig gemacht – leistet einen Beitrag zu Wachstum, Arbeit und Wohlstand in Deutschland. Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung unseres Änderungsantrags. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich habe noch zwei Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache. Jetzt kommt Fritz Niedergesäß.

**Fritz Niedergesäß**: Frau Präsidenten! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Laurenz Meyer hat sich ausgiebig mit den Themen Arbeitsmarkt und Schwarzarbeit befasst. Ich möchte aber einmal anmerken, dass wir uns schon zehn, 15 Jahre – ich sage mal: seit 1990 – mit dem Thema Arbeitsmarkt befassen. Die Arbeitslosigkeit steigt immer weiter. Aber auch wir als CDU sind in den letzten Jahren wahrscheinlich nicht konsequent genug in Sachen Schwarzarbeit vorgegangen.

Wir, die wir 1990 aus der DDR erstmals in einen Rechtsstaat gekommen sind, sind, wenn es um den Arbeitsmarkt und die Schwarzarbeit geht, über weite Strecken irritiert, was alles für Möglichkeiten bestehen, am Staat und am Recht vorbei Geld zu verdienen, die Wirtschaft zu deformieren und damit den Arbeitsmarkt kaputt zu machen. Manchmal hat man – wenn es um den Arbeitsmarkt und die Schwarzarbeit geht – den Eindruck, eher in einer Bananenrepublik als in einem Rechtsstaat zu wohnen und zu leben. Jede Kleinigkeit wird heute geahndet. Wenn eine Oma in einem Geschäft irgendetwas im Wert von 10 Euro klaut, wird sie strafrechtlich verfolgt. Aber in Sachen Arbeitsmarkt haben wir den Umstand zu verzeichnen, dass von 1 000 Leuten, die gefasst werden, weil sie schwarzgearbeitet haben, letztendlich nur zwei strafrechtlich verknackt werden.

Meine Damen und Herren, das halte ich echt für einen Skandal, weil hierdurch die Sozialsysteme deformiert werden. Wir werden im Osten Deutschlands und insbesondere in Berlin immer wieder von den Kommunisten vorgeführt, die sagen, dass die Arbeitslosigkeit ein Übel der Marktwirtschaft darstellt, dass wir aber nicht in der Lage sind, diese Auswüchse in den Griff zu kriegen. Laurenz Meyer hat in seiner Rede eindrucksvoll gesagt: Der neue deutsche Kombilohn ist Sozialtransfer plus Schwarzarbeit. Da hat er den Nagel auf den Kopf getroffen. Aber was unternehmen wir, um dieses Thema in den Griff zu kriegen?

Meine Damen und Herren, wir haben den Antrag C 2, der an die Bundestagsfraktion überwiesen worden ist, eingebracht, dass wir in gemeinsamer Arbeit mit der Fraktion des Bundestages, mit der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin und vor allen Dingen mit den Fachverbänden, dem Bauindustrieverband und der Fachgemeinschaft Bau, in Berlin zusammenkommen und darüber beraten wollen, wie wir dieses Problem lösen können. Die Sozialdemokraten haben vor zwei Jahren das Gesetz über die Schwarzarbeit beschlossen. Wie wir alle sehen, ist das aber nicht wirksam. Das sind die typischen Dinge, die sie beschließen, die aber kein Mensch für voll nimmt und die letztendlich nur dazu dienen, den Leuten Sand in die Augen zu streuen.

Ich schlage Ihnen vor, die Chipkarte, die in Berlin schon lange in Rede ist, einzuführen und die Schwarzarbeit von einer Ordnungswidrigkeit ins Strafrecht zu erheben. Wenn wir hier nicht drastischer zupacken, werden wir veralbert. Letztendlich werden wir die Probleme dann nicht lösen

können. Wir als CDU sind eine ordnungspolitisch handelnde Partei, die hier die Weichen stellen muss. Rot-Grün ist dazu nicht in der Lage. Ich fordere Sie alle auf, in Ihren Kreisen und Ihren Ländern Gleiches zu tun und die Bundestagsfraktion dahingehend zu unterstützen, dass wir von diesem Thema wegkommen. Manchmal hat man ja den Eindruck, dass das in Deutschland geduldet wird. Ich rede hier nicht über die Schwarzarbeit in dem Sinne, dass einer mal einem anderen die Wiese harkt oder dass vielleicht ein Elektriker mal eine Dose festschraubt. Ich rede hier von der organisierten, kriminellen Schwarzarbeit, die hier in Deutschland Formen angenommen hat, die nicht mehr mit rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbart werden können. Ich fordere Sie auf, entsprechend mitzutun, diesen Vorgang zu unterstützen und den Mut zu haben, diese Dinge anzupacken. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich habe noch eine Wortmeldung. – Peter Jungen, bitte.

**Peter Jungen:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zur allgemeinen Aussprache zu Wort gemeldet, weil ich, wie wir alle, an diesem Antrag noch an vielen Stellen etwas kommentieren könnte, was wir vielleicht weiter gehender sehen würden, als es dieser Antrag beinhaltet. Dieser Antrag, der ursprünglich vom Bundesparteivorstand gekommen ist, ist – lassen Sie es mich so sagen – in den Beratungen der Antragskommission aus der Sicht vieler nicht besser geworden.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihre Aufmerksamkeit eigentlich darauf lenken, wie die wirkliche Situation ist. Herr Bundespräsident Köhler hat, als er noch nicht Bundespräsident, sondern Managing Director beim IWF war, gesagt, dass die Lage in Europa dramatisch ist, besonders die in Deutschland. Deutschland fällt im internationalen Vergleich ständig zurück. Meine Damen und Herren, in Europa hat Deutschland das niedrigste Wachstum seit 1995, wenn man von Ländern wie Bulgarien oder Rumänien absieht. Wir haben die niedrigste Beschäftigungsquote in Europa, im internationalen Vergleich sowieso.

Die Lissabon-Agenda – 2004 übrigens einstimmig vom Ministerrat beschlossen –, mit der sich die Europäer auf den Weg gemacht haben, die wettbewerbsfähigste wissensbasierte Region der Welt zu werden, wird deshalb verfehlt, weil die großen Länder sie nicht erreichen, das heißt: in erster Linie Deutschland und auch Frankreich. Der Abstand zwischen uns und stark wachsenden Ländern wie den USA ist der größte innerhalb der letzten 30 Jahre. Das Bruttoinlandsprodukt beträgt in Deutschland gerade noch 70 Prozent – genau genommen sind es 69 Prozent – des amerikanischen, wenn man das pro Kopf der Bevölkerung rechnet. Das bedeutet, dass wir uns, relativ zu den schnell wachsenden Regionen der Welt, auf den Weg in die Armut machen, auch wenn das noch nicht realisiert wird.

In einer Studie der Boston Consulting Group, die vor kurzem veröffentlicht worden ist, heißt es, dass in Deutschland jeder vierte Industriearbeitsplatz ernsthaft gefährdet ist. Das hat mit der Globalisierung zu tun, von der wir profitiert haben, und das hat mit der Osterweiterung zu tun, die letztlich auch ein Vorteil für Europa ist. Aber es ist eine Tatsache, dass wir in dieser Hinsicht gefährdet sind. Michael Burda – ein Deutschamerikaner –, der Nationalökonom an der Humboldt-Universität ist, hat vor kurzem, wie ich finde, sehr zutreffend formuliert: Wirtschaftspolitik findet in Deutschland in Blindenschrift statt. Sie wird erst verkündet, dann revidiert und anschließend tastet die Politik sich zu völlig anderen Lösungen vor.

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur der Abstand zu den USA, sondern auch der Abstand zu Regionen wie Südostasien, Indien und China, der deutlich macht, dass wir immer mehr verlieren. Ich glaube, diese Diskussion müssen wir bei uns führen. Es gibt ja viele, die sagen: Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse.

Nun gut, ich weiß nicht, wie weit Sie sich mit den amerikanischen Verhältnissen intensiv befasst haben, aber, meine Damen und Herren, die Amerikaner haben nicht „hire and fire“, die Amerikaner haben „fire and hire“. Da werden Menschen ganz schnell wieder eingestellt, sobald auch nur geringfügiges Wachstum zu verzeichnen ist. Das ist bei uns ganz anders. Hätten wir ein Wachstum wie die USA in den letzten zehn oder zwölf Jahren gehabt, wäre das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 5000 bis 6000 Euro pro Kopf der Bevölkerung höher. Was das für die Sozialsysteme und ihre Finanzierung bedeutet, brauche ich nicht zu erwähnen.

Die Frau Vorsitzende hat gestern aus den Düsseldorfer Leitsätzen zitiert und hat darauf hingewiesen, dass die Soziale Marktwirtschaft „die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft ist, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt“. Sie hat genau richtig das zitiert, was damals die Vorstellung der Union von Sozialer Marktwirtschaft war: Eine Wirtschaftsordnung, die für sich schon so erfolgreich, so effizient ist, dass sie auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit sozial ist, weil sie all denen ein Einkommen sichert, die nicht in der Lage sind, sich das selbst zu verdienen, nicht aber denjenigen, die unwillig sind, ein Einkommen selber zu verdienen.

Es war Ludwig Erhard, der schon 1961 auf einem Bundesparteitag der CDU ausgeführt hat, der Wohlfahrtsstaat unterscheidet sich in seiner erkennbaren Ausprägung nicht mehr grundsätzlich, sondern nur noch graduell vom Sozialismus. Meine Damen und Herren, was wir erleben, ist eine milde Form des Sozialismus, der auf gewaltige Weise Wohlstandsverluste verursacht. Es ist eben nicht sozial, sondern unsozial, kein Wachstum zu haben, keine Innovation zu haben, keine Beschäftigungschancen, keine Zukunft für junge Leute, insgesamt nicht so zu performen, wie wir das nach unseren Möglichkeiten könnten. Das ist unsozial! Es hat mit sozialer Politik überhaupt nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, ich möchte einmal an das Jahr 1970 erinnern. Das ist ungefähr der Zeitpunkt, zu dem sich in Europa die Länder, die nach dem Zweiten Weltkrieg sozialistisch geworden waren, auf den Weg zur Marktwirtschaft machten, während die Deutschen den schleichenden Weg zum Sozialismus einschlugen. 1970 hatten wir eine Arbeitslosigkeit von 0,7 Prozent. Das waren 150 000 Menschen. 0,7 Prozent! 1980 waren es schon fast 4 Prozent. Das sind 900 000. Jetzt sind wir, wie wir alle wissen, bei 11 Prozent. Wir stehen vor einem Prozess, der nicht in den 90er-Jahren begonnen hat. Er geht auf die 70er-Jahre zurück. Seitdem verlieren wir schleichend Wohlstand und verspielen damit die Zukunft.

Meine Damen und Herren, man fragt sich, weshalb in einem Land, das hervorragend ausgebildete Menschen hat, das hervorragende Forscher hat, das eine große Infrastruktur hat, weshalb wir uns in einem solchen Land in einer derartigen Abstiegschwelle befinden. Ich glaube, wir müssen sehen, dass zwei Dinge den wesentlichen Unterschied ausmachen: der Mangel an Innovation und der Mangel an Unternehmern, die aus den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln. Wenn wir das nicht ändern, wenn wir nicht ein unternehmerfreundlicheres Umfeld schaffen, werden wir mit keinem Beschluss Erfolg haben. Unternehmerfreundlich, das heißt nicht, Unternehmern einen Gefallen zu tun. Es heißt im Grunde, sie zu benutzen, um Probleme zu lösen, die die Politik, wie wir festgestellt haben, nicht lösen kann. Es hat sich ja herumgesprochen, dass keine Regierung, keine Partei, keine Gewerkschaft, kein Betriebsrat jemals einen einzigen Arbeitsplatz geschaffen hätte, der seine Kosten im Markt unter Wettbewerbsbedingungen selber verdienen kann. Dies geht nur über Unternehmer, die wir ermuntern müssen. Wir müssen mehr junge Menschen ermuntern, sich selbständig zu machen.

Was aber erleben wir? Die Gründungsaktivitäten in Deutschland gehen dramatisch zurück. Unternehmer sind in Deutschland eine aussterbende Art. Noch 1991, vor 13 Jahren, hatten wir bei Gründungen und Abmeldungen einen Nettozuwachs von

220 000. Im vorigen Jahr waren es gerade noch 60 000. Das bedeutet, wir kriegen keine neuen Gründungen, und wenn wir keine neuen Gründungen bekommen, bekommen wir auch keine Dynamik, und damit haben wir keine Beschäftigungschancen für junge Leute, die einen Arbeitsplatz suchen.

Wir werden nachher noch über die Verfassung des Arbeitsmarktes zu diskutieren haben, aber ich glaube, der entscheidende Gesichtspunkt ist, dass wir verstehen, dass wir junge Menschen ermuntern müssen und auch ermuntern können, sich selbständig zu machen, also Arbeitgeber zu werden.

In unserem Programm steht jetzt: Wir wollen keinen ausschließen; jeder soll die Chance haben, zu arbeiten. Meine Damen und Herren, das können wir beschließen, aber wie machen wir das denn? Das geht nur dadurch, dass wir mehr Arbeitgeber bekommen, und mehr Arbeitgeber

heißt, mehr Unternehmer. Man kann ja niemanden zwingen, Unternehmer zu werden; man kann ihn bestenfalls dazu überreden oder ihn ermuntern. Das wird unsere Aufgabe sein! Es muss von hier das Signal ausgehen, dass der entscheidende Unterschied ist, dass wir Unternehmer nicht als Ausbeuter ansehen, sondern dass wir sie ermuntern, sich selbständig zu machen, dass wir sie ermuntern, Investitionen zu tätigen und Risiken einzugehen, damit sie dann, wenn sie Aufträge haben, junge Menschen einstellen können und ihnen Beschäftigung garantieren können. Das muss sein, und wenn wir das nicht schaffen, sind all diese Beschlüsse wertlos.

Meine Damen und Herren, es gibt 160 bis 170 Schwellenwerte. Bei kleinen Unternehmen wird jemand, der mehr einstellt, bestraft. Die kleinen Unternehmen sind in besonderer Weise belastet. Da gilt folgende Litanei: Kündigungsschutzgesetz, Mitbestimmungsgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Altersteilzeitgesetz, Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, Betriebsverfassungsgesetz, Schwerbehindertengesetz, Arbeitsstättenverordnung, Sozialgesetzbuch, Arbeitsschutzregelungen und dergleichen mehr. Meine Damen und Herren, versuchen Sie sich einmal vorzustellen, ein junger Gründer, der sich selbständig machen möchte, würde mit all diesen Anforderungen konfrontiert; ich glaube, er würde, wenn er davon Kenntnis hat, von seinem Vorhaben wieder Abstand nehmen und sich nicht selbständig machen.

Kaum aber hat er sich selbständig gemacht, kommt die Politik mit der Steuergesetzgebung. Man muss sich diese Formulierungen einmal auf der Zunge zergehen lassen – das alles sind Gesetze aus den letzten zwölf Monaten –: Steuervergünstigungsabbaugesetz, Kleinunternehmerförderungsgesetz – es ist gerade gestrichen worden –, Steuerschlupflochverhinderungsgesetz, Gesellschafterfremdfinanzierung und dergleichen mehr. Ich glaube, damit wird deutlich, dass Unternehmer in diesem Lande nicht gefördert werden, sondern behindert und verhindert werden.

Ein letzter Gedanke: Wir erleben wieder so etwas wie Republikflucht. Es sind 70 000 deutsche Forscher in den USA. Es sind immer mehr junge Leute, die auswandern. Es sind immer mehr Forscher, die auswandern. Es sind immer mehr Studenten, die weggegangen sind und nicht zurückkommen. Es sind immer mehr Unternehmer, und es ist vor allen Dingen Kapital. Frau Merkel hat gestern gesagt, das Land braucht Eliten. Das ist richtig, aber das Land braucht vor allen Dingen Pioniere, das Land braucht Menschen, die etwas unternehmen, die das hier tun und die auf diese Weise deutlich machen, dass sie auch für das Land etwas tun, in dem sie groß geworden sind und das sie lieben.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss folgende Anmerkung machen. Es sind hier ja auch Unternehmer im Saal, ich bin selber einer, und ich sage Ihnen: Bei all dem, was wir tun, geht es uns nicht um uns. Die Unternehmer können sich heute in Europa zum ersten Mal die Regierung selber aussuchen. Sie müssen nicht warten, bis die Regierung sich ändert oder abgelöst wird. Mit der Erweiterung Europas sind viele Chancen für Unternehmer entstanden, aber

eben nicht hier bei uns, sondern in anderen europäischen Ländern. Deshalb sage ich noch einmal: Es geht nicht um uns. Es geht um unser Land, und es geht um unsere Kinder. Wir sind Treuhänder unserer Kinder. Wir könnten mit den Problemen ja noch ganz gut leben, aber unsere Kinder und Enkel können mit dem, was wir ihnen hinterlassen, nicht mehr fertig werden. Das ist unsere Verantwortung gegenüber dem Land und den nachkommenden Generationen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, für den weiteren Verlauf der Diskussion mache ich, weil wir nun über einige Anträge zu beraten haben, darauf aufmerksam, dass ich die Redezeit nach § 18 Ziffer 3 unserer Geschäftsordnung in Zukunft auf fünf Minuten begrenze.

Ich rufe nun die Anträge A 1 bis A 14 auf. Das sind die Anträge, die ohne konkreten Ziffernbezug gestellt wurden. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 1 bis 8 der Antragsbroschüre. Die Empfehlung der Antragskommission ist auf den Seiten 1 und 2 abgedruckt. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Anträge A 1 bis A 14 abstimmen. Diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission zu diesen Anträgen zustimmen können, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung aus dem Kreisverband Düsseldorf sind die Anträge angenommen.

Ich rufe nun die Ziffer 1 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 15 bis A 82 auf den Seiten 8 bis 29 der Antragsbroschüre und der Initiativantrag A 823 auf Seite 1 der Sammlung der Initiativanträge. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission folgen können, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es gibt keine Gegenstimmen und Enthaltungen.

Ich rufe nun die Ziffer 2 auf. Das sind die Anträge A 83 bis A 104 auf den Seiten 29 bis 37 der Antragsbroschüre. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission folgen, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge A 105 bis A 126 auf den Seiten 37 bis 43 der Antragsbroschüre. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission folgen, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es gibt keine Gegenstimmen und Enthaltungen.

Ich rufe die Ziffer 4 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Das sind die Anträge A 127 bis A 142 und A 144 bis A 147 auf den Seiten 43 bis 48 der Antragsbroschüre. Wird dazu noch einmal das

Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission zustimmen können, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es gibt keine Gegenstimmen und Enthaltungen.

Ich rufe die Ziffer 6 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 152 auf der Seite 52 und A 163 bis A 179 auf den Seiten 54 bis 60 der Antragsbroschüre. Wird hier das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission folgen können, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch das ist beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 7 auf. Das sind die Anträge A 180 bis A 183 und A 185 bis A 247 auf den Seiten 60 bis 87 der Antragsbroschüre. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Diejenigen, die dem Votum der Antragskommission folgen können, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es gibt keine Gegenstimmen und Enthaltungen.

Ich rufe die Ziffer 8 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 143 auf der Seite 47 und A 248 bis A 275 auf den Seiten 87 bis 97 der Antragsbroschüre. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die die Anträge unterstützen können, um das Kartenzeichen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 9 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 276 bis A 313 auf den Seiten 97 bis 109 der Antragsbroschüre und der Antrag A 822 auf der Seite 1 der Sammlung der Initiativanträge. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie dem Votum der Antragskommission folgen können. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es gibt keine Gegenstimmen und Enthaltungen.

Ich rufe die Ziffer 10 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 314 bis A 324 auf den Seiten 109 bis 112 der Antragsbroschüre. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission zustimmen können, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es gibt keine Gegenstimmen und Enthaltungen.

Ich rufe die Ziffer 11 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 325 bis A 350 und A 352 bis A 375 auf den Seiten 112 bis 132 der Antragsbroschüre. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Peter Liese vor.

**Dr. Peter Liese:** Vielen Dank, liebe Hildegard. – Bisher verliefen die Abstimmungen zügig, deswegen traue ich mich, an einer Stelle den Vorschlag zu machen, etwas anders abzustimmen, als die Antragskommission empfiehlt. Ich denke, es ist wichtig, dass wir auf dem Parteitag inhaltli-

che Signale setzen, damit die Delegierten nicht das Gefühl haben, sie könnten nur bei der Wahl einige Hinweise geben. Es kann nicht das Einzige sein, dass wir bei der Wahl andere Akzente setzen, als vorher vorgesehen wurde. Wir müssen inhaltlich diskutieren. Das ist viel wichtiger.

Ich spreche den Antrag A 355 an. Darin geht es um die Gen- und Biotechnologie. Die Antragskommission empfiehlt in der Antragsmappe die Annahme des Antrags. Die zwei wesentlichen Elemente des Antrags finden sich aber nicht in der überarbeiteten Version der Antragskommission. Ich möchte darum bitten, dass wir das konkret und nicht nur ein Wort aus dem Antrag übernehmen.

Es geht inhaltlich um zwei Fragen. Es geht erstens darum, dass die Biotechnologie ein eigenes Kapitel in dem Antrag bekommt. Wir können nicht über Zukunft reden, wenn wir die Biotechnologie nicht ganz besonders herausheben. Sie ist eine Zukunftstechnologie. Sie ist nicht nur in der Medizin und im Umweltschutz wichtig, sondern auch in der so genannten Grünen Gentechnik, die von den Grünen und der Bundesregierung blockiert wird, und zwar total.

Ich bin Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Wir haben dort Richtlinien verhandelt, zum Beispiel die Freisetzungsrichtlinie, die sehr streng sind. Dass die Regeln sehr streng sind, kann man schon daran ablesen, dass einige grüne Umweltminister, auch Herr Trittin, zugestimmt haben. Jetzt blockieren sie in Deutschland diese Technik total. Wir wollten strenge Regeln in Europa, aber keine Totalblockade.

Das ist so, als wenn ein Schild „Tempo 30“ aufgestellt wird und die Grünen blitzen und wenn einer Tempo 20 fährt, wird ihm der Führerschein weggenommen, weil sie glauben, Autos seien grundsätzlich etwas Schlechtes. Das ist aber in einem Rechtsstaat nicht möglich. Wenn man Regeln macht, muss derjenige, der sich an die Regeln hält, unterstützt und nicht weiter behindert werden.

(Beifall)

Noch wichtiger ist der zweite Teil des Antrags A 355. Darin geht es um die Stammzellforschung. Auch das ist eine Zukunftstechnologie. Entgegen vieler Unkenrufe sind wir in Deutschland nach wie vor führend in der Stammzellforschung. Es gibt ein Dokument in der Europäischen Kommission, in dem aufgelistet ist, was in der Europäischen Union an Stammzellforschung gefördert worden ist. An fast allen Projekten sind deutsche Forscher beteiligt. Ich halte es für wichtig, dass wir diesen Bereich unterstützen. Ich halte es aber auch für sehr wichtig, dass wir die ethischen Grenzen in diesem Bereich klar definieren.

Es muss klar sein, dass nicht alles, was technisch möglich ist, auch erlaubt ist. Die CDU/CSU hat zum Beispiel durch Maria Böhmer, Thomas Rachel und andere – Jürgen Rüttgers als Stellvertretender Parteivorsitzender hat ebenfalls einen großen Anteil –, das Gesetz aktiv mitgestaltet. Deswegen ist es wichtig, dass wir dieses deutsche Gesetz verteidigen. Das ist auch ein

Signal für Europa. Durch den Beschluss des Deutschen Bundestages haben wir auch in Europa eine ethisch begründete Debatte in diesem Bereich bekommen.

Deswegen ist meine Bitte, dass Sie den Antrag A 355 nicht nur als positiv zu bescheiden in die Antragsmappe aufnehmen, sondern dass er in der geänderten Version der Antragskommission auf der Seite 115 eingefügt wird, damit wir ein klares Signal für die Gen- und Biotechnologie, aber auch für die ethisch motivierten Grenzen, zu denen wir als CDU/CSU stehen, setzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich gebe Laurenz Meyer für die Antragskommission das Wort.

**Laurenz Meyer**, Antragskommission: Die Antragskommission stimmt zu.

(Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Wunderbar. Dann lasse ich über den Antrag in der gerade besprochenen, geänderten Form abstimmen. Ich bitte um Ihre Zustimmung, wenn Sie dem geänderten Votum der Antragskommission zustimmen können. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei vier Gegenstimmen, ohne Enthaltungen angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 12 des Antrags des Bundesvorstandes. Dazu gehören die Anträge A 376 bis A 400 auf den Seiten 132 bis 138 der Antragsbroschüre. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme ist es so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 13 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören der Antrag A 351 auf Seite 126 f. und die Anträge A 407 bis A 458 auf den Seiten 138 bis 151 der Antragsbroschüre. Hierzu liegt mir eine Wortmeldung von Hendrik Wüst vor.

**Hendrik Wüst**: Liebe Hildegard Müller! Trotz der Tatsache, dass ich aus Nordrhein-Westfalen komme, unterstütze ich den Antrag aus Baden-Württemberg zum Thema Managergehälter. Das ist der Antrag A 417. Zu diesem Thema liegen im Übrigen mehrere Anträge vor. Wir sind bei dem Thema der Offenlegung der Managergehälter eigentlich von der Realität überholt worden, weil die Allianz, die bekanntlich in vielen Aufsichtsräten vertreten ist, sich dem Corporate-Governance-Kodex angeschlossen hat und die Bayerische Staatsregierung vorgestern den Kabinettsbeschluss gefasst hat, ihre entsprechenden Gesetzesinitiativen zurückzuziehen, da sich die Sache im Prinzip jetzt erledigt hat. Insofern kann man diese Forderung jetzt getrost streichen, da sie überholt ist.

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Es gibt eine weitere Wortmeldung. Peter Jungen hat das Wort.

**Peter Jungen:** Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund dessen, was ich vorhin ausgeführt habe, kann man dem Antrag, wie er jetzt formuliert ist, weitgehend zustimmen. Allerdings möchte ich Sie auf den Antrag A 412 der Mittelstandsvereinigung verweisen. Dieser Antrag beinhaltet, dass bei Abweichungen von tarifvertraglichen Regelungen zwischen Mitarbeitern und Arbeitgebern unter Zustimmung der Arbeitsvertretung, das heißt des Betriebsrates, und vor allen Dingen der Belegschaft mit Zweidrittelmehrheit oder auch mit 70 Prozent die Zustimmung betriebsfremder Institutionen nicht erforderlich ist. Das heißt, die Zustimmung der Tarifpartner, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, wäre nicht erforderlich.

Wenn wir es damit ernst meinen, dass wir insbesondere junge Leute ermuntern wollen, sich selbstständig zu machen und schnell ein Unternehmen zu gründen, das dann hoffentlich auch schnell wächst, ist es einfach erforderlich, dass sie die Möglichkeit bekommen, mit ihren Mitarbeitern unter Zustimmung des Betriebsrates und der überwältigenden Mehrheit der Belegschaft Regelungen zu treffen, die im Tarifvertrag so nicht vorgesehen sind. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Das würde bedeuten, dass auf Seite 141 in der Empfehlung der Antragskommission der Satz „Hierbei erhalten die Tarifvertragsparteien ein Widerspruchsrecht.“ gestrichen wird. Sie sollten den Mitarbeitern und den Arbeitgebern, die die Risiken ihrer Entscheidungen zu tragen haben, mehr vertrauen als betriebsfremden Institutionen, die zum Teil durch ihre Tarifpolitik die Probleme erst geschaffen haben, mit denen sich viele Unternehmen heute herumschlagen müssen. Die Folgen tragen am wenigsten die Unternehmer. Die Folgen tragen zumeist die Mitarbeiter. Im Interesse der Mitarbeiter sollten wir diesen dann auch die Entscheidung überlassen, wenn sie freiwillig von tarifvertraglichen Regelungen abweichen wollen. – Danke schön.

(Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Wir diskutieren jetzt über zwei Anträge, nämlich über den Antrag A 412 des Bundesverbandes Mittelstandsvereinigung und Antrag A 417 des Landesverbandes Baden-Württemberg. Karl-Josef Laumann hat dazu das Wort.

**Karl-Josef Laumann:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte Sie ganz herzlich bitten, dass wir hier bei dem Text der Antragskommission bleiben. Es geht hier um zwei etwas unterschiedliche Sachverhalte. Wir sind uns in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Parteivorstand und auch in der Antragskommission einig gewesen, dass beim Günstigkeitsvergleich die Beschäftigungsaussichten mit einbezogen werden sollen. Wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der Belegschaft und der Betriebsrat zustimmen, sollen die hier in Rede

stehenden Regelungen für die Laufzeit des Tarifvertrages ohne Zustimmung der Tarifvertragsparteien getroffen werden können. Wenn es aber um langfristige Entscheidungen geht, kann so etwas auch für einen in einem Vertrag festgeschriebenen Zeitraum, der den Zeitraum eines Tarifvertrags übersteigt, nötig werden. In diesem Fall sind wir schon der Meinung, dass wir die Zustimmung der beiden Tarifvertragsparteien brauchen.

Es gibt auch einen rechtlichen Grund. Wir haben in der Bundestagsfraktion eine Anhörung zu diesem Thema durchgeführt. Wir bewegen uns in dieser Frage aufgrund der Tarifautonomie, die in Deutschland ja verfassungsrechtlich geschützt ist, auf sehr dünnem Eis. Viele Arbeitsrechtler haben uns gesagt: Wenn ihr bei Regelungen über die Laufzeit eines Tarifvertrages hinausgeht, dann – denkt dabei an das Verfassungsgebot der Tarifautonomie – braucht ihr die Zustimmung der Tarifvertragsparteien. Ich glaube, dass es in der Praxis so sein wird, dass Veränderungen des Tarifvertragsgesetzes innerhalb von Laufzeiten der Tarifverträge das Entscheidende sind.

Ich bitte Sie deswegen wirklich: Bleiben Sie bei dem Text der Antragskommission. Wir haben es hier – das gebe ich zu – mit einem mühsam ausgehandelten Kompromiss zu tun, um die Bundestagsfraktion in dieser Frage zusammenzuhalten. Wir haben unter uns auch viele Kollegen und Kollegen, die sich in dieser Frage aus grundsätzlichen Erwägungen sehr schwer tun. Die Mittelstandsvereinigung war an der Erarbeitung des Kompromisses in der Fraktion beteiligt. Wenn man Kompromisse eingegangen ist und ihnen zugestimmt hat, muss man sich am Ende auch daran halten. Man sollte über Parteitagstricks oder mit Parteitagstricks die mühsam erreichte Zustimmung nicht wieder kaputtmachen. Bleiben Sie hier deshalb in der Spur der Antragskommission.

(Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Herr Weiss!

**Gerald Weiss:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es kurz machen, weil Karl-Josef Laumann meiner Auffassung bereits Raum gegeben hat. Es geht hier um ein ganz wichtiges Gut. Das ist die Tarifautonomie. Herr Jungen, es geht nicht um die Frage, ob irgendwelche betriebsfremden Kräfte Unheilvolles tun oder Gutes verhindern und die betrieblichen Prozesse in irgendeiner Weise stören. Es sind die vertragschließenden Parteien, es sind die Tarifvertragspartner, die am Ende bei Abweichungen von dem Tarifvertrag, den sie geschlossen haben, noch ein Wort mitreden können müssen, wenn wir die Tarifautonomie, wie Karl-Josef Laumann mit Recht gesagt hat, weiter hochhalten wollen. Das gilt für die längerfristigen Abweichungen. Im Blick auf kürzerfristige Abweichungen – hier sind wir gar nicht frei von gewissen verfassungsrechtlichen Konflikten und Komplikationen – haben wir gesagt, dass wir, da wir flexible Lösungen brauchen, auf das Einspruchsrecht verzichten. Bei längerfristigen Abweichungen geht es aber nicht ohne dieses Einspruchsrecht. Die vier Bremsen, die wir in den mühsam erarbeiteten Kompromiss eingebaut haben, müssen erhalten bleiben: dass die Belegschaft mit Zweidrittelmehrheit zustimmen

muss, dass der Betriebsrat mit Zweidrittelmehrheit zustimmen muss, dass es um Beschäftigungssicherung gehen muss und dass sozusagen im Rahmen einer knappen Frist die Tarifvertragsparteien ein Einspruchsrecht haben müssen. Ich bitte Sie, diesen Kompromiss weiter mitzutragen.

(Teilweise Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Wunderbar. Mit Blick auf Antrag A 417 des Landesverbandes Baden-Württemberg, der hier auch aufgerufen worden ist, weise ich darauf hin, dass die Formulierung so, wie gewünscht, im Vorschlag der Antragskommission übernommen worden ist. Darauf haben mich die Antragsteller aus Baden-Württemberg gerade hingewiesen. – Laurenz Meyer!

**Laurenz Meyer**, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Zu der Abweichung von Tarifverträgen ist die Situation folgende – ich will zu dem, was Karl-Josef Laumann gesagt hat, nur eines hinzufügen –: Es ist das Interesse derer, die sich um diese Festlegung bemüht haben, dass wir den Arbeitnehmern an dieser Stelle ein zusätzliches Kontrollrecht im Betrieb geben. Wir wollen ihnen dadurch, dass wir die Abweichung an die Laufzeit der Tarifverträge binden, zubilligen, dass sie kontrollieren können, ob sich die Arbeitgeberseite an das hält, was in der Abweichung vereinbart worden ist. Ich finde, die Arbeitnehmer haben ein Recht darauf, zu sehen, ob die Beschäftigungsaussichten, die der Arbeitgeber im Gegenzug für die Abweichung versprochen hat, auch eingehalten worden sind. Das war der Hintergrund dieses Kompromisses.

Die beiden Diskussionsteilnehmer Karl-Josef Laumann und Herr Jungen haben sich darauf verständigt, eine kleine Änderung einvernehmlich vorzunehmen. Auf Seite 141 oben kann das Wort „einzelvertraglich“ gestrichen werden; die Kontrollmöglichkeit bleibt erhalten. Das ist gemeinsame Meinung. Dieser Auffassung schließt sich die Antragskommission an.

Antrag A 417 des Landesverbandes Baden-Württemberg, zu dem auch Herr Wüst gesprochen hat, ist durch Aufnahme in die Antragsunterlage erledigt. Das ist voll übernommen worden, so wie es der Antragsteller wollte. Insofern ist dies erledigt. Darüber braucht nicht abgestimmt zu werden.

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Wunderbar. Vielen Dank.

Dann lasse ich jetzt über das geänderte Votum der Antragskommission in der vorliegenden Fassung abstimmen. Ich bitte um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie das unterstützen können. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und keinen Enthaltungen ist dies so angenommen.

Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass wir Ziffer 5 des Antrags des Bundesvorstandes nicht behandelt haben. Dazu gehören die Anträge A 148 bis A 151 und A 153 bis A 162 auf den

Seiten 48 bis 54 der Antragsbroschüre. Dazu liegen bisher keine Wortmeldungen vor. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Ich bitte um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie dem Votum der Antragskommission zustimmen können. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme ist dies so angenommen.

Ich rufe Ziffer 14 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 184 auf der Seite 69 und A 459 bis A 488 auf den Seiten 152 bis 163 der Antragsbroschüre. Wird das Wort gewünscht? – Bitte, Peter Jungen.

**Peter Jungen:** Meine Damen und Herren, ich darf mich erst einmal dafür bedanken, dass sie der wenn auch klein erscheinenden Änderung, die Karl-Josef Laumann und ich verabredet haben, zugestimmt haben. Es ist wichtig, dass hier klargestellt wird, dass es nicht um einzelne Mitarbeiter geht, sondern um Abweichungen vom Tarifvertrag während der Laufzeit. Darauf haben wir uns jetzt verständigt.

In dem Antrag, den uns der Bundesvorstand vorgelegt hatte, war eine Formulierung enthalten, nach der bei Neueinstellungen in den ersten drei Jahren das Kündigungsschutzgesetz ausgesetzt werden sollte und erst danach greift. Dies sollte an die Stelle der Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge treten. In der jetzigen Empfehlung der Antragskommission heißt es auf Seite 154 im zweiten Absatz – die Frist wird von drei Jahren auf 24 Monate verkürzt, aber darum geht es nicht, meine Damen und Herren, darüber kann man ja diskutieren; es geht um eine erhebliche inhaltliche Veränderung –:

„Bei einer Neueinstellung können Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Frist bis maximal 24 Monate vereinbaren, nach der der gesetzliche Kündigungsschutz beginnt.“

Dann heißt es: „Von dieser Option sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber anstelle der bereits bestehenden gesetzlichen Möglichkeit, innerhalb von 24 Monaten maximal viermal zu befristen, Gebrauch machen können.“

Ich will einmal darauf hinweisen, dass die CSU gerade auf ihrem Parteitag beschlossen hat, die bisherige Möglichkeit der Befristung von zwei Jahren auf vier Monate zu ändern; das hat sie schon beschlossen.

Wenn diese Formulierung hier bedeuten soll – das ist mir von der Sprache her nicht ganz klar; denn hier steht: „anstelle der bereits bestehenden gesetzlichen Möglichkeit“-, dass damit die Abschaffung einer befristeten Einstellung verbunden ist, dann ist dies ein neues, bisher nicht bekanntes Einstellungshindernis. Das wäre eine erhebliche Verschlechterung der derzeitigen Möglichkeit, Mitarbeiter zunächst befristet einzustellen. Wir müssen entweder sagen, wie es die Antragskommission vorschlägt, dass eine Frist bis maximal 24 Monaten vereinbart werden kann, nach der der gesetzliche Kündigungsschutz beginnt, oder man muss befristet einstellen können. Wenn die Möglichkeit der Befristung damit abgeschafft werden sollte, muss klar gesagt

werden: Die bestehende gesetzliche Regelung ist wesentlich beschäftigungsfreundlicher. Wir sollten auf diesem Parteitag alles tun, aber wir dürfen keine neuen Einstellungshindernisse aufbauen. Wenn wir uns dahin gehend verständigen, dass die Möglichkeit der Befristung bestehen bleibt, dann würden wir der Verkürzung der Frist von drei Jahren auf zwei Jahre zustimmen. Wenn diese Möglichkeit entfallen sollte, kann man diesem Vorschlag der Antragskommission nicht folgen.

Meine Damen und Herren, wer jungen Menschen eine Chance geben will, der muss ihnen auch die Chance geben, zunächst einmal einen befristeten Vertrag zu bekommen. Norbert Blüm hat es bei deren Einführung gesagt: Befristet beschäftigt zu sein ist jedenfalls besser, als unbefristet arbeitslos zu sein. Wir sollten es den jungen Menschen von diesem Parteitag aus nicht erschweren.

(Vereinzelt Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Herr Röttgen.

**Dr. Norbert Röttgen:** Meine Damen und Herren, ich möchte mich für die Fassung der Antragskommission aussprechen; das tue ich auch als Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, der einen eigenen Antrag in diese Richtung an den Bundesparteitag gestellt hat.

Ich möchte mich relativ kurz fassen, weil ich das, was Peter Jungen angesprochen hat, klarstellen kann. Peter Jungen, es ist immer sinnvoll, wenn man das miteinander verhandelt.

Die Möglichkeit, den Kündigungsschutz bis zu 24 Monaten auszusetzen, ist nicht als Ersatz für die Befristungsmöglichkeit gedacht. Wir wollen sogar – das ergibt sich aus dem dritten Spiegelstrich – die Möglichkeit der befristeten Einstellung erweitern. – Da braucht man nicht mit dem Kopf zu schütteln; das steht dort wörtlich. – Bislang ist es so, dass die so genannten Befristungsmöglichkeiten nur dann gegeben sind, wenn man erstmalig in einem Unternehmen eingestellt wird. Das ist unsinnig. Wenn man einmal als Werkstudent in diesem Unternehmen gearbeitet hat, ist es nach geltender Rechtslage nicht möglich, einen befristeten Vertrag zu bekommen. Darum schlagen wir vor, dies auf eine Missbrauchsklausel zu reduzieren. All diejenigen, die in den letzten zwölf Monaten nicht in diesem Unternehmen beschäftigt werden, haben danach die Möglichkeit, wieder befristet eingestellt zu werden. Wir wollen die Aussetzung des Kündigungsschutzes für maximal 24 Monate also nicht ersatzweise; das ist eine Alternative. Dort steht auch „anstelle“. Es besteht entweder die Möglichkeit, bis zu 24 Monaten ein Arbeitsverhältnis mehrfach, nämlich maximal viermal, zu befristen. Das bedeutet im Ergebnis auch nicht 24 Monate Kündigungsschutz. Oder – das ist die Alternative – man geht ein unbefristetes Arbeitsverhältnis ein, dies dann aber für bis zu 24 Monaten ohne Kündigungsschutz.

So ist es gedacht. So wurde es aufgeschrieben und so ist es auch vernünftig.

Eine letzte Bemerkung. Ich glaube, dass es beim Thema Kündigungsschutz ganz wichtig ist, zu sagen: Dies ist nicht irgendein Randthema. Es hat vielmehr eine Grundsatzbedeutung. Das wird auch in dem Antragskommissionsvotum ausgeführt. Der Kündigungsschutz ist ein wichtiges Element der Sozialen Marktwirtschaft.

Ich glaube auf der einen Seite, dass wir nicht immer nur technisch darüber diskutieren dürfen, sondern auch unsere grundsätzliche Verankerung von Politik verdeutlichen müssen. Das geschieht hier. Auf der anderen Seite sagen wir, es sei eine Pervertierung des Kündigungsschutzes, wenn er sich gegen die Interessen von Arbeitssuchenden wendet. Es ist richtig und wichtig, über dieses Thema nicht ideologisch zu diskutieren, sondern im Sinne einer konkreten Alternative. Hierzu wurden ganz viele pragmatische Schritte aufgelistet, die dazu führen, dass das Kündigungsschutzrecht in seiner wichtigen Schutzfunktion erhalten bleibt, die aber auch verhindern, dass es sich gegen die Interessen von Arbeitssuchenden wendet. Darum ist dies ein sehr vernünftiger Kompromiss, dem wir alle zustimmen sollten. – Danke sehr.

(Vereinzelt Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich lasse jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Das ist so eindeutig beschlossen.

Ich rufe nun die Ziffer 15 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 489 bis A 506 auf den Seiten 163 bis 168 der Antragsbroschüre. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist dann so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 16 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 507 bis A 526 auf den Seiten 168 bis 175 der Antragsbroschüre. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich auch darüber abstimmen. Ich bitte um das Kartenzeichen, wenn Sie dem Votum folgen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist mit eindeutiger Mehrheit bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 17 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 527 bis A 538 auf den Seiten 175 bis 181 der Antragsbroschüre. Ich habe eine Wortmeldung von Johannes Pöttering zum Antrag A 528 vorliegen.

**Johannes Pöttering**: Liebe Hildegard Müller! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz ein paar Bemerkungen zur Ziffer 17 machen und für den Antrag A 528 des Bundesverbandes der Jungen Union werben. Die Ziffer 17 im Leitantrag und auch in der Version, wie sie jetzt von der Antragskommission vorgeschlagen wird, ist aus unserer Sicht zu pauschal. Hier entsteht ein

zweiter Staatsarbeitsmarkt. Es geht in der Ziffer 17 anscheinend nicht darum, die betroffenen Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Wenn man sich die Ziffer 17 durchliest, hat man vielmehr die Befürchtung, dass hier dauerhaft gefördert werden soll, da keine zeitliche Begrenzung vorgesehen ist. Das kostet unheimlich viel Geld, hilft den betroffenen Menschen letztendlich aber nicht weiter, weil sie nicht in den ersten Arbeitsmarkt kommen.

Aus unserer Sicht sollten wir in dieser Frage über den beim Arbeitslosengeld II vorgesehenen Transferentzug, wie es auch im Leit Antrag steht, vorgehen. Dabei sollten dem Betroffenen aber nicht 30 Prozent des Hinzuverdienstes bleiben, sondern 50 Prozent. Dann sind die Anreize viel größer, Arbeit aufzunehmen. Das wäre dann aber zeitlich befristet. Deswegen bitte ich um die Annahme des Antrages A 528 der Jungen Union. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Laurenz Meyer.

**Laurenz Meyer**, Antragskommission: Hier geht es um eine Festlegung, die im Zusammenhang mit der Hartz-IV-Verabschiedung getroffen worden ist. Wir sollten jetzt erst einmal abwarten, wie sich das auswirkt. Dazu hat sich Karl-Josef Laumann zusammen mit den Kollegen, die das vertreten haben, schon viele Gedanken gemacht. Wir sollten die Wirkungen erst abwarten. Ich habe den Eindruck, dass wir uns im nächsten Jahr, also rechtzeitig, bevor wir an die Regierung kommen, erste Ergebnisse ansehen können. Dann kann man sicher über den Vorschlag nachdenken, der hier gemacht worden ist.

Wir werden aber, wenn wir uns die Arbeitslosenstrukturen ansehen, um eine Art Niedriglohnsektor nicht umhinkommen. Es handelt sich nämlich zu ganz großen Teilen um Leute ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung. Mit den hohen Löhnen, die es bei uns für einfache Arbeiten gibt, werden wir nicht mit Nachbarländern konkurrieren können.

Deswegen plädiere ich noch einmal dafür, den Antrag so zu beschließen, wie er in der Antragskommissionsbroschüre steht.

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Elf Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ich sehe eine Enthaltung. Dann ist das mit großer Mehrheit so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 18 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 539 bis A 570 auf den Seiten 181 bis 190 der Antragsbroschüre. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das nach meiner Sicht einstimmig so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 19 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 571 bis A 582 auf den Seiten 190 bis 194 der Antragsbroschüre. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich auch hier über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine. Dann ist das einstimmig so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 20 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 583 bis A 592 auf den Seiten 194 bis 199 der Antragsbroschüre. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 21 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 593 bis A 599 auf den Seiten 199 bis 202 der Antragsbroschüre. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich auch hier über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine. Dann ist das einstimmig so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 22 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 600 bis A 612 auf den Seiten 202 bis 207 der Antragsbroschüre. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich auch hier über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Es ist keine sichtbar. Dann ist so abgestimmt und beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 23 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 613 bis A 626 auf den Seiten 207 bis 211 der Antragsbroschüre. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich auch hier um Ihr Votum. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Eine. Enthaltungen? – Keine. Dann ist das angenommen.

Ich rufe die Ziffer 24 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 627 bis A 656 auf den Seiten 211 bis 220 der Antragsbroschüre. Ich habe zum Antrag A 628 eine Wortmeldung von Philipp Mißfelder.

**Philipp Mißfelder:** Die Junge Union fordert mit ihrem Antrag zur Abschaffung der Bundesagentur für Arbeit mehr Mut von der CDU. Wir sind uns in der Antragskommission und auch in der Beratung des Leitantes einig gewesen, dass die Arbeit und die Vermittlungstätigkeit, die die Bundesagentur für Arbeit leisten, viel zu gering sind und wir grundsätzlichere Reformen anmahnen sollten. Die Ergebnisse dessen, was die Bundesagentur für Arbeit und vorher die Bundesanstalt für Arbeit geleistet hat, sind überhaupt nicht bewertbar.

Insofern schlagen wir die Abschaffung dieser Einrichtung vor. Wir sind dafür, dass die Vermittlungsarbeit dort geleistet werden sollte, wo sie hingehört. Sie sollte auf die Kommunen bzw. auf die Landesarbeitsämter verlagert werden, die damit viel besser umgehen können als die Megaanstalt in Nürnberg, die nur Bürokratie verursacht.

Insofern sollten wir angesichts dessen, dass wir schon an einer anderen Stelle eine zusätzliche Behörde einführen, hier eine Behörde abschaffen und damit ein Signal zur Entbürokratisierung setzen.

(Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Karl-Josef Laumann hat das Wort.

**Karl-Josef Laumann**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bitte Sie, den Antrag der Jungen Union abzulehnen, weil er, wenn er auch populistisch ist, nicht richtig ist.

(Vereinzelt Beifall)

Die CDU hat folgende Vorstellung: Wir möchten die Bundesagentur für Arbeit ausschließlich auf die Klientel der Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung konzentrieren. Heute ist die Bundesagentur für Arbeit wegen einer falschen Entscheidung von Rot-Grün auch – außer in den 69 Optionskommunen – für alle Sozialhilfeempfänger und deren Familien und für Berufsberatung zuständig. Von der Bundesagentur für Arbeit werden zurzeit über 200 000 junge Leute betreut. Es ist eine Betreuung rund um den Lehrling, von der gesamten betrieblichen Ausbildung bis zu lehrlingsbegleitenden Maßnahmen. Ich glaube, wir bekommen die Bundesagentur nur in den Griff, wenn sie wieder im Sinne einer richtigen Arbeitslosenversicherung nur für die Menschen zuständig ist, die Beiträge bezahlt haben. Dann wird sie auch wieder überschaubarer.

Der nächste Punkt ist: Wir müssen viel mehr Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit abgeben. Ich finde, dass unser Land eine staatliche Arbeitsvermittlung garantieren muss. Aber diese staatliche Arbeitsvermittlung muss ja nicht nur durch Mitarbeiter der Bundesagentur erfolgen. So wie die Bundesagentur Bildungsmaßnahmen vergibt, können auch Private beauftragt werden, zum Beispiel Arbeitsvermittlung und Profiling vorzunehmen. Ich glaube, dass wir bei diesem Weg, den wir in Leipzig beschlossen haben, bleiben sollten.

Man muss nicht glauben, dass das über Landesarbeitsämter besser wird. Ich kenne viele Landesarbeitsämter und weiß, dass es dort nicht besser läuft als bei der Zentrale in Nürnberg. Eine Verbesserung wird nur über schlankere Strukturen und mehr Kompetenz in den örtlichen Arbeitsämtern herbeigeführt. Ich bitte Sie, dass wir da im Sinne der Antragskommission entscheiden. Vielleicht sollte die Junge Union auch bedenken, dass man nicht einfach Institutionen

abschaffen kann, ohne zu sagen, was an deren Stelle treten soll. Ich glaube, dass wir einen vernünftigen Mittelweg vorgeschlagen haben, der auch in der Sache begründbar ist.

(Vereinzelt Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Ich habe noch eine Wortmeldung von Peter Jungen.

**Peter Jungen**: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, dem Antrag der Jungen Union zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will das auch kurz begründen, und zwar unter zwei oder drei Gesichtspunkten, die in der Diskussion bisher keine Rolle gespielt haben.

Ich habe vorhin in der allgemeinen Aussprache darauf hingewiesen, dass wir 1970 in Deutschland knapp 150 000 Arbeitslose hatten. Heute hat die Bundesagentur für Arbeit knapp 100 000 Beschäftigte. Diese 100 000 Beschäftigten befassen sich mit einem Wirrwarr – da hat Karl-Josef Laumann Recht – von Aufgaben, die zum Teil widersprüchlich und in der Aufgabenstellung unklar sind, und – das ist das Entscheidende – sie befassen sich nur zum Teil, nämlich im Umfang von etwa 10 000 oder 12 000 Mitarbeitern, mit der Arbeitslosenversicherung. Außerdem gibt es, wie wir immer wieder hören, etwa 18 000 Vermittler. Ich frage mich: Was machen eigentlich all die anderen? Da bleiben ja noch fast 70 000 übrig, die irgendetwas machen.

Meine Damen und Herren, ein solcher Moloch ist im Grunde nicht reformierbar. Den kann man nur auseinander nehmen und die Aufgaben neu verteilen; da hat Herr Laumann völlig Recht. Die Arbeitslosenversicherung muss dort angesiedelt bleiben, die Vermittlung muss an einer anderen Stelle angesiedelt werden und viele Aufgaben gehören woanders hin.

Es gibt einen zweiten Gesichtspunkt, den ich für mindestens ebenso wichtig halte. Die Bundesagentur für Arbeit hat ein Kontrollorgan. Wer dominiert dieses Kontrollorgan? Das Kontrollorgan wird von den Tarifvertragsparteien dominiert. Das sind diejenigen, die im Grunde in den letzten Jahren und Jahrzehnten bewiesen haben, dass sie viele Interessen verfolgen, aber nicht unbedingt die Interessen von Arbeit suchenden Menschen, also von Arbeitslosen.

(Vereinzelt Beifall)

Ein großer Teil der Menschen in diesem Land, die heute arbeitslos sind, auch weil sie schlecht ausgebildet sind – 40 Prozent der Arbeitslosen haben keine formale Berufsausbildung und kaum eine abgeschlossene Schulbildung –, sind im Grunde aus dem Arbeitsmarkt herausverhandelt worden, und zwar durch Tarifverträge, die sozusagen gering qualifizierte Beschäftigung in Deutschland – früher nannte man das Leichtlohngruppen – unbezahlbar gemacht haben. Und diejenigen, die zu der Problematik, die wir heute haben, einen großen Teil beigetragen haben,

sitzen in dem Kontrollorgan der Bundesagentur und erhalten dort durch ihre eigenen Beschlüsse mehrere Hundert Millionen Euro pro Jahr zur Finanzierung ihrer Bildungseinrichtungen, um diejenigen, die als Folge solcher Tarifverträge arbeitslos und Arbeit suchend sind, weiterzubilden, damit sie in Zukunft vielleicht noch einmal eine Chance haben. Meine Damen und Herren, den Bock zum Gärtner zu machen, das kann ja wohl keine Strategie sein, die wir unterstützen.

(Vereinzelt Beifall)

Bei aller Notwendigkeit der Institution und ihrer Aufgaben benötigen wir nicht eine solche Struktur. Wer in diesem Lande wirklich etwas bewegen will, der muss diesem Moloch ein Ende machen – nicht den Aufgaben, aber dieser Struktur, die in sich reformunfähig ist. Das hat sie bewiesen. Herr Gerster hat die Bundesanstalt doch nicht verlassen, -

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Peter Jungen, darf ich an die Redezeitbegrenzung erinnern.

**Peter Jungen:** – weil er nichts gemacht hätte. Er hat sie verlassen, weil er Reformen einführen wollte, aber genau an diesen Strukturen gescheitert ist. Deshalb muss diese Struktur abgeschafft werden.

(Vereinzelt Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Philipp Mißfelder.

**Philipp Mißfelder:** Das kann ich an der Stelle nur unterstützen. Denn im Bereich der Bundesagentur für Arbeit ist eine regelrechte Sozialindustrie entstanden, wovon die beiden Tarifvertragspartner massiv profitieren, die Arbeitgeberverbände genauso wie die Gewerkschaften. Dort ist, gerade bei den Bildungseinrichtungen, eine Selbstbedienungsmentalität entstanden, die man nur beseitigen kann, wenn man die Institution infrage stellt. Ich stimme Karl-Josef Laumann absolut zu: Die Aufgaben sind notwendig, aber sie können auch an anderer Stelle erledigt werden.

(Vereinzelt Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Karl-Josef Laumann.

**Karl-Josef Laumann:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich glaube nicht, dass man auf einem Bundesparteitag in einer Plenardebatte mit einem Antrag einfach so die Veränderung einer der schwersten Arbeitsmarktreformen beschließen kann.

(Beifall)

Jetzt sage ich auch einmal etwas zum Stil. Lieber Kollege Mißfelder, wir hatten Antragsberatungen in der Antragskommission. Du hast dort die Junge Union vertreten und zu diesem

Artikel und diesem Bereich keinen Pieps gesagt, willst aber jetzt in einer Plenardebatte eine Entscheidung, bei der es um Millionen von Versicherten geht, einfach so aus dem Hut zaubern. So stelle ich mir solide Politik nicht vor.

(Beifall)

Wir haben uns, auch in den Fachgruppen der Fraktion, sehr wohl überlegt, wie wir eine Reform der Arbeitsverwaltung hinkriegen. Man kann das nicht nur kommunalisieren. Man braucht für bestimmte Gruppen eine bundesweite Vermittlung, die nicht regional erfolgen kann. Deswegen glaube ich wirklich, dass wir in der Spur der Antragskommission bleiben sollten und nicht hoppla hopp eine Systemreform beschließen sollten, die vielleicht nicht ganz zu Ende gedacht ist. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Philipp Mißfelder.

**Philipp Mißfelder:** Karl-Josef, ich habe in der Antragskommission an mehreren Stellen darauf hingewiesen, dass die Reform der Bundesagentur für Arbeit auch in grundsätzlicher Richtung notwendig ist, außerdem sowohl in der Öffentlichkeit als auch – das solltest du bei aller Freundschaft nicht außer Acht lassen – auf dem Deutschlandtag der Jungen Union, wo wir mit 500 Delegierten und Gästen das Thema breit diskutiert haben, sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang bei den Sitzungen des Bundesvorstandes. Auch dort habe ich das Thema angesprochen. Es ist nicht so, als ob dieses Thema jetzt ganz überraschend für dich käme, Karl-Josef, sondern die Diskussion läuft schon etwas länger. Die Mittelstandsvereinigung hat sich bereits vor längerer Zeit öffentlich dazu geäußert. Es ist also beim besten Willen keine Überraschung auf diesem Parteitag. Wir haben den Vorschlag gemacht und darüber kann gerne abgestimmt werden. Du hast deine Truppen mobilisiert, wir unsere. Deswegen ist eine Abstimmung an dieser Stelle sicherlich hilfreich. Aber von der Stilfrage möchte ich hier absehen.

(Vereinzelt Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Der Kollege Generalsekretär.

**Laurenz Meyer**, Generalsekretär der CDU: Ich will nur nicht, dass der Karl-Josef hier im Regen stehen bleibt. Philipp, es ist wirklich so gewesen: Du hast das in der Antragskommission nicht vorgetragen, sonst hätten wir es ja im Einzelnen diskutieren können. Da muss ich dem Karl-Josef Recht geben. Deshalb sollten wir auch bei dem bleiben, was die Antragskommission vorgeschlagen hat. Ich möchte aber, damit in dieser Diskussion keine Härten aufkommen, vorschlagen, dass wir das Votum der Antragskommission insofern verändern, als wir den Antrag der Jungen Union zusätzlich an den Bundesvorstand überweisen, damit wir uns noch einmal in aller Ruhe mit der Frage beschäftigen können und hier nicht hoppla hopp beschließen.

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Das ist doch ein guter Kompromissvorschlag. Dann wird der Antrag der Jungen Union auf einer der nächsten Bundesvorstandssitzungen sicherlich behandelt werden. Ich lasse über das Votum der Antragskommission mit dieser Änderung abstimmen und bitte diejenigen, die dafür sind, um ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Gegenstimmen, aber dennoch eindeutig, ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 25 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 657 bis A 669 auf den Seiten 221 bis 226 der Antragsbroschüre. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 26 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 670 bis A 693 auf den Seiten 226 bis 235 und A 999 im Anhang 2 auf der Seite 341 der Antragsbroschüre. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich auch hier über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zwei Enthaltungen so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 27 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 694 bis A 705 auf den Seiten 235 bis 240 der Antragsbroschüre. Ich habe hier eine Wortmeldung zu Antrag A 696 von Herrn Mappus.

**Stefan Mappus**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Bundesvorstand hat in dem Punkt meines Erachtens versucht, die Quadratur des Kreises zu schaffen. Er hat in dem Antrag zum einen gesagt, wir brauchen die Trennung von Netz und Betrieb bei der Schiene, und sagt zugleich, dass man nach einer Regierungsübernahme eine Regierungskommission einsetzen solle. Ich halte das Letztere für richtig und notwendig, denn wir brauchen ein einheitliches Konzept. Aber man kann dann nicht vorher einen wesentlichen Bestandteil einfach aus dem Themenkatalog herausnehmen, zumal sich die Rahmenbedingungen in den letzten zehn Jahren massiv verändert haben. Es gab vor zehn Jahren noch keine Billigflieger, noch keine Logistikketten, wie es sie heute gibt, und auch anderes noch nicht. Deshalb brauchen wir ein neues Konzept, aber bitte aus einem Guss.

Liebe Freunde, noch ein zweiter pragmatischer Punkt, den man vielleicht auch einmal erwähnen darf: Wir haben uns viel darüber unterhalten, wie man in den nächsten zwei bis drei Jahren Wahlen gewinnt. Von diesem Beschluss sind 250 000 Bahnmitarbeiter und ihre Familien, Freunde und Bekannten direkt bzw. indirekt betroffen. Wenn wir so etwas heute einfach mal so beschließen, dann kann ich den Freunden in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Monaten beim Landtagswahlkampf und uns allen bei den folgenden Wahlkämpfen nur viel Vergnügen wünschen, denn es geht hier inhaltlich in die falsche Richtung und es steht die Zustimmung von Hunderttausenden von Wählern auf dem Spiel. Deshalb bitte ich ganz einfach darum – das passt

sehr gut zu dem, was wir eben diskutiert haben –, dieses Thema nicht mit einem Beschluss in einem Wisch von der Platte zu putzen, sondern in aller Ruhe und in aller Sachlichkeit darüber zu diskutieren. Ich bitte also darum, das nicht, wie vorgeschlagen, zu beschließen, sondern den Antrag der Antragskommission abzulehnen.

(Teilweise Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich bitte jetzt Herrn Fischer ans Mikrofon.

**Dirk Fischer:** Frau Vorsitzende! Meine lieben Delegierten! Die ordnungspolitische Orientierung bei diesem Thema hat die Regierung Kohl beschlossen: Umwandeln der Behördenbahn in eine Unternehmensbahn und nach der Sanierung Beseitigung bzw. Aufspaltung der Holding in Netz und Betrieb. Das heißt, dass das Netz überwiegend in staatlicher Verantwortung behalten werden soll, aber die Verkehrsgesellschaften möglichst zu 100 Prozent privatisiert werden sollen, je nachdem, inwieweit sie von ihrer materiellen Wirtschaftskraft her privatisierungsfähig sind. Diese Orientierung hat die Bundestagsfraktion seit 1998 in vielen Anträgen und Debatten beibehalten. Es gibt für mich überhaupt keinen Grund, heute hier eine politische Rolle rückwärts zu vollziehen. Ich habe diese Politik gemeinsam mit den Kollegen im Ausschuss getragen. Der Obmann Georg Brunnhuber aus Baden-Württemberg hat diese Politik mit uns gemeinsam über die Jahre gestaltet.

Der Sinn der Einrichtung einer Kommission in der dritten Stufe, Herr Mappus, ist, einzelne Fragen zur Konfiguration der Verkehrsgesellschaften zu klären und die Schritte, die wir zu vollziehen haben, sorgfältig darauf zu überprüfen, ob dadurch Risiken im Betriebsablauf entstehen, nicht aber Grundsatzfragen, über die schon entschieden wurde, wieder aufzurollen und neu über sie zu entscheiden. Die Zielvorstellung ist also die Trennung der staatlich finanzierten und auch nach dem Grundgesetz vom Staat zu verantwortenden Schieneninfrastruktur von den Verkehrsbetriebsgesellschaften, da es nicht auf Dauer Aufgabe des Bundes sein soll, in einer erwünschten Wettbewerbslandschaft Schienenverkehr, in der der Kunde endlich Auswahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Angeboten bekommen soll, Verkehrsdienstleistungen zu produzieren und zu vermarkten. Wenn Sie aber das Netz in der Holding beließen, dann könnten Sie niemals mehr als 49,9 Prozent der Verkehrsgesellschaften materiell privatisieren. Es bestünde dann eine Privatisierungssperre. Es wird also unsere Aufgabe sein, sich nur bestimmte Fragen im Einzelnen anzuschauen.

Die Behauptung, die immer wieder aufgestellt wird, Schienenverkehr gehe nur als Verbundunternehmen, beinhaltet bei Licht besehen eine Absage an jegliche ernst zu nehmende Wettbewerbsstruktur im Schienenverkehr, da folglich außer den monopolistischen Staatsunternehmen niemand erfolgreichen Schienenverkehr betreiben könnte. Wir als Union sollten dem Wettbewerbsgedanken keine solche Absage erteilen. Vielmehr sollte die Kommission, deren Einsetzung wir vorschlagen, über die Trennung, in welchen vernünftigen Einzelschritten auch

immer, beraten und entscheiden. Der Staat darf dabei seine Verfügungsmacht über die staatliche Schieneninfrastruktur nicht aus der Hand geben. Würde das Netz mit an die Börse gebracht, hätte der Staat seine Bestimmungsmacht verloren. Das Netz eignet sich nicht als Renditeobjekt für den Kapitalmarkt. Das ist in Großbritannien schon daneben gegangen. Die erheblichen Investitionszuschüsse aus dem Bundeshaushalt dürfen nicht dazu dienen, eine aus dem Netz zu erzielende Rendite letzten Endes zu stützen bzw. zu ermöglichen.

Ich meine, wir müssten dabei auch daran denken, dass die Länder, wenn dieser Schritt einmal vollzogen sein sollte, dereinst keine Möglichkeiten zur Gegenwehr mehr hätten, wenn ein solches Unternehmen, nachdem es in wirtschaftliche Bedrängnis gekommen ist, nur das betriebswirtschaftlich erfolgreiche Hauptnetz weiter betreiben, sich aber nicht mehr bei den Regionalnetzen engagieren möchte. Den Ländern würde vielleicht am Ende noch das großzügige Angebot gemacht, diese Strecken für 1 Cent zu übernehmen und in Zukunft aus dem Landeshaushalt zu pflegen. Die Alternative wäre, sich den Ärger der vor Ort Betroffenen zuziehen, wenn umfangreich Strecken stillgelegt werden. Die Länder müssen wissen, welches Faustpfand sie jetzt noch in der Hand haben, aber nach einem Börsengang unter Einschluss des Netzes nicht mehr in der Hand haben werden. Darauf muss man hinweisen.

Mein Ratschlag ist, dass wir die Empfehlung der Antragskommission heute beschließen, weil ein solcher Beschluss im Kontext unserer ordnungspolitischen Grundaufstellung stehen würde, die seit Zeiten der Regierung von Helmut Kohl unser Handeln immer bestimmt hat.

(Teilweise Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Ich gebe noch einmal Stefan Mappus das Wort.

**Stefan Mappus**: Herr Kollege Fischer, zunächst einmal möchte ich klar und deutlich sagen, dass der Änderungsantrag des Landesvorstandes Baden-Württemberg nahezu einstimmig im Landesvorstand beschlossen wurde.

Zum zweiten Punkt: Kein anderes Land hat so viele nichtbundeseigene Eisenbahnunternehmen wie Baden-Württemberg. Wettbewerb ist also auch ohne die Trennung von Netz und Betrieb möglich; das ist also nicht zwingende Voraussetzung für Wettbewerb. Man kann nicht so tun, als ob die einzige Möglichkeit in der Trennung von Netz und Betrieb besteht. Wir haben ja auch andere Märkte – ich denke zum Beispiel an den Energiemarkt –, wo wir diesem Grundsatz auch nicht huldigen. Ich sage ja auch gar nicht, dass man das auf gar keinen Fall machen darf. Liebe Freunde, es macht aber doch keinen Sinn, eine Regierungskommission einzusetzen, die das Wichtigste klären soll, wenn das Allerwichtigste, nämlich die Trennung von Netz und Betrieb im Schienenverkehr, zwei Jahre vorher schon geklärt wurde. Ich glaube, es gibt viele Argumente, die dagegen sprechen. Mehr will ich gar nicht sagen.

Dann noch eines, was Sie jetzt, Herr Kollege Fischer, überhaupt nicht beleuchtet haben: 250 000 Bedienstete, ihre Familien und ihr Umfeld sind betroffen. Ich halte es, mit Verlaub gesagt, für politisch nicht so wahnsinnig wegweisend, wenn man unmittelbar vor wichtigen Wahlen so ins Kontor reinhaut, TRANSNET, die Deutsche Bahn und die ganzen anderen Gruppen, die man mühevoll stillgehalten hat, gegen sich aufbringt, nur um etwas durchzudrücken, was jetzt im Moment eh nicht umgesetzt werden kann, weil wir, wenn überhaupt, in diesem Bereich frühestens ab 2006/2007 etwas zu melden haben. Deshalb bitte ich klar und eindeutig darum, diesen Antrag abzulehnen.

(Teilweise Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Herr Fischer hat noch einmal das Wort.

**Dirk Fischer**: Herr Mappus, ich will noch einmal auf Folgendes hinweisen: Die Regierungskommission Bahn in der Regierungszeit von Helmut Kohl, geführt von Herrn Saßmannshausen, hat zu dieser ordnungspolitischen Grundaufstellung Empfehlungen abgegeben. Dazu brauchen wir keine neue, sondern wir brauchen eine zu den Umsetzungsfragen der dritten Stufe, die unter Gesetzesvorbehalt gestellt worden sind. Deswegen darf man jetzt keine Rolle rückwärts machen. Davon ist nichts zu halten.

Es hat Sinn, über die Einzelfragen der Umsetzung der dritten Stufe zu beraten. Im Übrigen meine ich, dieser Parteitag ist dadurch gekennzeichnet, dass er klar Stellung bezieht. Denken Sie an die Fragen des Kündigungsschutzes, über die wir heute beraten und entscheiden! Dabei geht es nicht um Personengruppen in der Größenordnung von 270 000, sondern um Millionen Arbeitnehmer im Lande. Dennoch hat der Parteitag den Mut und die Stärke, dazu klare ordnungspolitische Grundentscheidungen zu treffen.

Deswegen bin ich der Auffassung, dass wir auch in diesem Bereich bei einer solchen ordnungspolitischen Ausrichtung bleiben sollten. Wir dürfen keine Rolle rückwärts machen, wodurch wir hinter die frühere Beschlusslage zurückfallen würden.

(Teilweise Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Laurenz Meyer hat noch einmal das Wort.

**Laurenz Meyer**, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Wir haben uns die Diskussion angehört. Die Antragskommission hatte sich die Position der Verkehrspolitiker aus der Bundstagsfraktion zu Eigen gemacht.

Zumindest ein starkes Argument kommt aus Baden-Württemberg. Es wird die Frage aufgeworfen, inwieweit Vorgaben festgezurrert sein müssen, wenn man eine Regierungskommission zur Prüfung von Einzelheiten einsetzt. Liebe Kollegen aus Baden-Württemberg und Kollege Fischer, ich glaube nicht, dass wir jetzt und hier zwischen diesen beiden Positionen entscheiden sollten. Wenn man in den Antrag von Baden-Württemberg aufnähme, dass es nicht um die Festlegung

auf eine Absage an die Privatisierung geht, könnte ich mich damit einverstanden erklären: Die CDU strebt die Einsetzung einer Regierungskommission an, die die dritte Stufe der Bahnreform einschließlich der Privatisierung des Netzes ergebnisoffen untersuchen soll – in den Einzelheiten, so wie sie hier anschließend vorgetragen werden.

Wir müssen wissen: Erst wenn wir an die Regierung kommen, können wir handeln. Bis dahin sollten wir die Sache so weit vorangetrieben haben, dass wir entscheiden können.

Wenn die beteiligten Seiten damit einverstanden wären, könnte sich die Antragskommission auf dieses Verfahren verständigen.

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Ich sehe Nicken auf allen Seiten.

(Teilweise Widerspruch)

Dirk Notheis, gefolgt von Herrn Fischer.

**Dirk Notheis:** Wir sind einverstanden, wenn der apodiktische Satz „Wir sind für die Trennung von Netz und Betrieb“ jetzt herausgenommen wird. Mit dem Rest sind wir einverstanden.

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Herr Fischer.

**Dirk Fischer:** Wir können damit nicht einverstanden sein; denn wir haben dazu klare Beschlüsse gefasst, und es gibt klare Anträge der Bundestagsfraktion, die wir nicht unter einen solchen Vorbehalt stellen können mit der Folge, dass wir wieder bei Null anfangen. Wir beraten im Moment doch über die Frage, ob wir am Tag nach einer solchen Entscheidung die Realtrennung vollziehen oder ob das Netz nicht im Eigentum des Staates bleiben muss, der sehr wohl in der Lage ist, mit einer Netz AG einen Betriebsführungsvertrag über einen gewissen Zeitraum abzuschließen. Aber die Grundsatzfrage, dass das Netz in staatlicher Verantwortung bleiben muss, darf nicht wieder zur Disposition gestellt werden. Sonst würden wir uns in Widerspruch zu unserem bisherigen politischen Handeln setzen. Dem kann ich natürlich unter keinen Umständen zustimmen.

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Ich darf die Antragskommission fragen, was wir jetzt tun sollen. Verstehe ich es richtig, dass es ein geändertes Votum der Antragskommission gibt? Ich frage nur deshalb, damit wir alle über das Gleiche reden. – Wunderbar!

Dann lasse ich über das geänderte Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen und Enthaltungen so abgeändert.

Ich rufe Ziffer 28 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 706 bis A 712 auf den Seiten 240 bis 245 der Antragsbroschüre.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich sehe keine.

Dann ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 29 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 713 bis A 729 auf den Seiten 245 bis 251 der Antragsbroschüre.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich auch hier über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich sehe keine.

Dann ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 30 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 730 bis A 732 auf den Seiten 251 f.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 31 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 733 bis A 744 auf den Seiten 252 bis 257 der Antragsbroschüre.

Mir liegt eine Wortmeldung zum Antrag A 737 von Frau Gruber aus Nordrhein-Westfalen vor, Mikrofon 5. – Frau Gruber aus Nordrhein-Westfalen ist nicht anwesend. Dann verfällt die Wortmeldung.

Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 32 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 745 bis A 776 auf den Seiten 257 bis 271 der Antragsbroschüre.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Eine Enthaltung.

So beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 33 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 777 bis A 780 auf den Seiten 271 bis 274 der Antragsbroschüre.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich auch hierüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Ich rufe nun die Ziffern 34 bis 37 des Antrages des Bundesvorstandes, das gesamte Kapitel VIII, auf. Die Antragskommission empfiehlt, diese Ziffern im Zusammenhang zu behandeln, weil dazu auf der Grundlage des Antrages A 787 des Bundesfachausschusses Umwelt-, Natur- und Klimaschutz eine umfassende Neuformulierung des gesamten Kapitels empfohlen wird.

Dazu gehören die Anträge A 781 bis A 809 auf den Seiten 274 bis 308 der Antragsbroschüre.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich Sie um Abstimmung. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Ich lasse nun über die Anträge A 781 bis A 809 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt, das Kapitel VIII des Antrages des Bundesvorstandes durch den Text des Antrages A 787 zu ersetzen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – So beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 38 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehört der Antrag A 810 auf den Seiten 309 f der Antragsbroschüre.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich auch hierüber abstimmen. Wer ist dafür? Ich bitte um Ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 39 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 811 bis A 813 auf den Seiten 310 bis 312 der Antragsbroschüre.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich auch hierüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Eine Enthaltung.

So beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 40 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 814 und A 815 auf den Seiten 312 f der Antragsbroschüre.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich hierüber abstimmen. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 41 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge A 816 bis A 821 auf den Seiten 313 bis 315 der Broschüre. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist der Antrag des Bundesvorstandes in seinen Einzelziffern vollständig beraten und entschieden. Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Tagungsdisziplin. Sie haben mir die Sache sehr einfach gemacht.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag „Wachstum – Arbeit – Wohlstand“ in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Ich glaube, er ist einstimmig so beschlossen.

(Beifall)

Wir kommen nun direkt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 22:

#### BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER SONSTIGE ANTRÄGE

Wir kommen zur Beratung und Beschlussfassung zum Antrag des Bundesvorstandes, C 34: „Im deutschen Interesse: Integration fördern und fordern, Islamismus bekämpfen!“. Ich gebe das Wort zur Einführung Dr. Jürgen Rüttgers.

**Dr. Jürgen Rüttgers:** Liebe Freunde! Heute leben rund 7,4 Millionen Menschen mit ausländischem Pass in Deutschland. Wir stehen vor großen und neuen Integrationsherausforderungen. Um es ehrlich und direkt vorneweg zu sagen: Ich bin eigentlich müde, darüber zu streiten, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht. Es sind Menschen gekommen und es werden auch in Zukunft Menschen kommen. Wir dürfen nicht wieder den Fehler machen, Arbeitskräfte anzuwerben, um dann festzustellen: Es kommen nicht nur Arbeiter, sondern Menschen. Ich glaube, dass wir diesen Fehler in den 60er-Jahren gemacht haben und dass wir uns damit Probleme eingehandelt haben, die sich bis heute auswirken. Wir wollen, dass in Deutschland endlich eine konkrete, eine umfassende Politik der Integration unserer ausländischen Mitbürger betrieben wird.

Liebe Freunde, Integration ist nicht Assimilation. Integration verlangt nicht die Preisgabe des Andersseins oder die Preisgabe von religiösen oder weltanschaulichen Identitäten oder gewachsenen Traditionen. Unser Gemeinwesen war und ist von jeher pluralistisch. Das muss es auch bleiben. Integration bereichert unsere Vielfalt. Aber es ist mir genauso klar, dass von gelungener Integration nur dann die Rede sein kann, wenn die Einheit in der Vielfalt der Gesellschaft gewahrt bleibt. Die Einheit wird von den Grundwerten und Grundnormen unserer Verfassung gestiftet, die ihren Niederschlag in den einzelnen Freiheitsrechten, in den Grundwerten gefunden haben.

Nun haben wir ja in der Vergangenheit eine Debatte darüber geführt, wie man das nennen soll. Manche benutzen für diese Grundwerte und Grundnormen den Begriff „Leitkultur“. Wir wissen, dass das ein schwieriger Begriff ist, etwa im Unterschied zur Nationalkultur oder zur Mehrheitskultur. Er kann Missverständnisse hervorrufen. Es kommt also darauf an, was gemeint ist. Wir haben darüber diskutiert und wir wissen, dass die Linke das nutzt, um den richtigen Gedanken, der hinter dem Wort „Leitkultur“ steht, zu diffamieren, indem sie behauptet, damit sollten andere Kulturen in die Ecke gestellt und ausgemerzt werden. Sie sagt, dass die Grundlage unseres Zusammenlebens das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist. Das ist richtig. Aber sie vergisst, auch zu sagen – das wissen wir von Herrn Böckenförde –, dass die Verfassung unseres Landes von Voraussetzungen lebt, die sie selbst nicht schaffen kann. Also reicht der Hinweis auf die Verfassung nicht. Diese Grundnormen und Grundwerte sind entweder in unserer Kultur verankert oder es gibt sie nicht. Das wird von den Linken jeweils verschwiegen. Das ist der entscheidende Punkt.

Die Linken sind deshalb nicht auf der Höhe der Debatte. Unsere Verfassung schwebt nicht im luftleeren Raum, sondern ihr liegt ein Welt- und Menschenbild zugrunde, liebe Freunde, das die geistige Einheit Europas ausmacht. Es beruht auf der christlich-jüdischen Tradition, der klassischen griechisch-römischen Kultur und der Aufklärung. Der christlich-jüdische Humanismus und die Aufklärung der Moderne sind ein kostbares Erbe der Menschheit. Wir dürfen dieses Erbe nicht verkommen lassen. Wir müssen unsere Kultur mit ihren Grundwerten der Freiheit, der Menschenwürde, der Gerechtigkeit und der Solidarität vor jedem Relativismus in Schutz nehmen.

Liebe Freunde, diese europäische Kultur, auch in ihrer konkreten Ausprägung als deutsche Nationalkultur, ist mit dem Begriff „Leitkultur“ gemeint. Europa und unser Land haben die menschlichste Gesellschaftsordnung in den Prozess der Globalisierung einzubringen, die es in der Geschichte der Menschheit gab. Wir müssen von jedem, der hier lebt, erwarten, dass er unsere Ordnung der Freiheit anerkennt, ihre Grundwerte achtet und sich für die Anerkennung dieser Grundwerte einsetzt, nicht, liebe Freunde, weil es zufällig unsere Werte sind, neben denen es auch andere ebenso gültige gibt, sondern weil es die richtigen Werte sind. Wir dürfen nicht in falscher Toleranz hinnehmen, dass unsere Ordnung der Freiheit und Demokratie durch Bekämpfung von außen oder durch Erosion von innen in Gefahr gerät. Wir müssen endlich hinsehen, statt wegzusehen. Wir müssen in dieser Frage Klartext reden.

(Beifall)

Weil das europäische Welt- und Menschenbild unser Leitbild ist und bleiben muss, dulden wir keine islamistischen Hassprediger in unserem Land.

(Beifall)

Deshalb wollen wir nicht, dass Lehrerinnen das politische Symbol des islamischen Kopftuches tragen. Deshalb akzeptieren wir nicht, dass Kinder in unserem Land groß werden, ohne Deutsch zu sprechen. Deshalb dulden wir nicht, dass die Gleichheit von Mann und Frau geleugnet wird. Deshalb erlauben wir keine Zwangsverheiratungen von jungen Mädchen und Frauen. Deshalb erlauben wir nicht, dass Vielehen in unserem Land auch noch durch Beitragsfreiheit in den Versicherungssystemen belohnt werden, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Integration wird nur gelingen, wenn die Spielregeln klar sind. Dabei muss Integration ganz konkret sein, vor Ort beginnen und von den Menschen gelebt werden. Das – das wissen wir – ist kein einfacher Weg. Wir brauchen deshalb – das ist in diesem Antrag niedergelegt – neue politische Strukturen für den Dialog. Wir brauchen eine politisch-repräsentative Institution der Muslime auf Länderebene. Dazu gibt es Vorbilder im Sinne einer Schura, eines Rates, in Niedersachsen und in Hamburg. Hier müssen wir weiter gehen. Hier müssen wir auch die muslimischen Verbände in die Pflicht nehmen. Nur, wenn wir die Muslime über eine solche legitime politische Struktur einbinden, werden wir erreichen, dass in den Moscheen kein Hass, sondern Integration gepredigt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Nur über eine solche Institution werden wir erreichen, dass die Imame ihre Ausbildung künftig in Deutschland erhalten, Deutschland gut kennen und nicht nur in türkischer oder arabischer Sprache vorbeten und predigen. Nur so werden wir erreichen, dass die muslimischen Spitzenverbände nicht mehr die kulturelle und religiöse Differenz zur Mehrheitsgesellschaft zu ihrem Thema machen und sie betonen, sondern den Willen zur Integration. Um das zu erreichen, müssen wir auch als Politiker einen Schritt vorangehen. Wir müssen den Muslimen die Möglichkeit geben, mit uns zusammenzuarbeiten und sie auch in die Arbeit unserer Partei besser einbinden. Ich finde, das Deutsch-Türkische Forum, das zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen sehr aktiv ist, leistet da vorbildliche Arbeit. Ich glaube, das brauchen wir bundesweit.

(Beifall)

Ein zweiter Punkt. Der zentrale Schlüssel für eine gelungene Integration ist die Sprache. Sprachkompetenz ist notwendig. Was wir machen, ist nicht in Ordnung. Es werden Kinder mit sechs Jahren in unsere Schulen eingeschult, sitzen da fünf Stunden am Tag herum, fünf Tage in der Woche, acht Jahre lang, und verstehen kaum, was die Lehrerin vorne sagt. Das muss beendet werden. Unser konkreter Vorschlag lautet: Sprachprüfungen im Alter von vier Jahren. Wer dann nicht altersgemäß Deutsch spricht – übrigens egal, ob ein türkischer oder deutscher Hintergrund vorliegt; das gibt es inzwischen auch in deutschen Familien –, der muss dann die Förderung von vier bis sechs Jahren bekommen, sodass man Deutsch spricht, wenn man eingeschult wird.

(Beifall)

Auch treten wir für einen islamischen Religionsunterricht ein, weil wir Religionsunterricht für richtig halten, nicht nur für Katholiken und Protestanten. Aber dieser islamische Religionsunterricht muss in deutscher Sprache stattfinden und von in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter deutscher Schulaufsicht gegeben werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Der Islamismus, wie er uns gegenwärtig überall auf der Welt entgegentritt, ist eine der größten Herausforderungen für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, für unsere Verfassung. Er ist eine ernsthafte Bedrohung für unser friedliches Zusammenleben.

Der Islamismus ist eine totalitäre Ideologie innerhalb des zeitgenössischen Islam; er ist nicht der Islam. Liebe Freunde, gegenüber dem Islamismus darf es kein Pardon geben. Hassprediger und Terroristen müssen sofort ausgewiesen werden. Polizei und Justiz brauchen mehr Unterstützung zur Bekämpfung des islamischen Terrorismus.

(Beifall)

Die Kontroll- und Fahndungsmöglichkeiten müssen ausgeweitet werden. Islamistische Fundamentalisten müssen wissen, dass wir diese Bedrohung nicht dulden werden.

Wir wollen, dass sich die Muslime und ihre Organisationen auf den Weg zu einem deutschen Islam machen. Das bedeutet nicht Assimilation, das bedeutet nicht die Aufgabe der eigenen Identität, aber es bedeutet, der deutschen Gesellschaft und dem deutschen Staat mit Loyalität und Solidarität zu begegnen und sie als Heimat zu verstehen. Liebe Freunde, wenn wir das erreicht haben, dann ist die Integration gelungen.

(Beifall)

**Hildegard Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jürgen Rüttgers, für die Einführung in den Antrag.

Ich rufe nun den Antrag C 34 des Bundesvorstandes auf: „Im deutschen Interesse: Integration fördern und fordern, Islamismus bekämpfen!“ Der Text des Antrages ist im Saal verteilt worden.

Ferner rufe ich den dazu ebenfalls verteilten Initiativantrag C 35 der Delegierten Wulff, Ripke und von Klaeden auf, der nach dem Vorschlag der Antragskommission zusammen mit C 34 behandelt wird. Sie finden diesen Antrag in der Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Liebe Kollegen! Liebe Freunde! Ich habe zunächst die ehrenvolle Aufgabe, einen Hinweis an die Regie zu geben und zu sagen, dass nun die Videoeinspielung erfolgt. Im Anschluss daran gebe ich das Wort an unsere Vorsitzende Angela Merkel zu ihrem Schlusswort.

(Filmvorführung – Beifall)

TAGESORDNUNGSPUNKT 23:  
SCHLUSSWORT

**Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Unser 18. Parteitag in Düsseldorf geht zu Ende. Wir können am Ende dieses Parteitages sagen: Wir sind gut aufgestellt. Wir haben eine Mannschaft für die nächsten zwei Jahre, wir haben ein Programm, und nicht nur wir haben ein Programm, sondern wir haben ein gemeinsames Programm von CDU und CSU. Das heißt, dass die Union wieder gemeinsam kämpfen kann – gegen die, gegen die es zu kämpfen gilt, nämlich gegen Rot-Grün, in den Ländern und im Bund. Liebe Freunde, genau das ist jetzt die Aufgabe!

(Beifall)

Wir waren uns einig: Wir wollen eine klare Alternative sein, nicht etwas ein wenig anders machen, sondern grundlegend etwas anders machen. Wir haben diese Alternativen: Bei den sozialen Sicherungssystemen, hier im Gesundheitssystem, heißt die Devise „Gesundheitsprämie gegen Bürgerzwangsversicherung“. Beim Steuersystem heißt die Devise, heißt die Alternative: auf der einen Seite unser Merz/Faltheuser-Konzept, auf der anderen Seite der Status quo, ein Steuerrecht, das niemand versteht und das die Menschen als ungerecht empfinden.

Auch auf dem Arbeitsmarkt haben wir klare Alternativen, nicht etwa, weil wir den Menschen etwas zumuten wollten, was nicht nötig wäre, sondern weil wir uns bei all dem, was wir machen, einem Ziel verpflichtet fühlen, und dieses Ziel heißt: Sozial ist, was Arbeit schafft. Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland wieder eine Chance auf Arbeit haben, dass aus fünf bis sechs Millionen Arbeitslosen weniger Arbeitslose werden. Jeder wird in diesem Land gebraucht!

(Beifall)

An diesen zwei Tagen haben wir das Land nicht schlechtgeredet, sondern wir sind der Frage nachgegangen: Wie können wir die Chancen dieses Landes nutzen, wie können wir es schaffen, aus dem, was die 80 Millionen Menschen dieses Landes wollen, auch wieder das zu machen, was in den Menschen steckt? Genau dafür und für nichts anderes machen wir unser Reformprogramm, und diese Reformen sind nicht leere Versprechungen und sind auch keine Zumutungen, sondern es sind Veränderungen zum Guten. Wir wollen die Kraft in Deutschland

sein, die vor den Wahlen sagt, was sie tut, und die anschließend die Dinge, die umzusetzen sind, handwerklich ordentlich umsetzt.

(Beifall)

Lieber Peter Harry Carstensen und liebe Schleswig-Holsteiner, Sie sind die Nächsten, von denen wir erwarten, dass sie einen Wechsel in Schleswig-Holstein herbeiführen und zu denen wir sagen: Wir unterstützen euch dabei nach Kräften, wir werden alles tun, damit, wenn wir Anfang März schreiben, Heide Simonis nicht mehr Ministerpräsidentin ist.

(Beifall)

Das ist unser Ziel: Peter Harry Carstensen als unser zukünftiger Ministerpräsident! Liebe Freunde, er würde diese stolze Reihe gut komplettieren.

(Beifall)

Das würde nichts anderes heißen, als dass der Norden das Startsignal, das Wendesignal für das größte Bundesland Deutschlands gibt, für Nordrhein-Westfalen. Lieber Jürgen Rüttgers, liebe Delegierte aus Nordrhein-Westfalen, wir machen uns keine Illusionen: Die SPD empfindet dieses Land als ihr Eigentum. Wir werden schrittweise deutlich machen müssen, wie es in den Kommunen und in den Landkreisen Nordrhein-Westfalens schon gelungen ist: Dieses Land gehört nicht den Sozialdemokraten, dieses Land gehört den Menschen, dieses Land gehört dem Wechsel, damit es endlich wieder besser wird. So wird Jürgen Rüttgers Ministerpräsident, und ihr stellt die Landesregierung!

(Beifall)

So, wie wir es auf diesem Parteitag geschafft haben, auch als wir über die Finanzen diskutiert haben, uns als eine Gemeinschaft zu verstehen, als eine Gemeinschaft – wenn ich jetzt von der Sitzordnung ausgehe – von Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern bis Baden-Württemberg, so gehören wir in der Christlich Demokratischen Union zusammen.

(Beifall)

Wie können wir denn über die Nation diskutieren, wie können wir über Schicksalsgemeinschaften diskutieren, über den Föderalismus, über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, über die deutsche Einheit diskutieren, wenn wir es nicht einmal bei uns schaffen, miteinander Probleme zu lösen? Das haben wir hier gezeigt, und dafür bin ich sehr dankbar.

(Beifall)

Deshalb bitte ich Sie, die tausendundeins Delegierten: Fahren Sie nach Hause.

(Heiterkeit)

Wir denken uns noch hübsche Personen auf die leeren Stühle. Ihnen, die Sie noch hier sind, und denjenigen, die uns heute Abend im Fernsehen sehen, rufe ich zu: Sagen Sie dort, wo Sie Verantwortung tragen, zu Hause, bei sich in den Orts- und Kreisverbänden, in den Landtagen, im Bundestag und im Europaparlament, sagen Sie in Ihren Vereinigungen, was wir miteinander besprochen haben, dass wir ein Programm und eine Überzeugung haben, dass für uns Reformen, Veränderungen und die Liebe zu unserem Land zwei Seiten einer Medaille sind und dass wir eine klare Alternative wollen. Ich bin sicher, dann werden wir gute Monate vor uns haben. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen guten Heimweg und tatkräftige Weiterverbreitung unserer Botschaften in den Heimatverbänden. Das ist das, wovon die Partei mit ihren 600 000 Mitgliedern lebt.

(Beifall)

Wenn wir uns im nächsten Jahr auf unserem Parteitag in Baden-Württemberg wieder sehen, dann sind es nur noch wenige Monate bis zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die im Frühjahr des Jahres 2006 stattfinden. Dann ist es weniger als ein Jahr, dann sind es noch neun Monate bis zur Bundestagswahl. Ich möchte damit sagen: Es ist richtig, dass wir jetzt programmatisch gut aufgestellt sind; denn wir brauchen Zeit, um den Menschen unsere Botschaft zu vermitteln. Wir haben unsere Ziele vor Augen: Schleswig-Holstein gewinnen, Nordrhein-Westfalen gewinnen, Baden-Württemberg halten, Rheinland-Pfalz gewinnen und anschließend als krönenden Abschluss endlich vernünftige Verhältnisse in Berlin. Das ist die Botschaft dieses Parteitags. Dafür lassen Sie uns eintreten, auftreten und gemeinsam kämpfen!

(Beifall)

Weil wir einen erfolgreichen Parteitag hatten, lassen Sie mich zum Schluss all denen, die zum Gelingen dieses guten Parteitags beigetragen haben, danken. Ich danke den Delegierten, insbesondere denjenigen, die bis zum Abschied dageblieben sind. Ich danke Jürgen Rüttgers und allen Freunden in Nordrhein-Westfalen, Ihr wart gute Gastgeber.

(Beifall)

Ich danke dem Oberbürgermeister dieser Stadt und bitte Hildegard Müller als Abgeordnete aus dieser Stadt, ihm diese Grüße zu überbringen. Wir haben uns in Düsseldorf wohl gefühlt.

Ich danke den zahlreichen Ausstellern und Sponsoren, die uns durch ihre Teilnahme an diesem Parteitag, nicht nur geholfen haben, sondern auch ihre Verbindung zur Christlich Demokratischen Union gezeigt haben. Ich finde, das ist ein ganz wichtiges Signal für uns.

(Beifall)

Ich danke der Polizei, den Sicherheitskräften, der Feuerwehr, den Sanitätern und den Ärzten. Ich danke den Mitgliedern der Antragskommission. Mein Dank geht an die Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführer aus der Stimmzählkommission. Wir mussten nicht lange warten, es ging schnell. Herzlichen Dank dafür. Ich weiß, das ist eine Heidenarbeit.

(Beifall)

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle der CDU und den vielen Helfern, insbesondere aus dem Kreisverband Düsseldorf und aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Mir bleibt zum Abschluss unserer Diskussion und unserer Tagung nur, Ihnen allen einen guten Nachhauseweg zu wünschen. Danke, dass wir hier zusammen sein konnten. Parteitage sind Höhepunkte für uns alle, für die ganze Partei, vielleicht war er diesmal noch wichtiger und klarer als sonst.

Wir singen jetzt das Lied der Deutschen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Beifall)

Liebe Freunde, der Parteitag ist geschlossen.

(Schluss: 14.26 Uhr)

## ANHANG

### **Beschlussprotokoll des 18. Parteitages der CDU Deutschlands am 6./7. Dezember 2004 in Düsseldorf**

#### **Tagesordnung:**

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
- 8 a) Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und  
Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- 8 b) Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
  9. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands;  
Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2002 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
10. Bericht der Rechnungsprüfer
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission
12. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
13. Entlastung des Bundesvorstandes
14. Wahl des Bundesvorstandes
  - 14.1 Wahl des Vorsitzenden
  - 14.2 Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden
  - 14.3 Wahl des Bundesschatzmeisters
  - 14.4 Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

- 14.5 Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes
15. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands; zugleich Einführung in den Leitantrag des Bundesvorstandes
16. Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag des Bundesvorstandes
17. Antrag des Bundesvorstandes zur Verlängerung des „Solidaritätsbeitrages“, Aussprache und Beschlussfassung
18. Wahl des Bundesparteigerichts
19. Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für den XVII. EVP-Kongress
20. Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)
21. Beratung und Beschlussfassung über Anträge auf Änderung des Satzungsrechts der CDU
22. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge
23. Schlusswort

**Zu TOP 1:** **Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands und Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Frau Dr. Angela Merkel MdB

**Zu TOP 2:** Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 18. Parteitags der CDU Deutschlands am 6. Dezember 2004 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

**Tagungspräsident:** Dr. Jürgen Rüttgers MdL

**Beisitzer:** Peter Harry Carstensen MdB  
Dr. Franz Josef Jung MdL  
Dr. Ursula von der Leyen MdL  
Christine Lieberknecht MdL  
Hildegard Müller MdB

**Zu TOP 3:** Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

**Zu TOP 4:** Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 18. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

<b>Vorsitzender:</b>	Laurenz Meyer MdB
<b>Stellvertretender Vorsitzender:</b>	Dr. Johannes von Thadden
<b>Weitere Mitglieder:</b>	Sandra Ahrens Hermann-Josef Arentz MdL Dr. Peter Bendixen Michael Boddenberg MdL Dr. Christoph Böhr MdL Steffen Flath MdL Peter Götz MdB Uda Heller MdB Volker Kauder MdB Annegret Kramp-Karrenbauer MdL Dorlies Last Prof. Dr. Kurt J. Lauk Karl-Josef Laumann MdB Dr. Ursula von der Leyen MdL Dr. Michael Meister MdB Philipp Mißfelder Mike Mohring MdL Hartmut Nassauer MdEP Dr. Friedbert Pflüger MdB Stefan Rabel Thomas Rachel MdB Peter Rauen MdB Hans-Joachim Reck Eckhardt Rehberg MdL Katherina Reiche MdB Birgit Schnieder-Jastram Klaus Schuck Michael Wegener

Matthias Wissmann MdB  
Prof. Dr. Otto Wulff

**Zu TOP 5:** Die vom Bundesvorstand für den 18. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

**Vorsitzender:** Ulf Leisner  
Bereichsleiter Eventmanagement & Logistik  
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Weitere Mitglieder:** Klaus-Dieter Götz  
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes  
Mecklenburg-Vorpommern  
  
Bernhard Herzog  
CDU-Landesverband  
Nordrhein-Westfalen  
  
Thomas Pfistner  
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes  
Thüringen

**Zu TOP 6:** Die Stimmzählkommission wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

**Vorsitzender:** Jürgen Zander  
CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Stellv. Vorsitzender:** Bernhard Albrecht  
Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Bonn

**Weitere Mitglieder:** Winfried Adams      ehem. KGF    Vogelsberg  
Waldemar Bartels      KGF      Gifhorn  
Yvonne Bauder      KGFfin      Esslingen  
Matthias Biergans      Kreis-/Bez.- KV Heinsberg/  
Geschäftsf. BV Aachen  
Uwe Böttcher      KV Delmenhorst  
Hubert Brill      KGF      Olpe

Dieter Burfeind	KGf	Braunschweig
Ferdinand Corsten	KGf	Lörrach
Jürgen Dönninghaus	KGf	Heidenheim u. Ostalbkreis
Josef Elsemann	KGf	Wesel
Rolf Erb		KV Heilbronn
Richard Fischer	KGf	Rems-Murr
Wilma Gatzka	KGFin	Wetterau
Heike Göttlicher	KGFin	Ludwigsburg
Brigitte Hasche	KGFin	Lüchow- Dannenberg
Rainer Haulsen	KGf	Schleswig-Flensburg
Johann Gottfried Hecker	KGf	Gießen
Wilfried Hennemuth	KGf	Rottweil
Ralf-Peter Hoy	KGf	Celle
Imke Jeske-Werner	KGFin	Peine
Udo Kamperdick	KGf	Bottrop
Gabriele Keimer	KGFin	Rhein-Hunsrück
Heinz Kirchfeld	KGf	Soltau-Fallingbostel
Hubert Kleinemeier	KGf	Gütersloh
Gerlinde Kramer	KGFin	Grafschaft Bentheim
Brigitte Krause	KGFin	Euskirchen
Klaus Kuß	KGf	Main-Tauber
Ursula Landau	KGFin	Lahn-Dill
Thomas Leimbach	KGf	Ludwigshafen
Uwe Leonhardt	Kreis-/Bez. Geschäfts.	KV Stade/BV Stade

Gisela Luding	KGFin	Magdeburg
Andy Lübke	KGf	Jerichower Land
Hanswalther Lüttgens	KGf	Paderborn
Roswitha Machel	KGFin	Uelzen
Reinhold Meisel	KGf	Neckar-Odenwald
Norbert Metz	KGf	Groß-Gerau
Harro Mies	KGf	Aachen-Stadt
Heinrich-August Mikus	Kreis-/Bez. Geschäfts.	KV Bochum/ BVRuhr
Claudia Mosblech	KGFin	Duisburg
Fritz Nies	KGf	Hochsauerland
Harald Orthey Geschäfts.	Kreis-/Bez.	KV Westerwald/BV Koblenz-Montabaur
Hans-Georg Pelzer	KGf	Neuss
Ursula Pfrommer	KGFin	Calw
Jochen Pöppel	KGf	Mark
Berd Ramakers	KGf	Düren-Jülich
Marc Reinhardt		LV-Mecklenburg- Vorpommern
Jens Richter	KGf	Rotenburg (Wümme) und Verden
Johannes Ripperda	KGf	Lingen
Ute Robanus	KGFin	Offenbach-Stadt
Karola Rodenstock	KGFin	Böblingen
Maik Rudolph	KGf	Ludwigslust
Karl-Heinz Servos	KGf	Leverkusen
Martin Spittler	KGf	Mülheim an der Ruhr

Dagmar Schimmer	KGFin	Mettmann
Michael Schley	KGf	Neunkirchen
Iris Schmidt	KGFin	Vogelsberg
Siegbert Schrader	KGf	Vogtland
Dietrich Schumacher	KGf	Delmenhorst
Thomas Schweizer	KGf	Alb-Donau-Ulm
Marianne Stauß	KGFin	Trier-Stadt
Petra Ströbele-Both	KGFin	Herne
Werner Thies	KGf	Hamm
Carla Tiwy	KGFin	Mayen-Koblenz
Hans-Jürgen Treuer	KGf	Baden-Baden und Rastatt
Uwe Voss	KGf	Segeberg
Paul Westeppe	KGf	Wuppertal
Peter Wettenmann	KGf	Biberach
Franz Wiemann	KGf	Warendorf-Beckum
Bernd Weißel	Regional- geschäftsf.	Altmarkkreis Salzwedel
Elke von Ziegner	KGFin	Harburg-Land

**Zu TOP 7: Grußworte**

**Zu TOP 8 a/8 b):** Der 18. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Frau Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 9:** Der 18. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Dr. Wolfgang Peiner**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 10:** Der 18. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **mündlichen Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 11:** Die **Mandatsprüfungskommission** des 18. Parteitages der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 18. Parteitag der CDU 997 Delegierte stimmberechtigt.

Von den 997 Delegierten waren um 13:45 Uhr 976 Delegierte anwesend.

Der 18. Parteitag ist beschlussfähig.“

gez. Ulf Leisner  
– Vorsitzender –

gez. Klaus-Dieter Götz

gez. Bernhard Herzog

gez. Thomas Pfistner

**Zu TOP 12:** Der 18. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 13:** Der 18. Parteitag der CDU Deutschlands erteilte dem Bundesvorstand für das Kalenderjahr 2002 Entlastung. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

**Zu TOP 14:** **Wahl des Bundesvorstandes**

**Zu TOP 14.1: Wahl des Vorsitzenden**

Es wurde gewählt:

Dr. Angela Merkel MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 966

Ungültig: 2

Enthaltungen: 15

Gültige Stimmen: 949

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 475

Ja: 839

Nein: 110

**TOP 14.2: Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 960

Ungültig: 0

Enthaltungen: 0

Gültige Stimmen: 960

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 481

Es wurden gewählt:

Christian Wulff MdL 834

Dr. Jürgen Rüttgers MdL 761

Dr. Annette Schavan MdL 754

Dr. Christoph Böhr MdL 532

Danach wurden im ersten Wahlgang vier Stellvertretende Vorsitzende gewählt, darunter eine Frau. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

**TOP 14.3: Wahl des Bundesschatzmeisters**

Es wurde gewählt:

Dr. Wolfgang Peiner

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 896

Ungültig: 0

Enthaltungen: 3

Gültige Stimmen: 893

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 447

Ja: 881

Nein: 12

**TOP 14.4: Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 965

Ungültig: 0

Enthaltungen: 0

Gültige Stimmen: 965

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 483

Es wurden gewählt:

Dr. Wolfgang Schäuble MdB 853

Karl-Josef Laumann MdB 809

Prof. Dr. Dagmar Schipanski 708

Hildegard Müller MdB 705

Roland Koch MdL 699

Jörg Schönbohm MdL 657

Es wurde nicht gewählt:

Hermann-Josef Arentz MdL 326

Wahl des weiteren Mitglieds des Präsidiums:

Es wurde gewählt:

Dr. Ursula von der Leyen MdL

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 891

Ungültig: 0

Enthaltungen: 15

Gültige Stimmen: 876

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 439

Ja: 824

Nein: 52

Das Frauenquorum wurde erfüllt.

**TOP 14.5: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 921

Ungültig: 18

Enthaltungen: 0

Gültige Stimmen: 903

Zur Wahl erforderliche Mehrheit: 452

Es wurden folgende Stimmen abgegeben für:

Dieter Althaus MdL 860

Prof. Dr. Bernhard Vogel 805

Elmar Brok MdEP 770

Angelika Volquartz	769
Prof. Dr. Maria Böhmer MdB	765
Karin Wolff MdL	732
Dr. Eckart von Klaeden MdB	723
Dr. Friedbert Pflüger MdB	722
Peter Jacoby MdL	718
Dr. Franz Josef Jung MdL	715
Prof. Dr. Otto Wulff	714
Matthias Wissmann MdB	704
Katherina Reiche MdB	702
Arnold Vaatz MdB	700
Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP	692
Elke Wülfing MdB	674
Andreas Renner	661
Tanja Gönner MdB	650
Erika Steinbach MdB	650
Maria Michalk MdB	644
Hendrik Wüst	640
Regina von Dinther MdL	621
Peter Rauen MdB	606
Emine Demirbüken-Wegner	603
Barbara von Wnuk-Lipinski	584
Dr. Regina Görner	559

Danach wurden im 1. Wahlgang **26 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes** gewählt, darunter 13 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Wahlergebnis der nicht gewählten Kandidaten:

Jürgen Scharf	542
Massoud Habibi	540

**Zu TOP 15:** Der 18. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs** der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer MdB, und die Einführung in den Leitantrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „Wachstum-Arbeit-Wohlstand“ zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 16:** Der 18. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache** über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „Wachstum-Arbeit-Wohlstand“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 821 und A 999 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge A 822 und A 823 ist in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

A 1	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 2	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 3	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 4	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 5	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 6	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 7	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 8	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 9	Ablehnung
A 10	Ablehnung
A 11	Überweisung an den Generalsekretär

A 12	Überweisung an den Generalsekretär
A 13	Ablehnung
A 14	Überweisung an den Generalsekretär
A 15	Annahme idF der Antragskommission
A 16	Annahme idF der Antragskommission
A 17	Annahme idF der Antragskommission
A 18	Annahme idF der Antragskommission
A 19	Annahme idF der Antragskommission
A 20	Ablehnung
A 21	Ablehnung
A 22	Annahme idF der Antragskommission
A 23	Annahme idF der Antragskommission
A 24	Annahme idF der Antragskommission
A 25	Annahme idF der Antragskommission
A 26	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 27	Annahme idF der Antragskommission
A 28	Annahme idF der Antragskommission
A 29	Annahme idF der Antragskommission
A 30	Ablehnung
A 31	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 32	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 33	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 34	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 35	Annahme idF der Antragskommission
A 36	Annahme idF der Antragskommission
A 37	Annahme idF der Antragskommission

A 38	Annahme idF der Antragskommission
A 39	Ablehnung
A 40	Ablehnung
A 41	Annahme idF der Antragskommission
A 42	Annahme idF der Antragskommission
A 43	Ablehnung
A 44	Ablehnung
A 45	Annahme idF der Antragskommission
A 46	Annahme idF der Antragskommission
A 47	Ablehnung
A 48	Annahme idF der Antragskommission
A 49	Ablehnung
A 50	Ablehnung
A 51	Annahme idF der Antragskommission
A 52	Ablehnung
A 53	Ablehnung
A 54	Ablehnung
A 55	Annahme idF der Antragskommission
A 56	Erledigung
A 57	Annahme idF der Antragskommission
A 58	Ablehnung
A 59	Annahme idF der Antragskommission
A 60	Annahme idF der Antragskommission
A 61	Ablehnung
A 62	Annahme idF der Antragskommission
A 63	Annahme idF der Antragskommission

A 64	Annahme idF der Antragskommission
A 65	Annahme idF der Antragskommission
A 66	Ablehnung
A 67	Ablehnung
A 68	Ablehnung
A 69	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 70	Ablehnung
A 71	Ablehnung
A 72	Ablehnung
A 73	Ablehnung
A 74	Annahme idF der Antragskommission
A 75	Annahme idF der Antragskommission
A 76	Ablehnung
A 77	Ablehnung
A 78	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 79	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 80	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 81	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 82	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 83	Annahme idF der Antragskommission
A 84	Annahme idF der Antragskommission
A 85	Ablehnung
A 86	Annahme idF der Antragskommission
A 87	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 88	Ablehnung
A 89	Annahme idF der Antragskommission

A 90	Ablehnung
A 91	Annahme idF der Antragskommission
A 92	Ablehnung
A 93	Annahme idF der Antragskommission
A 94	Annahme idF der Antragskommission
A 95	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 96	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 97	Annahme idF der Antragskommission
A 98	Ablehnung
A 99	Annahme idF der Antragskommission
A 100	Ablehnung
A 101	Annahme idF der Antragskommission
A 102	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 103	Annahme idF der Antragskommission
A 104	Annahme idF der Antragskommission
A 105	Annahme idF der Antragskommission
A 106	Annahme idF der Antragskommission
A 107	Annahme idF der Antragskommission
A 108	Annahme idF der Antragskommission
A 109	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 110	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 111	Annahme idF der Antragskommission
A 112	Ablehnung
A 113	Ablehnung
A 114	Annahme idF der Antragskommission
A 115	Annahme idF der Antragskommission

A 116	Annahme idF der Antragskommission
A 117	Annahme idF der Antragskommission
A 118	Annahme idF der Antragskommission
A 119	Annahme idF der Antragskommission
A 120	Annahme idF der Antragskommission
A 121	Annahme idF der Antragskommission
A 122	Annahme idF der Antragskommission
A 123	Annahme idF der Antragskommission
A 124	Annahme idF der Antragskommission
A 125	Annahme idF der Antragskommission
A 126	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 127	Annahme idF der Antragskommission
A 128	Ablehnung
A 129	Annahme idF der Antragskommission
A 130	Annahme idF der Antragskommission
A 131	Annahme idF der Antragskommission
A 132	Annahme idF der Antragskommission
A 133	Ablehnung
A 134	Annahme idF der Antragskommission
A 135	Annahme idF der Antragskommission
A 136	Annahme idF der Antragskommission
A 137	Annahme idF der Antragskommission
A 138	Annahme idF der Antragskommission
A 139	Annahme idF der Antragskommission
A 140	Annahme idF der Antragskommission
A 141	Ablehnung

A 142	Annahme idF der Antragskommission
A 143	Annahme idF der Antragskommission
A 144	Ablehnung
A 145	Annahme idF der Antragskommission
A 146	Annahme idF der Antragskommission
A 147	Annahme idF der Antragskommission
A 148	Annahme idF der Antragskommission
A 149	Annahme idF der Antragskommission
A 150	Annahme idF der Antragskommission
A 151	Ablehnung
A 152	Annahme idF der Antragskommission
A 153	Annahme idF der Antragskommission
A 154	Annahme idF der Antragskommission
A 155	Ablehnung
A 156	Ablehnung
A 157	Ablehnung
A 158	Annahme idF der Antragskommission
A 159	Annahme idF der Antragskommission
A 160	Annahme idF der Antragskommission
A 161	Annahme idF der Antragskommission
A 162	Annahme idF der Antragskommission
A 163	Annahme idF der Antragskommission
A 164	Annahme idF der Antragskommission
A 165	Ablehnung
A 166	Annahme idF der Antragskommission
A 167	Ablehnung

A 168	Annahme idF der Antragskommission
A 169	Annahme idF der Antragskommission
A 170	Ablehnung
A 171	Annahme idF der Antragskommission
A 172	Ablehnung
A 173	Annahme idF der Antragskommission
A 174	Annahme idF der Antragskommission
A 175	Annahme idF der Antragskommission
A 176	Erledigung
A 177	Annahme idF der Antragskommission
A 178	Ablehnung
A 179	Annahme idF der Antragskommission
A 180	Annahme idF der Antragskommission
A 181	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 182	Annahme idF der Antragskommission
A 183	Annahme idF der Antragskommission
A 184	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 185	Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
A 186	Annahme idF der Antragskommission
A 187	Annahme idF der Antragskommission
A 188	Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
A 189	Annahme idF der Antragskommission
A 190	Annahme idF der Antragskommission
A 191	Annahme idF der Antragskommission
A 192	Annahme idF der Antragskommission
A 193	Annahme idF der Antragskommission

A 194	Ablehnung
A 195	Ablehnung
A 196	Erledigung
A 197	Annahme idF der Antragskommission
A 198	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 199	Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
A 200	Annahme idF der Antragskommission
A 201	Ablehnung
A 202	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 203	Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
A 204	Annahme idF der Antragskommission
A 205	Annahme idF der Antragskommission
A 206	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 207	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 208	Annahme idF der Antragskommission
A 209	Erledigung
A 210	Ablehnung
A 211	Ablehnung
A 212	Annahme idF der Antragskommission
A 213	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 214	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 215	Annahme idF der Antragskommission
A 216	Ablehnung
A 217	Erledigung
A 218	Annahme idF der Antragskommission
A 219	Ablehnung

A 220	Ablehnung
A 221	Ablehnung
A 222	Annahme idF der Antragskommission
A 223	Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
A 224	Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
A 225	Annahme idF der Antragskommission
A 226	Ablehnung
A 227	Ablehnung
A 228	Erledigung
A 229	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 230	Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
A 231	Ablehnung
A 232	Ablehnung
A 233	Ablehnung
A 234	Annahme idF der Antragskommission
A 235	Annahme idF der Antragskommission
A 236	Ablehnung
A 237	Ablehnung
A 238	Ablehnung
A 239	Annahme idF der Antragskommission
A 240	Erledigung
A 241	Annahme idF der Antragskommission
A 242	Annahme idF der Antragskommission
A 243	Annahme idF der Antragskommission
A 244	Annahme idF der Antragskommission
A 245	Erledigung

A 246	Annahme idF der Antragskommission
A 247	Annahme idF der Antragskommission
A 248	Annahme idF der Antragskommission
A 249	Annahme idF der Antragskommission
A 250	Annahme idF der Antragskommission
A 251	Annahme idF der Antragskommission
A 252	Annahme idF der Antragskommission
A 253	Annahme idF der Antragskommission
A 254	Annahme idF der Antragskommission
A 255	Annahme idF der Antragskommission
A 256	Annahme idF der Antragskommission
A 257	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 258	Annahme idF der Antragskommission
A 259	Annahme idF der Antragskommission
A 260	Annahme idF der Antragskommission
A 261	Ablehnung
A 262	Erledigung
A 263	Annahme idF der Antragskommission
A 264	Annahme idF der Antragskommission
A 265	Annahme idF der Antragskommission
A 266	Ablehnung
A 267	Annahme idF der Antragskommission
A 268	Annahme idF der Antragskommission
A 269	Annahme idF der Antragskommission
A 270	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 271	Annahme idF der Antragskommission

A 272	Annahme idF der Antragskommission
A 273	Annahme idF der Antragskommission
A 274	Annahme idF der Antragskommission
A 275	Annahme idF der Antragskommission
A 276	Annahme idF der Antragskommission
A 277	Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
A 278	Annahme idF der Antragskommission
A 279	Erledigung
A 280	Annahme idF der Antragskommission
A 281	Annahme idF der Antragskommission
A 282	Annahme idF der Antragskommission
A 283	Annahme idF der Antragskommission
A 284	Annahme idF der Antragskommission
A 285	Annahme idF der Antragskommission
A 286	Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
A 287	Annahme idF der Antragskommission
A 288	Annahme idF der Antragskommission
A 289	Erledigung
A 290	Annahme idF der Antragskommission
A 291	Ablehnung
A 292	Ablehnung
A 293	Ablehnung
A 294	Annahme idF der Antragskommission
A 295	Annahme idF der Antragskommission
A 296	Ablehnung
A 297	Annahme idF der Antragskommission

A 298	Annahme idF der Antragskommission
A 299	Ablehnung
A 300	Ablehnung
A 301	Ablehnung
A 302	Erledigung
A 303	Erledigung
A 304	Erledigung
A 305	Erledigung
A 306	Annahme idF der Antragskommission
A 307	Erledigung
A 308	Ablehnung
A 309	Erledigung
A 310	Annahme idF der Antragskommission
A 311	Annahme idF der Antragskommission
A 312	Ablehnung
A 313	Annahme idF der Antragskommission
A 314	Annahme idF der Antragskommission
A 315	Annahme idF der Antragskommission
A 316	Ablehnung
A 317	Annahme idF der Antragskommission
A 318	Annahme idF der Antragskommission
A 319	Ablehnung
A 320	Annahme idF der Antragskommission
A 321	Ablehnung
A 322	Annahme idF der Antragskommission
A 323	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt

A 324	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 325	Annahme idF der Antragskommission
A 326	Ablehnung
A 327	Annahme idF der Antragskommission
A 328	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 329	Ablehnung
A 330	Ablehnung
A 331	Ablehnung
A 332	Annahme idF der Antragskommission
A 333	Annahme idF der Antragskommission
A 334	Annahme idF der Antragskommission
A 335	Annahme idF der Antragskommission
A 336	Annahme idF der Antragskommission
A 337	Annahme idF der Antragskommission
A 338	Annahme idF der Antragskommission
A 339	Erledigung
A 340	Annahme idF der Antragskommission
A 341	Annahme idF der Antragskommission
A 342	Ablehnung
A 343	Annahme idF der Antragskommission
A 344	Annahme idF der Antragskommission
A 345	Annahme idF der Antragskommission
A 346	Annahme idF der Antragskommission
A 347	Annahme idF der Antragskommission
A 348	Ablehnung
A 349	Erledigung

A 350	Erledigung
A 351	Annahme idF der Antragskommission
A 352	Annahme idF der Antragskommission
A 353	Annahme idF der Antragskommission
A 354	Annahme idF der Antragskommission
A 355	Annahme idF der Antragskommission
A 356	Annahme idF der Antragskommission
A 357	Erledigung
A 358	Annahme idF der Antragskommission
A 359	Ablehnung
A 360	Ablehnung
A 361	Erledigung
A 362	Annahme idF der Antragskommission
A 363	Annahme idF der Antragskommission
A 364	Ablehnung
A 365	Ablehnung
A 366	Ablehnung
A 367	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 368	Annahme idF der Antragskommission
A 369	Ablehnung
A 370	Ablehnung
A 371	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 372	keine Empfehlung der Antragskommission
A 373	Ablehnung
A 374	Annahme idF der Antragskommission
A 375	Annahme idF der Antragskommission

A 376	Annahme idF der Antragskommission
A 377	Annahme idF der Antragskommission
A 378	Annahme idF der Antragskommission
A 379	Annahme idF der Antragskommission
A 380	Ablehnung
A 381	Ablehnung
A 382	Ablehnung
A 383	Annahme idF der Antragskommission
A 384	Annahme idF der Antragskommission
A 385	Annahme idF der Antragskommission
A 386	Annahme idF der Antragskommission
A 387	Ablehnung
A 388	Annahme idF der Antragskommission
A 389	Annahme idF der Antragskommission
A 390	Ablehnung
A 391	Annahme idF der Antragskommission
A 392	Annahme idF der Antragskommission
A 393	Annahme idF der Antragskommission
A 394	Annahme idF der Antragskommission
A 395	Annahme idF der Antragskommission
A 396	Ablehnung
A 397	Erledigung
A 398	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 399	Annahme idF der Antragskommission
A 400	Annahme idF der Antragskommission
A 401	Annahme idF der Antragskommission

A 402	Ablehnung
A 403	Annahme idF der Antragskommission
A 404	Ablehnung
A 405	Erledigung
A 406	Ablehnung
A 407	Annahme idF der Antragskommission
A 408	Annahme idF der Antragskommission
A 409	Annahme idF der Antragskommission
A 410	Ablehnung
A 411	Annahme idF der Antragskommission
A 412	Ablehnung
A 413	Annahme idF der Antragskommission
A 414	Ablehnung
A 415	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 416	Annahme idF der Antragskommission
A 417	Annahme idF der Antragskommission
A 418	Ablehnung
A 419	Annahme idF der Antragskommission
A 420	Annahme idF der Antragskommission
A 421	Ablehnung
A 422	Annahme idF der Antragskommission
A 423	Annahme idF der Antragskommission
A 424	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 425	Annahme idF der Antragskommission
A 426	Annahme idF der Antragskommission
A 427	Ablehnung

A 428	Annahme idF der Antragskommission
A 429	Ablehnung
A 430	Ablehnung
A 431	Ablehnung
A 432	Annahme idF der Antragskommission
A 433	Annahme idF der Antragskommission
A 434	Annahme idF der Antragskommission
A 435	Annahme idF der Antragskommission
A 436	Annahme idF der Antragskommission
A 437	Annahme idF der Antragskommission
A 438	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 439	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 440	Annahme idF der Antragskommission
A 441	Annahme idF der Antragskommission
A 442	Annahme idF der Antragskommission
A 443	Annahme idF der Antragskommission
A 444	vom Antragsteller zurückgezogen
A 445	Ablehnung
A 446	Annahme idF der Antragskommission
A 447	Annahme idF der Antragskommission
A 448	Annahme idF der Antragskommission
A 449	Annahme idF der Antragskommission
A 450	Ablehnung
A 451	Annahme idF der Antragskommission
A 452	Ablehnung
A 453	Erledigung

A 454	Ablehnung
A 455	Annahme idF der Antragskommission
A 456	Ablehnung
A 457	Ablehnung
A 458	Ablehnung
A 459	Annahme idF der Antragskommission
A 460	Ablehnung
A 461	keine Empfehlung der Antragskommission
A 462	Ablehnung
A 463	Annahme idF der Antragskommission
A 464	Ablehnung
A 465	Ablehnung
A 466	Annahme idF der Antragskommission
A 467	Ablehnung
A 468	Ablehnung
A 469	Annahme idF der Antragskommission
A 470	Ablehnung
A 471	Ablehnung
A 472	Ablehnung
A 473	Ablehnung
A 474	Ablehnung
A 475	Ablehnung
A 476	Erledigung
A 477	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 478	Ablehnung
A 479	Ablehnung

A 480	Ablehnung
A 481	Ablehnung
A 482	Ablehnung
A 483	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 484	Ablehnung
A 485	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 486	Ablehnung
A 487	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 488	Annahme idF der Antragskommission
A 489	Annahme idF der Antragskommission
A 490	Ablehnung
A 491	Annahme idF der Antragskommission
A 492	Annahme idF der Antragskommission
A 493	Annahme idF der Antragskommission
A 494	Annahme idF der Antragskommission
A 495	Annahme idF der Antragskommission
A 496	Annahme idF der Antragskommission
A 497	Annahme idF der Antragskommission
A 498	Ablehnung
A 499	Annahme idF der Antragskommission
A 500	Annahme idF der Antragskommission
A 501	Annahme idF der Antragskommission
A 502	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 503	Annahme idF der Antragskommission
A 504	Ablehnung
A 505	Annahme idF der Antragskommission

A 506	Ablehnung
A 507	Annahme idF der Antragskommission
A 508	Ablehnung
A 509	Erledigung
A 510	Annahme idF der Antragskommission
A 511	Annahme idF der Antragskommission
A 512	Annahme idF der Antragskommission
A 513	Annahme idF der Antragskommission
A 514	Erledigung
A 515	Annahme idF der Antragskommission
A 516	Erledigung
A 517	Annahme idF der Antragskommission
A 518	Ablehnung
A 519	Annahme idF der Antragskommission
A 520	Ablehnung
A 521	Erledigung
A 522	Annahme idF der Antragskommission
A 523	Erledigung
A 524	Annahme idF der Antragskommission
A 525	Annahme idF der Antragskommission
A 526	Annahme idF der Antragskommission
A 527	Annahme idF der Antragskommission
A 528	Ablehnung
A 529	Ablehnung
A 530	Annahme idF der Antragskommission
A 531	Ablehnung

A 532	Ablehnung
A 533	Ablehnung
A 534	Ablehnung
A 535	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 536	Ablehnung
A 537	Ablehnung
A 538	Ablehnung
A 539	Annahme idF der Antragskommission
A 540	Annahme idF der Antragskommission
A 541	Annahme idF der Antragskommission
A 542	keine Zuordnung möglich
A 543	Ablehnung
A 544	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 545	keine Zuordnung möglich
A 546	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 547	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 548	Annahme idF der Antragskommission
A 549	Ablehnung
A 550	Ablehnung
A 551	Ablehnung
A 552	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 553	Annahme idF der Antragskommission
A 554	Annahme idF der Antragskommission
A 555	Annahme idF der Antragskommission
A 556	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 557	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

A 558	Annahme idF der Antragskommission
A 559	Annahme idF der Antragskommission
A 560	Annahme idF der Antragskommission
A 561	Ablehnung
A 562	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 563	Annahme idF der Antragskommission
A 564	Annahme idF der Antragskommission
A 565	Annahme idF der Antragskommission
A 566	Annahme idF der Antragskommission
A 567	Annahme idF der Antragskommission
A 568	Annahme idF der Antragskommission
A 569	Ablehnung
A 570	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 571	Annahme idF der Antragskommission
A 572	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 573	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 574	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 575	Erledigung
A 576	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 577	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 578	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 579	Ablehnung
A 580	Erledigung
A 581	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 582	Annahme idF der Antragskommission
A 583	Annahme idF der Antragskommission

A 584	Annahme idF der Antragskommission
A 585	Annahme idF der Antragskommission
A 586	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 587	Annahme idF der Antragskommission
A 588	Annahme idF der Antragskommission
A 589	Annahme idF der Antragskommission
A 590	Annahme idF der Antragskommission
A 591	Ablehnung
A 592	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 593	Annahme idF der Antragskommission
A 594	Annahme idF der Antragskommission
A 595	Annahme idF der Antragskommission
A 596	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 597	Annahme idF der Antragskommission
A 598	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 599	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 600	Annahme idF der Antragskommission
A 601	Annahme idF der Antragskommission
A 602	Ablehnung
A 603	Annahme idF der Antragskommission
A 604	Annahme idF der Antragskommission
A 605	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 606	Annahme idF der Antragskommission
A 607	Annahme idF der Antragskommission
A 608	Ablehnung
A 609	Annahme idF der Antragskommission

A 610	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 611	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 612	Ablehnung
A 613	Annahme idF der Antragskommission
A 614	Erledigung
A 615	Ablehnung
A 616	Ablehnung
A 617	Annahme idF der Antragskommission
A 618	Ablehnung
A 619	Ablehnung
A 620	Annahme idF der Antragskommission
A 621	Annahme idF der Antragskommission
A 622	Ablehnung
A 623	Ablehnung
A 624	Erledigung
A 625	Ablehnung
A 626	Ablehnung
A 627	Annahme idF der Antragskommission
A 628	Ablehnung
A 629	Ablehnung
A 630	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 631	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 632	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 633	Ablehnung
A 634	Erledigung
A 635	Annahme idF der Antragskommission

A 636	Ablehnung
A 637	Ablehnung
A 638	Ablehnung
A 639	Ablehnung
A 640	Ablehnung
A 641	Ablehnung
A 642	Ablehnung
A 643	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 644	Ablehnung
A 645	Erledigung
A 646	Ablehnung
A 647	Ablehnung
A 648	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 649	vom Antragsteller zurückgezogen
A 650	Ablehnung
A 651	Ablehnung
A 652	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 653	Erledigung
A 654	Annahme idF der Antragskommission
A 655	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 656	Ablehnung
A 657	Annahme idF der Antragskommission
A 658	Ablehnung
A 659	Erledigung
A 660	Erledigung
A 661	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt

A 662	Ablehnung
A 663	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 664	Ablehnung
A 665	Ablehnung
A 666	Erledigung
A 667	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 668	Annahme idF der Antragskommission
A 669	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 670	Annahme idF der Antragskommission
A 671	Ablehnung
A 672	Annahme idF der Antragskommission
A 673	Ablehnung
A 674	Annahme idF der Antragskommission
A 675	Ablehnung
A 676	Annahme idF der Antragskommission
A 677	Annahme idF der Antragskommission
A 678	Annahme idF der Antragskommission
A 679	Ablehnung
A 680	Annahme idF der Antragskommission
A 681	Annahme idF der Antragskommission
A 682	Annahme idF der Antragskommission
A 683	Annahme idF der Antragskommission
A 684	Ablehnung
A 685	Annahme idF der Antragskommission
A 686	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 687	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt

A 688	Annahme idF der Antragskommission
A 689	Ablehnung
A 690	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 691	Annahme idF der Antragskommission
A 692	Annahme idF der Antragskommission
A 693	Annahme idF der Antragskommission
A 694	Annahme idF der Antragskommission
A 695	Ablehnung
A 696	Ablehnung
A 697	Ablehnung
A 698	Ablehnung
A 699	Ablehnung
A 700	Ablehnung
A 701	Ablehnung
A 702	Annahme idF der Antragskommission
A 703	Ablehnung
A 704	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 705	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 706	Annahme idF der Antragskommission
A 707	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 708	Ablehnung
A 709	Ablehnung
A 710	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 711	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 712	Annahme idF der Antragskommission
A 713	Annahme idF der Antragskommission

A 714	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 715	Annahme idF der Antragskommission
A 716	Annahme idF der Antragskommission
A 717	Annahme idF der Antragskommission
A 718	Annahme idF der Antragskommission
A 719	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 720	Annahme idF der Antragskommission
A 721	Annahme idF der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 722	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 723	Annahme idF der Antragskommission
A 724	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 725	Ablehnung
A 726	Annahme idF der Antragskommission
A 727	Annahme idF der Antragskommission
A 728	Annahme idF der Antragskommission
A 729	Annahme idF der Antragskommission
A 730	Annahme
A 731	Ablehnung
A 732	Ablehnung
A 733	Annahme idF der Antragskommission
A 734	Ablehnung
A 735	Annahme idF der Antragskommission
A 736	Annahme idF der Antragskommission
A 737	Erledigung
A 738	Annahme idF der Antragskommission

A 739	Annahme idF der Antragskommission
A 740	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 741	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 742	Erledigung
A 743	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 744	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 745	Annahme idF der Antragskommission
A 746	Annahme idF der Antragskommission
A 747	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 748	Ablehnung
A 749	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 750	Annahme idF der Antragskommission
A 751	Annahme idF der Antragskommission
A 752	Ablehnung
A 753	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 754	Annahme idF der Antragskommission
A 755	Annahme idF der Antragskommission
A 756	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 757	Annahme idF der Antragskommission
A 758	Ablehnung
A 759	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 760	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 761	Annahme idF der Antragskommission
A 762	Annahme idF der Antragskommission
A 763	Annahme idF der Antragskommission
A 764	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt

A 765	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 766	Annahme idF der Antragskommission
A 767	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 768	Erledigung
A 769	Ablehnung
A 770	Annahme idF der Antragskommission
A 771	keine Empfehlung der Antragskommission
A 772	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 773	Annahme idF der Antragskommission
A 774	Erledigung
A 775	Ablehnung
A 776	Annahme idF der Antragskommission
A 777	Annahme idF der Antragskommission
A 778	Annahme idF der Antragskommission
A 779	Annahme idF der Antragskommission
A 780	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 781	Annahme idF der Antragskommission
A 782	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 783	Annahme idF der Antragskommission
A 784	Annahme idF der Antragskommission
A 785	Erledigung
A 786	Annahme idF der Antragskommission
A 787	Annahme idF der Antragskommission
A 788	Annahme idF der Antragskommission
A 789	Annahme idF der Antragskommission
A 790	Annahme idF der Antragskommission

A 791	Erledigung
A 792	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A 793	Annahme idF der Antragskommission
A 794	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 795	Annahme idF der Antragskommission
A 796	Annahme idF der Antragskommission
A 797	Erledigung
A 798	Annahme idF der Antragskommission
A 799	ohne Bezug zum Ausgangstext
A 800	Annahme idF der Antragskommission
A 801	Annahme idF der Antragskommission
A 802	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 803	Annahme idF der Antragskommission
A 804	Annahme idF der Antragskommission
A 805	Annahme idF der Antragskommission
A 806	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 807	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 808	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 809	Annahme idF der Antragskommission
A 810	Annahme
A 811	Annahme idF der Antragskommission
A 812	Annahme idF der Antragskommission
A 813	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A 814	Annahme
A 815	Ablehnung
A 816	Annahme

A 817	Ablehnung
A 818	Ablehnung
A 819	Ablehnung
A 820	Ablehnung
A 821	Ablehnung
A 822	Annahme
A 823	Annahme idF der Antragskommission
A 999	Ablehnung

**Zu TOP 17:** Der 18. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Aussprache über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands zur Verlängerung des „Solidarbeitrages“ in offener Abstimmung folgenden Beschluss:

(Der Wortlaut des Antrags C 13 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

C 13	Annahme
------	---------

**Zu TOP 18: Wahl des Bundesparteigerichts der CDU Deutschlands**

Es wurden in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

**Ordentliche Mitglieder:**

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht a. D.

Dr. Pia **Rumler-Detzel** (Vorsitzende) (Köln)

Präsident des Landgerichts a. D.

Dr. Friedrich August **Bonde** (Bordesholm)

Regierungsdirektor

Bernhard **Hellner** (Bad Kösen)

Richterin am Bundesgerichtshof a. D.

Dr. Heidi **Lambert-Lang** (Zweibrücken)

Richter am Bundesgerichtshof a. D.  
Karl-Friedrich **Tropf** (Karlsruhe)

**Stellvertretende Mitglieder:**

Rechtsanwalt  
Dr. Peter **Dany** (Kiel/Damp)

Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof  
Monika **Harms** (Hamburg/Leipzig)

Staatssekretär a. D.  
Dr. Willi **Hausmann** (Königswinter)

Rechtsanwältin  
Petra **Kansy** (Bad Honnef)

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht  
und Vizepräsident des Landesverfassungs-  
gerichts Brandenburg  
Dr. Wolfgang **Knippel** (Potsdam)

Vizepräsident des Oberlandesgerichts a. D.  
Ernst Jürgen **Kratz** (Meerbusch)

Rechtsanwältin und Notarin  
Barbara **Saß-Viehweg** (Berlin)

**Zu TOP 19:** Der 18. Parteitag der CDU Deutschlands wählte auf Vorschlag der CDU-Landesverbände in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen **für die Zeit vom 1.1.2005 bis 31.12.2006 zu Delegierten und stellvertretenden Delegierten von EVP-Kongressen:**

**Delegierte:**

Peter Altmaier MdB

Elisabeth Apel MdL

**Ersatzdelegierte:**

Thomas Bareiß

Christoph Bender

Andreas Apelt MdA	Hans Michael Bender
Gustav Bergemann MdL	Karin Brückert
Dr. Stefan Berger MdL	Christian Carius MdL
Marion Berning	Daniel Caspary MdEP
Dr. Christian von Bötticher	Lars Dietrich MdHB
Elmar Brok MdEP	Christoph Eggers
Michael Gahler MdEP	Birgit Feller
Edith Grupp	Richard Fischer
Rolf Harlinghausen MdHB	Katrin Frare-Landau
Ursula Heinen MdB	Renate Friedrich
Dr. Evelyn Hertz	Roland Gewalt MdB
Peter Hintze MdB	Tanja Gönner MdB
Werner Jostmeier MdL	Uwe Grewe MdL
Ilka Keller MdL	Lothar Hegemann MdL
Dr. Egon Klepsch	Ruth Hieronymi
Dr. Martina Krogmann MdB	Wilhelm Hogrefe MdL
Andrea Krüger	Hans-Heinrich Jensen MdHB
Dr. Werner Langen MdEP	Peter Jungen
Armin Laschet MdEP	Michael Kretschmer MdB
Dr. Peter Lennert MdL	Dr. Bernhard Kotsch
Aloys Lenz MdL	Leonhard Kuckart
Bettina Machaczek MdHB	Prof. Dr. Michael Krapp MdL
Alexandra Mehnert	Helma Kuhn-Theis MdL
Laurenz Meyer MdB	Horst Langes
Philipp Mißfelder	Marlene Lenz
Dr. Peter Mombaur	Carsten Linnemann

Hildegard Müller MdB	Patricia Lips
Hartmut Nassauer MdEP	Werner Lübbe
Alice Neuhäuser	Gesine Matthes
Bernd Neumann MdB	Maria Michalk MdB
Claudia Nolte MdB	Volker Nies
Günter Nooke MdB	Tim Peters
Doris Pack MdEP	Heiko Piesbergern
Dr. Friedbert Pflüger MdB	Markus Pösentrup
Karl Rauber MdL	Herbert Reul MdEP
Katherina Reiche MdB	Sonja Rothe
Barbara Richstein MdL	Dr. Andreas Schockenhoff MdB
Prof. Dr. Günter Rinsche	Peter Schowtka MdL
Manfred Ritzek MdL	Dr. Klaus Schüle MdL
Dr. Jürgen Rüttgers MdL	Konrad Schwaiger
Uwe Schäfer	Reinhard Stuth
Peter Scheib	Prof. Dr. Rita Süßmuth
Volker Schimpff MdL	Michael Stübgen MdB
Fritz Schröter MdL	Michael Teiser
Wiltrud Schumann	Hanno Thewes
Dorothea Störr-Ritter	Stephan Tromp
Claudia Struckmann	Mario Voigt
Stanislaw Tillich MdL	Annette Widmann-Mauz MdB
Kristin Vorpahl	Dr. Karl von Wogau MdEP
Andreas Winkler	Maria Wolters
Matthias Wissmann MdB	Eva-Maria Wybrands MdL
Sabine Zissener	Jutta Zemke-Heyl

**Zu TOP 20:** Der 18. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen **für die Zeit vom 1. 1. 2005 bis 31. 12. 2006 als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der CDU im EVP-Vorstand:**

**Ordentliche Mitglieder:**

Peter Altmaier MdB  
 Elmar Brok MdEP  
 Micheal Gahler MdEP  
 Ursula Heinen MdB  
 Peter Hintze MdB  
 Dr. Egon Klepsch  
 Dr. Martina Krogmann MdB  
 Dr. Werner Langen MdEP  
 Armin Laschet MdEP  
 Hildegard Müller MdB  
 Hartmut Nassauer MdEP  
 Claudia Nolte MdB  
 Günter Nooke MdB  
 Doris Pack MdEP  
 Katherina Reiche MdB  
 Prof. Dr. Günter Rinsche  
 Peter Scheib  
 Matthias Wissmann MdB

**Stellvertretende Mitglieder:**

Christian von Bötticher  
 Daniel Caspary MdEP  
 Tanja Gönner MdB  
 Ruth Hieronymi MdEP  
 Dr. Berndard Kotsch  
 Horst Langes  
 Patricia Lips  
 Maria Michalk MdB  
 Tim Peters  
 Herbert Reul MdEP  
 Dr. Andreas Schockenhoff MdB  
 Konrad Schwaiger  
 Michael Stübgen MdB  
 Reinhard Stuth  
 Prof. Dr. Rita Süßmuth  
 Mario Voigt  
 Annette Widmann-Mauz MdB  
 Dr. Karl von Wogau MdEP

**Zu TOP 21:** Der 18. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung zur Änderung des Satzungsrechts der CDU folgende Beschlüsse:  
 (Der Wortlaut der Anträge B 1 und B 2 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- |     |           |
|-----|-----------|
| B 1 | Annahme   |
| B 2 | Ablehnung |

Die satzungsmäßig erforderliche Mehrheit wurde erreicht.

**Zu TOP 22:** Der 18. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung zu sonstigen Anträgen folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 12, C 14 bis C 32, C 35, C 500 bis C 505 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge C 35 bis C 40 ist in der „Sammlung der Initiativanträge Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Die Anträge C 33 und C 34 sind als Einzelexemplare gedruckt.)

- |      |  |
|------|--|
| C 1  | Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion                          |
| C 2  | Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion                          |
| C 3  | Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion                          |
| C 4  | Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion                          |
| C 5  | Annahme  |
| C 6  | Überweisung an den Bundesvorstand                                      |
| C 7  | Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion                          |
| C 8  | Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion                          |
| C 9  | Überweisung an den Bundesvorstand                                      |
| C 10 | Annahme  |
| C 11 | Annahme idF der Antragskommission und<br>Überweisung an Bundesvorstand |
| C 12 | Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion                          |
| C 14 | Überweisung an den Generalsekretär                                     |
| C 15 | Überweisung an den Generalsekretär                                     |
| C 16 | Überweisung an den Generalsekretär                                     |
| C 17 | Überweisung an den Bundesvorstand                                      |

C 18	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 19	Überweisung an den Generalsekretär
C 20	Überweisung an den Generalsekretär
C 21	Annahme
C 22	Überweisung an den Generalsekretär
C 23	Annahme
C 24	Überweisung an den Generalsekretär
C 25	Überweisung an den Generalsekretär
C 26	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 27	Ablehnung
C 28	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 29	Annahme
C 30	Annahme idF der Antragskommission
C 31	Annahme
C 32	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 33	Annahme
C 34	Annahme idF der Antragskommission
C 35	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 36	Annahme idF der Antragskommission
C 37	Überweisung an den Bundesvorstand
C 38	Überweisung an den Generalsekretär
C 39	Annahme idF der Antragskommission
C 40	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 500	Annahme idF der Antragskommission
C 501	Erledigung
C 502	Erledigung

- C 503 Annahme
- C 504 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 505 Annahme idF der Antragskommission

**Zu TOP 23:** **Schlusswort** der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/ CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Frau Dr. Angela Merkel MdB

NAMENSVERZEICHNIS	Seite
Abler, Eugen	90f, 177
Althaus, Dieter	65ff, 117
Arentz, Hermann-Josef	108, 132f
Barthle, Norbert	173f
Blüm, Norbert	75ff
Böhmer, Maria	71ff, 117, 148
Böhr, Christoph	86ff
Brok, Elmar	118
Carstensen, Peter Harry	55ff, 94ff
Demirbüken-Wegner, Emine	118f, 134
Erwin, Joachim	11ff
Fischer, Dirk	222f, 225
Gönner, Tanja	120
Görner, Regina	120
Habibi, Massoud	120f
Herzog, Bernhard	101f
Jacoby, Peter	121f
Jung, Franz Josef	107ff, 144ff, 178ff
Jungen, Peter	201ff, 209, 212f, 218f
Koch, Roland	61ff, 109, 179
Last, Dorlies	89
Laumann, Karl-Josef	109f, 209f, 217f, 219f
Lieberknecht, Christine	117ff

Liese, Peter	91f, 206ff
Mappus, Stefan	221f, 223f
Martens, Wilfried	114ff
Merkel, Angela	5ff, 24ff, 102f, 105, 106f, 135ff, 175ff, 177f, 232ff
Meyer, Laurenz	148f, 150ff, 170f, 208, 211, 215, 220, 224ff
Michalk, Maria	123
Mißfelder, Philipp	68ff, 216f, 219, 220
Müller, Hildegard	105ff, 111, 197ff
Natterer, Christian	175
Niedergesäß, Fritz	200f
Notheis, Dirk	225
Paziorek, Peter	197ff
Peiner, Wolfgang	94ff, 169
Pflüger, Friedbert	124
Pöttering, Johannes	214f
Quisthoudt-Rowohl, Godelieve	124
Rauen, Peter	125
Rautschek, Holger	172f
Reck, Hans-Joachim	80f
Reiche, Katherina	125
Renner, Andreas	125f
Röttgen, Norbert	213f
Rüttgers, Jürgen	8ff, 16ff, 24ff, 102ff, 132ff, 135ff, 180f, 197, 228ff, 232
Scharf, Jürgen	126f
Schäuble, Wolfgang	111
Schipanski, Dagmar	82ff, 112f

Schönbohm, Jörg	58ff, 113
Steinbach, Erika	127
Stoiber, Edmund	181ff
Tillmann, Ferdinand	99ff
Vaatz, Arnold	93f, 127f
van Dinther, Regina	119
Vogel, Bernhard	128
Volquartz, Angelika	128
von der Leyen, Ursula	9f, 24, 55ff, 133, 140
von Klaeden, Eckart	122f
von Wnuk-Lipinski, Barbara	129
Wacker, Georg	171f
Weiss, Gerald	210f
Wieland, Rainer	169f, 174f
Wissmann, Matthias	129
Wolff, Karin	130
Wulff, Otto	131
Wülfing, Elke	130
Wüst, Hendrik	130f

## Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin  
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | [info@cdu.de](mailto:info@cdu.de) | [www.cdu.de](http://www.cdu.de)